

198

BÜCHER DES WISSENS

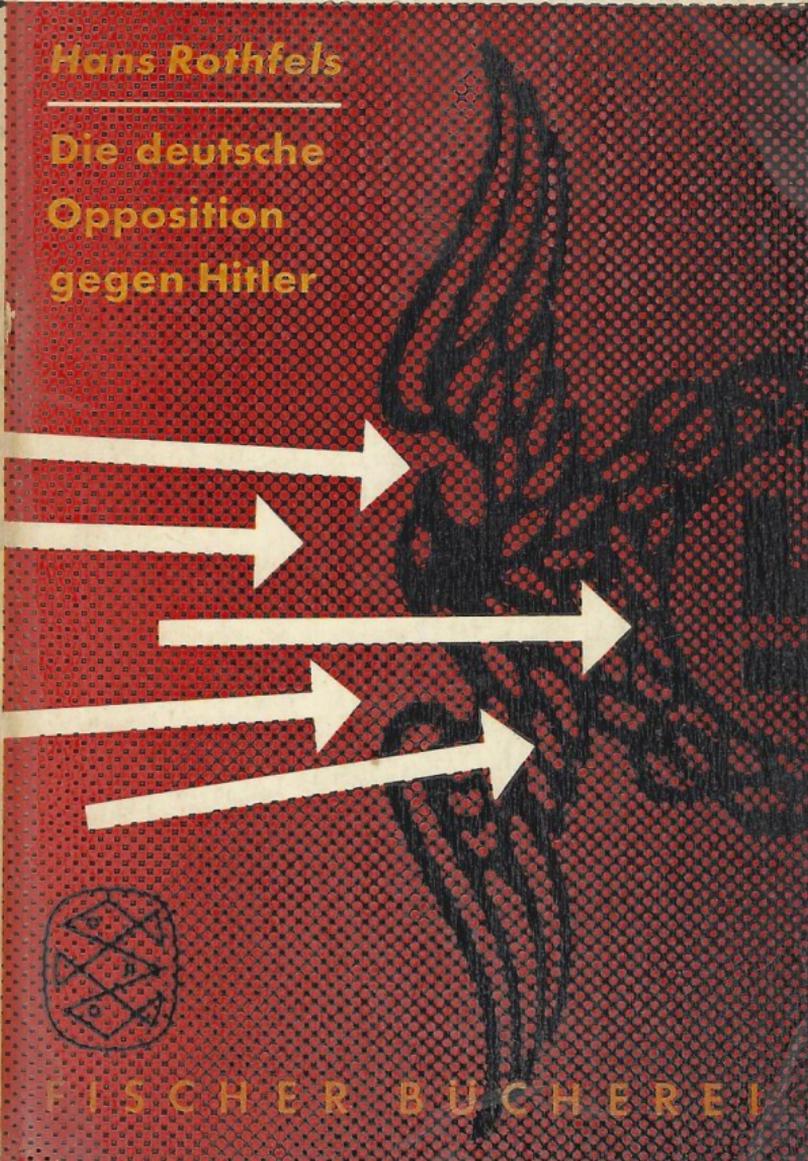
Hans Rothfels

Die deutsche
Opposition
gegen Hitler

H. ROTHFELS • DIE DEUTSCHE OPPOSITION GEGEN HITLER



FISCHER BÜCHEREI



Über dieses Buch

In dieser Untersuchung gibt Hans Rothfels eine Gesamtschau der Bewegungen, die zum deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus sich zusammenschlossen, von ihren historisch-politischen Voraussetzungen, ihren Plänen und Programmen, ihren ersten Aktionen bis in die Zeit, in der die deutsche Opposition sich in der aussergewöhnlichen Lage befand, dass der Kampf für die Befreiung des Vaterlandes gleichbedeutend war mit der Erwartung seiner Niederlage.

Die auf eingehenden Quellenstudien beruhende Darstellung dokumentiert das «andere» Deutschland, das trotz Terror und Verfolgung zu einer Aktion angetreten ist, die der Rettung der Menschenrechte und der Menschenwürde galt. Das Buch gehört gerade durch seine Objektivität zu den erregendsten Zeugnissen deutscher Vergangenheit.

HANS ROTHFELS

DIE DEUTSCHE OPPOSITION
GEGEN HITLER

Eine Würdigung

FISCHER BÜCHEREI

Umschlagentwurf: Wolf D. Zimmermann

Erstmalig in der Fischer Bücherei

Februar 1958

Ungekürzte, stark revidierte Ausgabe

Fischer Bücherei KG. Frankfurt am Main und Hamburg

Mit Genehmigung des Scherpe Verlages, Krefeld

Gesamtherstellung: Hanseatische Druckanstalt GmbH, Hamburg-Wandsbek

Printed in Germany

[Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader](#)

INHALT

Vorwort zur Neuausgabe	7
Einleitung	
1. Grundsätzliches zum Charakter der Opposition	14
2. Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit	19
Bedingungen und Möglichkeiten	
1. Deutsche «Unterwürfigkeit»	27
2. Stufen der «Nicht-Gleichschaltung»	31
3. Haltung gegenüber Juden	35
4. Intellektuelle und Kirchen.....	38
Pläne und Aktionen	
1. Frühe Widerstandszentren.....	51
2. Krise im Herbst 1938	63
3. Militärischer Sektor.....	70
4. Politischer Aufbau der Opposition	93
5. Ideen zur Verfassungs- und Sozial-Reform	109
6. Der Kreisauer Kreis.....	120
Die Opposition und die Alliierten	
1. Friedensfühler	137
2. «Bedingungslose Übergabe»	156
Zusammenfassung	167
Anmerkungen	178
Register	208

VORWORT ZUR NEUAUSGABE

Die Studie zur deutschen Widerstandsbewegung, die hiermit in einer revidierten Gestalt aufs Neue vorgelegt wird, geht im Kern und in der Grundauffassung auf einen öffentlichen Vortrag zurück, der vor 10 Jahren (1947) zum Gedächtnis des 20. Juli an der Universität Chicago gehalten worden ist. Das Thema hat mich seitdem nicht losgelassen, wie es denn in der Tat zu den zentralen Themen der jüngsten Geschichte, und nicht nur der deutschen, gehört. Dem ersten Ansatz folgte 1948 ein kleines, englisch geschriebenes Buch (The German Opposition to Hitler, Henry Regnery, Hinsdale, Ill.J, und im Jahre darauf erschien in etwas erweiterter Gestalt die deutsche Ausgabe im Scherpe-Verlag, Krefeld. Sie trug den Untertitel «Eine Würdigung», und daran ist in der Neuausgabe festgehalten worden. Es war nie meine Absicht – und ist es auch heute nicht –, eine Geschichte des deutschen Widerstands, geschweige denn eine nach Möglichkeit vollständige, zu schreiben. Es ging immer mehr um Erörterung als um Erzählung, d.h. es ging um den Versuch des Einordnens in bestimmte Sach- und Wertzusammenhänge, wobei freilich eine nach Möglichkeit gesicherte Grundlage des Tatsächlichen unentbehrliche Voraussetzung sein musste. In dieser knappen, aber auf die Gesamterscheinung und ihre Tragweite gerichteten Gestalt hat das Buch durch die Jahre hin offenbar eine gewisse Lücke ausgefüllt und immer wieder Leser gefunden. Ich bin von vielen Seiten gedrängt worden, es in einer revidierten Ausgabe neu herauszubringen, die dem heutigen Stand unseres sehr verbreiteten, in einigen Kernpunkten auch vertieften, Wissens entspricht, ohne doch den ursprünglichen Aufbau, die Grundzüge der Darstellung und die Kategorien des Urteils um der Fülle des Stofflichen willen zu opfern. Ich habe mich dem nicht entziehen zu können geglaubt, um so weniger als durch die Initiative der «Fischer Bücherei» sich die Möglichkeit geboten hat, Fragen, die an die geistig-moralische wie die politische Bilanz unserer Tage rühren, einem breiteren Leserkreis vorzulegen. Es sind dies Fragen, zu denen man mit offenem Visier Stellung nehmen muss und die nicht aus dem Bewusstsein verdrängt oder durch Legenden überlagert werden dürfen.

Gleichwohl sind weder Entschluss noch Ausführung leicht gewesen, und es wird deshalb angebracht sein, von den Erwägungen kurz Rechenschaft zu geben, die für Art und Ausmass der Revision bestimmend waren. Es versteht sich, dass Irr-

tümer beseitigt und notwendige oder wünschenswerte Ergänzungen vorgenommen wurden, dass Skizzenhaftes, wo es das Material erlaubte, durch mehr Anschauliches zu ersetzen und fraglich Gewordenes als solches zu kennzeichnen war, ebenso, dass die Gelegenheit zu stilistischen Verbesserungen nach Kräften genutzt worden ist. Praktisch hat fast jede Seite Änderungen erfahren, nicht wenige recht durchgreifende, durch Fortlassen oder – öfters noch – durch Hinzufügen. Das letztere namentlich bei Fragen, die im Kreuzfeuer heutiger Erörterungen stehen, wie der «Roten Kapelle», dem «Fall Oster», dem Generationenproblem innerhalb des Widerstandes oder dem Verhältnis zwischen restaurativen und revolutionären Tendenzen, zwischen dem realpolitischen und dem weltanschaulichen Kräftefeld. Aber alles hineinzunehmen, was aus Quellenveröffentlichungen und Quellenfunden, aus Prozess-Aussagen und persönlichen Befragungen seit 1949 bekannt oder mindestens der kritischen Prüfung zugänglich geworden ist, würde in der Tat den Rahmen des Buches ebenso gesprengt haben, wie es die Auseinandersetzung mit dem vielen, was seitdem geschrieben und geäußert worden ist, notwendigerweise getan hätte. Der gegebene Ausweg war, die Hinweise beider Art weitgehend auf die Anmerkungen abzuschieben, die am stärksten verändert und ausgestaltet worden sind. Es darf indessen betont werden, dass der Text selbst durchaus auch ohne sie verständlich ist, er sollte auf alle Fälle lesbar bleiben. Sie sind auch nicht bestimmt, dem Band die äussere Signatur der «Wissenschaftlichkeit» zu geben, wohl aber den Benutzer, dem es darauf ankommt, zur Kontrolle und zu eigenem Weitergehen instandzusetzen, wie auch Art und Gründe der Abweichung von anderen Autoren zu erläutern. Darauf wird mit einigen allgemeineren Bemerkungen am Schluss des Vorworts zurückzukommen sein.

Nicht ganz einfach war es auch zu entscheiden, ob der Ausgangspunkt der Studie beibehalten werden konnte. Sie ist seinerzeit mit einer bestimmten Absicht unternommen worden, die nach meiner Überzeugung dem Geist strenger Wissenschaftlichkeit nicht widerspricht, sondern in ihn recht eigentlich eingeschlossen ist. Sie wollte dazu beitragen, Vorurteile aufzulösen, eine undogmatische Erörterung in Gang zu bringen und der historischen Gerechtigkeit Raum zu schaffen. Das richtete sich damals im Wesentlichen an die angelsächsische, insbesondere die amerikanische Adresse, und ist insoweit bis zu einem gewissen Grade, wenn auch keineswegs völlig, überholt. Gleichwohl schien es richtig, den Ausgangspunkt nicht aufzugeben, wie das namentlich für den

Abschnitt «Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit» gilt. Er macht das kleine Buch, das zum ersten Male neben den Memoiren Beteiligter eine quellenmässige und quellenkritische Darstellung zu geben versucht hat, selbst zur «Quelle» im geschichtswissenschaftlichen Sinn, aus der man den Stand der internationalen Erörterung in den ersten Nachkriegsjahren zu erkennen vermag. Auch wird von hier aus umso deutlicher sein, dass der Umschwung im Urteil, wie er sich vom westlichen Ausland her in einem Jahrzehnt vollzogen hat, gewiss zu gutem Teil auf ruhigerer Einsicht und besserer Kenntnis beruht, aber auch Ausdruck eines tiefgreifenden Wandels ist, nicht nur im Verhältnis der beteiligten Völker und Länder, sondern in der Rolle des Widerstandsproblems selbst, das in einer zwischen freiheitlichen und totalitären Lagern geteilten Welt eine allgemein-geschichtliche Tragweite gewonnen hat, zu der die deutsche Opposition ein bedeutsames Vorspiel war. Und schliesslich lässt sich vom ursprünglichen Ausgangspunkt leicht der Bogen schlagen zu einer anderen, heute wichtigeren Abwehr von Vorurteilen enger nationalistischer Art und dogmatischer Verstocktheit, die diesmal überwiegend von deutscher Seite her «Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit» sind. Diese Doppelfront wird im Schlussabschnitt unter abermaligem Rückgriff auf das amerikanische Missverstehen noch einmal aufgenommen.

So möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass alte und neue Teile des Buches sich nahtlos zusammenfügen, nicht nur im technischen und formalen Sinn, sondern auch inhaltlich, und zwar deshalb, weil die Auffassung im Prinzipiellen die gleiche geblieben ist und durch neue Aufschlüsse und die Erkenntnisse anderer nur an Substanz gewonnen, aber nicht in der Grundfarbe sich verwandelt hat. Dazu seien noch einige Worte hier gesagt.

Das Buch möchte zunächst einmal Abstand nehmen von jeder Art von Pharisäismus. Wie die amerikanische Ausgabe sich gegen diejenigen wandte, die nur Emigranten als oppositionell gelten lassen wollten und die spezifischen Probleme des Widerstands in einem totalitären Staat verkannten, weil ihnen die Erfahrung des Lebens unter einem solchen Regime fehlte, so ist im Vorwort der deutschen Ausgabe betont worden, dass niemand das Recht habe, über Gewissenskonflikte und die Möglichkeit unbedingter Haltung leichthin zu urteilen, der nicht selbst durch diese Erprobungen voll hindurchgegangen ist. Dies bezog sich auf den Standpunkt eines Autors, der die letzte tragischste Zuspitzung, wie sie seit September 1939 geschah, nur von aussen hat beobachten kön-

nen. Aber die Vermeidung exklusiver und pharisäischer Massstäbe sollte allerdings nicht zur Inflation des Widerstandsbegriffs führen, wie sie eine Zeitlang im Wege bequemer Selbsttäuschung üblich war. Bei aller Anerkennung der Breite des Phänomens, der Vielgestaltigkeit und Vielschichtigkeit der Opposition, der zahlreichen Stufen und Übergänge, bei aller Sympathie gerade auch mit den stilleren Formen des Widerstands, die sich nur in der Standhaftigkeit des Leidens, im unerschütterlichen Bestehen auf Glaubensüberzeugungen oder auf den Regeln sauberen menschlichen Verhaltens, in humanitärer Aktion und Hilfe für die Verfolgten äusserten, wird doch an bestimmten Grenzen des Themas festzuhalten sein.

Das gilt gegenüber aller blossen Kritik an Fehlern oder Unzulänglichkeiten des Systems, an Einzelmassnahmen verhängnisvoller Art oder an Korruptionerscheinungen, an lästigen oder auch empörenden Eingriffen in die eigene persönliche oder berufliche Sphäre, sofern eben diese Kritik oder diese Empörung nicht früher oder später vom Teil auf das Ganze und Prinzipielle eines verbrecherischen Regimes sich erstreckt und einer Regierung entgegen zu handeln zwingt, die Menschen und Völker innerlich wie äusserlich ins Verderben führt und doch die Regierung des eigenen Landes ist.

Es bezeichnet dies ja den Punkt, an dem schon im Frieden und erst recht im Kriege das Eigentlichste und das besondere Dilemma des deutschen Widerstands zum Ausdruck gekommen ist, das ihn von älteren Revolutionen, in denen eine unterdrückte oder benachteiligte Klasse sich erhebt, ebenso unterscheidet wie von allen Freiheits- und Aufstandsbewegungen, allen Resistancen gegen eine von aussen auferlegte Gewaltherrschaft. Die Art, wie dieses Dilemma in sehr verschiedenen Formen gewissenmässiger Erwägung ausgetragen wurde, über die nicht simplifizierend abzuurteilen oder mit Verwischungen hinwegzugehen ist, muss ein Hauptgegenstand der Erörterungen sein. Ich denke, man kann dem Dabeibleiben, um Widerstand zu leisten, oder den immer erneuten Versuchen, Patriotismus und Opposition auf einer höheren Ebene zu vereinen, oder der Bemühung, zu unterscheiden zwischen der Warnung an ein bedrohtes neutrales Land und derselben Handlung, wenn der militärische Angriff unmittelbar bevorsteht, – man kann alledem ebenso Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie den religiösen Bedenken gegen Gewalttat, Eidesbruch und Tyrannenmord, wie schliesslich und vor allem doch auch der freien Gewissensentscheidung zum Handeln schlechthin und einem Ethos des Unbedingten, das um eines grund-

sätzlich begründeten Widerstandes willen über traditionelle Interessen des Vaterlandes und auch über militärische Rücksichten hinweggeht. Im Grunde führt schon die Überzeugung, den Sieg des «Tiers aus dem Abgrund» nicht wünschen zu dürfen, ja ein blosses Zukunftsdenken, das die Niederlage als notwendiges Ergebnis der Hybris vorwegnimmt, in die gleiche Grenzsituation. Auch ein «Nicht-Handelnder» wie der Graf Moltke, der über die Art, wie das Regime «ausbrennen» würde, weder spekulierte noch zu diesem Ende durch «direkte Aktion» beitragen wollte, konnte an seinen englischen Freund schreiben: Wir sind bereit, Euch zu helfen zum Gewinn des Krieges und des Friedens.

Damit sind Fragen berührt, zu denen Margret Boveri in einem kürzlich veröffentlichten Buch in sehr nachdrücklicher Weise das Wort genommen hat («Der Verrat im 20. Jahrhundert», I u. II, dazu das Vorwort zur 3. Auflage). Man kann gegen ihre Auffassung vielerlei Einwendungen erheben, insbesondere dagegen, dass hier Kollaboration und Widerstand auf den gleichen Nenner gebracht werden, wobei die erstere im Grunde besser wegkommt als der letztere. Aber dass hier gleichwohl aus der heutigen Situation des «Weltbürgerkriegs» auf einen entscheidenden Punkt in der Analyse unserer Zeit der Finger gelegt wird, sollte nicht bezweifelt werden. Und ganz gewiss stellt die deutsche Opposition in dem Prozess der Durchkreuzung von Überzeugungsvaterländern und natürlichen Vaterländern eine wichtige Etappe dar. Einfacher ausgedrückt, und das ist die Linie, auf die dieses Buch von Anfang an gestellt gewesen ist: das Dritte Reich hat im Widerstand eine Krise des Nationalstaats zur Evidenz gebracht, nicht nur eine äussere, sondern eine innere Krise der Loyalität, bei der die Rangordnung der Werte sich zurechtrückte und ethisch-religiöse Postulate an Stelle politisch-säkularisierter wieder an die oberste Stelle traten. Insoweit wird Margret Boveri durchaus zuzustimmen sein. Man muss freilich auch in vielen Einzelheiten gegen ihre Darstellung der Opposition sich wenden, insbesondere gegen die sehr ungleiche Verteilung von Licht und Schatten. Eine menschlich wie politisch ungemein begreifliche Sympathie mit den Jüngeren und den «Aktivisten» führt sie nur allzu sehr zu einem Absprechen über die Älteren, die «Honoratioren», insbesondere über Goerdeler, das so nicht hingenommen werden kann. Mit Recht hat Golo Mann in einer Besprechung des Buches gefragt: «Muss es ... immer noch sein, dass man Partei nimmt zwischen den Widerstandsgruppen, einer von ihnen voll gerecht wird, einer anderen weniger oder gar nicht?»

Die gleiche Frage indessen ist im Grunde auch an das höchst gewichtige und durchweg aus den Quellen schöpfende Goerdeler-Buch Gerhard Ritters zu richten. Zwar kann der Verfasser in der dritten Auflage mit Recht abwehrend betonen, dass um eines plastischen Bildes willen für ihn perspektivische Verkürzungen nötig waren und dass nicht alle am Widerstand beteiligten Persönlichkeiten gleich ausführlich gewürdigt werden konnten. In der Tat ist es eher überraschend, wie weitgehend es ihm gelingt, das gesamte Phänomen der Opposition in den Rahmen einer Biographie einzubeziehen. Auch ist er keineswegs unkritisch seinem Helden gegenüber und wendet sich mit Recht gegen die Behandlung der Geschichte des Widerstands im Stil von Heiligenviten wie ebenso auch gegen ihre Behandlung mit den üblichen Massstäben politischer Historie. Schliesslich ist von jeher kein Zweifel daran gewesen, dass Goerdeler durch Jahre ein Hauptmotor der verschiedensten Oppositionsgruppen war. Aber man wird ihm im Einzelnen doch auch wieder nicht zu viel zuschreiben dürfen, wo die Quellen mehr oder weniger deutlich dagegensprechen. Vor allem aber ist es offenbar schwierig, von den Kategorien seiner Politik und seines Denkens her anderen, mit denen er sich rieb und die auch gegen ihn Bedenken taktischer wie grundsätzlicher Art auf dem Herzen hatten und mit denen doch letzten Endes die Front gemeinsam war, Genüge zu tun, insbesondere Stauffenberg und den Kreisauern. Wo Margret Boveri und Eduard Zeller (dessen Buch im Übrigen seinen einen Schwerpunkt in den hier nicht zu behandelnden Ereignissen des 20. Juli selber hat), wo sie vornehmlich das Vorausgreifende, den Sinn für wirkende Kräfte der Zukunft und das gedanklich Zwingende sehen, herrscht für Ritter mystisches Dunkel.

Ich denke, es liegt nichts Kompromisshaftes darin, wenn hier ein Standpunkt zwischen diesen Positionen eingenommen wird. An deutlichen Wertungen wird es auch so nicht fehlen, wie es denn in Fragen dieser Art in der Tat keine Neutralität gibt. Die Unterschiede zwischen den beiden Lagern gehen in mandiem wirklich ins Grundsätzliche. Das lässt sich gerade dank Ritters Buch heute deutlicher zeigen, zugleich aber lässt es auch erkennen, dass für die Kreisauer noch viel zu tun ist. Auf ihren Ideen, die in der amerikanischen Ausgabe des vorliegenden Buches zum ersten Mal ausführlicher gewürdigt wurden, soll daher nach wie vor starker Nachdruck liegen, wie auf allem Denken und Handeln, das Aufstand des Gewissens war und dem es um die Wiederherstellung menschlicher Freiheit, Verantwortung und Würde ging. Aber wer möchte behaupten, dass dieser Grundantrieb und diese Leit-

bilder Goerdeler, so sehr seine Politik auf Wiederherstellung auch in anderem Sinne gerichtet war, fremd gewesen wären? Bei aller Verschiedenheit ging es in allen Lagern um «das wahre Bild des Menschen». Ich habe daher geglaubt, auf der letzten Seite der Neuauflage die gleichen Sätze aus einer Gedächtnisschrift Marion Dönhoffs zitieren zu sollen, die am Ende der Zusammenfassung in der ersten Auflage standen.

Es bleibt mir noch, all denen Dank zu sagen, die mich zur Neuauflage ermutigt und dabei durch Kritik oder Auskünfte unterstützt haben, sowie Dr. W. Besson, Dr. F. Freiherr Hiller v. Gaertringen und cand. phil. U. Becker für ihre Hilfe bei der Textherstellung, der Korrektur und dem Register.

Tübingen, September 1957

H. R.

1. Grundsätzliches zum Charakter der Opposition

Wer immer sich mit den Problemen der deutschen Opposition gegen Hitler beschäftigt, wird zunächst sich dem sichtbarsten Ausdruck des Widerstandes zuwenden, der in dem Anschlag auf das Leben des «Führers» am 20. Juli 1944 zutage trat. In der Reihe von Aktionen, die entweder im Stadium des Planens stecken blieben oder in der Ausführung missglückten, war dies die einzige, die tatsächlich durchgeführt wurde und nahe zum Ziele kam. So hat das Datum des 20. Juli eine Art symbolischer Bedeutung gewonnen. Was auch gesagt werden mag über technische oder andere Versäumnisse der Verschwörung, über ihren Mangel an «Glück» oder den Einfluss widriger Umstände, – die erste Pflicht des Historikers sollte es sein, den Männern Tribut zu zollen, die für den Tag der Befreiung von Tyrannei und Schande, für das Ende des Blutvergiessens und die Reinigung des deutschen Namens arbeiteten oder bereit standen, wie den vielen Tausenden, die dafür gelitten haben oder gestorben sind. Nur einige wenige Offiziere wurden auf der Stelle erschossen oder hatten die Möglichkeit, ihrem Leben selbst ein Ende zu machen. Die meisten Opfer mussten durch kürzere oder längere Zeit «Befragungen» erdulden; sie wurden nächtlichen Kreuzverhören unterworfen, die unter grellem Lichtschein vor sich gingen und abwechselten mit direkter Folterung. Zudem mussten sie einer Bedrohung ihrer Frauen und Kinder gewärtig sein, die oft genug Wirklichkeit wurde. In der französischen Widerstandsbewegung soll es eine anerkannte Regel gewesen sein, dass von niemandem erwartet wurde, den Methoden, mit denen die Gestapo Bekenntnisse erpresste, länger als 24 Stunden zu widerstehen. Wenn ein Gefangener es fertig brachte, seine Mitverschworenen so lange zu decken, mochten sie inzwischen Mittel finden, sich in Sicherheit zu bringen.

Wendet man diesen Massstab, der wahrlich schon Mut und Leidenschaft überdurchschnittlicher Art voraussetzt, auf die Männer und Frauen an, die in den gefürchteten Kellern der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse oder anderswo in Einzelhaft gehalten wurden, oft in Löchern, zu eng zum Niedersitzen, so erscheint ihre Standhaftigkeit allein schon als ein Zeugnis von historischem Belang¹. Man wird sich mit dieser summarischen Feststellung begnügen müssen. Die Tagesberichte der Gestapo über die Ergebnisse der Vernehmungen

sind erst für einen Teilbereich ausgewertet worden und haben als Quelle ihre eigene Problematik². Bedenkt man indessen, dass die Zahl der nach dem 20. Juli Verhafteten sich auf rund 7'000 belief³, und unterstellt man sowohl, dass einige von ihnen erzwungene Geständnisse machten, wie, dass andere, die lediglich in das Schleppnetz der Verfolgung, die sogenannte «Gewitteraktion», hineingezogen waren, nichts mit dem 20. Juli zu tun hatten, so ist das Ergebnis der Befragung offenbar immer noch mager gewesen. Während die Auffindung dokumentarischer Unterlagen auf viele Spuren führte, hat die Standfestigkeit derer, die zum mindesten von einem oder dem anderen Abschnitt der Oppositionsfront Kenntnis hatten, die Gestapo verhindert, jemals der vollen Ausdehnung der Widerstandsfront gewahr zu werden⁴. Darüber hinaus haben viele, die direkt oder indirekt als Opfer des 20. Juli fielen, die letzte Probe in einer Haltung bestanden, die sie in einem allgemein menschlichen Sinne denkwürdig machen sollte, was immer die politische Tragweite ihrer Pläne und deren Bedeutung für die dunkelste Phase deutscher Geschichte gewesen sein mögen. In den Gerichtsverhandlungen erschienen einige der Angeklagten eher als Ankläger denn als angeklagte Verbrecher. Sie nahmen ihr Martyrium als eine Ehre auf sich, als ihren Beitrag zur Verwirklichung brüderlicher Gemeinschaft zwischen Menschen. Und das Bewusstsein, für eine Sache zu sterben, die über ihr eigenes Leben hinausreichte, blieb unerschüttert im Vorhof eines schmachvollen Todes. Als der Jesuitenpater Delp zum Galgen geführt wurde, sagte er lächelnd zu dem katholischen Gefängnisgeistlichen: «In wenigen Minuten werde ich mehr wissen als Sie.»⁵ Der lutherische Pastor in Tegel, Poelchau, der selbst ein aktives Mitglied der Opposition war, hat Zeugnis von der gleichen Jenseitigkeit in der Haltung der Männer abgelegt, denen er als Geistlicher beistand⁶. Auch von den «Abschiedsbriefen» aus dem Gefängnis, deren viele erhalten sind, rühren nicht wenige an die letzten Fragen menschlicher Existenz und gehören einige in die Reihe klassischer «documents humains»⁷.

Diese wenigen Hinweise schon mögen erlauben, eine vorläufige und sehr allgemeine Folgerung zu ziehen: Keine Würdigung der deutschen Opposition gegen Hitler wird ihrer Aufgabe genügen, die sich nur innerhalb der begrenzten Sphäre politischer Betrachtungen und Möglichkeiten bewegt, die etwa nach den «Klassen»-Motiven der an der Verschwörung so stark beteiligten «alten Elite» fragt und so nach bestimmten Methoden sozialwissenschaftlicher Analyse verfahren zu sollen glaubt, oder die in der Hauptsache die «nationalen» Ziele

des Widerstands herausstellt, um schliesslich ihren Beurteilungsmassstab in der äusserlichen Ansicht von Erfolg oder Misserfolg zu finden. Solche sogenannten «realpolitischen» Deutungen sind berechtigt, soweit die Tatbestände in ihren Bereich fallen. Aber um auf den Grund zu sehen, muss man zum Prinzipiellen vorzustossen suchen, zu den Kräften moralischer Selbstbehauptung, die über die Erwägung des bloss politisch Notwendigen weit hinausgehen. «Man sieht dann auch», schrieb Ernst Jünger aus der Kenntnis vieler Beteiligter im Frühjahr 1944 in sein Tagebuch, «dass die moralische Substanz zum Zuge drängt, nicht die politische.» Gewiss sind die sittlichen und religiösen Antriebe des Widerstandes keineswegs nur in Deutschland lebendig gewesen, aber Sie mussten hier unter dem Druck beispielloser Umstände in einer beispielhaften Weise in Erscheinung treten. Zu einer solchen Auslotung des Konflikts bekannte sich Graf Moltke, wenn er wenige Tage vor seiner Hinrichtung an seine Frau schrieb, dass nur ein Gedanke übrig bleibe, der an das Christentum als «Rettungsanker» im Chaos⁸.

Aber dieses Urgestein tritt nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli hervor. Als ein weiteres sehr sinnfälliges Beispiel seien die Geschwister Scholl und ihre Freunde genannt. Wir wissen heute genug von der Studentenrevolte in München im Februar 1943⁹, um in ihr mehr als bloss die Folge der Katastrophe von Stalingrad oder einer besonders provozierenden Rede des Gauleiters von Oberbayern zu sehen. Die Münchener Studenten Hans und Sophie Scholl hatten seit ihrer Gymnasiastenzeit im Kampf gegen die Partei gestanden; an der Universität waren sie Mitglieder einer Gruppe, die mit den Briefen der «Weissen Rose» einen Flugblatt-Feldzug führte. Die Gruppe unterhielt Verbindungen mit der katholischen Zeitschrift «Hochland», mit dem katholischen Schriftsteller Theodor Haecker, wie mit anderen Universitäten. Und doch können die Münchner Studenten schwerlich geglaubt haben, dass ein spontaner Aufstand von ihrer Seite allein den Lauf der Dinge ändern würde. Wohl aber waren sie fest überzeugt von etwas anderem: von der Notwendigkeit, ihren Glauben zu bekennen und sich selbst sowohl wie den Namen Deutschlands zu reinigen. «Ist es nicht eine Tatsache», fragte eins der Flugblätter, «dass heute jeder anständige Deutsche sich seiner Regierung schämt?» So rief denn das Manifest vom 18. Februar 1943 die deutsche Jugend auf zu «rächen und zu sühnen», damit sie beitragen könnte zum Aufbau «eines neuen geistigen Europa». Auch in den Flugblättern, die Hans Scholl und seine Freunde verfassten oder verteilten, fehlte es

nicht an hintergründigen metaphysischen Tönen: «Überall und zu allen Zeiten», heisst es da, «haben die Dämonen im Dunkeln gelauert auf die Stunde, in der der Mensch schwach wird, da er seine ihm von Gott auf Freiheit gegründete Stellung im ordo eigenmächtig verlässt, da er dem Druck des Bösen nachgibt, sich von den Mächten höherer Ordnung löst und so, nachdem er den ersten Schritt freiwillig getan, zum zweiten und dritten und immer mehr getrieben wird mit rasender Geschwindigkeit.» Es war in der gleichen Gesinnung, dass Kurt Huber – der unter den Professoren der Universität der Förderer dieser Gruppe war und mit fünf ihrer Mitglieder das Schicksal der Hinrichtung teilte – in seinem letzten Brief schrieb, dass der Tod die «Reinschrift» seines Lebens sei. Und an den Mauern vieler Münchner Häuser erschien die Inschrift: «Der Geist ist lebendig.»¹⁰

Man wird ohne Weiteres vermuten, dass die unter dem Namen «Rote Kapelle» bekannt gewordene Widerstandsgruppe, die in Görings Luftfahrtministerium eines ihrer Zentren hatte, eine andere, sozusagen «realistischere» Farbe trug. In der Tat steht ausser Frage, dass ein Teil der Mitglieder mindestens in laufender Fühlung mit den Sowjets war und sie im Krieg, bis die Aufdeckung ihres Geheimdienstes im August 1942 erfolgte, über einen Sender mit militärischen Informationen versorgt hat. Das sollte in keiner Weise verwischt werden¹¹. Aber ebensowenig ist eine summarische Abschüttelung der Männer und Frauen dieses Kreises als blosse Kreml-Agenten und daher nicht zum Bereich der echten Opposition gehörig am Platze¹². Auf das Problem des Landesverrats wird noch zurückzukommen sein. Hier mag nur einstweilen gesagt sein, dass man nicht wohl ex post eine eindeutige Linie ziehen kann zwischen dem, was der «Rettung» des Landes, und dem, was seiner «Preisgabe» dient. Auch geht es nicht an, die Perspektive und die Erfahrungen des Satelliten-Daseins in die damalige Situation hineinzudenken. Männer wie Schulze-Boysen und Arvid Harnack waren nicht «linientreu». Sie blieben von der Episode des Hitler-Stalin-Paktes unberührt, eben weil in einem idealistischen und eigenständigen Kommunismus gegründet¹³. Auch bei ihnen handelt es sich, wie Ad. Grimme einen Gedenkartikel für ein anderes Mitglied des Kreises, den Dichter Adam Kuckhoff, überschrieb, um «Widerstand vom Geist her»¹⁴. Mochten ihre Ziele und Mittel von denen der übrigen Gruppen abweichen, Gesinnung und Haltung taten es nicht. Von Arvid Harnack sagte selbst der Anklagevertreter Roeder, der als «Bluthund» berüchtigt war: «Er starb wie ein Mann.» Und Schulze-Boysen schrieb an seine Eltern: «In

Europa ist es einmal üblich, dass geistig gesät wird mit Blut»¹⁵.

Neben diesen ausgewählten und besonders dramatischen Beispielen gab es unzählige andere von Mut, Opferwille und Martyrium. Es ist selbstverständlich, dass nicht jeder, der vom Krieg desertierte, beanspruchen kann, als Zeuge edler Gesinnung auf den Schild gehoben zu werden. Auch wer wegen gelegentlicher Äusserungen der Kritik oder der Empörung als «volkszersetzendes» oder defaitistisches Element dem Todesurteil verfiel, wird nicht ohne Weiteres zum Widerstand zu rechnen sein. Darüber sollte kein Missverständnis bestehen. Aber die Tatsache als solche, dass diese Kritik bestand und dass ein beträchtlicher Teil des nationalsozialistischen Apparats (die Gestapo allein zählte in den Jahren 1943-45 über 40'000 Mann) gebraucht werden musste, um einen zum mindesten ebenso beträchtlichen Teil des deutschen Volkes in Schach oder hinter Schloss und Riegel zu halten, ja, dass nach und nach eine ganze Armee von Parteifunktionären und Sicherheitsorganen durch diese Aufgabe gefesselt wurde, darf nicht ausser Ansatz bleiben. Nach einem SS-Dokument gab es bei Kriegsausbruch 21400 Internierte¹⁶. Aber diese Zahl gibt keinen Anhalt dafür, wieviele Männer und Frauen bereits durch Konzentrationslager hindurchgegangen oder hinter Stacheldraht umgekommen waren. Die Schätzungen, die hierzu im Kreise der deutschen Emigration angestellt wurden, bewegen sich zwischen 750'000 und 1,2 Millionen, wobei für die politischen Gefangenen eine Zahl von 500'000 bis 600'000 angegeben wird. Todesurteile, die aus politischen Gründen verhängt wurden, sind auf 12'000 beziffert worden¹⁷.

Was immer genauere Untersuchungen noch einmal feststellen mögen, – keine verantwortungsbewusste Würdigung der deutschen Opposition gegen Hitler kann an der brutalen Sprache solcher Zahlen vorübergehen. Sie geben einige Hinweise schon auf das Ausmass der passiven oder aktiven Resistenz von Namenlosen, wie verschieden immer die Anlässe zur Verhaftung gewesen sein mögen. Auch die Jugend in «Edelweiss»-Gruppen oder in den «Packs» war stärker am Widerstand und stärker an den Opfern, die er forderte, beteiligt, als man gemeinhin weiss. So wird berichtet, dass in Krefeld «zum mindesten 30 Prozent der Hitler-Jugend geheime Edelweiss-Mitglieder waren ... Das Konzentrationslager in Neuwied (April 1944) war ausschliesslich für Jungen unter 20 bestimmt». In einer Gerichtsverhandlung im Jahr 1939 bezeugte ein Agent der Gestapo, dass «zum mindesten 2'000 Jungen und Mädchen» über das Reich hin im «Pack» organisiert seien¹⁸.

Zu erinnern ist ferner an die Intellektuellen und Künstler der sogenannten «inneren Emigration», die das Herdfeuer vor dem Verlöschen bewahrten, und zwar mit weit besserem Erfolg, als Beobachter jenseits der Grenzen vermuten konnten oder sich vorstellten. Auch sollte man gewiss nicht die Männer und Frauen übersehen, die Mut genug aufbrachten, ihren jüdischen Freunden und Nachbarn zu helfen, sie zu verstecken und mit Nahrung zu versehen, gefälschte Papiere für sie zu besorgen oder ein geheimes Transportsystem (eine Art «Untergrund-Eisenbahn», wie man in den Vereinigten Staaten eine solche Rettungsaktion für entwichene Sklaven nannte) zugunsten verfolgter Menschen aufzubauen. All diese Tätigkeiten oppositioneller Art können mit Zeugnissen belegt werden, und einige der Nachweise verdienen eine eingehende Erörterung. Vor allem aber bedürfen sie der Einordnung in ein Gesamtbild, das in Beziehung zu setzen ist zu dem Hintergrund von Bedingungen und Möglichkeiten, wie sie in Deutschland bestanden. Es muss uns im Besonderen darum gehen, den inneren Sinn der deutschen Oppositionsbewegung, möglichst ohne Vorliebe für eine spezielle Gruppe, in ihren mannigfaltigen Formen zu ergreifen – in ihrer Art und ihrer Ausdehnung, in ihrer Zusammensetzung und ihren Zielen, in den Hauptrichtungen ihrer Tätigkeit innerhalb wie ausserhalb Deutschlands. Nur so wird einer Würdigung dessen, was an den geschichtlichen Vorgängen wesentlich war, der Weg bereitet werden können.

2. Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit

Zuvor aber wird es angebracht sein, sich die Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, denen ein solcher Versuch in den ersten Jahren nach Kriegsende, insbesondere im Ausland, begegnen musste. Es handelt sich dabei nicht nur um einen geschichtlichen Rückblick auf die Strecke, die inzwischen zurückgelegt worden ist. So sehr sich die Situation verwandelt hat – in einer Masse, dass die «Hindernisse auf dem Wege zur Wahrheit» mitunter heute in Deutschland grösser zu sein scheinen als draussen –, so wenig handelt es sich hier um völlig überwundene Vorurteile. Ihre Erörterung führt zudem noch einmal von einer anderen Seite auf das Grundsätzliche im Charakter der Opposition zurück.

Es wird auszugehen sein von der durch den Krieg hin und bei seinem Abschluss – mindestens im bisher feindlichen Ausland – durchaus vorherrschenden These, dass es niemals eine nen-

nenswerte deutsche Opposition gegen Hitler gegeben habe. Man hegte die Überzeugung, dass die Deutschen als politische Nation von allen anderen Völkern verschieden seien. Hatten sie sich doch, wie man glaubte, infolge eingeborener Verruchteit oder einer anerzogenen Gewohnheit blinden Gehorsams oder unter der Einwirkung einer spezifisch verderblichen Philosophie, der tyrannischen Herrschaft von Verbrechern freiwillig angeschlossen oder feige unterworfen. Man nahm an, sie hätten – und zwar die ganze Nation – bewusst die Augen geschlossen vor grauenhaften Verbrechen, die durch Deutsche begangen wurden. Und die Art, wie die schliesslich doch nicht zu übersehenden Zeugnisse einer Gegenbewegung bis hin zum Attentat gegen Hitler gedeutet wurden, war in genauem Einklang mit solchen Auffassungen. Opposition begann erst, so glaubte man, als die «preussischen Generale» sich der Niederlage gegenüber sahen und nun den Versuch machten, ihr eigenes Leben zu retten oder – den Generalstab für einen dritten Weltkrieg aufzubewahren.

Diese Fehldeutung lässt sich teilweise durch objektive Schwierigkeiten erklären, die der Wahrheit im Wege standen. Eine Bewegung, die sich einem terroristischen und weitgehend totalitären System widersetzt“, arbeitet unter Bedingungen, die für jeden, der nicht selbst in einem solchen «Polizeistaat» gelebt hat, unvorstellbar sind. Einen oppositionellen Standpunkt einzunehmen, geschweige denn ihn öffentlich zu vertreten, verlangte nicht nur eine Art von persönlichem Heldentum, das unter den Voraussetzungen moderner Gesellschaftsordnung in allen Ländern ein seltenes Phänomen geworden zu sein scheint²⁰, sondern bedeutete zugleich die ernsteste Gefährdung für Familie und Freunde. Nur wenige Ausländer waren – noch dazu im Kriege – bereit, sich klar zu machen, dass Deutschland nach 1933 ein «besetztes Land» war. Die Bedingungen, die dabei obwalteten, wichen freilich sehr stark von denen in anderen Ländern ab, die diesem Schicksal später zum Opfer fallen sollten. In Deutschland war nichts von dem Glorienschein zu verspüren, der eine Widerstandsbewegung verdientermassen umgibt, wenn sie sich gegen einen fremden Eroberer oder eine von aussen auferlegte Gewaltherrschaft zur Wehr setzt. Im Gegensatz dazu war die deutsche Opposition, besonders in den späteren Jahren, gehalten, sich zu tarnen (sie hat es weniger getan, als man vermuten sollte) und sich mit dem Anschein der Stille zu umgeben, die wahrscheinlich eine grosse Anzahl Deutscher ebenso getäuscht hat, wie sie der Öffentlichkeit in England und den Vereinigten Staaten ein falsches Bild gab. Jede Erwähnung von Namen oder Daten in

unterirdischer Propaganda oder im ausländischen Rundfunk konnte Verderben bringen. Diese Gefahr wurde naturgemäss noch akuter seit Ausbruch des Krieges, der jede irgendwie geartete Opposition dem Vorwurf des Landesverrats aussetzen musste und zugleich doch die Gegner des Regimes mehr oder weniger bewusst in die Lage brachte, sich von patriotischen Erwägungen herkömmlicher Art loszusagen. Dazu kam ein ständiges Herumgeworfenwerden der Bevölkerung und die Wirkung der Bombenangriffe, die Gegner und Anhänger des Regimes gleichermassen trafen. Beides konnte leicht dazu führen, bestehende Widerstandszellen zu zerstören und Teilnahmslosigkeit zu verbreiten²¹.

So gab es denn viele Gründe für ein täuschendes Bild der Ruhe und der angeblich «monolithischen» Geschlossenheit der Nation. Zudem achtete die deutsche Nachrichten- und Abwehrabteilung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW), in deren Dienst sich einige der tätigsten Mitglieder der Opposition befanden, wohlweislich darauf, dass der verhüllende Schleier nicht zerriss, und schirmte nach Möglichkeit die führenden Männer der Verschwörung ab.

Aber dies allein erklärt noch nicht das Ausmass und die Beharrlichkeit der vorwaltenden Irrtümer. Vielmehr haben andere als in der Situation gegebene, objektive Faktoren sehr erheblich zu jener Fehldeutung beigetragen, die im Ausland so verbreitet war. Das hängt zum Teil mit Eigenheiten durchaus menschlicher Art zusammen, die in Gleichgültigkeit oder offensichtlicher Parteilichkeit zum Ausdruck kamen. Gewiss war jedermann in der Lage zu wissen oder festzustellen, dass die NSDAP vor der Machtergreifung niemals mehr als 37% der Stimmen auf sich vereinigt hatte (Juli 1932), dass sie im November 1932, als sich die wirtschaftliche Lage etwas zu bessern schien, auf 32% zurückgegangen war, und dass sie selbst im März 1933, bei den manipulierten und hysterischen Wahlen, die auf den Reichstagsbrand folgten, nur 44% erreichte. Aber wer in der grossen Öffentlichkeit ausserhalb Deutschlands behielt diese Tatsachen im Gedächtnis? Hingegen war es überall in der Welt bekannt, dass seit Anfang 1933 eine Verfolgungswelle über Deutschland dahingegangen war und dass diejenigen, von denen die energischste Gegnerschaft erwartet werden konnte, in sogenannte Schutzhaft genommen worden waren oder ins Ausland hatten fliehen müssen. Aber solange die Insassen von Konzentrationslagern lediglich Deutsche waren, wurde den dort begangenen Greueln im Ausland wenig Beachtung geschenkt. Als das *Brown Book of the Hitler Terror*, das die Aufmerksamkeit auf diese Untaten zu lenken

suchte, bei Alfred Knopf in New York veröffentlicht wurde, fand es eine Besprechung in der *New York Times* vom 15. Oktober 1933, deren Verfasser kein Geringerer als der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, James W. Gerard, war²². Angesichts der Enthüllungen des Buches fand er es für richtig zu schreiben: «Hitler tut viel für Deutschland, seine Einigung der Deutschen, seine Schaffung eines spartanischen Staats, der durch Patriotismus belebt ist, seine Einschränkung der parlamentarischen Regierungsweise, die für den deutschen Charakter so ungeeignet ist, sein Schutz der Rechte des Privateigentums, – all dieses ist gut.» Wenn Deutsche, die aus der Heimat hatten fliehen müssen, ihren englischen oder amerikanischen Freunden von ihren eigenen oder ihrer Freunde Erlebnissen in Buchenwald, Oranienburg, oder Dachau erzählten, so trafen sie oft genug auf ein leichtes Kopfschütteln. Und die Ungläubigkeit verstärkte sich, wenn es sich um die Zahl der Betroffenen oder um die angewandten Methoden handelte.

Dies alles änderte sich selbstverständlich grundlegend im Frühjahr 1945. Die unerhörten Greuel, die damals in den befreiten Lagern ans Licht kamen, und dazu die Ausgrabung der Zeugnisse, aus denen die in Polen und Russland begangenen Verbrechen abzulesen waren, erregten einen Sturm der Entrüstung in der westlichen Welt. Die tatsächlichen Funde gingen selbst über das noch hinaus, was die bestunterrichteten Kenner nationalsozialistischer Methoden erwartet hatten.

Aber als diese Beweise «deutscher Bestialität» zutage traten, hörte man wenig von der grossen Anzahl Deutscher, die unter den Opfern gewesen waren. Victor Gollancz, der Herausgeber des *Brown Book* von 1933 und ein Autor, der wie wenige Unrecht bekämpft hat, wo immer und gegen wen immer es verübt wird, hat nicht verfehlt, dieses Übersehen in scharfes Licht zu stellen. Er schreibt im Rückblick von «dem Aufschrei der uns zurzeit der Buchenwälder Enthüllungen» betäubte, und er fügt hinzu, dass sie schlechterdings keine «Enthüllungen» für diejenigen bedeuteten, «die ständig von 1933 an versucht hatten, ein lässiges und skeptisches Publikum aufzurütteln und für Männer und Frauen zu sprechen, die ... in diesen Lagern unsagbare Qualen durchlitten ...».

Es ist keine Frage, dass die Neigung zum bequemen «Übersehen», die hier gezeigelt wurde, nicht nur fortbestand, soweit es sich um die deutschen Opfer der Konzentrationslager handelte, sondern durch offizielles Schweigen noch planmässig gefördert wurde. Auf Jahre hin ist die amerikanische Öffentlichkeit nicht amtlich davon unterrichtet worden, dass bis in

den Sommer 1943 hinein praktisch keine Ausländer in Buchenwald waren und dass – bei einer Gesamtzahl von 51'000 Todesopfern – sich unter den 20'000 Überlebenden immer noch mehr als 2'000 Reichsdeutsche befanden²¹. Auch von der Zusammensetzung der Bewachungsmannschaften erhielt sich ein sehr schematisches Bild. Es ist kein Versuch gemacht worden, aus den in den Händen der westlichen Alliierten befindlichen Akten etwa Angaben darüber zu gewinnen, wie viele Ausländer in den besonderen «Totenkopf»-Verbänden oder in anderen SS-Einheiten dienten, die mit der «Sorge» für die Konzentrationslager betraut waren.

Für den, der ein abgewogeneres Bild gewinnen will, fehlt es indessen – und fehlte es auch schon vor 10 Jahren – nicht an Belegen für das Bestehen einer solchen «schwarzen Internationale»²⁴. Man weiss, um ein paar Beispiele zu geben, dass unter den Bewachungsmannschaften deutscher Lager Kroaten und Ukrainer sich befanden und dass aus Litauern, Letten und Esten sogenannte «Schutzkorps» gebildet wurden, deren Mitglieder für ihre eigenen Landsleute zu «sorgen» hatten. Offenbar bot sich in den besetzten Gebieten für die Erfüllung dieser Aufgabe ein ähnlicher Menschenschlag an oder konnte dort ebenso gefunden werden wie in Deutschland. So sind zahlreiche Holländer angeklagt worden, weil sie Landsleute gefoltert haben, und in dem berüchtigten Lager von Gurs, das schon vor der Vichy-Ära bestand und stets eine rein französische Verwaltung hatte, war die Todesrate kaum geringer als in «normalen» deutschen Lagern. Dass es sich hier tatsächlich um eine «Internationale» handelte, ist in besonders schlagender Weise von einem Schweizer Journalisten bezeugt worden, der auf Einladung von General de Lattre de Tassigny an einer Inspektionsreise durch Südwest-Deutschland teilnahm. Er berichtet, dass die Franzosen in ihrer Besatzungszone auch ein typisches Greuellager entdeckten. Bei näherem Zusehen stellte es sich jedoch heraus, dass die Bewachungsmannschaft zu einem erheblichen Teil aus französischen *miliciens* bestand²⁵.

Es ist verständlich, dass über dieses Lager niemals «Enthüllungen» gemacht worden sind. Sie würden zu offensichtlich der Linie widersprochen haben, die von der amtlichen Propaganda innegehalten wurde. Während alle verfügbaren Zeugnisse und die Ergebnisse jeder nüchternen Prüfung geeignet sind darzutun, dass die moderne Massenzivilisation aus sich selbst heraus ein Reservoir dunkler Kräfte erzeugt, deren Freisetzung nackte Barbarei bedeutet, während gleicherweise deutlich sein sollte, dass mögliches Material für Folterknechte sowohl wie für Märtyrer in jeder Nation vorhanden ist, entschied eine Politik des

Hasses und der Rache, dies zu übersehen. Das geschah in Nachwirkung des «totalen» Krieges, aber auch unter dem Einfluss jenes Bildes vom «ewigen» Deutschen, das Vansittart vor allem propagiert hatte und das dem Morgenthau-Plan als Grundmotiv unterlag. Hatte doch selbst General Eisenhower solche Ansichten unterstützt, indem er die ganze deutsche Bevölkerung als «a synthetic paranoid» charakterisierte²⁶. So bemühte man sich – nebenbei gewiss auch um der «Moral» und der «Sicherheit» der Besatzungstruppen willen –, die These aufrecht zu erhalten, dass es keine «guten Deutschen» gebe, mit Ausnahme der Toten (ein Wort, das zuerst in den Vereinigten Staaten während der Kämpfe mit den Indianern geprägt worden war) und dass Bestialität die spezifische Eigenart eines so verderbten Volkes sei.

Es geht uns hier nicht um eine Berichtigung dieses Zerrbildes, das so kaum noch besteht, und erst recht nicht um einen Gegenangriff etwa unter Hinweis auf das Ausmass an Bestialität, das nach dem Zusammenbruch vor allem im deutschen Osten praktiziert wurde. Das Wort vom «Quitt-Sein» ist eine der bedenklichsten nihilistischen Redewendungen unserer Tage. Es geht uns gewiss um Gerechtigkeit gegenüber einer kollektiv diskriminierten Nation, aber mehr noch gegenüber dem Menschlichen in der Grenzsituation überhaupt, wie sie der Widerstand im totalitären Staat exemplarisch zum Ausdruck bringt, und um die fortwirkenden Forderungen, die dieses geschichtliche Phänomen enthält. Der Weg zu einer solchen Erkenntnis ist ein schwieriger gewesen. Zwar gab es genug Menschen, auch in den alliierten Ländern, die um die Wahrheit oder einen Teil der Wahrheit wussten, ohne sie zunächst zu Gehör bringen zu können. Es lässt sich insbesondere nachweisen, dass der Nachrichtendienst der westlichen Alliierten ein recht klares Bild von dem hatte, was während des Krieges in Deutschland vor sich ging. Das war bereits der Fall, noch ehe Allen Welsh Dulles die Leitung des Office of Strategie Services (OSS) auf dem europäischen Festland übernahm und – seit November 1942 – von der Schweiz aus eine dauernde Verbindung mit der deutschen Untergrundbewegung unterhielt. Audi ist in keiner Weise zweifelhaft, dass die führenden Politiker und Diplomaten in England wie in den Vereinigten Staaten über die Struktur und die Ziele der deutschen Oppositionsbewegung im Einzelnen unterrichtet waren, dass sie um ihre Ausdehnung von der Rechten bis weit in die Linke hinein wussten, um die führenden Persönlichkeiten aus Bürokratie und Offizierskorps, um die Teilnahme der Kirchen ebenso wie um die der Gewerkschaften.

Man kann sehr wohl begreifen, dass dieser Einblick in die Wirklichkeit und dass die Tatsachen, auf die diese Kenntnis sich gründete, als Geheimnisse ersten Ranges gehütet wurden, so lange der Krieg noch nicht entschieden und Hitlers Stellung noch unerschüttert zu sein schien. Es ist weniger leicht einzusehen, warum die offizielle Rundfunkmeldung von Washington am Abend des 20. Juli Hitlers Lüge von der «kleinen Clique» ehrgeiziger Offiziere wiederholte oder sogar noch überbot. Auch nach dem Ende der Feindseligkeiten wurde die gleiche propagandistische Linie aufrechterhalten. So bemühte man sich, die Zeugnisse, die inzwischen ans Licht gekommen waren, in ihrer Bedeutung zu verkleinern und die Verschwörung gegen Hitler als Angelegenheit einer Adelskaste oder eines «Herrenklubs» hoffnungslos überlebter und anachronistischer Aristokraten darzustellen. Man mag anerkennen, dass selbst solche irreführenden Deutungen einen gewissen Fortschritt bildeten gegenüber einer Phase völligen Schweigens. Während einer beträchtlichen Zeitspanne ist die deutsche Opposition «tabu» gewesen²⁷. Es darf indessen gesagt werden, dass gegen dieses Schweigen gerade einige frühere Mitglieder des amerikanischen Nachrichtendienstes ihre Stimme erhoben und damit aus ihrer Kenntnis heraus der Wahrheit mit auf den Weg geholfen haben. Voran ging Alexander B. Maley, vormals Offizier im Marine-Nachrichtendienst, der im Februar 1946 einen Artikel unter dem Titel schrieb: «Das Epos der deutschen Untergrundbewegung»²⁸. Ihm folgte Franklin L. Ford, ein früherer Armee-Offizier, der dem OSS mit einem Sonderauftrag zugeteilt war. Er veröffentlichte im Juli 1946 einen Artikel: «Der 20. Juli in der Geschichte des deutschen Widerstandes»²⁹. Sodann hat Allen Welsh Dulles, dessen Schlüsselstellung bereits erwähnt wurde, in seinem Buch «Verschwörung in Deutschland» umfassende Aufklärungen gegeben³⁰. Schliesslich erlaubten auch die Besatzungsbehörden das Erscheinen von Artikeln zu diesem Thema³¹, und 1947 veröffentlichte Rudolf Pechel, allerdings noch in Zürich, sein Buch «Deutscher Widerstand». Seitdem ist in einem Jahrzehnt mit Hingabe geforscht und unendlich viel veröffentlicht worden, ohne dass diese Darstellung mit Titeln belastet werden soll³². Aber dass die alten Vorurteile ganz abgeklungen sind, wird man nicht sagen können. Sie wirken in der englischen Geschichtsschreibung etwa bis in die Studien von L. B. Namier und in J. W. Wheeler-Bennetts Buch «Die Nemesis der Macht» aufs stärkste nach. Immer noch besteht für diese Autoren der Verdacht, dass es sich bei Bekundungen und Schritten der Opposition um einen schlecht genug verhüllten Nationalismus

BEDINGUNGEN UND MÖGLICHKEITEN

1. Deutsche «Unterwürfigkeit»

Unsere Studie beschäftigt sich mit Problemen der Opposition gegen ein totalitäres Regime, das heisst mit Problemen, die nicht nur ein einzelnes Volk angehen, und mit geschichtlichen Tatsachen, die demgemäss Bezug haben auf das grundsätzliche Thema des Widerstandes. Es ist daher nicht beabsichtigt, historisch zurückzugreifen auf den so oft erörterten (und überschätzten) «geistigen Stammbaum» des Nationalsozialismus oder auf die Formen und Ursachen seines Aufstiegs. Insbesondere kann es sich nicht darum handeln, das weitschichtige Thema des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und das Problem des «Machtverfalls» (K. D. Bracher) zu behandeln oder die Vorgänge, die zur «Machtergreifung» geführt haben, im Einzelnen zu untersuchen. In dieser verhängnisvollen Wendung wirkten, wie man in aller Kürze wohl sagen darf, sehr besondere Bedingungen des deutschen öffentlichen Lebens und durchaus individuelle Verantwortungen mit sehr allgemeinen, politisch-sozialen Umständen schicksalhaft zusammen, mit den Folgen des ersten Weltkriegs und des Versailler Friedens sowohl wie mit denen der Inflation und einer weltweiten Depression. Darüber hinaus war die Katastrophe durch ein Absinken der schöpferischen und religiösen Kräfte, durch eine Kultur- und Moral-Krise vorbereitet worden, die nicht auf Deutschland allein beschränkt blieb und für die der Schweizer Max Picard mit seinem Buch *Hitler in uns selbst* eine beziehungsreiche Formel geprägt hat.

Dies alles sollte nicht missverstanden werden als ein Versuch zu «entschuldigen», was in Deutschland geschah. Es besteht keinerlei Anlass, nachsichtig zu sein mit Rohlingen und Terroristen oder mit den Karrieremachern und Revolutionsgewinnlern, die rechtzeitig auf den Siegeswagen zu klettern sich bemühten. Auch sind die verbreiteten Phänomene von Feigheit oder Massenhysterie an und für sich gewiss kein milderner Umstand. Und die Angehörigen der oberen Schichten in Deutschland, die einer faschistischen Ideologie zum Opfer fielen, das heisst der gleichen klassenbefangenen Selbsttäuschung, wie sie in den erwähnten Worten von James W. Gerard und denen vieler anderer Ausländer bezeugt ist, verdienen sicherlich nicht deshalb bemitleidet zu werden, weil ihnen ein so rauhes Erwachen bevorstand.

Es kann lediglich als Tatsache festgestellt werden, dass nur wenige Menschen eine klare Einsicht in die wahre Natur der Vorgänge besaßen, die mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten sich vollzogen. Und selbst heute noch erscheint dieser Dammbreach viel zu vielen Betrachtern als eine Art Normal-Revolution im Stil des 19. Jahrhunderts. Aus dieser Ansicht folgt eine Neigung, auch die Oppositionsbewegungen in einem falschen Licht zu sehen. Man begnügt sich damit, die gleichen Massstäbe anzulegen, die üblicherweise auf politische Umbrüche einer abgelaufenen Epoche angewandt werden. Man fragt nach Klassenzugehörigkeit oder Parteigruppierung der oppositionellen Elemente und übersieht zu leicht die grundsätzliche Bedeutung einer Front, die man wohl als die des Menschlichen gegen das Untermenschliche bezeichnen darf. Was nach der pseudolegalen Revolution von 1933 faktisch triumphierte, waren in der Tat und in einem sehr wesentlichen Betracht die dunklen Kräfte, die den Bodensatz jeder modernen Gesellschaft bilden. Es ist mit Recht gesagt worden¹, dass sie die Macht mit einem überraschenden Flankenangriff an sich rissen, der in der Hauptsache durch Deklassierte ausgeführt wurde. Sie fanden ihre zahlenmässig breiteste Unterstützung unter den Arbeitslosen und im verarmten Kleinbürgertum, gewissermassen in einem gesellschaftlichen «Niemandland». Aber nachdem einmal die Herrschaft einer energischen und fanatischen Minderheit fest etabliert war, verwandelten sich die Bedingungen der Machtergreifung in solche der Machtbehauptung, die naturgemäss von beträchtlich anderem Charakter waren.

Gewiss wird niemand, der auch nur einigermaßen mit totalitären Methoden und Praktiken vertraut ist, die an looprozentigen Volksabstimmungen zugunsten Hitlers als echte Zeugnisse ansprechen wollen. Und doch kann schlechterdings kein Zweifel über die weitgehende Wirksamkeit jener teuflischen Mischung von Terror und Propaganda bestehen, die für das nationalsozialistische System charakteristisch war. Es ist nicht nur die Furcht vor den offenen oder den verdeckten Waffen des Regimes, vor dem Gummiknüppel oder dem Blockwart gewesen, die das Wettrennen in die Partei oder die ihr angegliederten Organisationen veranlasste. Zu gutem Teile war es die Notwendigkeit wirtschaftlicher Existenz, der seit der Inflation alle Reserven fehlten. Aber zu alledem kamen unbestreitbar ein emotionaler Drang, auf den das Propagandainstrument meisterlich eingestellt war, und eine schein-idealistische Zugkraft oder das Trugbild der «Volksgemeinschaft», die besonders viele junge Menschen in ihren Bann zogen. Auch

spielte der Anschein einer Besserung in den sozialen Verhältnissen, insbesondere die Herabdrückung der Arbeitslosenzahlen, im Anfang ebenso die Rolle einer psychologischen Trumpfkarte des Regimes, wie das in späteren Jahren von Hitlers aussenpolitischen Erfolgen gelten sollte.

Es ändert nichts an der symptomatischen Bedeutung dieses Propagandaerfolges, wenn man darauf verweist, dass die ausländischen Bewunderer Hitlers und diejenigen, die «Frieden um jeden Preis» wollten, nicht unwesentlich zum Sieg der Methoden einer wohlberchneten Massenpsychologie beigetragen haben. Die Männer der deutschen Opposition freilich waren berechtigt, in solchen Einwirkungen von draussen einen wahren «Dolchstoss in den Rücken» zu sehen. Selbst eine Persönlichkeit vom politischen Scharfblick Winston Churchills sprach im Jahr 1935 von Hitler in Worten der Bewunderung «für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigten, allen Mächten oder Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder sie zu überwinden»². Ein Nachhall dieser Bewunderung findet sich bei dem längst zum Gegner der Appeasement-Politik gewordenen Churchill noch zu einem so späten Zeitpunkt wie November 1938, wenn auch die Art, wie er sie aussprach, damals eine sehr bewusste Absicht der Beschwichtigung hatte³. Aber die Frage, wie weit und aus welchen Gründen Hitlers Regime Beifall im Ausland fand, ist nicht Gegenstand dieser Studie. Was hier in Betracht kommt, ist die Tatsache, dass Massen von Deutschen einem Regierungssystem und einer Führerschaft begeistert huldigten oder gehorsam anhingen, über deren verbrecherischen Charakter kaum Zweifel bestehen konnte, – sicher nicht mehr nach den ersten i*/i Jahren des Regimes und dem Blutbad des 30. Juni 1934. Man wird hinzuzufügen haben, dass selbst diejenigen, die nur Lippendienst taten, oft genug in ein Netz von Zugeständnissen und grösseren oder kleineren Lügen verstrickt wurden, die sich als Entmannung auswirken mussten.

Es ist eine viel erörterte Frage, ob dieser moralische Erd-rutsch auf konstitutionelle Schwächen des deutschen Charakters zurückgeführt werden kann oder auf eine Art Wachstumsstörung in der deutschen politischen Entwicklung. War er nicht, wie die schärfer zugespitzte These es will, das Ergebnis verhängnisvoller Tendenzen, die sich im ganzen Verlauf deutscher Geschichte, mindestens aber seit Luther, Friedrich dem Grossen und Bismarck gezeigt haben? Solche Fragen sind oft gestellt und in Büchern oder Streitschriften mit grösserer oder geringerer Einseitigkeit bejaht worden. Nicht alle diese Ver-

öffentlichungen gehören zur Propagandaliteratur oder sind ein blosser Ausdruck von Vansittartismus gewesen. Aber wer immer im Hochgefühl moralischer Überlegenheit den Stein wirft, sollte zuvor sein eigenes Gewissen sorgfältig erforschen oder sich entsprechenden Erprobungen zu stellen bereit sein. Es ist verhältnismässig einfach und mag oft genug pharisäisch sein, einen Urteilsspruch zu fällen, wenn man niemals Erfahrungen ausgesetzt gewesen ist, die denen der Deutschen nach 1933 irgendwie vergleichbar sind, oder wenn man selbst, vielleicht in kleineren Dingen und ohne es gewahr zu sein, nicht weniger kläglich versagt hat, als es für viele Deutsche zutrifft.

Von sehr anderem Charakter sind einige der Schriften, in denen Deutsche selbst in den ersten Jahren nach Kriegsende nachdrücklich die Frage aufgenommen haben, wie es möglich war, dass ein hochkultiviertes Volk sich einem verbrecherischen Regime unterwerfen konnte⁴. Dies hat zu sehr kritischen Untersuchungen bestimmter politischer und sozialer, geistiger und religiöser Züge der deutschen Überlieferung und zu einer vertieften Fragestellung geführt. «Das wirkliche Problem», so schrieb ein Jesuitenpater, «ist nicht Hitler, sondern die Möglichkeit, von Hitler angesteckt zu werden.» Oder mit den Worten von Karl Jaspers: «Wir müssen versuchen, den Keim des Übels zu erkennen, das vor langer Zeit gepflanzt worden ist.»

Es braucht kaum gesagt zu werden, dass diese kritische Selbstprüfung sich auf das wohlthätigste von der Haltung derer unterscheidet, die im Jahre 1945 plötzlich entdeckten, dass sie niemals Nationalsozialisten gewesen waren. Der persönlichen Verantwortung in Begehung oder Unterlassung bewusst zu sein und vor der eigenen Haustür zu kehren, ist in der Tat ein notwendiger Bestandteil jeder gründlichen Reinigungsaktion. Oder wie es der katholische Dichter Reinhold Schneider in aufwühlenden Worten gesagt hat: «Wenn einmal der Name einer Familie oder eines Volkes angeklagt ist, so wird jedes einzelne Mitglied aufgerufen, nach einer neuen und reineren Würde zu streben.»⁵ Solche Selbstprüfung und solcher Aufruf lassen nun freilich die Frage politischer oder juristischer Schuld weit hinter sich, sie erheben stattdessen die metaphysische und religiöse Natur des Problems der Verantwortung zu voller Klarheit. Es mag schon hier und im Voraus angemerkt werden, dass diese Haltung aufs genaueste mit derjenigen übereinstimmt, die führende Männer der deutschen Oppositionsbewegung eingenommen haben. Lange ehe sie die Niederlage Deutschlands zu gewärtigen hatten, folgten sie einem aufgestörten Gewissen. Sie anerkannten ihre persönliche Verantwortlichkeit für Ver-

brechen, die im Namen Deutschlands begangen wurden, und unternahmen es, durch Taten oder durch Opfer Sühne zu leisten. Dies war dann freilich eine Wachheit gegenüber der «Sünde», die viel tiefer greift als irgendeine Vorstellung «fehlerhafter» geschichtlicher Entwicklung.

Aber auch wenn es richtig ist (wofür sich vieles sagen lässt), dass Unsicherheit in den Traditionen und der moralischen Struktur des deutschen gesellschaftlichen Lebens, oder dass Mangel an Erziehung zu individueller Initiative und bürgerlichem Selbstvertrauen die Hinnahme eines tyrannischen Systems erleichtert haben, so bleibt immer noch die Gefahr unangemessener Verallgemeinerung. In der Tat ist die Frage nach dem Grad deutscher Unterwürfigkeit durch eine leichthin vorausgenommene Antwort in hohem Masse verdunkelt worden. Es ist nicht möglich, zu einer zutreffenden Beurteilung zu gelangen, wenn man die Tatsache roher Gewalt ausser acht lässt, mag diese sich auf Drohung beschränkt oder die Form tatsächlicher Misshandlung und Folter angenommen haben. Hunderttausende haben sich «unterworfen», weil sie in einer solchen Lage recht- und schutzlos waren, und nicht, weil sie sich von dem System «angezogen» fühlten oder irgendwelche materiellen Vorteile von ihm erwarteten. Denkt man an die ständige Bedrohung durch den Gummiknüppel und lässt dann die Schwächen an sich vorbeiziehen, die als typisch deutsch gelten, so mag in Wahrheit mehr Anlass sein, über die *Begrenztheit* als über die *Verbreitung* von «Unterwürfigkeit» zu staunen. In der Tat lässt sich sagen, dass die Opposition ausgedehnter und prinzipieller war, als verbreitete Ansichten über den deutschen Volkscharakter oder die Kenntnis der totalitären Dynamik je hätten vermuten lassen. Ja, es wird die Behauptung zu vertreten und sie wird noch näher zu begründen sein, dass die deutsche Opposition gegen Hitler, in Ansehung der beispiellosen Erschwerungen, unter denen ihre Aufgabe stand, wie auch ihrer grundsätzlichen Ausrichtung auf die Integrität des Menschentums und auf Ziele, die sich weder auf ein Land noch auf eine Klasse beschränkten, eine potentielle Bedeutung gewonnen hat, die über die jeder nur nationalen oder sozialen Freiheitsbewegung weit hinausgeht.

2. Stufen der «Nicht-Gleichschaltung»

Man kann sagen, dass das deutsche Volk während des Dritten Reiches, grob gesprochen, in vier Gruppen zerfiel: tatsächliche und nominelle Nazis, Nicht-Nazis und Anti-Nazis. Über ihr

Verhältnis zueinander genaue Angaben zu machen, ist naturgemäss unmöglich; die Scheidelinien werden sich durch die Jahre hin mannigfach verschoben haben, und eine Gruppe ging in die andere über. Als die amerikanische Militärregierung eine Zahl von mehr als 1 Million Bewerbern für Anstellung in der US-Zone überprüfte, ergab sich, dass in 50 Prozent der Fälle «kein Anzeichen von Nazi-Betätigung» vorlag⁶. Nun wird man gewiss nach allen Fragebogen-Erfahrungen die berechtigtesten Zweifel haben dürfen am Genauigkeitswert solch negativer Feststellungen, insbesondere bei dem Anlass, um den es ging. Es mag dabei ein gut Teil erfolgreicher Camouflage mit im Spiel gewesen sein, und in dieser Kunst hatte man während der Hitler-Zeit eine sehr gründliche Schulung durchgemacht und sollte in ihr fortfahren. Es bedurfte dazu nach 1945 keiner «re-education». Aber auch wenn man diese Fehlerquelle einsetzt, bleibt der Prozentsatz anerkannter Nicht-Nazis überraschend hoch. In einer weiteren kritischen Auswertung mag man annehmen, dass die Zahl der 50% in unmerklichen Abstufungen in die der nominellen Nazis hinübergeht. Und man mag sich ferner der Klagen v. Schlabrendorffs über die Nicht-Nazis erinnern. «Ihr mangelnder Charakter», so drückt er es aus, «hat uns mehr zu schaffen gemacht als die Willkür und Brutalität der Nazis.»

In Wahrheit ist das Problem solch einer amorphen und nur negativ bestimmten Gruppe offenbar von sehr komplizierter Art. Die gleiche Erscheinung tritt in allen totalitären Staaten auf. Sie dürfte in der Sowjet-Union nicht weniger bemerkbar sein als unter anderen Diktaturen und wäre einer gründlicheren Erforschung wert. In Deutschland waren sicher unter den Nicht-Nazis viele, die eine Vogel-Strauss-Politik trieben und denen jene Züge der Lauheit und der Neutralität eigen waren, die im Vergleich einen überzeugten Pg. sympathisch machen konnten. Aber die gleiche Gruppe schloss auch jenes sehr zahlreiche Element ein, das man als «schweigende Opposition» bezeichnen darf. Und dies Phänomen muss gemessen werden an dem totalen Anspruch des herrschenden Systems gegenüber allen, auch den privatesten Formen bürgerlichen Lebens. Dieser Anspruch war – in der Theorie jedenfalls – in Deutschland umfassender als irgendwo sonst und fand seinen klassischen Ausdruck in Dr. Leys prahlender Feststellung: «Im nationalsozialistischen Deutschland gibt es nicht so etwas wie ein privates Individuum.» Wenn man dies in Rechnung stellt, so wird klar, dass es schon eine Art von Opposition war oder besser eine «potentielle» Form des Widerstands, «kein Anzeichen von Nazi-Betätigung» zu geben.

Solch eine Haltung der Abstinenz war nicht ohne Gefahr, wengleich sie durch Unauffälligkeit gemildert werden konnte. Es war daher für namenlose Männer und Frauen leichter, zur schweigenden Opposition zu gehören, als für «Prominente» oder solche, die irgendwie im Rampenlicht standen. Aber die Bedeutung des Phänomens sollte nicht unterschätzt werden. Es zeigt ein Reservoir von Kräften an, auf die der aktive Widerstand für den Augenblick zählen konnte, wenn die Macht den Unterdrückern aus der Hand geschlagen war. Auf jeden Fall lässt diese «Reserve-Front» vermuten, dass breite Schichten des Volkes sich in ihrer Weise undurchdringlich zeigten. Sie liessen nicht ab von den Geboten einfach menschlichen Anstands in den gewöhnlichen Dingen des täglichen Lebens. Während sie das unerlässliche Minimum von Konzessionen machten, blieben sie moralisch unberührt. Sie nahmen das Regime nicht als Dauerzustand an und gaben die Hoffnung auf sein Ende nie auf, wengleich sie wohl wussten, dass sie sich nicht mit ihren blossen Händen gegen die Gestapo erheben konnten.

Diese Verhaltensweise entzieht sich zwar der ausdrücklichen Definition, aber sie liess sich in vielen Fällen mit überraschender Anschaulichkeit beobachten. In Fabriken und Dienstzimmern pflegte das Gesprächsthema automatisch zu wechseln, sowie die wohlbekanntesten Parteimitglieder oder die Aufpasser ausser Hörweite waren. Es gab zwischen Nicht-Nazis eine schweigende, mitunter fast geheimnisvolle Verständigung. Nur in einer Form wurde sie laut: in jenen bissenden Witzen, die sich mit rätselhafter Schnelle verbreiteten⁷. Als die Nazi-Behörden es gelegentlich für weise hielten, ein Sicherheitsventil zu öffnen, indem sie eine unzensurierte Ausgabe der Münchner Faschings-Zeitung, der «Blauesten Nachrichten», gestatteten, müssen sie recht unliebsam überrascht worden sein, und zwar nicht nur durch den Inhalt des Blattes, sondern auch durch die Geschwindigkeit seiner Verbreitung über ganz Deutschland hin.

Ein anderer auffallender Zug, der die schweigende Opposition bezeugt, war die sich ausdehnende «Vereinsmeierei», d.h. das zahlenmässige Anwachsen kleiner Kreise, die philosophische oder religiöse, künstlerische oder zwischenstaatliche Probleme erörterten. Auch diese Form von «Separatismus» konnte sich zu Zeiten als gefährlich erweisen und mochte eines Tages mit dem gefürchteten Läuten der Wohnungsklingel um 5 Uhr morgens beantwortet werden. Die Gruppe der Nicht-Nazis ging tatsächlich zum mindesten ebenso sehr in die der Anti-Nazis über wie in die der nominellen Parteianhänger. Als

Graf Moltke, bei Gelegenheit des Mussolini-Besuches in Berlin im Jahre 1937, sich weigerte, die Fenster seines Büros Unter den Linden mit dem üblichen Festschmuck zu versehen, und die anderen Mieter zu der gleichen Haltung überredete, geschah sicherlich mehr, als dass «kein Anzeichen von Nazi-Betätigung» an der Schauseite dieses Hauses erschien.

Nicht weniger entzieht sich die Gruppe der nominellen Nazis einer schematischen Beurteilung. In der Haltung derer, die «mitmachten», waren egoistische und idealistische Motive oft unentwirrbar verwoben. Es kann die Ansicht vertreten werden, dass es keine gefährlichere Fehlmeinung gab als den Glauben, dass man Exzesse mildern und «Schlimmeres verhüten» könne, wenn man sich nur beteilige oder in die Partei eintrete. Im Gesamtbild und ins Grosse gesehen war dies ohne Zweifel eine Fehlmeinung. Es war oft nicht mehr als ein Mittel bequemer Selbsttäuschung. Manche rückblickende Beobachter sind der Ansicht, dass es ohne die Mitarbeit und Sachkunde von Beamten, Betriebsführern und anderem geschulten Personal sehr frühzeitig schon zu einem Niederbruch in Verwaltung und Wirtschaft des nationalsozialistischen Regimes gekommen wäre. Darüber hinaus lässt sich die These vertreten, dass die Gläubigen der Technik und die hochspezialisierten «Fachleute» eine besondere Verantwortung auf sich genommen haben durch die sozusagen abstrakte Hingabe an Höchstleistungen, die mit dem dahinter liegenden Zweck nichts zu tun zu haben vorgibt⁸.

Aber das viel erörterte Problem des «Dabei-Bleibens», das als Gewissensfrage etwa die Erinnerungen des Staatssekretärs von Weizsäcker durchzieht, ist mit solchen Bemerkungen nicht abzutun. Es gab Männer, die in sehr bewusster Einsicht und mit dem Opfer der Selbstdemütigung wie auch der voraussehenden Teilnahme an einer Niederlage in ein Amt oder die Partei eintraten, weil nur «von innen» eine Gegenfront aufzubauen war. So hat es Adam von Trott zu Solz, als er noch die Wahl hatte, im Ausland zu bleiben, für sich in sehr persönlicher Weise bezeugt. Es wird für manchen anderen ähnlich gelten. Auch ist durchaus erkennbar, dass einige derjenigen, die in hohen Stellungen verblieben und mittaten, nicht nur innere Unabhängigkeit sich bewahrten, sondern auch früher oder später, mit geringerer oder grösserer Entschiedenheit, am Widerstand teilhatten⁹.

Mehrere unter ihnen waren oder wurden Mitglieder der aktiven Opposition. Sie arbeiteten wirksam unter den deckenden Falten ihrer Zugehörigkeit zum offiziellen Macht-Apparat und wohl gar unter dem Schutz einer hohen Stellung in der

Gestapo oder der SS¹⁰. Aber neben diesen zugespitzten Fällen gab es noch ein anderes, sehr wichtiges, wenngleich weniger greifbares Phänomen. In den technischen Zweigen des Beamtentums blieb die Zahl der Nicht-Parteimitglieder verhältnismässig hoch; hier konnten auch nominelle Nazis, die der Form nach mitmachten, oft und mit Erfolg gewisse «anachronistische» Grundsätze beruflicher Ethik aufrecht erhalten¹¹. Nicht wenige Männer und Frauen, die der Verfolgung und dem Terror entkamen, danken ihr Leben dieser Tatsache oder fanden Sympathie und Hilfe von höchst unerwarteter Seite. Es ist nicht zu bezweifeln, dass innerhalb des gleichgeschalteten Beamtentums ganze Gruppen in schweigender, aber wirksamer Opposition standen und Notausgänge öffneten, wo immer sie konnten.

Dies ist in einem Nachtrag zu dem amtlichen amerikanischen Bericht über die Wirkungen des Luftkrieges anerkannt worden, der im Jahre 1947 erschienen ist. Unter dem Stichwort «Deutsche Moral» heisst es da¹²: »Es gab Elemente, die sich dem Nationalsozialismus widersetzen, indem sie unauffällig innerhalb des Bereiches der amtlichen Maschinerie an der Arbeit waren. Soweit dies die Polizei betrifft, ist es klar, dass sie unter den Kriminalbeamten eine beträchtliche Anzahl von alten Anhängern der Republik enthielt, die meist zu der sozial-demokratischen Partei gehört hatten. Leute dieser Art mochten soweit gehen, die Flucht von vorgemerkten Opfern der Gestapo zu ermöglichen, indem sie ihnen eine warnende Mitteilung der bevorstehenden Verhaftung zukommen liessen und dann ihre Namen in den Listen «vermisster Personen» eintrugen. Unter «Eingeweihten» war es bekannt, dass recht aktive Zellen solcher Art in hohen Regierungsbehörden bestanden, so etwa im Ministerium des Innern, im Justizministerium, im Arbeitsministerium, in gewissen Gerichtshöfen und Staatsanwaltschaften sowie besonders in lokalen Regierungsbehörden. Mitglieder solcher Zellen konnten wirksam die Vollziehung von Strafmassnahmen sabotieren und taten es nicht selten.»

3. Haltung gegenüber Juden

Im Rahmen einer schweigenden Opposition, die Widerstand und eine Sabotage dieser Art organisierte, bedarf die Haltung des deutschen Volkes gegenüber den verfolgten Juden besonderer Aufmerksamkeit. Dass Anti-Semitismus zum Urbestand der nationalsozialistischen Bewegung gehörte – auf der Grundlage einer tendenziösen Rassentheorie, aber auch in

Verbindung mit Anti-Kapitalismus oder Anti-Kommunismus –, dass er auf breite Schichten eine starke Anziehungskraft hatte und Gelegenheit zu schlimmsten Exzessen wie auch widerlicher Bereicherung bot, braucht nicht betont zu werden. Aber dass diese Gesinnungen und Handlungsweisen sich mehr oder weniger allgemeiner Zustimmung erfreuten oder bereitwillig hingenommen wurden, trifft keineswegs zu. Als die britische Regierung nach Kriegsausbruch ein Weissbuch betreffend «Behandlung von deutschen Staatsbürgern in Deutschland» veröffentlichte¹³, erschienen darin auch die Briefe einiger Deutscher. Sie gaben der Empörung Ausdruck, die nach den sogenannten «spontanen» Pogromen des 9. November 1938 sicherlich in weiten Kreisen der Bevölkerung verbreitet war. Nicht weniger interessant ist der Bericht des britischen Generalkonsuls in Frankfurt, der am 14. Dezember 1938 schrieb: «Es scheint mir, dass eine sexuelle Massenperversion die Erklärung für diesen sonst unerklärlichen Ausbruch bieten mag. Ich bin überzeugt, dass, wenn die Regierung Deutschlands von der Wahl des Volkes abhinge, die Machthaber, die für diese Schandtaten verantwortlich sind, von einem Sturm der Entrüstung hinweggefegt worden wären, wenn man sie nicht an die Wand gestellt und erschossen hätte.»

Es mag sein, dass dieser britische Beobachter zu optimistisch war. Und sicherlich geht jener deutsche Beamte zu weit, der an einen anderen Engländer schrieb, dass «das deutsche Volk nicht das geringste mit diesen Tumulten zu tun gehabt habe». Aber es verdient immerhin festgehalten zu werden, dass, während Goebbels die These von der spontanen Reaktion des deutschen Volkes auf die Ermordung des Herrn vom Rath unaufhörlich propagierte, das oberste Parteigericht an Göring berichtete: «... Auch die Öffentlichkeit weiss bis auf den letzten Mann, dass politische Aktionen wie die des 9. November von der Partei organisiert und durchgeführt sind, ob dies zugegeben wird oder nicht. . . ,»¹⁴ Nicht ohne Interesse ist ferner, was ein SS-Brigadeführer in einem Brief an Himmler zugeben musste¹⁵: «Einheimische antisemitische Kräfte», so schrieb er, «wurden während der ersten Stunden *veranlasst*, mit Pogromen gegen die Juden zu beginnen . . . , wenngleich es sich *als sehr schwierig erwies*, sie dazu zu bringen.»

Diese Zeugnisse des Widerstrebens werden ergänzt durch viele Beispiele von Sympathie, Hilfe und positiver Unterstützung, die sich einwandfrei belegen lassen. Bestimmte Gruppen wie die Quäker und protestantische sowohl wie katholische Vereine waren in einem ausgedehnten Hilfswerk tätig. Hingegen konnte, nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit, die

Zahl derer, die einen öffentlichen Protest wagten, nur gering sein. Ihre Stimmen wurden bald zum Schweigen gebracht. Unter denen, die Mut genug hatten, sich unmissverständlich zu äussern, mag der Dekan von St. Hedwig, Monsignore Bernhard Lichtenberg, genannt werden¹⁰. Seit den Pogromen des November 1938 pflegte er selbst und veranlasste er die Gemeinde der Berliner Kathedrale «Für Juden und Insassen von Konzentrationslagern» zu beten. Diese und andere Demonstrationen, wie der Protest gegen die «Gnudentötung» von Geisteskranken, führten zu seiner Verhaftung im Oktober 1942. Während er im Gefängnis war, bot er an, sich freiwillig in das Ghetto von Lodz verlegen zu lassen. Er starb auf dem Wege nach Dachau im November 1943. Parallelen auf protestantischer Seite fehlten nicht¹⁷. Auch gab es viele Einzelfälle von Hilfe durch Individuen und Gruppen, über die naturgemäss keine Akten geführt worden sind. Juden wurden versteckt gehalten, im Entweichen über die Grenze unterstützt oder mit Lebensmittelkarten versorgt. Aus der Zahl derer, die an der illegalen Arbeit für die Verfolgten teilnahmen, mag der Solf-Kreis hervorgehoben werden, der sich um die Witwe des früheren deutschen Aussenministers und Botschafters in Tokio und ihre Tochter sammelte. Enge Beziehungen bestanden zu Beamten des diplomatischen Dienstes, insbesondere zum früheren deutschen Generalkonsul in New York, Otto C. Kiep, und zu Geheimrat Kuenzer im Auswärtigen Amt. Wie in vielen anderen Fällen führte nicht zuletzt der Rassenfanatismus des Regimes Menschen humanitärer Gesinnung zur Gegenwehr zusammen. Auch eine Gestalt wie Elisabeth v. Thadden, Direktorin eines Landschulheims für Mädchen und Mitglied des Solf-Kreises, sollte nicht unerwähnt bleiben¹⁸. Sie trieb nicht aktive Opposition im politischen Sinne, aber in ihrem beispielhaften Sein war sie eine Quelle der Kraft für andere und ein Vorwurf gegen das Regime, solange sie lebte.

Eine weitere Einsicht in die mehr systematische und ausgesprochen verschwörerhafte Tätigkeit solch humanitärer Kreise lässt sich aus Ruth Andreas-Friedrichs Buch «*Der Schattenmann*» gewinnen¹⁹. Ihr Bericht über die Widerstandsgruppe «Onkel Emil», in Tagebuchform vorgelegt und sicher nicht frei von romanhaften Zügen, trägt doch in allem Wesentlichen den unverkennbaren Stempel der Wahrheit. Für den, der etwas Fühlung mit solchen Vorgängen hatte, sind selbst einige der Pseudonyme durchsichtig genug. Es gab kein politisches Ziel, über das alle Mitglieder dieses Kreises sich einig gewesen wären. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt waren leidenschaftliche Abneigung gegen die Hitler-Tyrannie, der sie mit allen,

auch defaitistischen Mitteln entgegenarbeiteten, und vor allem eine grundsätzliche Entschlossenheit, «der Menschlichkeit zu dienen» und die Mühsal der Beladenen nach Kräften zu mildern. Es wird sich im Verlauf dieser Studie immer wieder herausstellen, dass für viele die innerste Triebkraft der Opposition und dass ihre über den Einzelfall hinausgehende Tragweite auf ethischen und religiösen Überzeugungen oder auf den ununterdrückbaren Forderungen einfach menschlichen Anstands beruhten. «Was wir tun», schreibt Frau Andreas in ihrem Tagebuch, «ist Einzelarbeit.» Aber sie fügt die sehr berechtigte Mahnung hinzu: «Nur dass diese Einzelarbeit Tausender und aber Tausender Deutscher im Dienste der Menschlichkeit getan wird, trotz Drangsal, Verfolgung und Tyrannei, das sollte, wenn der Tag der Abrechnung kommt, von denen nicht vergessen werden, die es leichter haben als wir, gute und hilfreiche Menschen zu sein.»²⁰

Es muss solche Gruppen in anderen Städten gleichfalls gegeben haben; Beispiele sind bekannt aus München und Augsburg. Auch war in Berlin «Onkel Emil» sicher keine vereinzelte Erscheinung. Im Jahre 1947 stellte der Sachbearbeiter jüdischer Angelegenheiten im Berliner Magistrat fest, dass die Mehrheit der «Arier» niemals den Nazi-Antisemitismus angenommen habe und dass in der Reichshauptstadt allein 5'000 Juden von ihren Landsleuten mit Erfolg versteckt worden seien²¹. Das ist gewiss eine erbarmungswürdig kleine Zahl, wenn man sie mit denen vergleicht, die zugrunde gingen. Aber die Zahl der Deutschen, die ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um auch nur dieses verhältnismässig geringe Ergebnis zu erreichen, muss um ein Mannigfaches grösser gewesen sein, – und sie sollten nicht der Vergessenheit anheimfallen.

4. Intellektuelle und Kirchen

Die Erörterung einer schweigenden Opposition, die gradweise übergeht in offene Nicht-Gleichschaltung oder sehr bestimmte Formen von Untergrundarbeit, führt zu dem zentralen Problem, vor das sich Intellektuelle und Kirchen in besonderem Masse gestellt sahen. Ihnen, so möchte man sagen, fiel es spezifisch zu, menschliche Unantastbarkeit und geistigen Widerstand zu bewahren. Die Frage ist, wie weit sie dieser Aufgabe genügt haben.

In Antwort darauf ist keine Gruppe heftiger getadelt worden als die der Professoren und Journalisten, der Schriftsteller und Künstler. Und wenn es wahr ist, dass sie, zu einem gewis-

sen Grade, das Gewissen eines Volkes repräsentieren, so kann in der Tat kein Massstab streng genug sein. Auch hier, wie im Fall des Beamtentums, ist geltend gemacht worden, dass ein weitverbreiteter oder, wie manche fordern, ein «einmütiger» Protest der deutschen Intellektuellen das nationalsozialistische Regime hoffnungslos kompromittiert und vielleicht sogar zum Einsturz gebracht haben würde, ehe es noch Zeit fand, seine Machtstellung auszubauen. Es mag einiges für diese Auffassung sprechen, obwohl sie an sehr überlebte Formen des «politischen Professorentums» oder einer revolutionären «Intelligenz» erinnert und insofern «anachronistischer» zu sein scheint, als die tatsächlichen Pläne und Handlungen der deutschen Opposition waren. Wie dem auch sei, es ist richtig, dass kein Aufstand der Geistigen im Jahr 1933 erfolgte und dass Beispiele von Schwäche und Zersetzung sich häuften. Nur mit einem Gefühl der Scham kann man sich der Erfindung «deutscher» Mathematik erinnern oder der vielen anderen Formen geistiger Prostitution; und die zahlreichen «Umfälle» von Gelehrten und Schriftstellern waren kläglich genug. Auch ist es unzweifelhaft wahr, dass manche Richtungen im deutschen akademischen Leben nicht nur einem übersteigerten Nationalismus vorgearbeitet, sondern auch zu jener «Anarchie der Werte» beigetragen hatten, die für die Brutalität der nationalsozialistischen Diktatur und für die Flachheit des Rosenbergischen «Mythus» einen nur zu fruchtbaren Nährboden schuf. Zwar war die Zahl «alter Kämpfer» an den Universitäten ganz ausserordentlich gering, und fast in jedem dieser Einzelfälle liessen sich persönliche Beweggründe beruflicher Zurücksetzung oder menschlichen Versagens leicht genug nachweisen. Aber die Gleichschaltung des akademischen Lebens ging mit einer beschämenden Hast vor sich und kam oft der tatsächlichen Erzwingung, an der es nicht gefehlt haben würde, mit unnötigen Verbeugungen zuvor.

Dies alles muss so nachdrücklich festgestellt werden, wie es der Ernst des Phänomens erfordert. Es fällt unter das Stichwort des «Verrats der Intellektuellen» oder ist Teil jener breiteren Erscheinung, die ein französischer Autor als *«trahison des clercs»* bezeichnet hat. Aber die Anklage ist einseitig. Um sie ins Gleichgewicht zu rücken und um der Gerechtigkeit genug zu tun, würde es nötig sein, auch diejenigen zu nennen, die sich nicht unterwarfen. Es gab führende Männer in Philosophie und Erziehungswissenschaft, in Geschichte und Jurisprudenz, in den philologischen Fächern, in Nationalökonomie und Physik, und es gab jüngere unter ihren Kollegen, die sich intakt erhielten²². Aber das allein würde noch nicht ausrei-

chend sein. Es muss weiter daran erinnert werden, dass im Durchschnitt ein Viertel der Studenten sich nicht dem nationalsozialistischen Studentenbund anschloss, obwohl eine solche Enthaltung den Verbleib an der Universität wie die spätere berufliche Laufbahn ernstlich gefährden musste. Auch kann man auf weitere Umstände verweisen, die das Bild positiver erscheinen lassen und vermutlich einen mehr ins Allgemeine gehenden Einfluss hatten. Es ist bekannt, dass eine Reihe von Zeitschriften ihre weltanschauliche Linie und ihre redaktionelle Unabhängigkeit keineswegs aufgegeben haben, das «Hochland» und «Die Weissen Blätter» etwa, oder die «Corona» und die «Deutsche Rundschau». Eine beträchtliche Anzahl von Schriftstellern, Dichtern und anderen Künstlern weigerten sich gleichfalls, offiziellen Parolen zu folgen und mit dem Strom zu schwimmen, oder standen in offener Opposition. Man wird nicht annehmen dürfen, dass irgendeine dieser Haltungen dem Regime merklichen Abbruch tat; die Wirkung war vielmehr eine moralische Verstärkung der Front derer, die aktiven Widerstand leisteten.

Audi sonst lässt sich im Rückblick gerade auf die Jahre stärksten Druckes einiges sagen, das für die Unzerstörbarkeit geistigen Lebens und seine reinigende Kraft spricht. Man kann dies sowohl in der Intensität intellektueller Bemühung in kleinen Kreisen und nachbarlichen Vereinigungen bezeugt sehen wie in der Haltung des lesenden Publikums im Ganzen, in Theaterprogrammen und in den allgemeinen Richtungen der literarischen Produktion. Am 18. April 1942 erörterte die «Frankfurter Zeitung», was sie vorsichtig eine «gewisse Reaktion» nannte, das heisst die Vorliebe der Leser für «alte» Bücher und «Werke von grösserer Tiefe». In die gleiche Richtung weist das Beispiel eines Buchhändlers in einer kleinen württembergischen Stadt, der seinen Laden zum Mittelpunkt eines lebhaften Austausches zwischen Autoren und Kunden zu machen wusste²³. In den Schaufenstern der Verleger und Buchhändler war zwar, wie nicht anders zu erwarten, das offizielle Schrifttum der Partei breit ausgelegt, aber das wirkliche Geschäft ging andere Wege und bot dem Käufer Ware, notfalls «unter dem Ladentisch», die nicht den Stempel öder Gleichmacherei und staatlich verordneter Langeweile trug. Grosse Nachfrage war nach theologischen Abhandlungen und nach «Klassikern» sowohl wie nach Übersetzungen ausländischer Literatur. Es erschienen Volksausgaben antiker Schriftsteller, darunter eine zweisprachige der Vor-Sokratiker. Die populären Texte schlossen chinesische Denker ebenso ein wie Dante und Thomas von Aquino.

Auch wissenschaftliche Literatur wurde weiterhin mit erstaunlicher Stetigkeit veröffentlicht. Nicht selten erweist sie sich frei von jeder Nazifärbung, ja gelegentlich ist sie noch im Stande gewesen, ihren legitimen Beitrag zur Abwehr von Legenden zu leisten. Das gilt sogar von der Geschichtswissenschaft, die naturgemäss unter stärkstem Druck stand. Eine kritische Durchsicht der Fachzeitschriften führt zu dem Schluss, dass die Zahl der von offiziellen Parolen unberührten Aufsätze und Besprechungen grösser war, als zu vermuten stand. Es konnte immerhin ein Artikel erscheinen mit dem Nachweis, dass das von Himmler zum Nationalheiligtum erklärte «Grab Heinrichs I.» – das einer christlichen Heiligen sei, woraufhin dann die SS-Ehrenposten zurückgezogen wurden. Und auf dem deutschen Historikertag von 1937 erklärte ein auf dem Gebiet des Mittelalters führender Forscher in sehr unorthodoxen Worten, dass das Herauswachsen des «Deutschen» aus dem «Germanischen» dem Einfluss von Altertum und Christentum zu verdanken sei. In der Tat trifft es nicht zu, dass der Acker so sehr schrumpfte. Im Jahr 1946 brachte die Bonner Universität eine Liste wissenschaftlicher Veröffentlichungen aus der Zeit von 1939 bis 1945 heraus²⁴. Es waren darin sichtlich alle nationalsozialistischen oder dem Parteigeist hörigen Bücher und alle sonstigen Werke, die auf dem «Index» der Alliierten stehen mochten, ausgelassen worden. Gleichwohl enthielt der Katalog ungefähr 3'000 Titel, vornehmlich aus dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Von ihnen deuten gewiss viele ein Ausweichen (einen «escapism») in entlegene Gebiete oder zum mindesten eine Themenwahl an, die von der Gefahrenzone sich femhält. Aber die Gegenstände, auf denen der Nachdruck liegt, sind nicht weniger auffallend als die Breite der Interessen im Ganzen. In erster Linie ist die Blickrichtung gesamteuropäisch. Soweit sie sich mit deutscher Kultur befasst, geht sie aufs entschiedenste zu älteren Überlieferungen zurück, zu biblischen Traditionen, zu Plato und Aristoteles oder zu Meister Eckhart, Nikolaus von Cusa und Jakob Böhme, zu Humboldt und Schleiermacher, zu Goethe und Stifter. Ein deutscher, in der Schweiz lehrender Professor wie W. Röpke, der im allgemeinen recht kritisch gegen seine Kollegen jenseits der Grenze ist, hat 1945 mit gutem Recht festgestellt²⁵, dass man in dem Bestehen auf geistiger Kontinuität «bereits eine Art von Opposition» erblicken könne, wenn auch nur eine passive. Aber er spricht auch von dem Übergang, der von da aus zu den Kräften aktiven Widerstands führe, und fügt hinzu: «Wir haben allen Anlass vor der Zivilcourage, die da bewiesen wurde, tief den Hut zu ziehen.»

In der Tat überkreuzt sich «Nicht-Gleichschaltung» wiederum mit mehr oder weniger verhüllten Formen des Widerstands. Von der Abstinenz ist es nur ein Schritt bis zu einer Haltung, die mit vollem Bewusstsein nationalsozialistische Lehrmeinungen unterminiert oder zur Opposition gegen ein tyrannisches Regime in allen seinen Formen und Auswirkungen aufruft. Selbst die dem Anschein nach gleichgeschalteten «bürgerlichen Zeitungen», wie etwa die Frankfurter, konnten gewisse Angriffswaffen benutzen, wie zum Beispiel den Handelsteil. Wenn kein anderes Mittel mehr verfügbar war, blieb immer noch der scheinheilige Abdruck parteioffiziöser Äusserungen wie der, dass die Japaner «gelbe Arier» oder dass Tomaten die «nordische» Frucht des Südens seien.

Individuen mochten weiter gehen. Im Jahr 1935 gab Adam von Trott zu Solz, ein früherer Cecil-Rhodes-Stipendiat, der zu den führenden Männern der Verschwörung gegen Hitler gehören sollte, die Schriften Heinrich v. Kleists heraus und begleitete sie mit einem Kommentar²⁶. Es war klar genug, welchen Bezug die Angriffe des Dichters auf Napoleons Tyrannei zu den Ereignissen des Tages hatten. Und Trotts Einleitung stellte unmissverständlich fest, dass Kleist zum Rebellen wurde, weil er die «göttliche Bestimmung» des Menschen in den Staub getreten sah, und dass er seine Hoffnung auf «den rechtschaffenen Sinn des einzelnen Staatsbürgers», der sich gegen einen unmoralischen und demoralisierenden Despotismus erheben würde, setzte.

Es gab viele Beispiele für ein solches «indirektes Richtverfahren», wie es der Artillerist nennen würde. Man konnte ins Ziel treffen, wenn man sich mit Demosthenes gegen Philipp von Mazedonien wandte oder mit Burckhardt gegen Nietzsche. Man konnte dem Angriff die Form eines Buches geben, das von Cromwell oder von Robespierre, von Pilsudski oder von der Massenhysterie der Münsterer Wiedertäufer im 16. Jahrhundert handelte. Die gleiche Technik der Camouflage wurde von der «Deutschen Rundschau» erfolgreich in Artikeln angewandt, die für ein breiteres Publikum bestimmt waren und in der Tat in hektographierten Abschriften umliefen. Sie beschäftigten sich mit Themen wie Sibirien oder dem südamerikanischen Diktator Lopez, und es war gewiss nicht schwer, die zeitgeschichtliche Nutzenanwendung herauszufinden. Mit allem Freimut erklärte zudem die gleiche Zeitschrift im April 1941, dass Grossmannsucht «eine der gefährlichsten Erkrankungen eines Volkes» sei.

Die Frage kann aufgeworfen werden, wie es überhaupt möglich war, solche indirekten Angriffe vorzutragen und eine ge-

wisse Selbständigkeit zu bewahren, während doch die Augen und Ohren der Gestapo und des Propagandaministeriums für allgegenwärtig galten. Dazu wird zu sagen sein, dass es gerade wegen der Vielfalt und der Konkurrenz der Kontrollorgane einige Ausweichmöglichkeiten gab. In einem bestimmten Fall, dem der «Marmor klippen» Ernst Jüngers²⁷, ist wohl vermutet worden, dass Goebbels selbst seine geheime Freude an dem Buch hatte, weil es den Hauptangriff gegen die düstere Gestalt eines «Oberförsters» (Göring) zu richten schien. Jedenfalls war Goebbels klug genug, um sich keine Illusionen über die tödliche Langeweile der offiziellen Literatur und Parteipresse zu machen. Dem Theater zum mindesten gewährte er einige Freiheit. Ausserdem gab es für Schrifttum und Lehre jene Notausgänge und Schlupflöcher, die bereits erwähnt worden sind.

Aber das alles hatte doch sehr bestimmte Grenzen. Rudolf Pechel, der Herausgeber der «Deutschen Rundschau» und ein Angehöriger der aktiven Widerstandsbewegung von ihren Anfängen an, wurde im April 1942 verhaftet, als einer seiner Artikel das Missgeschick hatte, vom Britischen Rundfunk in London nach Deutschland gesendet zu werden²⁸. Er, wie auch seine Frau und seine Freunde, wurden mit den üblichen Methoden verhört, und in den drei Jahren bis Kriegsende, die er in Untersuchungshaft und in Konzentrationslagern zu verbringen hatte, entging er dem Tod mit knapper Not. Auch an Ernst Wiechert wird zu erinnern sein. In einer «Ansprache an die deutsche Jugend», die er 1935 in der Münchener Universität hielt, beschwor er seine Zuhörer, «... nicht zu schweigen, wenn das Gewissen ... zu reden befiehlt, ... weil nichts und nichts das Mark eines Mannes so zerfrisst wie die Feigheit». Wiechert selbst musste für seine kompromisslose Haltung schliesslich in Buchenwald büssen²⁹. Auf andere Intellektuelle und Universitätslehrer, die sich der aktiven Opposition anschlossen, wird später zu verweisen sein. Jedenfalls, ein Bild, das nur in schwarzen Farben malt, wäre sehr ungerecht. Auch trifft es keineswegs zu, dass die Opposition von Intellektuellen sich auf einen exklusiven Zirkel «reaktionärer» oder «liberalistischer» Geistigkeit beschränkte und nur von Eingeweihten verstanden werden konnte. Es wäre angemessener, von einer Bewegung der «Reaktion» im besten Sinne des Wortes zu sprechen, das heisst von einer Rückwendung zu ewigen Werten, von einem Aufbrechen oder einer Wiederbelebung von Energien, die der politischen Opposition eine breitere und grundsätzlichere Basis gaben.

Das gleiche gilt für die Kirchen, und zwar für sie mehr als für irgendeine andere Gruppe der Opposition. Auch hier war

es nicht leicht, Zögern und die Neigung zum Kompromiss zu überkommen. Der unüberbrückbare Widerspruch im Prinzipiellen war nicht von allem Anfang an klar. Nur Sekten wie die Quäker und die Mennoniten oder die «Ernsten Bibelforscher» blieben von Schwankungen verschont³⁰. Sie haben unausgesetzt passiven Widerstand geleistet, aber ihre Zahl war gering. Was die katholische Kirche betrifft, so versuchte der Vatikan zunächst, durch den Abschluss eines Konkordats (20. Juli 1933) eine Politik fortzusetzen, die zur Weimarer Zeit nicht zum Erfolg gekommen war, und zugleich gewisse Dämme gegen die Ansprüche des totalitären Systems wie gegen die Ausbreitung des Neu-Heidentums zu errichten. Für Hitler ging es bei diesen Verhandlungen um möglichste Eliminierung irgendwelcher Opposition von Seiten des deutschen Klerus und um eine propagandistisch nutzbare Widerlegung des Vorwurfs eigener Kirchenfeindlichkeit. Mit überschwenglichen Worten telegraphierte der Vizekanzler von Papen nach dem Abschluss aus Rom: «... Dank Ihrer grosszügigen und weisen staatsmännischen Auffassung von der bedeutsamen Aufgabe der christlichen Kirchen beim Aufbau des Dritten Reiches ist damit ein Werk vollendet, das späterhin als eine historische Tat des Nationalsozialismus anerkannt werden wird . . .»³¹. In der Praxis war dieser «Vorschuss an Vertrauen» seitens der Kurie, wie sich am Weitergang der Gleichschaltung, an den Eingriffen in Jugenderziehung und katholisches Vereinswesen bald genug zeigen sollte, wirkungslos, zudem bedeutete das Konkordat politisch, dass die höchste kirchliche Autorität die Reihe internationaler Verträge eröffnete, die mithalfen, das nationalsozialistische Regime zu legitimieren oder sozusagen respektabel zu machen.

Was andererseits den deutschen Protestantismus anlangt, so war er im Widerstand gehemmt durch die Tradition des Landeskirchentums und die herkömmliche Auffassung «christlicher Obrigkeit» sowie durch bestimmte Eigenheiten seiner sozialen Zusammensetzung. Es kam hinzu, dass der überwiegend lutherische Teil des deutschen Protestantismus auf eine Lehre zurückging, die mehr Nachdruck auf die übersinnliche als auf die sichtbare Welt legte, die mehr interessiert war an Seelsorge als an der christlichen Gestaltung gesellschaftlichen Lebens. In der Tat ist für Luther die äussere Ordnung der Dinge, die sowieso zum Reich der Sünde gehörte, von verhältnismässig geringer Bedeutung gewesen. Sie konnte nicht durch menschliche Anstrengung «reformiert» werden, sondern nur durch Glauben und christliche Liebe. Die Ansätze zu einem religiös begründeten Widerstandsrecht, an denen es auch bei ihm

nicht fehlte, waren durch die geschichtliche Entwicklung des deutschen Protestantismus überdeckt worden³²; nach herkömmlicher Auffassung war Luthers Lehre von den «Zwei Reichen» im Vergleich mit der Calvins durch ihre rein transzendente Ausrichtung unterschieden. All dies waren Überlieferungen und Haltungen, die Konservatismus im politischen und sozialen Sinn nahelegten, sie waren ein Hindernis im Wege der Gehorsamsverweigerung oder gar direkter Aktion und betonten das biblische Gebot, «dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist».

Indessen brachte der nationalsozialistische Angriff auf die beiden Kirchen wie auf das Christentum überhaupt den schleichenden Konflikt bald zum offenen Ausbruch. Die Geschichte des Kirchenkampfes im Dritten Reich ist so oft erzählt worden – sie ist auch im Ausland der bestbekannte Teil aus der Geschichte der Opposition³³ –, dass hier nur einige Grundzüge berührt zu werden brauchen. Neben den aufgebauchten oder künstlich fabrizierten Anklagen gegen einzelne katholische Priester oder Orden, neben dem Einbruch in die protestantischen Kirchen und die Kirchenverwaltung, die der nationalsozialistische Stosstrupp der «Deutschen Christen» durchzuführen versuchte, – neben all dem brach der grundsätzliche Widerstreit der Prinzipien auf, für die Kreuz und Hakenkreuz die Symbole waren. Somit erhoben die katholischen Bischöfe und die Bekenntniskirche ihre Stimmen nicht nur gegen Gestapo-Einmischung oder die Versuche, die Kirchen von innen her zu zersetzen. Was sie angriffen, war vielmehr das nationalsozialistische System selbst in seinen wesenhaften Zügen: der Totalitätsanspruch mit seiner vollständigen Missachtung der Heiligkeit persönlichen Lebens und seiner Verspottung elementarster Rechtsbegriffe; die rassendogmatische Umdeutung des christlichen Glaubens; die Vergöttlichung Hitlers und die Verherrlichung der Blutgemeinschaft des auserwählten deutschen Volkes.

Sobald dieser wesenhafte Widerstreit einmal klar geworden war, gab es keine Möglichkeit ihm auszuweichen. Und es ist ihm nicht ausgewichen worden. Wer Kardinal Faulhabers Predigten über das Alte Testament oder die Hirtenbriefe der deutschen Bischöfe schon aus dem Sommer 1933, die «Barmer Erklärung» vom Mai 1934 oder die amtlichen Verkündigungen der Bekenntniskirche liest, wird nicht länger anzunehmen bereit sein, dass «feige Unterwerfung» die Regel war. Mit den Ereignissen selbst verschärfte sich die Tonart: Im März 1935 wurde ein Manifest gegen die «Rassenmystik» von protestantischen Kanzeln verlesen. Die Folge war die Verhaftung von

700 Geistlichen. Noch weiter ging die Denkschrift, die zu Pfingsten 1936 von den Führern der Bekenntniskirche entworfen wurde, um Hitler selbst eingereicht zu werden. Darin hiess es³⁴: «Wenn Blut, Rasse, Volkstum und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen. Wenn der arische Mensch verherrlicht wird, so bezeugt Gottes Wort die Sündhaftigkeit aller Menschen. Wenn dem Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe.» Mit der gleichen Hinwendung zu einer grundsätzlich menschheitlichen Fragestellung erklärte ein Hirtenbrief der deutschen Bischöfe im Jahr 1942: «Wir möchten ganz besonders betonen, dass wir nicht nur für religiöse und kirchliche Rechte eintreten, sondern auch für menschliche Rechte schlechthin . . . Ohne ihre Gewähr muss der ganze Bau westlicher Kultur zusammenfallen.»³⁵

All dies wurde nicht nur gepredigt. Es wurde gelebt und bekräftigt durch Hunderte von Pastoren und Kirchenbeamten, die von ihren Kanzeln und Ämtern entfernt oder in Gefängnisse und Konzentrationslager gebracht wurden. Nach amerikanischen Quellen starben in Dachau «an 800 katholische Priester und 300 bis 400 evangelische Geistliche»⁸⁶. Während unter den katholischen Priestern vermutlich die aus nichtdeutschen Ländern überwogen, aus Polen zumal, sind die evangelischen Geistlichen wohl in der Hauptsache Deutsche gewesen.

Dies ist das allgemeine Bild eines geistlichen Widerstandes, über das im allgemeinen Einverständnis vorausgesetzt werden darf. Aber innerhalb eines solchen Rahmens bedürfen einige Einzelfragen der kritischen Erörterung. Zunächst einmal: wie weit dehnte sich die kirchliche Opposition aus? Es gab sicherlich Unterschiede taktischen Verhaltens bei den beiden Konfessionen und in allen kirchlichen Lagern; es gab aus der gegebenen Situation heraus Unterschiede zwischen den sogenannten «unzerstörten» protestantischen Kirchen in Süd- und Westdeutschland wie auch in Hannover, die in der Kirchenverfassungsfrage weniger gefährdet waren, und der altpreuussischen Kirche, der Union, die tatsächlich mit dem Rücken gegen die Wand stand. Von der Einmütigkeit insbesondere im Protestantismus wird nicht zu sprechen sein. Selbst in Berlin, das mit Dahlem das inoffizielle Hauptquartier der Bekenntniskirche stellte, gab es 1937 nur 160 Geistliche, die der B. K. angehörten, 40 waren Deutsche Christen und 200 hielten eine Mittelstellung³⁷. Diese Zahlen können gewiss nicht irgendwie

in schematischer Weise auf Parteiungen im «Kirchenvolk» übertragen werden, sie deuten auch – mit der breiten Mittelgruppe – weniger eine Spaltung in der menschlichen als eben gerade in der theologischen Haltung an. Damit wird ein Problem von erheblicher Bedeutung berührt.

In mancher Hinsicht kann der Nationalsozialismus als eine letzte Gipfelung und Übersteigerung der Säkularisationsbewegung des 19. Jahrhunderts betrachtet werden. Daraus folgt, dass der «liberale» Protestantismus, der mit einer idealistischen Kulturphilosophie und einer «Fortschrittsmetaphysik» (Tillich) durchsetzt war, mehr einem Geschehenlassen der äusseren Dinge zuneigte und weniger Widerstandskraft gegenüber dem Nazitum besass. Man muss klar herausstellen, dass die «radikalen» Gegner des Regimes im Lager der Orthodoxie waren, das heisst im Lager derjenigen, die einer unverdünnten Glaubenslehre und einer pessimistischen Auffassung von den sogenannten natürlichen oder den «dämonischen» Kräften in der Welt anhängen. Während die Widerstandsbewegung unzweifelhaft von dem orthodoxen Teil der Geistlichkeit und dem «Bruderrat» geführt wurde, wird man gewiss zweifeln dürfen, ob und wie weit der dogmatische Ansatz den vielen bewusst wurde, die in die Kirchen strömten. Aber auch unter dem Laienelement breitete sich theologisches Interesse zu einem erstaunlichen Grade aus.

Eine zweite Frage, die sich erhebt, ist die, ob nicht die energische Hinwendung zu religiöser Opposition nur eine andere Art des «Ausweichens» war und die politische Gegenwehr geradezu verzögern half. Martin Niemöller, der meist genannte unter den Leitern der Bekenntniskirche, hat die Berechtigung dieses Vorwurfs offen zugegeben oder ihn zum mindesten in dem Ausmass anerkannt, dass die evangelische Kirche zur Erkenntnis der allgemeinen Gefahr erst erwachte, nachdem sie in ihren eigensten und innersten Anliegen angegriffen worden war. Als protestantische Vertreter Deutschlands mit denen der westeuropäischen Länder und der Vereinigten Staaten im Herbst 1945 in Stuttgart zusammentrafen, erklärten sie sich der Unterlassung schuldig, dem Nationalsozialismus nicht früher und wirksamer Widerstand geleistet zu haben. Sie übernahmen für die Kirche einen Teil der «Kriegsschuld» in dem Sinne, dass kein rechtzeitiger Versuch gemacht worden war, die Regierung zu stürzen³⁸.

Eine solche Feststellung, wie jeder andere Ausdruck kritischer Selbstprüfung, hat in sich selbst einen Wert, der nicht durch die Unterstellung taktischer Motive verdunkelt werden sollte. Eine pharisäische Werkgerechtigkeit würde in beson-

derem Masse den Antrieben widersprochen haben, die in der kirchlichen Opposition ans Licht getreten waren. Ob diese Impulse der Selbstkritik jedoch dazu führen konnten oder in einem früheren Stadium dazu hätten führen sollen, in unmittelbare politische Aktion umzuschlagen, ist eine ganz andere Frage. Es war offenbar in der Natur der Dinge, und man sollte es nicht bedauern, dass geistlicher Protest und die Verteidigung des Evangeliums voranstanden. Nur so konnte eine Festigkeit der Haltung erreicht werden, die im Leiden für die Sache des christlichen Glaubens wurzelte. Nur so konnte passiver Widerstand sich, wenngleich langsam, in einen Frontalangriff gegen den Kernbestand des Nationalsozialismus fortbilden und damit zur «totalen» Opposition gegen jeden weltlichen Totalitätsanspruch werden, – nicht nur gegen einzelne Übergriffe der Staatsgewalt, sondern gegen ihren Anspruch auf Beherrschung des Lebens überhaupt. Vom Standpunkt geschichtlicher Würdigung liegt es nahe zu fragen, ob die Kirchen nicht dadurch, dass sie innerhalb ihres eigenen Bereichs sich zur Wehr setzten, die Kräfte des aktiven Widerstands mit einem härteren Kern und einer schärferen Schneide versahen, als irgendeine äussere Revolte es hätte tun können.

Dies führt zu einer letzten Frage, die den Grad der Wirksamkeit kirchlicher Opposition betrifft. Sie hat zweifellos mehr als einmal die Regierung vor extremen Massregeln zurückscheuen lassen. Es ist zum Beispiel bekannt, dass der Gauleiter von Ostpreussen die Parteileitung vor einer Politik warnen musste, die das Bauerntum der Provinz, deutsche und masurische Protestanten, zu offener Auflehnung treiben würde. Die Einsetzung des «Reichsbischofs» Müller endete mit einem kläglichen Misserfolg. Eine Art Volkserhebung im Münsterland setzte im Jahr 1936 die Wiederaufstellung des Kruzifixes in Schulgebäuden durch³⁹. Es gab mehr als einen solchen Rückschlag, und man kann in der Tat sagen, dass die kirchliche Opposition die einzige war, die einige sichtbare Erfolge hatte. Gleichwohl wuchs die Zahl der Verfolgten an, bis seit Kriegsausbruch die «kalte» Methode, mit der man Geistliche durch vorzugsweise Einberufung zum Frontdienst aus dem Wege schaffte, zu weitgehender Anwendung kam⁴⁰. Aber allzu drastische Zusammenstösse mussten vermieden werden. So wurde zum Beispiel im Fall des Bischofs von Münster Zurückhaltung geübt. Es fand kein Eingriff der Staatsgewalt und der Partei statt, als der Graf von Galen 1941 seine berühmten «Drei Predigten» hielt oder als er im folgenden Jahr die verbrecherischen Methoden des Regimes in den besetzten Gebieten und die «Gnaden-tötungen» angriff.

Noch wichtiger indessen war wohl die Wirkung der Opposition auf die Kirchen selbst. Sie gewannen unverkennbar an innerer Lebendigkeit. Obwohl dogmatische Fragen ernster genommen wurden als in den vorhergehenden Jahrzehnten, so verloren zugleich doch die Grenzzlinien zwischen den Bekenntnissen erheblich an Bedeutung. Liturgische Bewegungen, die zur *Una Sancta* tendierten, machten ihren Einfluss geltend, und eine gemeinsame Front wurde offenbar. So erklärte der Bischof von Berlin, Graf Preysing, im Jahr 1937: «Niemals zuvor . . . sind wir so tief in Liebe und Mitleiden mit unseren Brüdern verbunden gewesen, die im Glauben von uns abweichen.»⁴¹ Diese christliche Solidarität war ein wesentlicher Zug im Bilde der deutschen Opposition. Sie fand ihren Ausdruck in vielen Fällen wechselseitiger Unterstützung oder vereinten Handelns. Dazu kam, dass zum erstenmal seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die Kirche verlorenen Raum gewann. Nicht allein lernten sich kommunistische und christliche Häftlinge gegenseitig in der Echtheit der Gesinnung und im Opferwillen schätzen, wie das Pechel und Wiechert bezeugt haben und viele erlebten. Offenbar erwies sich der Mut, den Geistliche und Männer der Kirche bewährten, auch als ein werbendes Element in marxistischen Kreisen, die seit langem dem Christentum entfremdet waren. Eindrückliche Beweise dafür lassen sich in der Zusammenarbeit zwischen den leitenden Gruppen der Verschwörung oder im Christlichen Sozialismus des Kreisauer Kreises finden. Gewiss waren die Menschenmengen, die sich trotz aller Bespitzelungen in die Gottesdienste etwa der Dahlemer Kirchen drängten, nicht nur von religiösen Motiven getrieben. Sie suchten sichtlich nach einem Ausdruck der Opposition in der einzigen Form, die ihnen erreichbar war. Aber es konnte nicht ausbleiben, dass sie von der Intensität des Glaubens, die ihnen hier entgegentrat, ergriffen wurden. Mitunter, wenn ein Manifest verlesen war oder die Gestapo mit Beschlagnahme der für die Verfolgten gesammelten Spenden eingriff, begann die Gemeinde aus eigenem Antrieb Luthers Lied zu singen: «Ein' feste Burg ist unser Gott.» Die alte Hymne wurde ein Ausdruck politischer sowohl wie religiöser Protestation.

Doch noch eine andere Seite des Kirchenkampfes muss betont werden. Grade weil die Opposition, um die es sich hier handelte, letztlich religiösem Grunde entstammte, richtete sich ihre Front gegen jede Form von Unterdrückung. Es war daher nicht entscheidend, ob der Angriff auf die Menschenwürde nationalsozialistische oder irgendeine andere Farbe trug. Das totalitäre Prinzip (wie der Friede) war «unteilbar», und rote

Konzentrationslager waren nicht besser als braune oder schwarze. Diese Einstellung führte zu gewissen Schwierigkeiten, als amerikanische Behörden nach Kriegsende zuerst mit Männern der deutschen Kirchen Fühlung nahmen. War die Opposition gegen das Sowjetsystem, die ihnen hier entgegentrat, nicht ein Nachhall Goebbelsscher Propaganda oder ein Überbleibsel nationalistischer und reaktionärer Bestrebungen oder eine plumpe Spekulation auf die Uneinigkeit zwischen den damaligen Alliierten⁴²? Man wird annehmen dürfen, dass ein besseres Verständnis der Motive und der inneren Notwendigkeit dieser Haltung sich inzwischen eingestellt hat. Auf jeden Fall ist es nötig, sich darüber klar zu sein, dass eine echte kirchliche Opposition nur möglich war auf dem Boden von Prinzipien, die nichts mit Opportunismus zu tun hatten und die daher die gleiche anti-totalitäre Front aufrechthielten auch nach dem Sturz der Nazis. «Wenn wir Christen zu sein beanspruchen», sagte Pastor Bonhoeffer einmal, «dürfen wir keinerlei taktischen Rücksichten Raum geben.»⁴³

Nur auf solcher Grundlage konnte eine kompromisslose Haltung gepredigt und der Protest der Kirchen hinüberentwickelt werden in Untergrundarbeit und aktiven politischen Widerstand. Es war nicht leicht für die Bekenntniskirche, zum Zweck der Ausbildung ihrer Geistlichen eine Geheimorganisation aufzubauen, die alle Listen politischer Verschwörung anwenden musste. Solche Methoden mochten wohl empfindliche Gewissen bedrücken. Es war noch schwieriger für Christen des 20. Jahrhunderts, gleichsam zurückzufallen auf die Theorien, die von Calvinisten und Jesuiten mehr als 3 Jahrhunderte früher entwickelt worden waren und die es dem «Frommen» auferlegten, «gottlose» Regierungen zu stürzen oder gar aus dem Wege zu räumen. Das heisst nicht, dass der Konflikt notwendigerweise in solch historischer Perspektive gesehen wurde. Bonhoeffer in seinen tiefgreifenden Aufzeichnungen im Gefängnis meinte, der Deutsche beginne jetzt erst zu entdecken, «was freie Verantwortung heisst. Sie beruht auf einem Gott, der das freie Glaubensbekenntnis verantwortlicher Tat fordert und der dem, der darüber zum Sünder wird, Vergebung und Trost zuspricht». Die Besten des Widerstands wussten, dass ihr Handeln der «letzten Gerechtigkeit» entbehrte und der Gnade unterworfen blieb. Es wird hier das innere Gewicht deutlich, das die Tiefe solcher Auseinandersetzung, wenn sie einmal ausgekämpft war, der politischen Oppositionsfront hinzufügen musste⁴⁴.

Diese Front gilt es nunmehr ins Auge zu fassen.

PLÄNE UND AKTIONEN

1. Frühe Widerstandszentren

Es ist müßig zu fragen, zu welchem Zeitpunkt der aktive politische Widerstand gegen Hitler tatsächlich begonnen hat. In manchen der Erscheinungsformen des Anfangs handelte es sich um eine bloße Fortsetzung der Kämpfe, die der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten vorangegangen waren. Träger dieser frühen Opposition waren vor allem linksgerichtete und antifaschistische Kreise. Aber die Bedingungen der «Illegalität» zwangen ihnen neue Methoden auf. Die erste Partei, die in Ausnahmezustand versetzt wurde, waren die Kommunisten. Sie sahen sich mit einem Schlage fast all ihrer Funktionäre (an 4'000) beraubt. Aber sie hatten den Vorzug einer Schulung in revolutionärer Technik und schufen so das Muster für die Organisation von Widerstandszellen. Eine Zusammenstellung der Richtlinien, die für die Untergrundarbeit erlassen wurden, ist erhalten geblieben¹. Ein Haupterfordernis war, dass «die Mitglieder unter keinen Umständen von der Tätigkeit irgendeiner anderen Zelle als ihrer eigenen Kenntnis haben durften». Neben ausgedehnten Massnahmen zum Zwecke der Geheimhaltung wurde in den Anweisungen grosser Nachdruck auf Sabotage in Fabriken und auf Propaganda gelegt.

Was die Parteien der Weimarer Koalition betrifft, die sozialdemokratische, die demokratische und die Zentrumsparthei, so gaben sie sich für einige Zeit der Selbsttäuschung einer möglichen legalen politischen Opposition hin. Es schien noch Hoffnung auf die Wiederherstellung einer Herrschaft des Rechts und einer Kontrolle durch den Reichstag zu bestehen. Hatten die Wahlen vom März 1933 nicht klar bewiesen, dass, trotz massenhaftem Terror und schlimmster Einschüchterung, die nicht-nationalsozialistischen Parteien noch die Mehrheit besaßen? Während die Kommunisten in der dogmatischen Linie der Auffassung überzeugt waren, dass Hitler ihnen in die Hände arbeite, indem er den Niederbruch der bürgerlichen Gesellschaftsordnung nur beschleunige, waren selbst die Sozialisten zunächst geneigt, in dem Regime einen bloss zeitweiligen Rückschlag gegenüber einer normalen demokratischen Ordnung zu sehen. So erklärte der Vorsitzende der Sozialdemokraten, Otto Wels, bei der letzten Massenversammlung seiner Partei in Berlin: «Gestrenge Herren regieren nicht lange.»² Aber diese Illusionen wurden Stück um Stück

zerstört, durch den Reichstagsbrand und die Verhaftungen, die ihm folgten, durch das «Ermächtigungsgesetz» vom 23. März, das praktisch die Befugnisse des Reichstags wie die des Reichspräsidenten aufhob und dem nur Wels in offener Sitzung zu widersprechen gewagt hat, durch die Auflösung und Enteignung der Gewerkschaften und schliesslich durch das Verbot aller Parteien mit Ausnahme der Nationalsozialisten im Juli 1933. So blieb nichts übrig als die Illegalität.

Es ist oft gefragt worden, warum man nicht von den ersten Anfängen an Gewalt mit Gewalt erwiderte, oder, wenn das offenbar nicht möglich war, Zuflucht zum Generalstreik nahm, der sich 13 Jahre früher in der Niederwerfung des Kapp-Putsches so erfolgreich erwiesen hatte. Wer so argumentiert, ist geneigt, die verwirrende und lähmende Wirkung völlig neuer Erfahrungen ebenso zu übersehen wie das Gewicht der evolutionären und legalistischen Überlieferungen, denen Sozialdemokraten und Gewerkschaften anhängen³. Dazu kam, dass der Staatsstreich der Nationalsozialisten eben kein «Putsch» war; er wurde ausgeführt in pseudorechtlichen und schein-demokratischen Formen, als eine «stufenweise» Revolution⁴; er fand Unterstützung in breiten Schichten, besonders unter den Arbeitslosen und dem Kleinbürgertum. Selbst wenn man von dieser Spaltung in den Massen absieht, die einen Streikerfolg sehr unwahrscheinlich machte, so fiel weiterhin die Uneinigkeit des deutschen Proletariats schwer ins Gewicht. Kommunisten und Nationalsozialisten hatten, ungeachtet ihrer häufigen blutigen Kämpfe, mehr als einmal sich als Bundesgenossen die Elände gereicht. Das war der Fall im Sommer 1931, zurzeit der gemeinsamen Attacken gegen die sozialdemokratische Regierung in Preussen, und ebenso ein Jahr später, als beide Parteien einen wilden Streik der Berliner Transportarbeiter unterstützten. Auch ist keine Frage, dass nach dem Januar 1933 manche der aktiven Rotfrontkämpfer zur SA hinüberschwenkten, wenn auch die Fälle wohl kaum so zahlreich und drastisch waren, wie behauptet wird⁵ und wie sie in umgekehrter Richtung sich in der Sowjetzone nach 1945 ereignen sollten. Weiterhin leuchtet ein, wie sehr die Phase des Hitler-Stalin-Bündnisses (August 1939 bis Juni 1941) zu einer Annäherung der Extreme auch in der inneren Politik führen musste. Auf Moskauer Anweisung schwenkten damals viele Kommunisten – wie das in anderer Weise auch in Frankreich geschah – zur nationalsozialistischen Seite hinüber. Man muss sich somit klar darüber sein, dass eine mögliche «totalitäre» Front die «proletarische» durchkreuzte und dass die beiden antidemokratischen Flügel gerade in der SPD – wenn auch

aus verschiedenen Gründen – die eigentlichen «Verräter» sahen, während diese weniger als je Anlass hatte, sich Moskau zu unterwerfen.

Dies sind Tatsachen, die eine sehr erhebliche Rolle in der Geschichte der deutschen Opposition spielen sollten. Sozialisten und Kommunisten fuhren fort, ihre getrennten Wege zu gehen. Nicht einmal in der Zeit der «Volksfront»-Politik (1936 bis 1939)⁸ trat eine wirkliche Verständigung ein. Wohl hat die zunächst nach Prag ausgewanderte Exekutive der SO(zialdemokratischen) PA(rtei) DE(utschlands) 1934 ein revolutionär-klassenkämpferisches Programm angenommen. Aber sie kehrte in der Grundhaltung bald zum Reformismus zurück, besonders nachdem das Exil nach Paris, London und Washington hatte verlegt werden müssen. Und der 3. Internationale (auch einer getarnten) sich zu unterstellen, wurde durchweg abgelehnt⁷.

Nun gab es daneben freilich noch mancherlei sozialistische Sondergruppen radikaler Art, wesentlich von der jüngeren Generation getragen, die sich von den vorhitlerischen Gruppierungen und den überholten Parteibegriffen loszusagen wünschten. Im Herbst 1933 erschien, noch in Deutschland geschrieben, aber in Karlsbad veröffentlicht, eine Broschüre unter dem Titel «Neubeginnen, Faschismus oder Sozialismus.»" Der Verfasser («Miles») drängte nicht nur auf Einigkeit innerhalb der proletarischen Front, sondern versuchte, die Wesensart der nationalsozialistischen Diktatur realistisch zu deuten und daraus praktische Folgerungen zu ziehen. Er wandte sich gegen die Hoffnung auf eine zwangsläufige Selbstauflösung des Gewaltregimes. Es gelte vielmehr, «Elite-Kader» zu schaffen, eine fest geschlossene Geheimorganisation erfahrener Funktionäre, die, theoretisch wie praktisch geschult, mit wichtigen industriellen Belegschaften Kontakt halten würden. Während dieses Programm, das von vornherein mit einer grossen internationalen Krise rechnete, sich in langer Sicht als der Lage entsprechend erwies, gingen die «Illegalen» in der Zwischenzeit durch bittere Erfahrungen hindurch. Auch die «Neubeginner» mussten bis auf kleine Reste ins Exil gehen. Führer der demokratischen und der Zentrumspartei, zunehmender Verfolgung ausgesetzt⁹, wurden gleichfalls früher oder später gezwungen die Heimat zu verlassen. Sie alle hielten nach Möglichkeit Verbindung mit den Resten ihrer Parteien. Aber die Zusammenarbeit zwischen den drei Hauptgruppen wurde vielfach durch Misstrauen gehemmt. Und das geringe Mass von Unterstützung, das sie im Ausland fanden, bedeutete eine schwere Enttäuschung.

Trotz dieser Rückschläge stieg die Geheimtätigkeit eine Zeitlang steil an. Deutschland wurde überflutet mit illegalen Broschüren und Flugblättern. Sie wurden eingeschmuggelt durch die «Grenz-Sekretariate» oder in geheimen Druckereien hergestellt. Alle möglichen Listen und Tricks wurden angewandt, um den Propaganda-Feldzug zu tarnen und die Verteilung anonym zu machen. Man könnte Seiten füllen mit der Beschreibung dieser Praktiken oder mit Zitaten aus der Untergrundliteratur¹⁰. Ein anderes Arbeitsfeld war das Herausschmuggeln von Berichten aus Deutschland. Sie gaben Nachrichten über politische, wirtschaftliche und militärische Vorgänge weiter, oder über Beispiele von Widerstand, über planmässige Verzögerungstaktiken der Arbeiter oder über die Niederlage der Nazikandidaten bei Betriebswahlen. Auch die politischen Ausschüsse in der Verbannung bemühten sich, in ihren Berichten «Aus Deutschland» alles, was zur Ermutigung der Opposition drinnen oder draussen dienen konnte, zu verbreiten.

Aber die Gestapo verbesserte ihre Technik und schloss ihre Netze immer dichter. Insbesondere in kommunistische Gruppen gelang die Infiltration¹¹. Es war die arbeitende Bevölkerung, die das Hauptgewicht der Gegenangriffe zu tragen hatte. Die Verluste waren schwer. Im Jahr 1934 schrieb der *Manchester Guardian* von den «zehntausend unbekanntem Helden»¹². Im folgenden Jahr setzte eine neue Terrorwelle ein. Beobachter, die Erfahrung in Untergrund-Parteiarbeit hatten, stimmten darin überein, dass im Hinblick auf bestehende Bedingungen eher zu viel als zu wenig in Deutschland vor sich ging. Sie kritisierten die Beteiligung einer grossen Menge von Menschen, die, wie der österreichische Sozialist Otto Bauer meinte, sich durch die Romantik des Geheimbündlerwesens angezogen fühlten oder deren Abenteuerlust im Kampf mit der Polizei Befriedigung fand. Konnte Massenpropaganda irgendwie das Nazi-Regime ernstlich gefährden, oder konnte das Stehlen und Verstecken von einigen Waffen zu irgendeiner Änderung der Situation führen, die dem Ausmass der dabei in Kauf zu nehmenden Verluste entsprach? Stand der moralische Nutzeffekt von Anschlägen, die man machte, oder von Schlagworten, die man an die Mauern malte, in einem verantwortbaren Verhältnis zu dem Wagnis? Wohl mochte es seinen Reiz haben, die Gestapo in Bewegung zu halten oder irre zu führen. Aber diese Methoden erwiesen sich letzten Endes als selbstmörderisch. Es schien wichtiger, die Zellen des Widerstandes in der Arbeiterbewegung wie in den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften zu retten. Es galt, alte Zentren intakt zu erhalten, neue Mitglieder sorgfältig zu wählen und methodisch

zu schulen. Man darf die Wirkung nicht ausser acht lassen, die diese Umorientierung auf weitere Sicht haben musste. Sie trug zur Bildung jener früher erörterten «Reservefront» einer schweigenden Opposition bei, auf die man zählen konnte. Aber das unmittelbare Ergebnis des Wechsels der Taktik war, dass von 1935 an eine gewisse Verringerung in dem Umfang nachweisbarer agitatorischer Tätigkeit eintrat.

Inzwischen freilich hatte sich innerhalb der Partei die schwere Krise ereignet, die unter dem Namen des Röhm-Putsch in die offizielle Geschichte des Dritten Reiches eingegangen ist und im Blutbad des 30. Juni 1934 und der Tage danach sich entlud¹⁸. Die Frage erhebt sich, ob sich hier nicht Möglichkeiten einer frühen Aktion des Widerstandes ergaben oder in die Krise hineingewirkt haben und diese deshalb zum Gegenstand unserer Studie gehört. In unmittelbarem Sinn ist das gewiss nicht der Fall. Es handelte sich primär bei den Juni-Ereignissen um die Niederwerfung der Unzufriedenen und der Tendenzen zur «zweiten Revolution» innerhalb der Partei, sekundär um den Machtkampf zwischen Armee und SA und dies mit dem Erfolg, dass die SS der eigentliche Gewinner war. Auf indirektem Wege allerdings hat das Massaker entschieden etwas mit der Geschichte der aktiven Widerstandsbewegung zu tun. Es gab zunächst endgültige Klarheit über den Charakter des Regimes. Zwar war es damals noch nicht bekannt, dass die Zahl der Opfer sich auf das Zwei- bis Dreifache der offiziell zugegebenen «nur» 77 Ermordungen belief. Aber auch so öffnete die zynische Brutalität der herrschenden Clique und die Erklärung des Mordes zum legalen Mittel vielen die Augen¹⁴. Zudem führt die Ausdehnung des Blutbades auf die Frage hin, ob dabei nur «alte Konten» gleichsam mitbeglichen wurden, oder ob Gegner ausserhalb der Partei an der Krise mindestens teil hatten.

Ein Symptom in dieser Richtung bedeutete der ungewöhnlich polemische Wortlaut einer Rede, die der Vizekanzler von Papen am 17. Juni 1934 an Marburger Studenten richtete. Als ihr Inspirator, wenn auch nicht als ihr Verfasser, darf der Münchner Rechtsanwalt Edgar J. Jung gelten. Wie weit Papen selbst aus den erhobenen Vorwürfen Konsequenzen zu ziehen bereit war, bleibt eine offene Frage. In seinen Memoiren distanziert er sich bei aller Hochschätzung Jungs von dem «Kugelgiesser» und meint, er würde noch am Leben sein, wenn er sich nicht als «Seele des Papenschen Widerstands» deklariert hätte¹⁵. Für Jung jedenfalls ist an echter Opposition und an einer Beziehung zur Juni-Krise nicht zu zweifeln. Er gehörte zu einer Gruppe der «Jungkonservativen», die sich aus ent-

schiedenen Christen beider Bekenntnisse zusammensetzte¹⁷. Sie hatten, gleich anderen Anhängern der Rechten, seit langem mit den nationalistischen und materialistischen Anschauungen des Hugenbergschen Pseudo-Konservatismus gebrochen. Aber sie erkannten auch die Gefahren, die mit gewissen Auswüchsen eines Pseudo-Liberalismus verbunden waren, mit der Bindungslosigkeit einer atomisierten und entchristlichten Gesellschaft oder einer verweltlichten Massenzivilisation, die dem Umschlag in Demagogie und Diktatur ausgesetzt war. Die meisten von ihnen sympathisierten mit föderalistischen Prinzipien und einer europäischen Ordnung, gegründet auf nationale Autonomie (nicht auf zentralisierte souveräne Staaten) und auf genossenschaftliche Organisationen, für die ein Muster in den Gewerkschaften vorlag. Jung selbst, der den Aufstieg und den Charakter der nationalsozialistischen Bewegung in München aus nächster Nähe hatte beobachten können, war in der Weimarer Zeit mit einem Buch, das den herausfordernden Titel «Die Herrschaft der Minderwertigen» trug, (1928/30) hervorgetreten. Dass er auf Hitler als den «Antichristen» noch schärfer reagierte, steht ausser Frage. Er mochte (wie auch andere) an dem durch die Entwicklung desillusionierten Vizekanzler den Hebel zum Handeln zu finden hoffen, insbesondere dann, wenn der sich abzeichnende Konflikt in der Partei zum Ausbruch kam. Pechel, der zum gleichen Kreis gehörte, versichert, dass Jung und seine Freunde bestimmte Pläne für den Sturz der Regierung hatten und dass die Marburger Rede als Signal gedacht war¹⁷. Wie dem auch sein mag, es bestanden zweifellos Beziehungen zu Treviranus, der zu Beginn der dreissiger Jahre eine Anti-Hugenberg- und Anti-Nazi-Front der gemässigten Rechten aufgebaut hatte, und zu Dr. Brüning, dem Zentrumsführer und letzten demokratischen Kanzler der Weimarer Republik. Es scheint, dass beiden Männern ein aktiver Anteil in der Krise zugedacht war; beide entgingen dem Blutbad mit knapper Not. Hingegen sind andere ausserhalb der Partei, die ihm zum Opfer fielen, wohl als Gegner bekannt und verhasst gewesen, auch wohl aus dem Instinkt heraus hingemordet worden, dass hier mögliche Ansatzpunkte einer Opposition bestanden, ohne dass diese Männer indessen in Aktionen oder Planungen verwickelt gewesen zu sein scheinen. Das gilt von Papens Referenten, dem Oberregierungsrat von Bose wie seinem Ministerialdirektor, dem Führer der «Katholischen Aktion», Erich Klausener¹⁸. Und es gilt wohl auch von den Generalen von Schleicher und von Bredow¹⁹. Von konspirativen Beziehungen ihrerseits zu Röhm oder zu Frankreich kann ernsthaft nicht die Rede sein.

Was immer sonst im Hintergrund dieser Tage gespielt haben mag, im Hin und Her von Beziehungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Lagern und über alle Parteigrenzen hinweg bestätigt sich der Eindruck, dass die Opposition in ihrem Charakter sich wandelte und mehr aus Einzelpersonlichkeiten profilierter Art oder aus Gruppen zu bestehen begann, die sich spontan zusammenschlossen auf Grund von Motiven, die oft in moralischer Empörung ihren gemeinsamen Nenner haben mochten oder in wechselseitiger Sympathie mit jeder Form der Auflehnung, was auch ihr spezifischer Ansatzpunkt war. Ein bezeichnendes Beispiel dafür bietet die Figur eines so typischen Nonkonformisten und national-revolutionären Radikalen wie Ernst Niekisch. Schlabrendorff erzählt²⁰, wie er und einige seiner konservativen Freunde im Anfang des Jahres 1933 Niekisch befreiten, der zusammen mit anderen Nazi-Gegnern in einem SA-Keller gefangen gehalten wurde. Niekisch seinerseits beherbergte während des Blutbads vom 30. Juni einen intimen Genossen des Schlabrendorffschen Kreises, Ewald v. Kleist, den Abkömmling einer altpreussischen Junkerfamilie. Die Verbindungen, die sich hier knüpften, sind von grossem symptomatischen Interesse. Niekisch war bekannt als Leiter eines Verlagshauses und Herausgeber einer Zeitschrift, die beide den Namen «Widerstand» trugen. Seine national-revolutionäre Front richtete sich ursprünglich ebenso gegen Weimar wie gegen die NSDAP und die KPD²¹. Und wenn er 1932 eine Schrift mit dem Titel «Hitler – ein deutsches Verhängnis» veröffentlichte, so griff er damals den kommenden Diktator mit deshalb an, weil er als «Westler» die echte Revolution verderbe. Zugleich aber war in Niekisch ein Stück Preussentum lebendig, das ihn ausrufen liess: «Hitler ist die Rache für Königgrätz.» In Broschüren von äusserster Schärfe und – wie es scheint – nicht ohne Unterstützung aus Kreisen der Reichswehr setzte Niekisch die Polemik fort. Dass ein Mann dieser Art mit der jungkonservativen Opposition Zusammenarbeiten konnte, weist auf gewiss ungewöhnliche Querverbindungen hin. Im Jahr 1937 wurde Niekisch wegen Vorbereitung zum Hochverrat verhaftet und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Es gab viele andere Gruppen oppositioneller Männer und Frauen, die in lockerer Form, in örtlicher Verbundenheit oder mit einer Persönlichkeit als Kristallisationskern, organisiert waren. Eine dieser Gruppen, um einen Haudegen aus dem Freikorps Oberland, «Beppo» Roemer, geschart, bekannte sich in einem frühen Stadium zur Notwendigkeit der Ermordung Hitlers. Durch Verbindungsleute in der Berliner Kommandan-

tur und dem Auswärtigen Amt erhielt der Kreis regelmässig Informationen über des Führers Tageseinteilung, aber die Pläne verwirklichten sich nie²². Ein Idealist wie Nikolaus von Halem, der schon nach dem 30. Juni 1934 zur Erkenntnis kam, dass nur Gewaltanwendung gegen den «Postboten des Chaos» helfen könne, scheint auch an Roemers Versuchen beteiligt gewesen zu sein und wurde durch ihre Aufdeckung zusammen mit dem Legationsrat Mumm von Schwarzenstein in den Untergang hineingerissen. Während er dem Tod entgegensah, schrieb er an seinen Freund Karl Ludwig Freiherr von Guttenberg von der in alle Tiefen dringenden Erfahrung, wenn «. . . das Ich so schattenhaft zu werden beginnt», und an die Mutter wenige Minuten vor der Hinrichtung: «Jetzt habe ich auch die letzte kleine Unruhe überwunden, die den Baumwipfel fasst, ehe er stürzt...»

Von wesentlich anderer Farbe waren vermutlich die «R. R.» (Rächer Röhms). Daneben verfolgten Einzelgänger und Aussenseiter ihre besonderen Wege. Unter die einsamen Fanatiker wird man freilich den Tischler G. Elser, der am 8. November 1939 den Anschlag im Bürgerbräukeller verübte, nicht zu rechnen haben. Obwohl man versucht hat, ihn als auf eigene Faust handelnden kommunistischen Meisterattentäter in die Geschichte des Widerstands einzureihen²⁸, ist doch wohl keine Frage, dass die Installation einer Höllenmaschine nicht ohne Hilfe der Gestapo möglich gewesen ist und Hitlers Rede planmässig vor der Explosion abgebrochen wurde. Der Anschlag arbeitete in gewisser Weise gegen die Opposition, indem er nicht nur Hitlers Missionsbewusstsein stärkte und die Reihe der «providentiellen» Rettungen zu eröffnen schien, er hat auch, wie noch zu zeigen sein wird, als ausgesprochener Störungsfaktor in eine wirklich geplante Aktion hineingewirkt. Im Übrigen benutzte Himmler den Vorfall, um die Verhaftung von 40 bayrischen Legitimisten als Komplizen zu fordern, und offiziell wurde der britische Geheimdienst der Anstiftung beschuldigt. Dies ist das einzige Bombenattentat, das aus der Zeit vor dem Kriege der Öffentlichkeit mitgeteilt wurde, aber es kann angenommen werden, dass es andere Sprengstoffexplosionen gab, die nicht so allgemein bekannt wurden. Selbst der amerikanische Korrespondent William L. Shirer, der gewiss nicht grade den Symptomen von Widerstand in seiner Umgebung besondere Aufmerksamkeit schenkte, berichtet in seinem «Berliner Tagebuch» von zwei solchen Explosionen in einer einzigen Nacht²⁴.

Im Rahmen dieser Studie erscheint es jedoch wichtiger, zu betonen, dass bereits innerhalb der frühen Widerstandszentren

viele der Namen erscheinen, die vorausdeuten auf die Geschichte des 20. Juli 1944. Die Zusammensetzung dieser Gruppen veranschaulicht die Verbreitung eines oppositionellen Geistes, der herauswuchs aus grundsätzlich neuen Erfahrungen unter dem Naziregime. So wurden in diesen Jahren von Individuen und Gruppen die Keime einer Saat gelegt, die nicht so sehr für unmittelbare Aktion als für die Vorbereitung zum Handeln bedeutsam war. Pechel, der vielseitige Berührungen hatte, führt unter anderen die folgenden wohlbekanntesten Persönlichkeiten an: die Kommunisten Saefkow, Jakob und Bästlein; die Sozialisten Ernst von Harnack (den Sohn des Theologen), Dr. Mischler und Markwitz; die Zentrumsangehörigen Andreas Hermes und Jakob Kaiser. Er erwähnt mit besonderem Nachdruck Männer wie Schulze-Boysen und Arvid Harnack, die uns schon als Führer der «Roten Kapelle» begegneten. Er nennt ferner Industrielle wie von Halem und Reusch, oder den Kreis um Robert Bosch in Stuttgart, der neben anderen oppositionellen Unternehmungen die Deutsche Rundschau finanzierte. Weiterhin umfasst Pechels Liste Künstler und Professoren, Anwälte, Ärzte und Einzelpersonen aus allen Lebenssphären²⁵.

Von besonderem Interesse für dieses Entwicklungsstadium ist eine Beobachtung, die Schlabrendorff im Jahre 1938 machte²⁶. Nachdem er für einige Zeit als Rechtsanwalt in der Provinz (Rhein-Hessen und Pommern) am Aufbau anti-nationalsozialistischer Zellen gearbeitet hatte, fand er bei seiner Rückkehr nach Berlin ein «verändertes» Bild vor. Während die Opposition früher ein loses Mosaikbild der vor 1933 führenden Kräfte gewesen war, bestand jetzt zwar «keine feste Organisation», aber ein Zusammenspiel, in dem diese Kräfte sich entfalteten. «Es war eine Vielfalt von Kreisen vorhanden, die sich gegenseitig überschneiden ...» Das Band, das so mannigfache Elemente zusammenhielt, war offenbar mehr die Gemeinsamkeit sittlicher Überzeugung als die sozialer Interessen. Zum verwandelten Bilde passt die Gründung der «Deutschen Freiheitspartei» in den Jahren 1937/38. Ihr erstes Flugblatt betonte «die Würde der menschlichen Persönlichkeit» als den Vereinigungspunkt aller Gegner des Nazi-Regimes. Es unterstrich weiterhin die Tatsache, dass das politische Ziel nicht eine bloße Rückkehr zu Weimar sein dürfe²⁷. Auch das war eine Forderung grundsätzlicher Umstellung, die auf verbreitete Zustimmung rechnen konnte²⁸.

Es erhebt sich die Frage, ob es noch andere und festere Kerne neben den Untergrundzellen der Arbeiterschaft und der Linksparteien gab, sowie neben den lockeren, neuerdings sich for-

menden Gruppen von Menschen, die in ihrem Gewissen aufgerüttelt waren. Gab es insbesondere solche aktiven Kerne innerhalb der staatlichen Schlüsselstellungen, die bisher vom Nazi-Geist noch nicht oder vergleichsweise wenig durchsetzt waren, d.h. im Auswärtigen Amt, in der Verwaltung und in der Armee?

Es ist früher schon einmal das Problem des «Dabei-Bleibens» berührt worden, das für hohe Beamte eine besondere Dringlichkeit hatte. In einer tiefgreifenden Studie über Obrigkeit und Widerstand («Zur politischen Soziologie des Beamtentums»)²⁹ ist Herbert von Borch zu der Folgerung gekommen, dass Opposition unter der Diktatur «am ehesten in den allerersten Anfängen effektiv werden könnte; und zugleich, dass sie, wenn überhaupt, so nur innerhalb des zivilen oder militärischen Herrschaftsapparates wirksam erfolgen kann». Das führt auf die Frage einer «Institutionalisierung» des Rechts oder der Pflicht des Beamten zum Widerstand, die hier nicht zu behandeln ist. Das Problem als solches war zweifellos 1933 nicht im Bewusstsein lebendig, obwohl es ein gewisses Vorspiel gehabt hatte im «Widerstand der Staatssekretäre» während des Kapp-Putsches. Aber, wie schon betont, die Machtergreifung war ja eben kein Putsch. Irgendeine Front des hohen Beamtentums gegenüber der Scheinlegalität war undenkbar, und nur in Ansätzen individueller Art wird man von einer frühen Opposition in diesen Kernbereichen staatlichen Lebens sprechen können.

Für das Auswärtige Amt etwa lässt sich durch die Jahre hin, ohne dass in jedem einzelnen Falle genaue Datierungen vorlägen, eine Reihe von Persönlichkeiten der frühen Opposition zurechnen³⁰. Neben denen, die schon erwähnt wurden oder noch besondere Erwähnung finden werden, seien Namen genannt wie die von Dr. Robert A. Ulrich, E. v. Selzam, Dr. Siegfried, von der Heyden-Rynsch, Dr. Georg von Bruns, Dr. Ad. Velhagen, Herbert Biankenhorn, Eduard Brücklmeier, Gottfried von Notz, Dr. von Twardowski und Dr. Aschmann. Die Gegenarbeit innerhalb des Amtes wurde durch Weitergabe von Informationen an die oppositionellen Kreise ergänzt. In diesem Betracht war Dr. Paul Schmidt eine nicht unwichtige Figur, da er als Dolmetscher an allen internationalen Besprechungen Hitlers teilnahm. Es ist gewiss, dass viele Mitglieder des Auswärtigen Amtes (wie die anderer Behörden) Anstoss nahmen, wenn nicht an Schlimmerem, so doch an der Korruption und Willkür, der sie in Erfüllung ihrer Pflichten auf Schritt und Tritt begegneten. Sie waren sich bewusst, der Nation und nicht einer besonderen Regierungsform oder gar einer Weltanschau-

ung und dem daraus hergeleiteten System zu dienen. Es trifft fernerhin zu, dass Bernhard Wilhelm von Bülow, der Staatssekretär in den Anfangsjahren des Regimes, erfolgreich die Versuche nationalsozialistischer Infiltration abwehrte und Zugeständnisse auf ein Minimum beschränkte. Noch im Herbst 1944 beklagte sich der Gauleiter Bohle bei Himmler, dass unter 690 hohen Beamten des auswärtigen Dienstes mehr als 600 noch nicht «den richtigen Glauben» hätten³¹. Die Aussenpolitik der nationalsozialistischen Regierung musste sich daher ihr eigenes Organ schaffen, zunächst in dem wenig erfolgreichen Aussenpolitischen Amt der NSDAP unter Rosenberg, dann im Büro Ribbentrop. Als dieses im April 1934 errichtet wurde, zunächst mit einem Spezialauftrag für «Abrüstung», aber mit der deutlichen Tendenz, mehr und mehr Angelegenheiten an sich zu ziehen, wurde Dr. Erich Kordt dem Büro als Verbindungsmann zugeteilt. Bei seiner Ernennung wurde ihm die Anweisung gegeben, dem Auswärtigen Amt laufend über die Tätigkeit Ribbentrops zu berichten und seine Einmischung in Dinge, die ihn nichts angingen, möglichst zu verhindern³². Damit begann ein «Kleinkrieg», der gewiss technisch Opposition war; aber die Maxime hiess zunächst offenbar abwarten, bis das Regime, möglicherweise nach gewissen Anfangserfolgen, in einer Sackgasse enden werde. Auf die Länge hin war das Ergebnis dann allerdings die Bildung eines wichtigen Widerstandszentrums in der unmittelbarsten Umgebung von Ribbentrop. Die Bedeutung dieser Tatsache wird noch zu belegen sein. Es sei hier nur erwähnt, dass Kordt auch laufende Beziehungen zu Dr. Brüning unterhielt. Die Verbindung zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Oberkommando der Wehrmacht lag gleichfalls in nazi-gegnerischen Händen. Von Kessel, ein Freund Kieps, und von Etdorf waren mit dieser Aufgabe betraut.

In der Inneren Verwaltung wird man gleichfalls nicht (und noch weniger als im Auswärtigen Amt) von der Bildung einer frühen und bestimmten Oppositionsfront sprechen dürfen. Aber auch hier gab es neben dem erwähnten Phänomen schweigenden Widerstands oder geheimer Sabotage einige hervorragende Einzelne, die im Anfangsstadium sich schon zur Wehr setzten. Als Beispiel sei der Fall des Staatssekretärs im Preussischen Innenministerium, Herbert von Bismarck, erwähnt. Er protestierte gegen die Gesetzwidrigkeit der Verfolgungen und trat zurück, als es ihm nicht gelang, die Nicht-Nazi-Minister (insbesondere v. Blomberg) zum gleichen Schritt zu bewegen³³. Ein weiteres Beispiel ist das des Landrats Theodor Steltzer, dessen Namen im Zusammenhang mit dem Kreisauer

Kreis uns wieder begegnen wird. Im Jahr 1933 verbreitete er eine Denkschrift, in der er das Regime in fast allen seinen Äusserungsformen scharf kritisierte und ihm von einer religiösen Grundlage aus Kampf ansagte³⁴. Er wurde des Amtes entsetzt, und man eröffnete ein Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn, doch kam es nicht zum Prozess. Von einem anderen Opponenten in der Verwaltung, Carl Friedrich Goerdeler, wird noch ausführlicher zu sprechen sein. Er ist ja zu einer der Zentralfiguren des Widerstands geworden. Aber auch er war zunächst und blieb «im Amte»: aus der Selbstverwaltung kommend und zu einem führenden Kommunalpolitiker Deutschlands geworden, erst als zweiter Bürgermeister in Königsberg, dann als Oberbürgermeister in Leipzig, dazu unter Brüning Preiskommissar, hat er später wohl bedauert, die Möglichkeit eines Ministeriums unter Papen nicht ergriffen zu haben. Aus tief gefasstem Verantwortungsgefühl und in dem bei ihm je und je wiederkehrenden Glauben, durch «vernünftiges Zureden immer noch Gutes wirken zu können» (Ritter), übernahm er im November 1934 erneut den von Hitler ihm angebotenen Posten des Preiskommissars im Nebenamt und hat ihn bis Juli 1935 innegehabt. Sein Denkschriften-Kampf blieb jedoch erfolglos. Es ist keine Frage, dass er, auch schon ehe es zum Bruch kam, und weiter dann durch die Vorkriegsjahre hindurch für den engen Zusammenhalt zwischen Nazigeegnem innerhalb wie ausserhalb Deutschlands arbeitete. Er widmete sich dem Aufbau einer aktiven Opposition in seinem Bekanntenkreis, vornehmlich unter hohen Beamten und Männern der Wirtschaft³⁵. Zu Schachts Finanzpolitik stand er schon als Preiskommissar in sich verschärfendem Gegensatz. Dieser selbst, über dessen intellektuelle Fähigkeiten so wenig Zweifel besteht wie über seine Wendigkeit, ging wohl spätestens im Jahr 1936 und im Protest gegen das Aufrüstungsprogramm zur Opposition über. Gisevius hat einen dramatischen (und vermutlich überdramatisierten) Bericht gegeben von einer geplanten aber gescheiterten Geheimzusammenkunft zwischen Schacht und dem Kommandierenden General in Münster, von Kluge, die er selbst zu Beginn des Jahres 1937 arrangiert haben will³⁸. Nach einer anderen Informationsquelle hat Schacht spät im Jahre 1936 einen Vertrauten zu Generaloberst Beck mit der Anfrage gesandt, ob er zum Vorgehen gegen Hitler bereit sei. Beck soll geantwortet haben, dass eine Änderung des Regimes eine zivile Angelegenheit sei, dass aber, wenn die zivile Opposition die Initiative ergreife, die Armee es nicht an sich fehlen lassen würde³⁷. Es war in der Tat eine Angelegenheit der Zivilisten, d.h. der Staatsbürger, und dieser Charakter eines im

Wesen bürgerlichen Widerstands sollte der Opposition erhalten bleiben. Und doch stimmten um das Jahr 1937 herum alle Widerstandskreise in einer Erfahrung überein: Es gab unter dem Nazisystem schlechterdings nicht die geringste Aussicht für den Erfolg einer unbewaffneten Bewegung, weder für eine Revolution im Barrikadenstil, für einen Volksaufstand oder irgendeine andere Form spontaner Erhebung, noch für eine Revolution von oben, sei sie ausgelöst durch eine Verschwörung innerhalb des Regimes oder durch führende Männer der Gesellschaft und der Beamtschaft. Was immer die vorbereitende Bedeutung der frühen Widerstandszentren war, das nächste Erfordernis musste sein, die Ketten der Gestapo und der SS zu zerbrechen. Das konnte nur durch die «Waffen-träger» der Nation geschehen. Man begann von der «Generalität» zu sprechen – ein Begriff, der in Deutschland früher nicht üblich gewesen war.

Damit tauchen eine Reihe von Problemen auf, die einer besonderen Erörterung bedürfen.

2. Krise im Herbst 1938

Zunächst freilich – vor der Erörterung militärischen Widerstands und der erneuten Betonung des grundsätzlich zivilen Charakters der Opposition – muss des ersten Versuchs gemeinsamen Handelns gedacht werden, der sich aus allen bisherigen Ansätzen scharf heraushebt und durch die zur Katastrophe drängende Kriegspolitik Hitlers sein besonderes Profil erhält. In der Besprechung vom 5. November 1937, deren Hauptinhalt in der Aufzeichnung durch Oberst Hossbach vorliegt, hatte Hitler zum erstenmal seinen Entschluss zur gewaltsamen Lösung der deutschen Raumfrage enthüllt, und zwar vor dem Aussenminister, dem Kriegsminister und den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtsteile³⁸. Er erfuhr Widerspruch von Seiten Neuraths sowohl wie von Blomberg und Fritsch – einen Widerspruch, der sich naturgemäss im diplomatischen und militärisch-technischen Rahmen hielt³⁹. Schärfer noch war die Reaktion des Generalstabschefs, Generaloberst Beck, der von der Hossbach-Aufzeichnung, wie bezeugt ist, einen niederschmetternden Eindruck empfing⁴⁰. Die Einwände des Fachmanns gegen dilettantischen Leichtsinn wie die Gewissensbedenken des an verantwortlicher Stelle Stehenden gegenüber einer Katastrophenpolitik wuchsen in dem Masse, wie Hitlers Angriffsplan gegen die Tschechei sich verdichtete und Ende Mai 1938 als «unabänderlicher Entschluss» festge-

legt wurde. In drei tiefgreifenden Denkschriften hat der Generalstabschef gegenüber dem Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, dem Nachfolger von Fritsch, seinen Widerspruch entwickelt und ihn durch mündliche Vorträge ergänzt. In einem von ihnen (16. Juli) finden sich die seitdem oft zitierten Worte von der «Grenze» des soldatischen Gehorsams: «Es ist ein Mangel an Grösse und an Erkenntnis der Aufgabe, wenn ein Soldat in höchster Stellung in solchen Zeiten seine Pflichten und Aufgaben nur in dem begrenzten Rahmen seiner militärischen Aufträge sieht, ohne sich der höchsten Verantwortung vor dem gesamten Volk bewusst zu werden. Aussergewöhnliche Zeiten verlangen aussergewöhnliche Handlungen.»

Der Widerstand, der bei Beck so zu Worte kam, sollte sich indessen nicht auf Kritik vom Standpunkt des Sachverständigen oder auf rein militärische Obstruktion beschränken, die vom Generalstabschef zunächst als solidarische Verweigerung der Mitwirkung am Kriegsplan seitens der höheren Führung geplant war. Schon die Vortragsnotiz vom 16. Juli rechnete darüber hinaus mit «innerpolitischen Spannungen». Am 29. Juli hiess es dann deutlicher: das Heer müsse sich nicht nur auf einen möglichen Krieg, sondern auch «auf eine innere Auseinandersetzung, die sich nur in Berlin abzuspielen braucht», vorbereiten. Es seien entsprechende Aufträge zu erteilen, wobei von Witzleben, der Kommandierende General in Berlin, und der Polizeipräsident, Graf Helldorff, genannt wurden.

Mit Recht hat man diesen Vortrag vom 29. Juli 1938 als ersten Keim für eine Staatsstreichplanung bezeichnet⁴¹, die von Becks Nachfolger Haider fortgesetzt worden ist. Insbesondere die Berater des Generalstabschefs im Nachrichten- und Abwehrdienst waren der Ansicht, wenn das deutsche Volk über die immer deutlicher werdende, verhängnisvolle Perspektive aufgeklärt würde, so werde der Zauber weichen, den die Kette der aussenpolitischen Erfolge Hitlers – von der Erlangung der Wehrfreiheit über die Rheinlandbesetzung bis zum Anschluss hin – auf viele ausgeübt hatte. Wenn die Politik des Regimes sich als unzweifelhaft zum Kriege treibend erwies, dann würde es leicht sein, die Regierung zu stürzen. Die verschiedenen Gruppen von Verschwörern, die sich seit 1937 einander genähert hatten, waren in diesen Folgerungen einig. Sie beschlossen nicht nur alles zu tun, um einen europäischen Krieg zu verhindern. Darüber hinaus sahen sie in der Bedrohung des Friedens eine einmalig günstige Gelegenheit, sich eine breite Front der Unterstützung für einen Staatsstreich zu sichern.

Es ist kein Zweifel, dass ihre Analyse der öffentlichen Meinung zutraf. Das kann von jedermann bestätigt werden, der das deutsche Volk in den kritischen Wochen vor dem Münchener Abkommen zu beobachten Gelegenheit hatte. Nicht nur feierte das Publikum auf der Strasse, das nach einem Wunschbild und ohne Kenntnis der inneren Zusammenhänge urteilte, den britischen Premierminister, den Friedensbringer «in unserer Zeit», ebenso enthusiastisch wie es die englische Öffentlichkeit tat. Es ereigneten sich noch andere sehr auffallende Dinge. Als Hitler am 27. September, im Sinne einer drohenden Geste, aber wohl auch um die Stimmung zu erproben oder zu heben, eine der neuen Panzerdivisionen durch Berlin marschieren liess, wurde diese Demonstration mit eisigem Schweigen beantwortet. Ein ähnliches Echo erfuhr Hitler selbst, als er auf dem Balkon der Reichskanzlei «sich dem Volke zeigte». Die gewohnte Huldigung blieb aus⁴². Auf dem Höhepunkt der internationalen Spannung waren deutliche Anzeichen für eine schwere Vertrauenskrise des Regimes erkennbar.

Ob das von den Verschwörern in vollem Umfang vorausgesehen wurde, steht dahin. Jedenfalls rechneten sie mit einem Rückschlag, der entweder zum Nachgeben und damit zum Gesichtsverlust des Diktators führen oder, wenn er auf dem Weg zur Katastrophe fortschreite, es möglich machen werde, ihn als Kriegstreiber vor Gericht zu stellen. Neben den schon von Beck genannten und für die Machtlage in Berlin entscheidenden Persönlichkeiten (von Witzleben und Graf Helldorff) war der Stadtkommandant von Potsdam, Graf Brockdorff-Ahlefeldt, für die Verschwörung gewonnen. Zudem stand in Thüringen eine Panzerdivision unter General Hoepner bereit, die einen etwaigen Versuch zum Entsatz Berlins von seifender Münchner Leibstandarte auffangen sollte. Es würde voreilig sein, zu sagen, dass die Pläne vom technischen Standpunkt aus mangelhaft waren, oder dass nicht genug Kräfte zur Verfügung standen, um den Putsch durchzuführen⁴³. Die Schwäche des Plans lag vielmehr in der Annahme, die westlichen Demokratien würden sich Hitlers Vorgehen gegen die Tschechoslowakei widersetzen und dadurch die drohende Gefahr eines allgemeinen Krieges sichtbar machen. Man muss jedoch hinzufügen, dass alles nur Erdenkbare getan wurde, um zum mindesten England zu einer solchen Handlung zu bewegen.

Dies führt zur politischen Seite der Aktion. Goerdeler, der es im Sommer 1937 in England nicht an Warnungen hatte fehlen lassen, war in diesem Stadium unbeteiligt. Er weilte von August bis Oktober in der Schweiz⁴⁴. Die im August einsetzende aussenpolitische Initiative ging teils von der Abwehr,

teils vom Widerstandskreis in der Wilhelmstrasse aus und hat zu Schritten geführt, wie sie in gleicher Zuspitzung die Geschichte keiner anderen Widerstandsbewegung aufzuweisen hat.

Ein Vorspiel war zunächst die durch die Abwehr ermöglichte Mission von Ewald von Kleist-Schmenzin, der im Auftrag «seiner Freunde» am 18. August nach London kam und Unterredungen vor allem mit Vansittart und Churchill hatte⁴⁵. Er stellte rückhaltlos fest, dass Hitlers Kriegsplan gefasst sei und nach dem 27. September ausgeführt werden würde. Die Generale, die gegen einen solchen Kurs stünden, bedürften indessen der Ermutigung von aussen. Kleist regte daher eine feste Erklärung Englands und einen Appell an die Opposition an. Wenn der Krieg vermieden werden könne, würde dies das Vorspiel zum Ende des Regimes sein. Churchill gegenüber ging er weiter und betonte, dass, wenn die Generale auf Frieden bestünden, eine neue Regierung innerhalb von 48 Stunden gebildet werden würde. Während Vansittart dem Premierminister berichtete, schrieb Churchill einen Brief an Kleist, in dem er die Folgen eines allgemeinen Blutbades vorausschilderte, wenn die Deutschen zum Angriff schritten⁴⁸. Der Premierminister, Neville Chamberlain, gab keine der gewünschten Erklärungen ab, seine Gedanken über die Erhaltung des Friedens gingen in anderer Richtung. Und während er die Echtheit der Nazigegnerschaft Kleists anerkannte, schrak er sichtlich vor dessen Bereitschaft zu «civil disobedience» zurück, die doch in den Glaubenskämpfen eine sehr rühmliche englische Tradition gewesen war: das Ganze erinnere ihn, so schrieb er, an die Jakobiten in Frankreich (d.h. die Stuart-Anhänger) zurzeit Wilhelms III.

Das nächste, was geschah, war, dass der Staatssekretär von Weizsäcker, der auf das Drängen oppositioneller Elemente hin von Bülow's Nachfolge angenommen hatte, mit dem Herannahen des kritischen Termins, d.h. der Eröffnung des Nürnberger Parteitags (5. September) im Einvernehmen mit Beck zu einer höchst ungewöhnlichen Massnahme schritt. Eine Cousine Erich Kordts wurde mit einer Botschaft, deren Wortlaut sie auswendig gelernt hatte, an seinen Bruder Theo, der damals Geschäftsträger in London war, gesandt. Nach einer Fühlungnahme mit Sir Horace Wilson, dem nächsten Berater Chamberlains, bat Theo Kordt, vom Aussenminister insgeheim empfangen zu werden. In der Nacht des 7. September betrat er Downing Street 10 durch den Garteneingang. Er legte Lord Halifax eine von Staatssekretär v. Weizsäcker formulierte Erklärung vor⁴⁷, die ausdrücklich im Namen «politischer und

militärischer Kreise in Berlin, die mit allen Mitteln einen Krieg verhindern wollen», abgegeben wurde. Die Erklärung betonte die Notwendigkeit einer unzweideutigen Stellungnahme der britischen Regierung gegen Hitlers Kriegstreiberei. Lasse man seiner Gewaltpolitik freie Bahn, so werde «der Weg für eine Rückkehr zu den Begriffen von Anstand und Ehre unter europäischen Nationen endgültig versperrt». Es sei wahrscheinlich, dass eine offene britische Erklärung den Krieg verhindern werde, und eine solche diplomatische Niederlage könne das nationalsozialistische Regime nicht überleben. Sollte gleichwohl Hitler auf seiner kriegerischen Politik bestehen, so erklärte Kordt, in der Lage zu sein zu versichern, dass die politischen und militärischen Kreise, für die er spreche, «will take arms against a sea of troubles and by opposing end them».

Indem das Zitat aus Hamlets grossem Monolog über «Sein oder Nichtsein» den ungewöhnlichen und dramatischen Charakter der Unterredung unterstrich, endete Weizsäckers Botschaft in einer klaren Zusage: «Wenn die erbetene Erklärung gegeben wird, sind die Führer der Armee bereit, gegen Hitlers Politik mit Waffengewalt aufzutreten». Der britische Aussenminister, der diesen höchst freimütigen Eröffnungen aufmerksam zugehört hatte, erwiderte, er werde den Premierminister und ein oder zwei Kollegen unterrichten, und versprach, die Angelegenheit auf das vertraulichste zu behandeln.

Während man in Berlin auf entsprechende Schritte wartete, waren unter den Militärs die verschiedensten Pläne für eine Aktion im Gange. Ein Rückschlag erfolgte naturgemäss, als Chamberlain sich entschloss, nach Berchtesgaden zu fliegen. Aber in den kritischen Tagen von Godesberg, als die erhöhten Forderungen Hitlers zu einem Stillstand in den Verhandlungen führten, schien noch einmal die Aussicht zu bestehen, zum Zuge zu kommen. Beck war inzwischen entlassen worden (am 27. August), wengleich diese Tatsache für einige Zeit noch verhüllt blieb. Aber sein Nachfolger, General Haider, war bereit loszuschlagen, und Befehle für eine Aktion, die am Morgen des 29. September beginnen sollte, waren vorbereitet. Es scheint, dass jetzt auch Brauchitsch dafür gewonnen war. Da traf am Mittag des 28. September die Nachricht ein, dass Chamberlain und Daladier die Einladung zur Zusammenkunft von München angenommen hatten. Wie «ein elektrischer Schlag», so ist bezeugt, lief diese sensationelle Mitteilung durch die beteiligten Kreise, und das Ergebnis war, dass die Grundlage des Planes zusammenbrach.

Zwei Wochen später schrieb Goerdeler an einen amerikanischen Freund: «... Das deutsche Volk wollte keinen Krieg; 67

die Armee würde alles getan haben, ihn zu vermeiden;... die Welt war rechtzeitig gewarnt und unterrichtet worden. Wenn man die Warnung beachtet und danach gehandelt hätte, würde Deutschland schon heute frei von seinem Diktator sein und sich gegen Mussolini wenden. In wenigen Wochen könnten wir damit beginnen, einen dauerhaften Weltfrieden zu gestalten, der auf Gerechtigkeit, Vernunft und Anstand beruht. Ein geläutertes Deutschland mit einer Regierung anständiger Menschen würde bereit gewesen sein, zusammen mit England und Frankreich unverzüglich auch das spanische Problem zu lösen, Mussolini zu beseitigen und in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten Frieden im Fernen Osten zu schaffen. Der Weg wäre für eine gute Zusammenarbeit auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten offen gewesen, für eine Befriedigung der Beziehungen zwischen Kapital, Arbeit und Staat, für eine Hebung der sittlichen Begriffe und für einen neuen Versuch, den allgemeinen Lebensstandard zu heben . . . »⁴⁸

Man mag diese Deutung zu optimistisch finden in dem Vertrauen, das sie auf eine grundsätzliche Wendung und ihre Tragweite setzte. Es liegt in der Natur der Dinge, dass niemand festzustellen vermag, ob allein schon der erste Schritt, der Putsch, Erfolg gehabt haben würde. Ausser Zweifel aber steht, dass es sich hier um eine in sehr allgemeinem Sinn verheissungsvolle und eine mehr als militärische Perspektive handelte. Die Aktion war nicht nur geplant, um einen Krieg zu vermeiden, den Deutschland nach nüchterner Abschätzung der Möglichkeiten verlieren musste. Sie war vielmehr Bestandteil einer Zielsetzung, die auf europäische Befriedung und auf die Wiederherstellung menschlichen Anstands im zwischen-völkischen sowohl wie im innerstaatlichen Bereich ausgerichtet war. Es ist diese Sicht auf ein «Bündnis der Friedensfreunde» über Landesgrenzen hin, die der Episode geschichtliche Würde im scheinbar unaufhaltsamen Strom tragischen Geschehens gibt. Mit dem ausgesprochenen Sinn für Gerechtigkeit, den schon die Inder an dem früheren Vizekönig Lord Halifax gerühmt hatten – den «tall Christian» nannten sie ihn –, sagte der britische Aussenminister zu Theo Kordt einige Tage nach München: «Wir sind nicht imstande gewesen, so freimütig zu Ihnen zu sein, wie Sie zu uns waren. Zu der Zeit, als Sie uns Ihre Botschaft übermittelten, erwogen wir bereits die Entsendung Chamberlains nach Deutschland.» Dieselbe Gerechtigkeit sollte auf den Gesamtverlauf der Krise angewandt werden, während deren deutsche Generale und Diplomaten im Interesse einer höheren Aufgabe die üblichen Massstäbe amtlicher Pflichterfüllung entschlossen beiseitesetz-

ten. Ihre Haltung beweist ganz gewiss nicht die so oft berufene «Unterwürfigkeit» gegenüber einer abstrakten Staatsidee und zeugt von allem anderen eher als von einer Gewohnheit blinden Gehorsams.

Es würde zu weit führen, hier noch von den zahlreichen Einzelakten oppositioneller Diplomatie vor und nach München zu berichten. Parallel mit der Aktion Kordt suchte Weizsäcker durch den Hohen Kommissar des Völkerbunds in Danzig, den Schweizer Historiker Carl J. Burckhardt, auf London im Sinne einer kräftigen und sofortigen diplomatischen Aktion zu wirken. Dieser sah einen solchen Schritt als so wichtig an, dass er ohne Aufenthalt von Berlin nach Bern durchfuhr, um sich der Aufgabe beim britischen Gesandten dort zu entledigen⁴⁹. Mehr und mehr ging es dann für die oppositionellen Elemente des Auswärtigen Amts um das Ziel des «Vermeidens», wie es der italienische Botschafter Attolico für sich und v. Weizsäcker formuliert hat. Eine solche Politik stand in klarem Widerspruch zu Hitlers Plänen und Ribbentrops Anweisungen. Sie führte die Linie von 1938 fort, d.h. sie warb für Festigkeit in London gegen Erpressungen unter Gewaltandrohung, aber sie warb auch für friedliche Lösung der deutsch-polnischen Streitfragen. Für beide Linien liegen reichlich Zeugnisse vor. Diese Studie ist jedoch nicht so sehr an der Politik der Friedensbewahrung als solcher interessiert – wie sehr diese auch unter die moralischen Titel der deutschen Opposition gehört – als vielmehr an ihrer Verbindung mit direkter Auflehnung gegen das Regime und mit Plänen zu seinem Sturz. Sie verschwanden auch nach München nicht, ohne doch an die schicksalsschwere Dramatik der Krise vom September 1938 heranzureichen. Haider selbst war nicht eine Persönlichkeit vom Format Becks, und Hitlers Erfolg in München wie auch die Hinnahme der Besetzung von Prag im März 1939 erhöhten das Prestige des «Schlafwandlers». Es schien zudem einerseits fraglich, ob die westlichen Demokratien wirklich je zu bewaffnetem Widerstand bei Hitlerschen Angriffen bereit sein würden, auf der anderen Seite konnte auch der Wilhelmstrasse nicht daran gelegen sein, durch das englische Schutzbündnis mit Polen die Entscheidung über Krieg und Frieden in dessen Hände fallen zu sehen.

Während es unter diesen Umständen zu einem entscheidungsuchenden Akt der Opposition nicht kam, gingen einzelne Elemente des Widerstands sehr weit in ihren namentlich nach England gerichteten Bemühungen. Es sei nur kurz der Besuche Goerdelers, Pechels und Schlabrendorffs in London oder der Schritte von Trotts gedacht⁵⁰. Ein besonders auffallender Versuch, die amtliche Politik zu durchkreuzen, ist wie-

derum mit den Namen der Brüder Kordt verknüpft. Laut ausdrücklicher Anerkennung durch Lord Halifax haben sie – und zwar durch den in diesem Betracht so vergesslichen Baron Vansittart – die englische Regierung von der Verfinsterung des politischen Horizonts laufend in Kenntnis gesetzt und insbesondere sie rechtzeitig vor der Gefahr des bevorstehenden Abschlusses zwischen Hitler und der Sowjetunion gewarnt⁰¹.

Wenn ein «Balancezustand», auf den Weizsäcker im Sinne des «Vermeidens» noch hoffte, nicht erreicht werden konnte, so war es immer noch besser, der Westen kam zur Einigung mit Moskau. Wie Kordt formulierte: «Wir müssen in der jetzigen Lage selbst das Risiko einer zeitweiligen Einkreisung des nationalsozialistischen Deutschland der Gewissheit eines zweiten Weltkriegs vorziehen, der das Ende der westlichen Zivilisation bedeuten kann.» Man bewegte sich also auf schmalen Grat und musste schon um der Friedenserhaltung willen eine diplomatische Niederlage Deutschlands wünschen.

Von diesen Einzelheiten, die ein Nachspiel des Handelns zusammen mit der «Generalität» in der Herbstkrise 1938 sind, wenden wir uns zu einer mehr grundsätzlichen Erörterung der Rolle, die der militärische Sektor unter der Naziherrschaft und im Gesamtrahmen der Widerstandsbewegung gespielt hat.

3. Militärischer Sektor

Das Verhältnis zwischen Armee und Partei bildet eines der Hauptprobleme in der Geschichte des Dritten Reiches⁵². Es lässt sich nicht mit einer einfachen Formel erledigen. Weder trifft die Goebbellssche Erklärung zu vom angeblich «natürlichen» Zusammenstoß zweier «Eliten», einer alten aristokratischen und einigermaßen degenerierten mit einer jungen, die aus dem Volke kam mit allen Anzeichen biologischer Hochwertigkeit, noch ist die während des Krieges in den westlichen Ländern so weit verbreitet gewesene Theorie haltbar, die von einer angeblich «natürlichen» Allianz zwischen «preussischem Militarismus» und «Nazismus» sprach. In Wirklichkeit hat das Problem dieses Verhältnisses sehr vielfältige Aspekte, es hat eine Reihe von Stadien durchlaufen und entzieht sich jeder vereinfachenden Plakatierung.

Zunächst muss man feststellen, dass in den einzelnen Zweigen der Wehrmacht unterschiedliche Voraussetzungen bestanden. Die deutsche Marine, deren eigentlicher Ausbau den Tagen Wilhelms II. angehört, war immer in einem höheren Grad «nationalistisch» und in einem geringeren Grad «preussisch»

gewesen als diejenigen militärischen Institutionen, die hinter die Reichsgründung von 1870 zurückgingen. In ihrer modernen Gestalt rekrutierte sie sich aus ganz Deutschland; sie hatte ein Offizierskorps, in dem bürgerliche Elemente überwogen. Dies trifft in noch höherem Grade für die Luftwaffe (und die ihr unterstellte Luftabwehr) zu. Als eine Neugründung ohne Tradition hatte sie keinerlei Wurzeln im geschichtlichen Reich, auch übte sie naturgemäss besondere Anziehung auf Männer mit technischen Interessen und technischer Bildung aus. Dass «Fallschirmjäger» soziologisch eine besondere Kategorie darstellen, drängt sich dem zeitgeschichtlichen Beobachter der nordafrikanischen Vorgänge auf, hat aber in der Geschichte des Dritten Reiches noch keine politisch erhebliche Rolle gespielt. Soweit man in diesen Dingen überhaupt verallgemeinern kann, lässt sich indessen wohl die Behauptung vertreten, dass Marine und Luftwaffe wenig vom Geist der Opposition zeigten, sie waren mehr vom Nazitum durchdrungen oder mehr gleichgeschaltet als die «preussische» Armee mit ihrem «aristokratischen» Offizierskorps. Während ein Korvettenkapitän (Kranzfelder) sich unter den Opfern des 20. Juli findet, war Canaris der einzige Admiral unter den führenden militärischen Verschwörern, und er kann, in seiner damaligen Stellung zumal, sicherlich nicht als ein irgendwie typischer Marineoffizier gelten. Erst recht waren die Verschwörer in Görings Luftfahrtministerium Aussenseiter. Hinzu kommt, dass die Armee naturgemäss in Kriegszeiten die grösste Massenorganisation und im Frieden die einzige schlagkräftige Macht darstellte, die es mit der Gestapo und der SS aufnehmen konnte. Es muss bezweifelt werden, dass, rein technisch gesehen, die Luftwaffe für solche Zwecke einsatzfähig war. Und was die Marine betrifft, so sind die Unterschiede gegenüber der Lage deutlich, die den Matrosenrevolutionen von Kronstadt oder Kiel in den Jahren 1917 und 1918 ihre Bedeutung gab.

Es ist daher die Armee und die mit ihr verbundene Begriffswelt preussischer und aristokratischer Traditionen, auf die sich der Blick vor allem richten muss. Soweit dieser militärische Sektor des Dritten Reiches in Betracht kommt, bestand ein bestimmter Zwiespalt ohne Zweifel von Anfang an. Was immer der Beitrag der Münchner Reichswehr zum Aufstieg der Partei oder der Beitrag ostpreussischer Kommandeure wie v. Blomberg und v. Reichenau auf dem Wege zu Hitlers Machtergreifung gewesen sein mag, es war eine Unterstützung, die nicht der Ideenwelt des Nationalsozialismus galt (so sehr manche jüngere Offiziere und Aktivisten von ihr ehrlich er-

griffen sein mochten), sondern ihrer Nutzbarmachung für Landesverteidigung und Wiederbelebung des Wehrwillens. Sie wurde vielfach mit denselben Vorbehalten gegeben, wie sie auf Seiten anderer gesellschaftlicher Gruppen, innerhalb wie ausserhalb Deutschlands, bestanden. Man gefiel sich in der Hoffnung, dass man den «Trommler», den «böhmischen Gefreiten» als Werkzeug benutzen und beliebig wieder loswerden könne, wenn er «seine Schuldigkeit» getan habe. Dies war ein *proton pseudos*, das weithin verhängnisvoll nachwirken sollte. Aber neben dieser Art von Verständigungsbereitschaft militärischer Opportunisten gab es genug der hohen Offiziere, die als unbedingte Gegner gelten durften. Unter ihnen stand an erster Stelle der Chef der Heeresleitung von 1930 bis 1934, Generaloberst v. Hammerstein-Equord – der «rote General», wie er oft genannt wurde⁵³. Unter der Kanzlerschaft Schleichers sah er nach seinem eigenen Zeugnis keinen Anlass, «sich mit Politik zu befassen». Als sie zu Ende ging, hat er beim Reichspräsidenten interveniert, offenbar nicht nur gegen ein Diktaturkabinett Papen-Hugenberg, sondern auch gegen den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung. Das geht daraus hervor, dass Hindenburg, indem er sich die Einmischung des Militärs höchst empfindlich verbat, Hammerstein zugleich dahin beruhigte, er denke nicht daran, den österreichischen Gefreiten zum Wehrminister oder Reichskanzler zu machen⁵⁴.

Die Maxime des «Sich-Heraushaltens» blieb mehr oder weniger bewusst die massgebliche während der ersten Jahre des Regimes. Sie schien im Einklang mit preussischen militärischen Traditionen und mit aristokratischen Standesbegriffen zu stehen. Aber das Prinzip der Absage an politische Tätigkeit konnte je nach der Situation sehr verschiedenartige Inhalte decken. Es bedeutete vor 1914 das Vermeiden einer Einmischung in öffentliche Angelegenheiten, die damals «unangemessen» erschien. Es bedeutete nach 1919, dass die Reichswehr eine Art Staat im Staate bildete und sich ihre eigene Politik reservierte. Unter den Bedingungen, die das Naziregime schuf, erhielt jedoch die gleiche Haltung des «Hände weg» einen völlig veränderten Sinn: sie bedeutete praktisch die Duldung von Verbrechen und Mord durch diejenigen, die im Besitz der Machtmittel zu ihrer Verhütung waren. Die traditionelle Maxime des Sich-Heraushaltens widersprach insoweit einer anderen höchst ehrenvollen militärischen und aristokratischen Tradition, der des *noldesse oblige* und der Pflicht, dem Schwachen Schutz zu gewähren.

Gewiss waren viele Offiziere empört über die Ermordung von Schleichers und die Art, wie die Sühne der Tat umgangen

wurde, oder über das unvorstellbare Ränkespiel, dem ihr eigener Oberbefehlshaber von Fritsch zum Opfer fiel, oder, soweit sie das nicht durchschauen konnten, über seine schmachvolle Behandlung, die keine formale Rehabilitation gutzumachen vermochte. Gewiss fühlten sich viele durch die Rassegesetzgebung beschämt, die so manche ihrer Kameraden oder die Familien ihrer Kameraden traf und die das Band mit den jüdischen Kriegsveteranen zerriss oder deren Platz in der nationalen Gemeinschaft – oft genug deren Leben selbst – zerstörte⁵⁵. Es mag wohl sein, dass manche von ihnen ähnlich auf die brutalen Vorgänge reagierten, die sich ausserhalb des militärisch-beruflichen Bereichs ereigneten, auf die Schandtaten und Greuel, von denen sie nicht umhin konnten zu hören, oder die sie in den Strassen beobachten mochten. Es war vielleicht ein Zeichen des Protestes und jedenfalls ein ungewöhnlicher Anblick, dass Offiziere in grosser Zahl und in Uniform am öffentlichen Gottesdienst teilnahmen. Auch ist kein Zweifel, dass die Armee der Bekennenden Kirche Rückhalt gewährte und im Angriff auf die christliche Religion eine Bedrohung der sittlichen Grundlagen des Soldatentums erblickte. Das «wehrpsychologische» Handbuch, das im Auftrag des Reichswehrministeriums veröffentlicht wurde, betonte diesen Gesichtspunkt sehr stark, wie denn überhaupt die ganze Atmosphäre, die das Regime umgab, seine Prahlucht, seine Demagogie, sein Appell an niedrige Instinkte sicherlich so «unpreussisch» wie möglich waren. Und doch folgte aus diesem Zwiespalt keine unmittelbare Gegenwehr oder Auflehnung.

Man kann sehr wohl verstehen, dass Generaloberst v. Fritsch nicht das Zeichen zu einem militärischen Aufstand gab, als es sich um seine eigene Verteidigung handelte. Aber es gab genug Angriffe auf Ehre und Moralität, die allgemeineren Charakter hatten und zum Ausgangspunkt einer Säuberungsaktion hätten dienen können. In der Tat wurden Berichte über die Verbrechen des Regimes von der «Abwehr» systematisch gesammelt, um sie als Material für ein Vorgehen an der Hand zu haben. Aber kein solcher Anlass wurde ausgenutzt. Als im November 1938 Mord, Plünderung und brennende Synagogen das Antlitz vieler deutscher Städte und den deutschen Namen schändeten, erwies sich das Band der Disziplin so stark, dass kein spontaner militärischer Eingriff erfolgte. Es war, wenn man diese Linie zunächst weiterverfolgt, erst im Polen-Feldzug, dass eine aus echtem militärischen Geist gespeiste Empörung sich Luft machte und zu Taten führte. Man weiss von Regimentskommandeuren, die mit Waffengewalt dem Rauben und Morden der SS ein Ende machten. Und man hat das be-

deutsame Zeugnis eines hohen Offiziers, des späteren Generalmajors Helmuth Stieff, der gerade aus diesen und ähnlichen Eindrücken heraus als sehr aktives Mitglied zur Verschönerung stossen wird. Angesichts der Offenbarungen des «Untermenschentums» schrieb er damals an seine Frau: «Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.» Aber solche Haltung erfuhr von oben keine Deckung. Obwohl auch der General von Reichenau protestierte und der Armeeführer, Generaloberst Blaskowitz, ein Einschreiten forderte, geschah nichts. Und wieder wurde eine Gelegenheit versäumt, die Ehre der deutschen Armee zu bewahren⁵⁶.

Während diese Unterlassungssünden unmissverständlich festgestellt werden müssen, ist freilich zugleich zu sagen, dass militärisches «Sich-Heraushalten» doch auch ebenso eine Art von Opposition war, wie das für andere «undurchdringliche» Teile der Bevölkerung festgestellt wurde. Im Fall der Armee galt das in noch höherem Masse. Sie war in der Tat das einzige gesellschaftliche Gefüge innerhalb des Staatsganzen, das in der Lage war und entschlossen schien, die Poren des Einsickerns zu verschliessen. Soldaten war es nicht erlaubt, Mitglied der Partei zu sein, Politik wurde vom militärischen Leben ausgeschlossen, und die wiederholten Versuche von Dr. Ley, die Organisation «Kraft durch Freude» mit der «Freizeitgestaltung» der Soldaten zu betrauen, wurden erfolgreich abgewehrt. Überdies war es genugsam bekannt, dass Nazi-Funktionäre, die zu den Fahnen eingezogen wurden, sich nicht gerade der Vorliebe des Feldwebels zu erfreuen pflegten und dass ihnen die Aufgeblasenheit in der Regel bald ausgetrieben wurde. Ein Autor im Exil hat mit Recht gesagt⁵⁷: «Die Reichswehr versuchte nie die Ansicht zu verhehlen, dass junge Leute, die direkt aus den Nazi-Schulungslagern kamen, erst einmal von dem grössten Teil der ideologischen Phrasen, die ihnen beigebracht worden waren, befreit werden mussten. ..» In den Kriegsschulen gab es keinen «neumodischen» Unsinn dieser Art. Auch die vormilitärische Erziehung durch die Hitler-Jugend wurde keineswegs mit günstigeren Augen angesehen. Wie ein alter Offizier sarkastisch bemerkte: «Das einzige Resultat des beständigen Marschierens sind Widerwille gegen alles Militärische und – Plattfüsse.» Nicht selten wurden Rekruten bevorzugt, die Mitglieder sozialistischer Jugendorganisationen gewesen waren. «Dies sind die Art Leute, wie wir sie uns wünschen.»

Das Ergebnis lässt sich dahin zusammenfassen, dass in den ersten Jahren des Regimes die Armee in hohem Masse nazifrei war. Diese Tatsache stärkte vermutlich ein Selbstgefühl,

das sich doch als Illusion erweisen sollte. Man glaubte, auf einige der Früchte Hitlerscher Politik in Fragen der Vertragsrevision und der Aufrüstung warten zu können, ohne in Gefahr zu sein, mitgerissen zu werden. Die Armee erschien in der Tat als eine Zufluchtsstätte für junge Leute, die von der Partei sich freihalten und die Möglichkeit des Widerstands innerhalb Deutschlands sich sichern wollten. Als man v. Hammerstein einmal von der wachsenden Zahl von Abiturienten erzählte, die sich für die Offizierslaufbahn erklärten, soll er geantwortet haben: «Ich weiss wohl, das ist auch so eine Form der inneren Emigration.»

In Wahrheit jedoch wurde die Integrität der Armee Schritt für Schritt abgebaut, teils durch die Schuld der Führung, besonders v. Blombergs, teils durch die berechnende Politik, die Hitler verfolgte. Im Februar 1934 wurde Hammerstein verabschiedet, und die Niederlage der SA am 30. Juni des gleichen Jahres erwies sich als ein Pyrrhussieg der Generale. Nicht nur erntete die SS den Erfolg, sich eines Wettbewerbers entledigen und den eigenen Machtbereich ausdehnen zu können, auch Röhm's Plan, die Reichswehr durch eine Masseneingliederung der SA in eine «Volksarmee» zu verwandeln und damit unschädlich zu machen, kam zum Zuge. Er wurde von Hitler ausgeführt, wenn auch in anderer Form. Der erste Schritt geschah im August 1934, als wenige Stunden nach dem Tod des Reichspräsidenten der Reichswehr ein Eidschwur auferlegt wurde, der sie in unbedingtem Gehorsam auf die Person des Führers verpflichtete. Dies bedeutete eine moralische Bindung, wie unmoralisch immer im Inhalt, und ein Hindernis, das nach allen überlieferten Massstäben nicht leicht zu überwinden war, selbst nicht im Fall von offenbar ungesetzlichen Befehlen oder einer verbrecherischen Führung. Der nächste Schritt war die Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935. Beck, der Freund von Hammerstein, der seit 1. Oktober 1933 Chef des Truppenamts, seit 1. Juli 1935 des Generalstabs war, hat sich dieser Massnahme als einer «Frühgeburt» widersetzt, zum mindesten ihrem Tempo und ihrem Ausmass. Er hatte technische sowohl wie politische Bedenken. Er sah nicht nur eine Minderung der rein militärischen Qualität der Armee und die ansteigende Gefahr tollkühner Abenteuer voraus, sondern auch eine Vermassung und Erweichung des Gefüges, auf dem der nazi-freie Charakter der Armee beruht hatte.

In der Tat öffnete das rasche Anwachsen der Zahlen die Dämme. Es führte zu einer Aushöhlung jener Abseitsstellung, die unter normalen Umständen zweideutig sein mochte, aber unter den Bedingungen des Naziregimes immerhin noch posi-

tive Möglichkeiten einschloss. Die schlagartige Vermehrung bedeutete zugleich rasche Karriere für junge Offiziere und ein ungewöhnliches Aufrücken für das Führerkorps. Ohne Zweifel trieb Hitler mit all dem eine planvolle Politik der Besteuerung. Während allein schon die Tatsache, dass die Armee das Instrument eines verbrecherischen Regimes war, zu Korruption Anlass gab, breitete das Lockmittel materieller Versuchung den Ansteckungsherd aus. Man begann ironisch von der «Fachschaft Wehrmacht» zu sprechen. In vielen Fällen erwies sich die Fassade des «Preussentums» als ebenso hohl wie andere Überlieferungen einer bescheideneren und edleren Vergangenheit, die für breite Kreise des deutschen Volkes längst zur Schauseite geworden waren. Mit anderen Worten: das Offizierskorps war genauso wie die Mitglieder anderer Gruppen von dem materialistischen Geist verseucht, der sich seit dem späteren 19. Jahrhundert ausgebreitet hatte. Man kann schlechterdings keine Verbindung zwischen «militaristischem Geist» oder zwischen dem «kategorischen Imperativ» einer Offizierskaste und der Haltung von Generalen herstellen, die sich vom Führer ihre Mesallianzen sanktionieren und ihre Privatschulden bezahlen liessen, oder die späterhin «persönliche» Dotationen in Geld oder Land von ihm annehmen werden.

Hinzu kam, dass noch andere Faktoren den Elementen des Widerstands in der Armee entgegenarbeiteten. Einmal erhöhte sich Hitlers Prestige durch jene Reihe überraschender Erfolge, die von der Aufgabe der Militärklauseln des Versailler Vertrages und dem Marsch ins Rheinland (März 1936) über die Angliederung Österreichs und des Sudetenlandes bis zur Besetzung von Prag (März 1939) eine, wie es schien, lückenlose Kette bildeten. In jedem dieser Fälle schlug Hitler die Warnungen der Armeeführung in den Wind, und – er schien allemal in der Beurteilung der Gegner den Militärs überlegen zu sein. Dies steigerte sein Selbstgefühl ganz ungemein und untergrub die Autorität aller derer, die aus «altmodischen» Gesichtspunkten ihm mit Bedenken entgentreten mochten. Weiterhin versetzte dann Hitler, kurz vor dem Einmarsch in Wien, der Selbständigkeit der Armee einen entscheidenden Schlag. Im Verlauf einer heimtückischen Intrige wurden sowohl der in der privaten Lebenssphäre schwer kompromittierte Reichskriegsminister v. Blomberg wie auch der moralisch völlig integre Oberbefehlshaber des Heeres v. Fritsch entlassen⁵⁸. Am 4. Februar 1938 übernahm Hitler persönlich die oberste Führung der Wehrmacht. Er errichtete ein neues Einheitskommando, das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) mit einem typischen Ja-Sager (Keitel – oder «Lakaitel»), wie die Mitglie-

der der Opposition ihn wohl nannten) als Chef des Führungsstabes. Im gleichen Zeitpunkt wurden eine Anzahl von Generalen (zehn bis zwölf Korps- und Divisionskommandeure), die sich als unzugänglich erwiesen hatten, entlassen. Die meisten von ihnen waren Träger altpreussischer Namen.

Dies war die Lage, in der sich die Armee bei Ausbruch des Krieges befand. Die Niederlage, die der militärische Teil der Revolte am 20. Juli durch «loyale» Offiziere erfuhr, lässt sich bis zu einem gewissen Grade, wenn auch bei weitem nicht ganz, aus der Aufweichung des alten Gefüges erklären. Sie liegt auch als einer der mitwirkenden Umstände dem Fehlschlag aller Bemühungen und der «Sisyphus»-Arbeit der Opposition in den Jahren 1939 bis 1944 zugrunde. Es war eine Sisyphus-Arbeit vom Standpunkt derer, die auf eine militärische Aktion drängten, und der geschichtliche Betrachter kann sich dem gleichen Eindruck quälender Vergeblichkeit nicht entziehen.

Einige wenige Worte werden genügen, den «Widerstand gegen den Widerstand» zu charakterisieren. Alle Zeugen, wie sehr sie auch in der Tonart voneinander abweichen, die Gisevius und Goerdeler, die Hassell und Schlabrendorff, stimmen praktisch in ihren Klagen über das Zögern und Ausweichen der Oberbefehlshaber von Armeen und Heeresgruppen überein. Einige Frontkommandeure konnten schliesslich für die Sache der Opposition gewonnen werden, wie vor allem gegen Ende hin Marschall Rommel. Andere mussten monatelang bearbeitet werden und glitten doch immer wieder in Entschlossenlosigkeit zurück oder fielen im letzten Moment um. Es wird im Einzelfall schwer zu entscheiden sein, ob solche Haltung auf herkömmlicher Loyalität oder missverstandener Vaterlandsliebe oder auf Schwächen des Charakters beruhte. Der Hauptmann der Reserve Hermann Kaiser, der sich im Stabe des Generalobersten Fromm, des Befehlshabers des Ersatzheeres, befand und ein wichtiger Verbindungs-offizier zwischen Goerdeler und den Militärs war, schrieb über die Generale in seinem Tagebuch (20. Februar 1943): «. . . der eine will handeln, wenn er Befehl erhält, der andere befehlen, wenn gehandelt ist.»⁵⁹ Dies ist vermutlich die beste und objektivste Darlegung der durchschnittlichen militärischen Haltung, die man geben kann. Von den meisten der höheren Kommandeure mochte angenommen werden, dass sie den oppositionellen Führern folgen würden, wenn es zum Bruche kam, oder besser noch, wenn das Band des Eides durch die Ermordung Hitlers fortfiel. Aber während sie nicht bereit waren sich festzulegen, neigten sie doch auch in keiner Weise

dazu – wie sich in zahlreichen Fällen kontrollieren lässt –, diejenigen etwa anzuzeigen, die sie zum Abfall zu überreden versuchten⁶⁰. Auch waren sie gelähmt durch den Zweifel, wie die jüngeren Offiziere sich stellen würden. Die Verschwörer sahen mit Verachtung auf eine solche Haltung herab. Von Beck wird der Ausruf berichtet: «Diese Feiglinge machen aus mir, einem alten Soldaten, einen Antimilitaristen».⁶¹ Hassell zürnte in seinem Tagebuch über die «hoffnungslosen Feldwebel»⁶². Und Kaiser schrieb sich die Bemerkung auf: «Man braucht nur an Scharnhorst oder Clausewitz oder Gneisenau zu denken, um gewahr zu werden, auf welche Stufe der Offizier von heute herabgesunken ist.»

Goerdelers Briefe äussern die gleiche Empörung in schneidenden Worten. An General Olbricht, den Stellvertretenden Befehlshaber des Ersatzheeres, der dem Verschwörerkreis von Anfang an zugehörte, schrieb er, es komme nicht darauf an, den «psychologisch richtigen» Zeitpunkt abzuwarten, sondern ihn herbeizuführen⁶³. Eine besonders bittere Klage richtete er an Feldmarschall von Kluge, dessen ausweichende Haltung ein Haupthindernis bildete. Er erklärte, nicht mehr länger in der Lage zu sein, den «preussischen Militarismus» gegenüber seinen Freunden, besonders in Süddeutschland, zu verteidigen. Es seien das Männer, schrieb er, «die ein warmes Herz für Deutschland und für den deutschen Soldaten haben, die aber darüber verzweifeln, dass man sehenden Auges, denkenden Verstandes und fühlenden Herzens von Verbrechern und Narren das Vaterland in den Abgrund führen und die deutsche Jugend und die deutschen Männer willenlos in Tod und Verstümmelung treiben lässt.»⁶⁴

Von diesem Hintergrund heben sich umso heller die Namen der Berufssoldaten ab, die zu handeln entschlossen waren. Beck, obwohl in den Ruhestand versetzt, blieb unter den Militärs und über sie hinaus die «geheime Mitte» (Zeller) des Willens zum Widerstand. Er stammte aus einer bürgerlichen Familie im Rheinland und verband einen weltoffenen mit einem streng wissenschaftlichen Geist. Er ist beschrieben worden als «eine der seltenen Erscheinungen, in welchen sich die universale Bildung und europäische Weite des 18. Jahrhunderts mit den wesentlichen Prinzipien preussischer Tradition verband»⁶⁵. In der Tat erinnert er an die gedankenreichen Offiziere der preussischen Reformzeit nach Jena, deren Namen Kaisers Tagebuch heraufbeschwor. Beck galt gleich ihnen als ein militärischer Denker von hohem Rang, und die Zeugnisse aus seiner Feder bestätigen diesen Ruf. Zugleich war er tief verwurzelt im christlichen Glauben und alles andere eher als

ein «Militarist». Er stand in lebendiger Beziehung zu den Problemen der Zeit weit über sein Fachgebiet hinaus. Und wenn man ihm in Kreisen der hohen Militärs – und zwar keineswegs nur seiner Anhänger und Schüler – die höchsten Führerqualitäten für den Ernstfall zutraute, so nicht nur wegen seiner intellektuellen Klarheit, sondern vor allem wegen der Festigkeit seines Charakters. Aus charakterlichen Gründen hatte er sich 1930 vor die beiden Leutnants seines Ulmer Regiments gestellt, die wegen nationalsozialistischer Betätigung gerichtlich verfolgt wurden. Er wird geurteilt haben wie ein anderer Offizier (Stieff), der zum Widerstand stiess: «Wir reinigen uns selbst.» Als Charakter trat er dann Hitler in den Weg – nicht nur, weil seine Kriegspolitik zur vernichtenden Niederlage Deutschlands führen müsse, sondern weil ein Regime von Verbrechern Land und Volk überhaupt verderbe. Aus dieser ethischen Grundkraft, aus «Festigkeit der Seele und Härte des Geistes» lebte sein Widerstand. «Auch im totalen Krieg», so hat er 1942 formuliert, «geht es um die Hervorhebung der sittlichen Postulate aller Politik.»⁶⁵

Nicht weniger ungewöhnlich als militärischer Typ war der Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg. Nach einer schweren Verwundung, die ihm ein Auge, die rechte Hand und zwei Finger der linken raubte, wurde er im Oktober 1943 erster Gehilfe Olbrichts und schliesslich im Juni 1944 Stabschef beim Befehlshaber des Ersatzheeres. Er rückte dadurch in eine Schlüsselstellung ein, die er mit seiner eigenen Dynamik erfüllte und die ihn kraft der Möglichkeiten, die sie bot – sowohl zum organisatorischen Leiter und Vorantreiber der Verschwörung wie zum Täter des 20. Juli werden liess. Ein Katholik aus schwäbischer Familie und mütterlicherseits ein Nachkomme Gneisenaus, ein Mann von musischer Begabung und humanistischer Bildung, ein Mitglied des auserwählten Kreises um Stefan George, liess er sich wohl vom «nationalen Aufbruch» des Jahres 1933 mit ergreifen, um doch bald zum Opponenten von grundsätzlicher Art zu werden, zu einem Feind des totalitären Systems in allen seinen Auswirkungen, den politischen und sozialen wie den kulturellen und religiösen. Man braucht nur das Bild des «Bamberger Reiters» zu betrachten, um dessen gewahr zu sein, dass dies kein gewöhnlicher Kavallerist und kein Mann von engem' militärischen Ehrgeiz war, – wie sehr er sich auch als Soldat ausgezeichnet hatte. In ihm, wie in anderen, verband sich die intellektuelle Klarheit des in der preussischen Schule erzogenen Generalstabsoffiziers mit einer Reinheit und Geistigkeit, die ihn zum natürlichen Führer im Kampf gegen die dunklen Kräfte der Zeit, gegen jede Art entmenschlichter

Politik in Krieg und Frieden machte. Durch seinen gleichgesinnten Vetter, Peter Graf Yorck von Wartenburg, sowie durch seinen Bruder Berthold, der Berater in Völkerrechtsfragen beim Oberkommando der Marine in Berlin war, stand er in Verbindung mit dem Kreisauer Kreis. Er liebte es, das Gedicht Stefan Georges über den «Widerchrist» zu rezitieren, in dem des Sehers Auge in einer ebenso erstaunlichen wie schaurigen Vision im Voraus erblickt hatte, was jetzt mit Deutschland zu geschehen drohte. In ihm wie den nahverbundenen Freunden lebte ein Bild geistlich-sittlicher, aber auch gesellschaftlicher Erneuerung, die für den Soldaten von der erlösenden Tat abhing: «Wenn einst dies Geschlecht sich gereinigt von Schande, – Vom Nacken geschleudert die Fessel des Fröhners . . .»⁸⁸

Daneben aber gab es genug andere, zum Widerstand entschlossene Offiziere, die in erster Linie Soldaten waren, und zwar durchaus Soldaten des normalen beruflichen Typs⁸⁷. Viele dieser Oppositionellen trugen altpreussische Adelsnamen, und man könnte ohne Mühe eine eindrucksvolle Liste von Generalen und anderen Offizieren zusammenstellen, von Obersten, Stabsoffizieren, Hauptleuten und Leutnants. Eine stattliche Anzahl von ihnen findet sich unter den Namen, die auf der Ehrentafel der Opfer des 20. Juli verzeichnet sind. Nicht wenige hielten Schlüsselstellungen. Der stellvertretende Befehlshaber des Ersatzheeres, General Olbricht, ist schon erwähnt worden. In seinem Stabe wird neben Stauffenberg der Oberst Mertz v. Quirnheim zu nennen sein. Feldmarschall von Witzleben gehörte – wie der Generaloberst Hoepner – von Anfang an zu dem oppositionellen Kreis. Er war, wie gezeigt wurde, schon während der Septemberkrise von 1938 zum Handeln bereit, und seine Haltung blieb die gleiche durch die Jahre. Ihm sollte, im Fall der Beseitigung Hitlers, der Oberbefehl der Wehrmacht übertragen werden. Im OKW waren die Obersten von Freytag-Loringhoven und Hansen Mitglieder der Verschwörung, im OKH (Generalstab des Heeres) die Abteilungsleiter Heusinger, Stieff, Wagner, von Roenne, Fellgiebel und Lindemann. Eine Abteilung «zur besonderen Verwendung» stand unter Oberstleutnant Grosscurth und wurde im Winter 1939 (von Haider und Canaris) mit der Vorbereitung des damals bestehenden Umsturzplans beauftragt. Durch Legationsrat von Etzdorf hatte die Abteilung Verbindung mit dem Auswärtigen Amt, sie verbreitete Material über die Kirchen- und Judenverfolgungen sowie über die Polengreuel der SS unter den höheren Stäben.

Wieweit die Truppenführung für die Opposition gewonnen war, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Es ist gewiss zu

Recht gesagt worden, dass die militärische Gegnerschaft zu Hitler sich in konzentrischen Kreisen von verschiedener Dichte bewegte. Es bestanden Unterschiede zwischen denen, die wussten, dass etwas unternommen werden sollte, denen, die sich bereit hielten, falls etwas geschah, und denen, die nicht eingeweiht waren, weil man gewiss war, dass sie ohnehin mitmachen würden. Aber während man eine gesunde Skepsis gegen manche Zugehörigkeitsansprüche bewahren mag, die sich nur auf eine in der Tasche geballte Faust berufen können, steht man in vielen Fällen doch auf sicherem Grund. Der Stadtkommandant von Berlin, General von Hase, gehörte der Verschwörung an und Olbricht, zusammen mit Oberst Mertz von Quirnheim, und der Generalquartiermeister Wagner übernahmen es, die Befehlshaberstellen in anderen Grosstädten mit eingeweihten oder in ihrem Sinn verlässlichen Offizieren zu besetzen. An der östlichen Front war der wichtigste unter den Verschworenen der Generalmajor Henning v. Tresckow, bis Oktober 1943 erster Generalstabsoffizier der Heeresgruppe Mitte. Was ihn – und zwar schon lange vor dem Krieg – zum Gegner Hitlers machte, war in den Worten des ihm besonders nahestehenden Schlabrendorff: «... Widerwillen gegen alles, was der Wurzel der Gemeinheit entsprang . . .» Er hat «seine ganze Persönlichkeit für den politischen Kampf eingesetzt»⁶⁸. Es gelang ihm, eine Gruppe entschlossener Nazigegner in seinen Stab zu ziehen, darunter von Kleist und von Gersdorff, Graf von Hardenberg und Graf von Lehndorff. Er hatte gleichfalls Vertraute im Stab der Heeresgruppe Süd. Im Westen war der Militärbefehlshaber in Belgien, General von Falkenhausen, frühzeitig für die Verschwörung gewonnen worden; er wurde allerdings kurz vor dem 20. Juli abberufen. Vor allem gehörte zu ihrem Kreis General Karl Heinrich von Stülpnagel, der 1941 seinem gleichnamigen Vetter als Befehlshaber in Frankreich folgte. Er war eine bedeutende, universell gebildete Persönlichkeit, Beck nahestehend und wesensverwandt. Schon in den Jahren 38/39 hatte er an den Putschplänen teilgehabt. Sein Stab in Paris, dem eine Zeitlang Graf v. d. Schulenburg angehörte und in dem der Oberstleutnant der Reserve Caesar v. Hofacker, ein Vetter Stauffenbergs, besonders zum Handeln drängte und die Verbindung mit der Berliner Gruppe unterhielt, wurde ein Zentrum des Widerstandes. Stülpnagel vor allem gelang es, Rommel zu gewinnen, wobei er in dessen Stabschef General Speidel einen entschlossenen Helfer fand. Es ist eine paradoxe Tatsache, dass nur in Paris (und etwa noch in Wien) der Aufstand des 20. Juli zu erfolgreicher Ausführung kam. Wenige Tage vor dem Attentat schrieb Hofacker:

«Heute wäre jedes ungenützte Verstreichenlassen auch nur weniger Stunden eine Sünde wider den heiligen Geist.

Auf das Stichwort «Abgelaufen» gab Stülpnagel den Befehl zur Verhaftung der Pariser Gestapo, des SD und der SS-Führer, die sich reibungslos vollzog⁶⁹.

Hier drängt sich denn die Frage auf, wie es kam, dass trotz der Teilnahme oder Bereitschaft so vieler Offiziere in wichtigen Stellungen alle militärischen Pläne zum Handeln schliesslich missglückten. Eine Teilerklärung liegt in der Tatsache, dass im Allgemeinen das preussisch-deutsche Militär –vielleicht mit Ausnahme derer, die im Nachrichten- und Abwehrdienst standen – nicht gerade für ein Verschwörerhandwerk vorgebildet war⁷⁰. Es gab keine revolutionäre Tradition, wie sie – und zwar im allgemeinen Urteil nicht gerade als ein Ruhmes-titel – in südeuropäischen und südamerikanischen Armeen bestand.

Eine andere Erklärung liegt nahe und hat weitgehend Annahme gefunden: Die Nazi-Anhänger oder die schwankenden Nicht-Nazis vereitelten alle Versuche. Bis zu einem gewissen Grade trifft dies zu. Wie schon festgestellt wurde, verbrauchte sich ein gut Teil der Energie der Verschwörer in einer wahren Sisyphusarbeit: immer wieder rollte der Stein zurück. So scheiterte der Aktionsplan im November 1939 unter anderem daran, dass von Brauchitsch sich versagte. Auch der Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, war in seiner Haltung mehr als unsicher. Und die meisten der Kommandeure von aktiven Feldtruppen beobachteten wohl eine Art abwartender Neutralität. Es gab gewichtige Argumente, die dafür anzuführen waren. Sollte man es riskieren, dass sich eine neue «Dolchstoss-legende» bildete, und zwar diesmal eine, die sich gegen das Offizierskorps wenden würde? Wie konnte man das deutsche Volk und die deutsche Armee davon überzeugen, dass Hitler sie ins Verderben führe, während der Weg zum Siege noch offen zu sein schien? Und umgekehrt, wie konnte man angesichts der drohenden Niederlage die Katastrophe noch beschleunigen oder verschärfen durch eine Revolutionierung der Front? General Haider, in seiner Aussage im Weizsäcker-Prozess, hat seine Auffassung von diesem Dilemma in etwas anderer Weise so ausgedrückt: Aussenpolitisch war ein militärischer Erfolg, innenpolitisch ein Rückschlag die Voraussetzung erfolgreicher Auflehnung. Wir sahen, dass Goerdeler mit Schärfe von dem Warten auf den «psychologisch richtigen» Zeitpunkt sprach. Und es ist anzunehmen, dass in manchen Fällen dieses Warten und seine Begründung in der Tat ein Sichvorbeidrücken an der Entscheidung war.

Aber innerhalb des rein militärischen Gedankenkreises gab es kaum einen Ausweg aus diesem Zirkel. Auch kann man sehr wohl verstehen, dass in den späteren Jahren die Kommandeure fechtender Truppen, besonders derer im Osten, die einen Damm gegen ein gewiss nicht humaneres System als das der Nazis bildeten, sich für grimmiges Ausharren entschieden. Die Männer des deutschen militärischen Widerstands wären sicherlich die letzten gewesen, der opferreichen Kameradschaftsgesinnung, in der ihre Söhne, Verwandten und Freunde lebten, und der illusionslosen Härte der Pflichterfüllung, wie sie tagaus tagein an der Front geübt wurde, die Hochachtung zu versagen, die ihnen für immer gebührt. Dass die «Heimatstäbe» die Front im Stich gelassen, ihre Versorgung sabotiert, oder dass Verrat zum schweren Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte beigetragen habe, ist schlechterdings nicht wahr⁷¹. So wie Zuckmayer in seinem Ingenieur Oderbruch sich mit dem Problem der Sabotage abfindet, erscheint es zugleich übergrell belichtet und in unzulässiger Weise vereinfacht. Die sittliche Frage, um die es hier geht, hatte indessen noch eine andere Dimension. Wer am tiefsten lotete, war überzeugt, dass man unter dem gegebenen Regime einen deutschen Sieg nicht einmal wünschen dürfe. Dass er unwahrscheinlich war, auch im äusseren Triumph der ersten Jahre, und immer unwahrscheinlicher wurde, dass, als es schliesslich zur Erhebung kam, die Lage völlig aussichtslos war und daher die Opposition gewiss nicht die Niederlage des Vaterlandes «herbeigeführt» hat, steht ausser Frage, sollte aber nicht den Blick trüben für die Schwere des Konflikts, vor dem eine militärische Opposition gegen die eigene Regierung mitten im Kriege der Natur der Dinge nach steht⁷². Einige Offiziere von hohem sittlichen Bewusstsein (wie von Fritsch oder der deutsche Kommandierende General vor Cherbourg) suchten den Tod auf dem Schlachtfeld als die einzige ehrenvolle Lösung eines tragischen Dilemmas. Die Verschwörer hofften naturgemäss ihrerseits, nach Möglichkeit eine Aufspaltung der Armee oder den offenen Bürgerkrieg zu vermeiden. Ihre Pläne bewegten sich im Rahmen einer «Blitz-Revolution», die mit ungeteilter bewaffneter Macht durchgeführt werden sollte. Die Folge war, dass eine Reihe an sich bestehender «psychologischer» Momente, etwa die vor dem Westangriff, oder die während und nach Stalingrad, ebenso versäumt wurden, wie es vor September 1939 der Fall gewesen war.

Doch der Hinweis auf Widerstände und Hemmnisse reicht nicht zur Erklärung hin. Es ist eine unleugbare Tatsache, dass viele Aktionen geplant wurden, obwohl sie der Unterstützung

durch die höhere Truppenführung entbehrten. Und der Grund für ihr Fehlschlagen lag nicht im Vorhandensein rückgratloser Neutralität oder eines Widerstandes gegen den Widerstand. Als im August und September 1943 Anweisungen ausgearbeitet wurden für «den Tag» – das Stichwort war «Walküre» –, setzten sie Hitlers Tod als ein *fait accompli* voraus⁷³. Die Befehle verhängten den Belagerungszustand, während dessen die Ausführungsgewalt bei dem neuen Oberbefehlshaber von Witzleben lag. Sie wurde delegiert an die Kommandierenden Generale des Ersatzheeres und der Besatzungsarmeen. SS-Truppen waren zu entwaffnen und nötigenfalls mit Waffengewalt niederzuwerfen. Konzentrationslager sollten von der Armee besetzt werden und so fort. Den einen dieser Befehle unterschrieb Witzleben «ohne Zögern», der andere trug den Namen des Generaloberst Fromm, der jedoch tatsächlich nicht eingeweiht war, und dazu die Unterschrift Stauffenbergs. Die Ausfertigung beider Befehle geschah durch Frau v. Tresckow und eine frühere Sekretärin Hammersteins, Fräulein v. Oven. Sie wurden – versiegelt – von Olbricht in Verwahrung genommen. Man kann nicht sagen, dass dieses Arbeiten mit Fiktionen ein sehr orthodoxes militärisches Verfahren war; es zeigt, dass man wenig Rücksicht nahm auf Hindernisse oder im Wege stehende Persönlichkeiten. Das Gleiche lässt sich von einer Reihe anderer Versuche sagen, die nahe an den Punkt der Ausführung kamen und deren Scheitern schlechterdings nichts damit zu tun hatte, was die Haltung der Abseitsstehenden oder Nazihörigen sein würde.

Der erste, der bereit war zu handeln – und zwar zu handeln im Zeitpunkt militärischen Triumphs –, war von Hammerstein. Während des Polenfeldzugs war er Befehlshaber der Armee-Abteilung A an der nördlichen Rheinfront. Es wurde Hitler mit Erfolg nahegelegt, die deutsche Stärke im Westen durch einen Besuch an dieser Front zu bekunden, und Hammerstein war entschlossen, den Führer bei Erscheinen festzunehmen⁷⁴. Hitler jedoch hatte eine seiner «Vorahnungen»; der Besuch wurde abgesagt und Hammerstein aufs Neue in den Ruhestand versetzt. Sehr viel dringlichere Gestalt nahmen die Widerstandspläne im November 1939 an, nach Beendigung des Polenfeldzuges und ehe die Offensive im Westen begann. Gegen ihren frühzeitigen Ansatz – noch im Winter –, aber auch von der moralisch-politischen Sicht aus – neue Aggression und Neutralitätsverletzungen – erhob unter den Heeresgruppenführern im Westen der Generaloberst von Leeb lebhaften Einspruch, ebenso Haider und bis zu einer bestimmten Grenze hin auch Brauchitsch. Es kam abermals zu einer Staatsstreich-

planung, für die der früher erwähnte Oberstleutnant Grosscurth eingesetzt wurde. Sie war gekoppelt – «um die Generale von ihren Skrupeln zu befreien» – mit dem ersten greifbaren Attentatsplan, für den Erich Kordt, weil er zur Reichskanzlei Zutritt hatte, sich erbot. Die beiden Verbindungsmänner zu den Militärs, von Etdorf und von Kessel, wurden ins Vertrauen gezogen. Am 11. November sollte von der Abwehr (Oster) an Kordt der Sprengstoff geliefert werden. Am 8. erfolgte das Attentat im Bürgerbräukeller, das die beabsichtigte Lieferung wegen verschärfter Sperre unmöglich machte, und auf der militärischen Seite kam Haider zu einer Analyse der Situation, die ihn den Absprung (wie Beck mahnte: «Das Herz voraus») nicht mehr finden liess⁷⁵. In den folgenden Monaten bis zur Eröffnung des Westfeldzuges lag dann das Schwergewicht des Handelns ganz bei den Politikern und der führenden Abwehrgruppe. Es ging ihnen darum, beim Gegner Zusicherungen gegen einen Rachefrieden und für zeitweiliges Stillhalten beim Staatsstreich zu erlangen, um den Militärs das Handeln möglich zu machen. Darauf ist in anderem Zusammenhang zurückzukommen.

Während der nächsten Phase kam die Initiative von der Front im Osten. Zunehmend begannen die Militärs, die religiösen und moralischen Bedenken zu überwinden, die gegen die Tötung Hitlers bestanden. Goerdeler vor allem hatte darauf gedrängt, den Führer lebend vor Gericht zu stellen, und liess sich nur sehr schwer von der Notwendigkeit des Attentats überzeugen. Die Soldaten indessen betonten, dass eine Gefangennahme Hitlers wegen der sich ständig verschärfenden Sicherheitsmassnahmen nicht mehr möglich war, und dass es notwendig sei, die Armee vom Eidschwur zu befreien. Aber sie wussten auch, dass dem auslösenden Funken eine planvolle militärische Aktion folgen musste, die genauer Ausarbeitung im Voraus bedurfte. Dieser Teil der Aufgabe fiel Olbricht und seinem Stabe zu⁷⁸. Es wird berichtet, dass er gegen Ende Februar 1943 fertig war, und – wie erwähnt – wurden versiegelte Befehle im Herbst dieses Jahres niedergelegt. Für den auslösenden Funken zu sorgen, lag Tresckow ob. Da er den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte, von Kluge, nicht gewinnen konnte, beschloss er auf eigene Verantwortung zu handeln, wenn auch in enger Verbindung mit der Abwehr. Nach sorgfältigen vorbereitenden Versuchen gelang es Schlabrendorff, am 13. März 1943 eine Zeitbombe in Hitlers Flugzeug einzuschmuggeln. Aber der Zündmechanismus versagte. Einige Tage später wurde der Attentatsversuch während der Eröffnung einer Ausstellung im Berliner Zeughaus wiederholt. Von Gersdorff, der gleichfalls

zu den Vertrauten Tresckows gehörte, erklärte sich bereit, diese Gelegenheit zu benutzen. Nach seiner eigenen Angabe hatte er in jeder Manteltasche eine Zeitbombe. Aber Hitler verliess die Ausstellung schon nach acht Minuten, während die Zeitzündung auf 20 Minuten eingestellt war⁷⁷.

Trotz dieser enttäuschenden Fehlschläge und trotz immer verschärfter Sperrmassnahmen wurden die Versuche nicht aufgegeben. Schlabrendorff berichtet von dem Plan eines Gemeinschaftsattentats, zu dem er und sechs andere Offiziere des Tresckow-Stabes sich verschworen. Aber der Führer unterliess jeden weiteren Besuch bei der Heeresgruppe Mitte. Als Stauffenberg im Dezember des Jahres eine Bombe glücklich durch die Sperrketten hindurch gebracht hatte, wurde die Konferenz im Führer-Hauptquartier im letzten Moment abgesagt⁷⁸. Bei einer Besichtigung neuer Uniformen durch Hitler im Januar 1944 schien sich eine weitere Gelegenheit zu bieten. Nach einem von General Stieff entworfenen Plan wurden drei Offiziere von Tresckow für ein Attentat gewonnen. Einer war der Major v. d. Bussche, ein anderer ein Sohn Ewald v. Kleists. Aber ein Luftangriff verhinderte die Vorführung, und sie wurde auf unbestimmte Zeit vertagt⁷⁹.

Schliesslich wurde dann im Juli das endgültige Attentat durch Stauffenberg unternommen. Aber auch diesmal stand die Ausführung unter einem unglücklichen Stern. Es war von Anfang an misslich, dass der «Stabschef» der Verschwörung selbst die auslösende Tat begehen musste, weil nur er Zugang zum Hauptquartier hatte. Zudem verschob er zweimal den Anschlag wegen der Abwesenheit von Göring und Himmler, bis er ihn am 20. Juli zur Ausführung brachte. Und wieder blieb Hitler bewahrt. Die Wirkung der Explosion wurde durch eine Reihe von Umständen verhängnisvoll abgeschwächt, insbesondere durch die Verlegung der Konferenz vom Betonbunker des Führers in eine hölzerne Baracke⁸⁰.

Wenn man die Summe dieser Vorgänge überblickt, kann man sich der Feststellung nicht entziehen, dass eine ganze Anzahl von Fehlschlägen keinem anderen Versagen als einer kaum glaublichen Anhäufung trivialer Zwischenfälle zuzuschreiben ist. Hitler mochte wohl von «der Hand der Vorsehung» sprechen, und der Historiker wird geneigt sein, in einem bestimmten Sinn dem beizupflichten – nicht mit den prahlerischen Obertönen, in denen die Hysterie des Führers sich entlud, wohl aber im Sinn einer Ehrfurcht vor dem Unerforschlichen. In der Kette der Ereignisse von 1939 bis 1945 scheint eine eherne Logik sich anzudeuten, eine innere Ausrichtung auf eine unabgeschwächte und unausweichbare Katastro-

phe hin, die das Beiläufige und Banale unerheblich macht. Und doch haben missliche Zwischenfälle eine nachweisbare Rolle gespielt. Sie waren zum Teil veranlasst oder möglich gemacht durch Hitlers argwöhnische Vorsicht, aber sie hatten schlechterdings gar nichts mit Vorsicht, Zögern oder fehlender Entschlusskraft auf Seiten der beteiligten Offiziere zu tun. In Wahrheit kann Misserfolg an und für sich niemals, oder sollte jedenfalls niemals, ein endgültiger Massstab der Beurteilung sein.

Aber eine andere kritische Frage mag sich hier erheben: Was konnte – selbst wenn die auslösende Aktion Erfolg hatte – das Ergebnis eines darauf folgenden militärischen Putsches sein? Die Antwort darauf lautet, dass es sich in gar keiner Weise um ein rein militärisches Vorgehen handelte. Es hatte seine Motive sowohl als seine Ziele im politischen und moralischen Bereich. Diese Studie ist daher nicht befasst mit den mannigfachen oppositionellen Regungen unter den Feldmarschällen und anderen hohen Militärs, die im Sinne beruflicher Überlegenheit Hitlers strategische «Intuitionen» kritisierten und sich hier und da (sehr anders etwa wie Keitel und Jodl) gegen das Verhängnis zu stemmen suchten. Sie mochten mit Empörung von «diesem Burschen» sprechen, aber darin lag noch kein Widerstand in irgendeinem grundsätzlichen Sinn. Auch die verschiedentlich gemachten Ansätze, Hitler vom militärischen Oberbefehl zu entfernen, sind nicht Gegenstand unserer Untersuchung. Selbst eine Persönlichkeit wie der General Georg Thomas, der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, der unzweifelhaft in echter Opposition stand und an den frühen Aufstandsplänen beteiligt war, hat für die späteren Jahre nur eine lockere Beziehung zum Hauptthema dieses Buches. Als Fachmann in allen Fragen militärischer Bereitschaft widersetzte er sich von Anfang an den Hitlerschen Abenteuer. Im Übrigen kannte er die Hilfsquellen Russlands gut genug, um sich auf Seiten Becks und seiner warnenden Voraussetzungen zu stellen. Auch war er als Leiter der Wehrwirtschaft in besonders naher Berührung mit Männern der zivilen Opposition⁸¹. Zu Beginn des Jahres 1940 drängte er darauf, dass die Generalität den Angriff auf Belgien und Holland verweigere; die Berliner Garnison würde dann Hitler verhaften und die Armee das Regiment übernehmen. Er fuhr fort, die Notwendigkeit eines baldigen Kriegsendes zu betonen, bis er gegen Ende des Jahres 1942 entlassen wurde. Aber der Widerstand, für den er eintrat, richtete sich offenbar mehr gegen eine Politik, die zur Niederlage führen musste, als gegen das Regime an und für sich. Und wenngleich seine Warnung vor einem

Attentat auf Hitler, das den Führer zum Märtyrer machen würde, aus Gewissensbedenken stammte, die auch andere teilten, und zudem vom Standpunkt politischer Taktik nicht unbegründet war, so offenbart sich doch gerade an diesem Punkt eine feine, aber scharfe Linie der Unterscheidung.

Sie wurde mit sicherem Instinkt von Tresckow gezogen, wenn er im Sommer 1944 sagte⁵²: «Das Attentat auf Hitler muss erfolgen um jeden Preis. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.» Natürlich wünschten die Militärs, die sich zu solcher Unbedingtheit des Handelns notfalls auch ohne Aussicht auf Erfolg bekannten, zugleich auch, nach Möglichkeit das Weissbluten Deutschlands zu verhüten. Sie waren sich bewusst, für ihr Vaterland einzutreten, aber ebenso auch gegen eine Gefahr, die ganz Europa mit Chaos bedrohte. Es handelte sich für sie im letzten um Abwehr einer moralischen Krise. Sie waren daher überzeugt, dass zur Überwindung ihre eigene Tat und, wenn nötig, das Opfer ihrer selbst erforderlich war. Wir sahen, dass es Soldaten gewesen sind, die in den kritischen Wochen des Jahres 1938 sich dem Krieg nicht nur deshalb widersetzen, weil er verhängnisvoll für Deutschland sein würde, sondern weil die Aufdeckung und Bekämpfung dieser Gefahr eine Gelegenheit für den Sturz einer verbrecherischen Regierung und für die Rückkehr zu Begriffen nationalen und internationalen Anstands zu bieten schien, die besser übereinstimmen mit echten militärischen und adligen Überlieferungen.

Es war dies eine Haltung, die auch im Krieg nichts an Gültigkeit verlor. Vor ihr verblasste für die kräftigsten und charaktervollsten Naturen das Gespenst des «Dolchstosses» und das der Anklage wegen Landesverrats. Als nach dem Fehlschlag des Attentats am 20. Juli Tresckow im Begriff stand, an die Front zu gehen, um sich dort das Leben zu nehmen, verabschiedete er sich von Schlabrendorff mit den Worten: «Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, dass wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn

einst Gott Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. Wer in unseren Kreis getreten ist, hat damit das Nessushemd angezogen. Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugungen das Leben hinzugeben.» Ein anderer der militärischen Verschwörer, Graf Lehndorff-Steinort, schrieb im Abschiedsbrief an seine Frau: «Du wirst immer davon überzeugt sein, dass ich nicht leichtfertig Eure Zukunft zerstört habe, sondern einer Idee gedient habe, von der ich glaube, dass sie eine Rücksicht auf Familie und Privates nicht rechtfertigt.» Der Weg zum himmlischen Reich, fährt der Brief fort, «führt aber wohl nur über Leid, und es muss erst mal alles Alte gewaltsam von einem gerissen werden. Erst dann kann man eine ‚neue Kreatur*‘ werden. Jedenfalls werde ich in diesem Glauben sterben und ohne Furcht und Angst...»

Solche Gedanken und Motive also waren lebendig in Mitgliedern jener «ehrgeizigen Clique», die angeblich nur den Folgen des Krieges zu entkommen wünschte, als er verloren war. Mit Beschämung erinnert man sich, dass diese Männer verdächtigt worden sind, auf die Rettung ihres eigenen Lebens oder ihrer Klasseninteressen oder auf die Aufspaltung des Generalstabs für einen neuen Krieg bedacht gewesen zu sein. Vollends im Fall des deutschen militärischen Nachrichtendienstes handelt es sich um Vorgänge, die noch weitgehender aus aller Konvention herausfallen und die noch schneidender der These widersprechen, dass es sich beim deutschen Widerstand um unzufriedene Generale und «anachronistische» Edelleute gehandelt habe. Der Leiter der Abwehr, Admiral Canaris, sah so früh und so klar wie nur irgend jemand das Verhängnis, zu dem der Angriffskrieg schliesslich führen werde, voraus. Von Mitte August 1939 ist in den italienischen Akten sein warnendes Wort überliefert: «Das wird das Ende Deutschlands sein.» Zugleich aber war er aus genauester Kenntnis der Hitlerschen Methoden und Ziele auch überzeugt, dass dessen Triumph, wenn überhaupt möglich, «ein noch grösseres Unglück» sein werde. Er ist nicht selbst in direkte Handlungen gegen das Regime eingetreten, seiner Natur nach mehr «zur konspirativen Resistenz als zur revolutionären Aktion» geneigt. Aber er hat andere unterrichtet und gedeckt, Verfolgte gerettet und Exzesse abgestumpft. Weizsäcker, der ihm nahestand, spricht in seinen Erinnerungen davon, dass er für einen «listenreichen Odysseus» galt, und bezeugt doch seinen «glocken-

klaren Charakter». An seiner Gesinnung und seinem sittlichen Willen kann kein Zweifel bestehen, und doch bleibt für den Betrachter seine geschichtliche Rolle, zumal bei der Lückenhaftigkeit der Unterlagen, von einem gewissen Geheimnis umhüllt⁸³. Hingegen steht sein Stabschef, Generalmajor Oster, als eine scharfumrissene Figur da. Schlabrendorff hat von ihm gesagt, er sei «ein Mann nach dem Herzen Gottes» gewesen. Oster war nicht nur der «Techniker» (Boveri), der die Verschwörung abschirmte und für sie wertvollste Verbindungen unterhielt. Er war selbst eines der Haupttriebräder, und er scheute nicht vor Handlungen zurück, die der deutschen Armee zu schwerem Schaden gereichen konnten.

Es ist an diesem Punkte, dass zur Frage des «Landesverrates» im Umkreis der deutschen Opposition in aller Klarheit Stellung genommen werden muss. Man wird sich nicht mit der These vom «Unrechtscharakter» des Regimes begnügen dürfen, dem gegenüber man nicht habe Unrecht tun können, wie wohlthuend immer diese Auffassung sich von dem juristischen Positivismus unterscheidet⁸⁴. Man wird auch das Problem nicht bagatellisieren dürfen durch den Hinweis, die Mitteilungen, die Oster dem holländischen Militärattaché G. J. Sas über Tatsache und Daten des bevorstehenden Angriffs auf Dänemark, Norwegen, Belgien und Elolland machte, hätten keinen Schaden getan, da die Gegenseite ihnen offenbar keinen Glauben schenkte, oder da im holländischen Fall Vorsichtsmassregeln sowieso getroffen waren. Und es genügt auch nicht, auf die diplomatisch-taktische Situation und die noch zu berührenden Sondierungen bei den Gegnern zu verweisen, durch die man auf seiten der Opposition ein militärisches Stillhalten während des inneren Aufstands zu erreichen hoffte. Insoweit ging es dringend um den Nachweis, dass man dies bona fide betrieben habe. Aber ohne Zweifel handelte Oster wie aus dem Gefühl der Empörung und der europäischen Solidarität so zugleich mit der Zielsetzung, für sein Land durch einen geringeren den totalen Verlust zu vermeiden und durch einen Rückschlag den Sturz des Regimes zu ermöglichen. Die Frage, ob die Weitergabe eines Angriffstermins nicht dazu ein ungeeignetes Mittel und die «Tat» daher überflüssig war, wird dem Phänomen eines Durchbruchs nicht gerecht, der nur aus dem Gewissen vollzogen werden konnte – eines Durchbruchs durch die berufliche Ethik des Offiziers und seinen sozusagen normalen Patriotismus, der dem militärischen Sektor im Ganzen und auch in weniger zugespitzten Formen auferlegt war. Der Fall Oster wird daher gewiss nicht als «überflüssiges», sondern als vollgültiges Zeugnis für die Rangordnung der Werte zu betrach-

ten sein, um deren Austrag es in kritischer Situation geht – und immer wieder gehen kann.

So zu Ende gedacht und vom Grenzfall her auf das Ganze und auch auf die durchschnittlicheren Phänomene der militärischen Opposition angewandt, ergibt sich nun freilich ein Bild, das wenig mit der Vorstellung eines kriegshetzerischen Generalstabs übereinstimmt, ihn vielmehr in entscheidenden Phasen und entscheidenden Persönlichkeiten als durchaus «zivilen» Anwalt des Friedens und einer rechtlich geordneten Gemeinsamkeit der Völker erweist. Vielleicht kann man den Kontrast zu gewissen karikierenden Vorstellungen am besten durch ein Hitlerzitat veranschaulichen, das Schlabrendorff überliefert hat⁸⁵: «Als ich noch nicht Reichskanzler war, habe ich geglaubt, der Generalstab gleiche einem Fleischerhund, den man fest am Halsband halten müsse, weil er sonst jeden anderen Menschen anzufallen drohe. Nachdem ich Reichskanzler wurde, habe ich feststellen müssen, dass der deutsche Generalstab alles andere als ein Fleischerhund ist. Dieser Generalstab hat mich immer hindern wollen, das zu tun, was ich für nötig hielt. Der Generalstab hat der Aufrüstung, der Rheinlandbesetzung, dem Einmarsch in Österreich, der Besetzung der Tschechei und schliesslich dem Krieg gegen Polen widersprochen. Der Generalstab hat mir abgeraten, gegen Frankreich offensiv vorzugehen und gegen Russland Krieg zu führen. Ich bin es, der diesen Fleischerhund immer erst antreiben muss.»

Man mag demnach abschliessend sagen, dass die Motive der militärischen Opposition, soweit sie uns hier angehen, weder von rein beruflicher noch von klassenbedingter Art waren. Das Gleiche gilt für ihre Ziele. Die Widerstandsbewegung der Armee war ein «Sektor», war Teil eines Ganzen. Und wenn in ihr ein Stück besten Preussentums lebendig war, so walteten doch sichtlich «zivile» Ideen von Anfang an vor und blieben bestimmend bis zum Ende. Es ist in dieser Hinsicht erwähnenswert, dass im Stab des Ersatzheeres und im Kreis um Canaris und Oster – an den beiden Stellen also, wo die Zahl der Verschwörer am grössten war – der Prozentsatz von Reserveoffizieren und Zivilisten gleichfalls sehr hoch gewesen ist. Anwälte, Richter, Lehrer, Professoren, Landwirte, Geschäftsleute und Männer der Kirche hatten teil am militärischen Planen: die Brüder Kaiser und Bonhoeffer, Justus Delbrück und Hans v. Dohnanyi, einSchwager der Bonhoeffers. Während Oster die militärische Seite bearbeitete, war Dohnanyi für die politische Vorbereitung des Staatsstreichs im Rahmen der Abwehr eingesetzt. In nahem Zusammenhang mit ihnen standen ein anderer Bonhoeffer-Schwager, Dr. R. Schleicher und Dr. Karl

Sack, Freiherr von Guttenberg und Graf von Schwerin-Schwanefeld, Strünck und Dr. O. John, der wie Klaus Bonhoeffer durch eine Stellung bei der Lufthansa besondere Möglichkeiten hatte. Auch war die Zusammenarbeit zwischen dem militärischen und zivilen Sektor sehr eng. Während in den Beratungen der politischen Kreise, wie später an einem konkreten Beispiel gezeigt werden wird, Vertreter von Beck und der Abwehr anwesend waren, berieten Führer der politischen Rechten sowohl wie der Linken mit den militärischen Verschwörern und erteilten ihnen Ratschläge. Einige Zivilisten wie Goerdeler und von Llassell waren ständig und mit verzweifelter Anstrengung bemüht, widerstrebende Generale vorwärtszutreiben. Es gab andere jedoch, die, wie es scheint, zuzeiten das Handeln des Militärs eher zu verzögern als zu beschleunigen suchten. Nach einem der vorliegenden Zeugnisse⁸⁶ haben drei der jüngeren sozialistischen Führer am Ende des Jahres 1942 den Generalen zugeredet, das Attentat zu verschieben bis zu dem Zeitpunkt der Landung der Westmächte auf dem Festland. Bei zu frühem Losschlagen, so meinten sie, werde der Sturz der deutschen Regierung nur die Eroberung durch Russland und eine kommunistische Überflutung von ganz Europa bedeuten. Wenn man diese Angabe für zutreffend halten darf, so könnte sie eine gewisse Pause im militärischen Handeln mit erklären. In jedem Falle kam, wie später zu zeigen sein wird, die internationale Auswirkung eines Attentats sehr wesentlich in den Kreis der Erwägungen. Auch von hier aus ergibt sich der grundsätzlich politische Charakter der militärischen Opposition.

Es war daher eine vollkommen berechtigte, wenngleich wohl kaum erschöpfende Schlussfolgerung, wenn Gustav Dahren-dorf, einer der wenigen Überlebenden unter den leitenden sozialistischen Verschwörern, später sagte⁸⁷: «Der revolutionäre Anschlag vom 20. Juli 1944 sollte nicht als ein schlecht ausgeführtes Unternehmen von Offizieren betrachtet werden, die alle Hoffnung aufgegeben hatten und einer Zwangslage zu entkommen suchten. Es war auch kein Versuch, von Seiten murrender reaktionärer Militaristen das Band zu zerschneiden, das sie an den Faschismus fesselte. Beide Beschreibungen würden falsch und ungerecht sein. Die motivierende Kraft, die hinter allen Vorbereitungen stand, war ein fester politischer Wille. Es gab nur ein Ziel, den Faschismus zu beseitigen und den Krieg zu beenden.» Die militärische Revolte war in der Tat nur der erste, wenngleich unentbehrliche Schritt auf dieses Ziel hin. Sie bildete «die schlagkräftige ‚Vorhut‘ der Widerstandsbewegung ... bestimmte aber weder ihren Körper

noch ihren Geist»⁸⁸. Der Belagerungszustand unter militärischer Kontrolle, den man plante, war nur als eine vorübergehende Notstandsmassnahme gedacht. Zivilisten und Soldaten zusammen hatten Entwürfe für eine neue verfassungsmässige Regierung ausgearbeitet, für die Wiederherstellung der Herrschaft des Rechts, für Freiheit der Religion, für politische und soziale Reform.

Unsere Betrachtung hat sich nunmehr dieser Seite der Probleme, d.h. dem politischen Aufbau und den politischen wie den sozialen Zielen der Opposition zuzuwenden.

4. Politischer Aufbau der Opposition

Unter den nicht-militärischen Leitern der Opposition ragt Carl Friedrich Goerdeler als Persönlichkeit hervor. Er ist zugleich auch derjenige, der eine grosse Zahl von Programmen und Reformentwürfen für die nach-Hitlerische Regierung hinterlassen hat. Sie sind zwar nicht der Ausdruck eines Gedankenguts, das etwa dem Ganzen der Widerstandsbewegung gemeinsam gewesen wäre, aber sie geben eine erste und verhältnismässig breite Grundlage für eine Würdigung ihrer Ideen und Ziele.

Goerdeler, Westpreusse von Geburt, hatte sich in den Jahren, die dem Naziregime vorangingen, durch persönliche Initiative und politisches Verantwortungsgefühl in einem Masse ausgezeichnet, wie es für einen höheren Beamten, und selbst im Bereich der Selbstverwaltung, nicht gerade die Regel war. Es wurde erwähnt, dass er neben der Stellung als Oberbürgermeister von Leipzig eine Zeitlang (1934 bis 1935) die eines Preiskommissars unter Hitler innehatte. Er versuchte in dieser Funktion vergeblich, einen mässigen Einfluss auszuüben. Gleich anderen unantastbaren Gegnern des Nationalsozialismus hielt er es für seine Pflicht, sich nicht sofort zurückzuziehen oder gar das Land zu verlassen. Wohl aber weigerte er sich, seine Prinzipien zu kompromittieren. Als es ihm nicht gelang, eine antisemitische Demonstration der Partei in Leipzig zu verhindern (die Beseitigung des Mendelssohn-Denkmal im November 1936), legte er sein Amt nieder. Er trat dann als Berater in den Dienst von Robert Bosch in Stuttgart, einem der sozial fortgeschrittensten deutschen Industrie-Unternehmer⁸⁹, der ihn mit den Geldmitteln und, was noch wichtiger war, mit der Deckung versah, wie sie seine weitausgedehnte Tätigkeit zur Bekämpfung des Regimes erforderte. Goerdelers Beziehungen reichten praktisch zu allen nichtkommunistischen Gruppen der Opposition. Manche von ihnen

hatten in ihm ihren Vereinigungspunkt. Er war selbstverständlich in naher Berührung mit den Militärs und mit Männern der Geschäftswelt, mit hohen Beamten im Ruhestand und mit aktiven Mitgliedern des Auswärtigen Amtes, aber auch mit Professoren und Kirchenmännern (besonders mit dem Bischof von Berlin, Graf Preysing, und dem protestantischen Bischof Wurm von Württemberg) sowie mit sozialistischen und Gewerkschaftsführern. Hinzu kam, dass er viele Freunde im Ausland hatte; er machte wiederholt Reisen durch England und Frankreich, Italien und die Schweiz, Schweden und Belgien, den Nahen Osten und die Balkanländer, durch die Vereinigten Staaten und Kanada. In den Jahren vor dem Krieg tat er unzweifelhaft alles, was in seiner Macht stand, um das Ausland von der Gefahr, die im Charakter des Naziregimes lag, zu überzeugen.

Während Goerdeler im Jahre 1937 in den Vereinigten Staaten weilte, deponierte er bei einem seiner Freunde ein «Politisches Testament»¹⁰. Es zeigt nicht nur, dass er sehr wohl wusste, welchem Abgrund er selbst und das ganze deutsche Volk zutrieb; es zeigt auch, wie er in erster Linie durch die Gesetzlosigkeit und Korruption, durch den Niederbruch der Gerechtigkeit und die Angriffe auf das Christentum alarmiert war und wie er in diesen Erscheinungen das Wesen eines Systems erblickte, dem Ausländer noch immer einige wirtschaftliche Errungenschaften gutschreiben geneigt waren. Als ein Fachmann in Verwaltung und Finanz gehörte er nicht zu jenen «Experten», die sich von der Schauseite des Erreichten bestechen liessen. Lange vor dem Kriege schon – und auch ohne dass es zum Krieg kam – war er dessen gewiss, dass Hitler Deutschland in eine wirtschaftliche und vor allem in eine moralische Katastrophe hineinführen werde. Nach seiner Meinung zog die Diktatur ihre Kraft recht eigentlich aus den Wurzeln der Krankheit, die das Zeitalter befallen hatte. In einem Artikel vom April 1938 klagte er die materialistische Gesinnung der Epoche als ihren «grossen Irrtum» an. Befreiung von dieser Sklaverei, so erklärte er, «kann nur durch äusserste Anspannung der moralischen Kräfte gewonnen werden, die Gott dem Menschen verliehen hat»¹¹.

In der Tat, es war von diesem Gesichtspunkt mehr als von irgendeinem anderen aus, dass Goerdeler seine Agitation begann und betrieb. Es ging ihm um die Wiederherstellung der grundlegenden Werte menschlichen Daseins. Er versuchte unermüdlich, die Generale von der Gefahr eines vollständigen moralischen Chaos zu überzeugen, das aus der Fortdauer eines zynischen Regimes von verbrecherischer Brutalität sich ergeben

müsse. Und er ersparte ihnen nicht den beständigen Hinweis auf ihre besondere Verantwortlichkeit für einen solchen Niederbruch. Sie hätten es mitangesehen, erklärte er ihnen, wie das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht seines sittlichen Inhalts beraubt und zum Werkzeug egoistischer und verbrecherischer Zwecke gemacht wurde. Ehre und Anstand waren ihm kein «altes Eisen», sondern enthielten, wie er es ausdrückte, «gerade diejenige lebendige Kraft, die jede Gemeinschaft zu ihrem Bestände nötig braucht, insbesondere eine Gemeinschaft, die höchste Opfer verlangt». In einer ausführlichen Denkschrift, die Goerdeler am 26. März 1943 unter der Überschrift «Lage und Möglichkeiten» an «die Generalität» richtete⁹², kam er zu der Schlussfolgerung, dass es nur eine einzige Grenzlinie in Deutschland geben dürfe, «die zwischen anständig und unanständig». Weiterhin warf er die gleiche Frage auf, die man – mit etwas anderem Akzent – so oft im Ausland gestellt hat: «Wie ist es möglich, dass das (im Grunde) so anständige deutsche Volk so lange ein so unhaltbares System erträgt?» Seine Antwort war: «Nur weil sich alle Verstöße gegen Recht und Anstand im Schutze der Geheimhaltung und unter dem Druck des Terrors vollziehen ...» Worum es sich praktisch handele, so schrieb er, sei die Herstellung eines Zustandes, «in dem es auch nur für 24 Stunden möglich ist, die Wahrheit wieder zu Worte kommen zu lassen...». Diesen Zustand aber herbeizuführen, sei Sache des «entschlossen Handelnden». – «Das Volk ist nicht nur reif, sondern es erwartet, dass eine rettende Tat geschieht.» Knapp zwei Monate später schrieb Goerdeler den (o. S. 78) erwähnten Brief an Olbricht, der die Klage über das Warten auf den «psychologisch richtigen Zeitpunkt» enthält und mit dem überraschenden Vorschlag endete, er wolle selbst in einer Aussprache Hitler sagen, «dass sein Rücktritt vom Lebensinteresse des deutschen Volkes erfordert wird». – Nur müsse er allerdings Sicherheit verlangen, «dass dann unmittelbar gehandelt wird».

Man wird an dem Mut und Opferwillen nicht zweifeln, wie er aus solchen Worten spricht, die gewiss nicht ein taktisches Pressionsmittel sein sollten, sondern echtster Wesensausdruck sind, aber zugleich doch an der Wirklichkeit der Situation in der Masse Vorbeigehen, wie sie sich «anständigen» Mitteln entzog⁹³. In der Tat wird sich zeigen lassen, dass Goerdeler, wenngleich ein Mann von umfassender praktischer Kenntnis und langjähriger Schulung im Bereich städtischer Selbstverwaltung, sich allzu leicht in idealistischen Vereinfachungen und einem übertriebenen Optimismus erging. Oft genug hatten seine Mitverschworenen Anlass, sich

über diese Züge seines Wesens zu beklagen. Aber niemand konnte oder kann leugnen, dass sie ihre Wurzel in einer Zuversicht des Glaubens hatten, die mit geistigen mehr als mit materiellen Kräften rechnet. Und sie erwiesen sich als ein ununterdrückbarer Antrieb.

Eine andere führende Gestalt unter den Nicht-Militärs war der frühere Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, der sich nach seiner Entlassung zu Ende des Jahres 1937 der aktiven Opposition anschloss. Er war Schwiegersohn von Tirpitz und Abkömmling einer adeligen Beamten- und Gelehrten-Familie aus Hannover und kann als Vertreter der «alten Elite» gelten. Er war voll Verachtung für die Emporkömmlinge, empört über ihre dummen und anmassenden Missgriffe: ein Diplomat, der noch in der echten Überlieferung Bismarcks lebte – so sehr sie inzwischen zur Karikatur geworden war. Bedauerlicherweise habe man in Deutschland selbst, schrieb Hassell⁹⁴, ein Bild geschaffen von «dem Gewaltpolitiker mit Kürassierstiefeln . . . In Wahrheit waren die höchste Diplomatie und das Masshalten seine grosse Gabe.» Nach Gedankenwelt und Wesensart stand Hassell dem Typ des Revolutionärs oder des Verschwörers sicherlich so fern wie nur irgend jemand. Seine Tagebücher, die ebenso überraschend durch die Tatsache ihrer Existenz wie die ihrer Erhaltung sind, zeigen das zur Genüge. Keinem Gestapo-Mann würde es schwergefallen sein, sie zu entschlüsseln und in ihnen alles zu finden, was er sich nur wünschen konnte. Zu gleicher Zeit aber enthüllen die Tagebücher auch die Reichweite von Hassells geistigen Interessen und das Ausmass seiner Tätigkeit in Deutschland wie im Ausland, einer Tätigkeit, die, wie die Goerdelers, von einem Wirtschaftsunternehmen gedeckt wurde. Weiterhin geben sie Aufklärung über seine Verhandlungen mit Mittelsmännern der Feindmächte sowie über seine zahlreichen Berührungen mit oppositionellen Elementen, und zwar solchen fast aller Kreise⁹⁵. Er bewegte sich keineswegs nur in der «höheren Gesellschaft», so sehr die Vornehmheit seiner Erscheinung aus allen schriftlichen und bildlichen Zeugnissen spricht. Eher wird zu sagen sein, dass er in der auswärtigen Politik, die er für die Widerstandsbewegung verfolgte und auf die zurückzukommen sein wird, unter Illusionen hinsichtlich des noch Erreichbaren sich befand und dass seine Gedankenwelt in der Tat stark vom Bild einer besseren Vergangenheit bestimmt war.

Es war deshalb in den ersten Jahren nach dem Krieg im Ausland – und ist noch heute östlich des Vorhangs – nicht unüblich, in Hassell das spezifische Beispiel eines Mannes, der «hoffnungslos überlebt war», zu sehen, oder ihn als «Ana-

chronismus in der modernen Welt» zu charakterisieren. Man mochte wohl auch über «hochgesinnte Junker, die Hitler mit Tagebüchern bekämpften», spotten. Das bedarf heute keiner Abwehr mehr. In Wahrheit bedeutete es wohl alles andere eher als einen «Anachronismus», dass ein Aristokrat (der v. Hassell sicherlich war, wenngleich von dem nichtjunkeralichen, westdeutschen Typ) inmitten einer grossen Weltkrise Dante las oder von Werner Jaegers *Paideia* sagte, es sei dies ein Buch mit überraschenden Ein- und Ausblicken in Altertum und Zukunft⁹⁶. All denen, die in Europas Rückkehr zu humanistischen und christlichen Überlieferungen ein Hoffnungssymptom erblicken, mag Hassell vielmehr als einer unter anderen die Saat bezeugen, die in einer Zeit des Chaos gelegt wurde. Weiterhin spiegeln die Tagebücher, besser vielleicht als irgendein sonst verfügbares Dokument, den Antrieb des Entsetzens wider, der in Menschen aller Stände lebendig war, der bei Hassell aber mit der besonderen Empfindlichkeit des kultivierten Aristokraten zum Ausdruck kam. Er bekannte sich aufs klarste zur Mitverantwortung für die grauenvollen Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen wurden; er drängte darauf, diese Schmach abzuwaschen, oft genug mit der Unvorsichtigkeit «des die Gefahr nicht achtenden Edelmannes» (Zeller). Mit der gleichen Gefasstheit, ja fast Nonchalance, sah er seiner Verhaftung nach dem 20. Juli entgegen. Soweit man ihn als klassengebunden bezeichnen kann, war er es im Sinne der Bemühung, die in den Staub gesunkene Devise, dass Adel verpflichtet, aufs Neue in Kraft zu setzen.

Viele Männer des Adels und des Grossgrundbesitzes standen im gleichen Lager: der frühere Botschafter in Moskau, Graf Werner von der Schulenburg, ferner pommersche «Junker» wie zum Beispiel von Zitzewitz-Muttrin und von Puttkammer-Nippoglense, oder ein Landwirt und Oberamtmann in der preussischen Provinz Sachsen wie Wenzel-Teutschenthal oder der von den Verschwörern zum politischen Beauftragten in Ostpreussen vorgesehene Graf Dohna-Tolksdorf. Viele Männer der Rechten von dieser Art hatten schon in den Jahren, die dem Naziregime vorangingen, sich dem Hugenberg-schen Kurs widersetzt. Ein hervorragendes Mitglied der konservativen Opposition innerhalb des Landadels war der mehrfach schon erwähnte Ewald von Kleist-Schmenzin, der, im Prozess vor dem Volksgericht im Januar 1945 erklärte, er «halte diesen Kampf für ein gottverordnetes Gebot. Nur Gott werde sein Richter sein⁹⁷.» – Und in einer letzten Betrachtung vor dem Tode schrieb er nieder: «Wer ist grösser, wer hat für die Welt mehr geleistet: Caesar oder ein schlichter, pflichttreuer,

frommer Arbeiter, dessen ganzes Leben Vorbild eines gläubigen Menschen war?...»

Der Einsatz und das Sterben solcher Männer war nicht von Interessen einer Klasse bestimmt, sondern bezeugt eine Auflehnung von Individuen, die den echten Geboten konservativer Gesinnung und christlicher Frömmigkeit folgten⁹⁸. Daneben sollten die aktiven oder im Ruhestand lebenden Beamten der städtischen Verwaltung genannt werden, die mit Goerdeler zusammenarbeiteten: sein Bruder Fritz, zuletzt Stadt-Kämmerer von Königsberg, der das Schicksal der Hinrichtung mit ihm teilte, sowie die Doktoren Elsas und Lehr; desgleichen Juristen wie Friedrich Justus Perels, der Rechtsberater der Bekennenden Kirche, oder die katholischen Anwälte Dr. Wirmer und Joseph Müller. Weiterhin schloss die eine oder die andere der locker verknüpften Gruppen Persönlichkeiten ein, die in der Leitung der volkskonservativen, der demokratischen und der Zentrumspartei tätig gewesen waren. Darunter befanden sich der frühere Reichstagsabgeordnete Lejeune-Jung, die früheren Minister Gessler und Hermes, der frühere Staatspräsident von Württemberg, Bolz; ferner eine Anzahl hoher Beamter im Ruhestand, so etwa Freiherr von Lüninck, der Oberpräsident von Westfalen gewesen war, und zwei frühere Staatssekretäre der Reichskanzlei, Hamm und Planck. Andere Mitglieder der gleichen Kreise sind früher schon genannt worden, und mehr Namen könnten der Liste von hochgestellten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unschwer hinzugefügt werden.

Unter ihnen verdient der Preussische Finanzminister Johannes Popitz besondere Erwähnung, und zwar nicht nur, weil sein spezifischer Beitrag zur Opposition umstritten ist, sondern auch, weil er ohne Zweifel einen der bedeutendsten Köpfe in ihren Reihen darstellte. Er war ein Mann von persönlicher Unantastbarkeit und humaner Bildung, ein angesehener Wissenschaftler auf dem Gebiet der Staats- und Finanzlehre, der sich auch als Archäologe einen Namen gemacht hatte. Als Theoretiker und Praktiker der Verwaltung hatte er schon in den Jahren nach 1918, besonders unter dem sozialistischen Reichsfinanzminister Hilferding, seinen Ruf begründet. Nach raschem Aufstieg wurde er für einige Zeit Professor an der Berliner Universität. Im Jahre 1932 übernahm er das Preussische Finanzministerium; er verblieb in diesem Amt, auch als Hitler zur Macht gekommen war. Wie andere Experten musste er erfahren, dass die Hoffnung, «Schlimmeres zu verhüten», sich nicht verwirklichen liess. Es ist unzweifelhaft, dass er mindestens seit 1938 ein bitterer Feind des Regimes war. tief besorgt

über die sich ausbreitende Korruption und entschlossen zum Widerstand von innen. Seit Ausbruch des Krieges war auch er überzeugt, dass das Ende verhängnisvoll und dass unter Hitler und Ribbentrop kein Friede möglich sein werde. Er hatte, durch Goerdeler eingeweiht, Teil an den Versuchen, den Angriff im Westen durch militärischen Aufstand zu verhindern». Er stand in mehr oder weniger naher Verbindung zu Hassell, Schacht und Oster. Von Goerdeler hingegen trennte ihn trotz vieler menschlicher Berührungen ein grundsätzlicher Unterschied in Fragen der Staats- und Gesellschaftsauffassung, auf den zurückzukommen ist. Eben das hielt Popitz wohl auch vom Gewerkschaftsflügel der Opposition fern. Auch wurde ihm von dieser Seite, wie offenbar ebenso von Goerdeler und Beck, sein langes Verbleiben in der Regierung verdacht¹⁰⁰. Auf der anderen Seite scheint sein Eintreten für einen durchdachten Neubau des Staates sowie seine Vorliebe für eine Art Planwirtschaft und für bestimmte staatssozialistische Massnahmen ihm Anhänger unter der jüngeren Generation der Widerstandselemente gewonnen zu haben, besonders im Kreisauer Kreis.

Wie dem auch sei – Popitz kam zu der Überzeugung, dass auf die Generale nicht zu rechnen sei («sie denken nur an ihre Medaillen»). In Verzweiflung, wie es scheint, betrieb er den Plan, das Regime durch eine Aufspaltung seiner Kräfte, d.h. durch «Palastrevolution» oder einen «Prätorianeraufstand» zu stürzen. In der Tat sind dies ja – neben einem Militärputsch – die beiden typischen, aber auch die bedenkllichsten Wege zur Beseitigung einer Diktatur. Nachdem Popitz, nicht ohne gelegentlichen Erfolg, Göring unter seinen Einfluss zu bringen versucht hatte, setzte er schliesslich seine Hoffnung auf Himmler, der ja seit 1943 unter anderem Reichsminister des Inneren war. Über diese merkwürdige Episode hat A. W. Dulles zuerst auf der Grundlage von Mitteilungen berichtet, die ihm Marie-Louise Sarre, die Tochter des bekannten Archäologen, machte, die selbst an mancherlei Verschwörertätigkeit beteiligt war¹⁰¹. Ein Zufallsfund hat ihm dann die Anklageschrift gegen Popitz und den Rechtsanwalt Dr. Langbehn, seinen Berater, in die Hände gespielt, die bei vielen umstreitbaren Einzelheiten jedenfalls die Tatsache bestätigt, dass Popitz Ende August 1943 eine Unterhaltung mit Himmler hatte. Sie bewegte sich in vorsichtigen Wendungen um das Thema der Beschränkung der Machtbefugnisse des Führers, seiner «Entlastung» als Reichskanzler oder als Oberbefehlshaber und der Berufung von Menschen in seine Umgebung, die verhandlungsfähig nach aussen seien. Man weiss aus anderen Quellen, dass Himmler, besonders unter dem Einfluss von

Schellenberg, während der letzten Phase des Krieges in der Tat auf beiden Seiten zu spielen versucht hat. Aber diese Zeretzungserscheinungen des Regimes gehen uns hier nichts an. Ja, man sollte sich hüten, im Rahmen einer Studie über die deutsche Opposition der Popitz-Himmler-Episode, nur weil sie durch einen Zufallsfund so lebhaft beleuchtet wird, zu viel Gewicht beizulegen. Es handelte sich um eine durchaus isolierte Nebenlinie. Beck und Tresckow, der eingeweiht gewesen zu sein scheint, hätten gewiss einen Spalt im Lager der Gegner lebhaft begrüsst, Goerdeler wusste von dem Plan, wollte aber nichts mit ihm zu tun haben und war entsetzt über das Ausmass der dem Reichsführer gemachten Enthüllungen¹⁰². Man mag Langbehn und Popitz' persönlichem Mut, ja ihrer Verwegenheit vollen Tribut zollen; man mag anerkennen, dass sie ihren Zugang zu Göring und Himmler benutzt haben, um einer Anzahl von Menschen Leben oder Freiheit zu retten. Aber ihre Separataktion war zum Fehlschlag verurteilt. Bormann, der Chef der Partei und Rivale von Himmler, war binnen einem Monat auf ihrer Spur. Im September wurde Langbehn bereits verhaftet, zu der verabredeten zweiten Unterredung Himmlers mit Popitz kam es nicht mehr. Dieser selbst blieb noch in Freiheit bis zum Zeitpunkt der allgemeinen Verhaftungswelle nach dem 20. Juli, die es erlaubte, ihn in die allgemeine Kategorie der Verschwörer einzuordnen. In einer Spezialanweisung des SD an das Reichsjustizministerium wurde dafür gesorgt, dass sein und Langbehn's Prozess im Hinblick auf die Besprechung mit dem Reichsführer SS unter besonderen Vorsichtsmassregeln stattfand. Sie blieben ein Sonderfall.

Auch Schacht wird man nicht eigentlich in die Gruppe der politischen Führer des Widerstandes einzureihen haben. Er war zweifellos ein tätiges Mitglied der Opposition seit 1936, und seit seiner Entlassung im Jahre 1939 galt das in verstärktem Masse. Aber der Ruf, den ihm Ehrgeiz, Eitelkeit und Opportunismus verschafft hatten, schloss ihn von voller Partnerschaft aus¹⁰³. Offenbar wurde er von den Führern der Verschwörung in einer gewissen Distanz gehalten. Soweit der Quellenbefund eine solche Trennungslinie zu ziehen erlaubt, war er an keiner der Zusammenkünfte beteiligt, bei denen sich Mitglieder verschiedener oppositioneller Gruppen trafen. Er betonte im Rückblick mit Stolz, sein «eigener Kreis» gewesen zu sein: es wird das kaum nur an seiner Eigenwilligkeit gelegen haben. Jedenfalls war ihm kein Platz in einem der Entwürfe für eine «Schattenregierung» zgedacht.

Sehr anders stand es mit den führenden Verschwörern auf der Linken. Sie hatten ihren vollen Anteil an der Vorberei-

tung des Schlags und würden in gleichem Mass Verantwortung getragen haben, nachdem einmal das Regime gestürzt war.

Unter den Arbeiterführern wird Wilhelm Leuschner an erster Stelle zu nennen sein. Er war seit 1929 Hessischer Minister des Inneren gewesen und seit 1932 stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach zweijährigem Aufenthalt im Konzentrationslager errichtete er eine kleine Fabrik in Berlin, die ihm nicht nur seinen Lebensunterhalt und Geldmittel zum Agitieren gewährte, sondern es ihm auch möglich machte, eine Reihe von verlässlichen Kollegen und Freunden zu beschäftigen. Er reiste als unscheinbarer Geschäftsmann umher oder sandte «Handlungsreisende» aus, die zwischen den Zellen der Gewerkschaftsbewegung die Verbindung wiederherstellten, auch die zu den britischen Trade Unions. An ihren Generalsekretär schrieb er im August 1939: «Wir sind Gefangene in einem grossen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genauso wie Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwerbewaffneten Aufseher erheben würden.»

In klarer Erkenntnis dieser Lage war Leuschner ein gegebener Koordinator zwischen der Arbeiterbewegung und den «Waffenträgern der Nation». Seine Fabrik stellte eine besondere Art von Bierhähnen her, die Schnepfenhorst, gleichfalls ein Gewerkschaftsführer und ein Opfer des 20. Juli, erfunden hatte. Bald begannen die Militärs an diesem Artikel ein ungewöhnliches Interesse zu nehmen. Es wird berichtet, dass Generaloberst Beck die Fabrik des Öfteren besuchte, wobei er sich zur Unkenntlichmachung blauer Augengläser bediente¹⁰⁴. Nach Angabe von Pechel versorgte Olbricht die Handlungsreisenden mit besonderen Ausweispapieren. Leuschner selbst, der von Beruf Holzschneider war, ein Mann von hervorragendem Geschick und grosser Zähigkeit, muss die Gabe gehabt haben, allen denen, die in Berührung mit ihm kamen oder in ihm eine verwandte Saite berührten, Vertrauen einzufliessen. Sein Deckname war «Onkel», und von Hammerstein, der «Rote General», behandelte ihn als einen alten Freund.

Tatsächlich hatten ja schon einmal unmittelbar vor der Machtergreifung Hitlers Bündnismöglichkeiten zwischen der ADGB-Führung (Leipart) und der Reichswehr gespielt. Erwin Planck, der Sohn des berühmten Physikers und Staatssekretär der Reichskanzlei unter Schleicher, war für eine solche Front tätig gewesen und mag aufs Neue als Verbindungsmann in der gleichen Richtung gewirkt haben. Auch mit Goerdeler war eine enge Zusammenarbeit bald hergestellt. Pechel berichtet, dass er eine erste Begegnung Goerdelers mit Leuschner herbeiführte und ebenso mit dessen Mitarbeiter Hermann

Maass, dem früheren Obmann der sozialistischen Jugendverbände. Seit 1941 ist engere Zusammenarbeit zwischen ihnen bezeugt (Ritter). Man fand sich zu gemeinsamem Handeln, und zwar offenbar nicht nur mit dem negativen Zweck, die Regierung zu stürzen. Darüber hinaus war das Bündnis auf verwandten Überzeugungen begründet, auf wechselseitiger Achtung, auf der Abwesenheit persönlichen Ehrgeizes und, allem Anschein nach, auf einem beträchtlichen Mass von Übereinstimmung in politischen und sozialen Zielen. Hassell kennzeichnete diese Annäherung mit den ihm naheliegenden Begriffen, wenn er in seinen Tagebüchern vermerkte¹⁰⁵, dass bei Leuschner und seinen Freunden die «nationale Note» klar vorhanden sei und dass weite Kreise der ehemaligen Sozialdemokratie «christentum-freundliche» Ansichten hegten.

Der religiöse Charakter der Opposition war naturgemäss am stärksten bei den christlichen Gewerkschaften ausgeprägt. Ihr Führer, Jakob Kaiser, stand gleichfalls in nahen Beziehungen zu von Hammerstein und hatte in den Tagen vor Hitlers Machtübernahme mit Dr. Brüning zusammengearbeitet. Er war verbunden mit Männern wie Bernhard Letterhaus, einem früheren Mitglied des Preussischen Landtags und zeitweise als Hauptmann zur Abwehr gehörig, mit Nikolaus Gross, einem früheren Bergarbeiter, mit Heinrich Koerner und Franz Leuninger, die alle in katholischen Arbeitervereinen tätig gewesen waren. Sie bemühten sich, ihre eigenen Zellen des Widerstandes aufzubauen, und fanden dabei Unterstützung durch den Prälaten und Präses der katholischen Arbeitervereine, Otto Müller in Köln, wie durch ihren Generalsekretär, den späteren katholischen Studenten-Pfarrer in Berlin, Dr. Schmitt¹⁰⁶. Gemeinsamer Grund mit Goerdeler konnte leicht hergestellt werden, und es ist kein Anlass zu vermuten, dass es irgendwie schwieriger war, in enge Berührung zu Leuschners Kreisen zu treten. Die Lage hatte sich doch sehr verändert gegenüber den Anfangsjahren der Opposition und gegenüber dem Zustand der Verfeindung, wie er vielfach unter den Emigranten noch fortbestand. Innerhalb des Gewerkschaftslagers wenigstens hatten alte Grenzlinien ihren Sinn verloren; der Kampf gegen jede Form von totalitärem Regime war ein gemeinsames Anliegen von Katholiken und Sozialisten, wie ebenso der für die verantwortliche Partnerschaft der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft. Bis Ende 1942 war in den Umrissen der Organisationsplan für eine Einheitsgewerkschaft fertiggestellt.

In der gleichen Front¹⁰⁷ stand Max Habermann, der frühere Leiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, also einer rechtsgerichteten Vereinigung. Er war ein persön-

licher Freund Goerdelers, in dessen Haus in Leipzig er zeitweise lebte¹⁰⁸; auch er unterhielt Verbindung mit Resten seiner Organisation. Während die Gewerkschaftler und die Männer der Arbeitervereine die Opposition mit einem Netzwerk von Funktionalen versahen, die zum Teil dieselben sein mochten wie die der sozialdemokratischen Untergrundbewegung, während sie eine Organisation von Kontaktleuten aufbauten ähnlich der, wie sie die Abwehr besass, kamen die eigentlichen politischen Antriebe von einzelnen sozialistischen Führern. Mehrere von ihnen hatten schon früher mit Leuschner als Hessen in enger landsmannschaftlicher Beziehung gestanden, so etwa der Staatsrat Ludwig Schwamb wie vor allem Dr. Carlo Mierendorff und Dr. Theodor Haubach. Mierendorff galt im allgemeinen Urteil als einer der kraftvollsten und begabtesten Gegner des Regimes. Er war nicht nur ein Intellektueller von grosser geistiger Klarheit, sondern auch eine vollblütige Persönlichkeit und zu volkstümlicher Führerschaft wie geboren¹⁰⁹. Mehr als vier Jahre war er in einem Konzentrationslager gequält worden. Nach seiner Entlassung verband er sich in ungebrochener Energie mit seinem Freund Dr. Theo Haubach, dem früheren Herausgeber des sozialistischen «Hamburger Echo», der gleichfalls eine lange Haftzeit hinter sich hatte. Mierendorff stand in Beziehung zu Canaris und war ein wichtiges Mitglied des Kreisauer Kreises. Nach der Angabe Steltzers hat er zu einem der geistlichen Mitglieder dieses Kreises bekannt: «Ich habe ohne Religion gelebt. Aber ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass nur das Christentum dem Leben Sinn und Haltung geben kann.» Auch Haubach gehörte zu dieser Gruppe der Jüngeren, religiös Ergriffenen: Nach innen gekehrt, «begann er auf eine neue christliche Weise nach Gott zu fragen», wie Gerstenmaier bezeugt. Um Fragen der inneren Erneuerung ging es auch Adolf Reichwein¹¹⁰, der bis 1933 Professor an einer pädagogischen Akademie gewesen war. Er widmete sich besonders den Fragen der Erwachsenen-Bildung, und seine strikt marxistischen Überzeugungen hinderten ihn nicht, gleichzeitig in den Ideen Grundtvigs zu leben. Es würde irreführend sein, diese Männer «Rechts»-Sozialisten zu nennen. Man mag sie in kultureller Hinsicht als «Konservative» bezeichnen, weil ihnen die Erhaltung schöpferischer, religiöser und künstlerischer Kräfte im Leben des Volkes ein sehr ernstes Anliegen war. In sozialen und politischen Fragen jedoch gehörten sie ausgesprochenenmassen zum radikalen Flügel. Alle drei verkörperten in vorbildlicher Weise diese nicht ungewöhnliche Verbindung. Es war ein schwerer Verlust für alle oppositionellen Gruppen, als Mierendorff einem Luftangriff

auf Leipzig im Dezember 1943 zum Opfer fiel. Dr. Julius Leber folgte ihm nach als der berufene Führer der entschiedenen Sozialisten. Viereinhalb Jahre brutaler Misshandlung durch die SS hatten seinen Willen nicht brechen können; als ein Mann, dem Politik Leidenschaft war, stiess er bald zu dem Vortrupp der Verschwörung. Durch Dahrendorf und Ernst v. Harnack kam er in Berührung mit Goerdeler, vor allem aber trat er Trott und Stauffenberg nahe, wie er denn zum Soldatischen eine starke Affinität hatte¹¹¹. So füllten sich die Reihen derer, die fähig und ausersehen waren, die Zügel der Regierung zu übernehmen, sobald der militärische Schlag fiel.

Die Vorbereitungen für diesen Augenblick waren mit den Jahren vervollkommen worden und gingen sehr weit¹¹². Es würde kein Leerraum entstanden sein, hätte das Hitler-Regime am 20. Juli sein Ende erreicht, und man würde sich demgemäss nicht in jener Verlegenheit befunden haben, wie sie dann nach der Kapitulation im Mai 1945 tatsächlich bestand. Naturgemäss gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen den politischen Führern. Sie betrafen sachliche Fragen sowohl wie strittige Fragen des Personals. Die letzteren sind zeitweise sehr scharf gewesen, worüber man viel jetzt in der Biographie Goerdelers nachlesen kann. Diese Spannungen verbanden sich mit Gegensätzen der Auffassung namentlich in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen, auf die zurückzukommen ist. Aber auch sonst war es begreiflich genug, dass unter schwerster seelischer Belastung Temperamente und Charaktere sich rieben. Im Einzelnen braucht uns das hier nicht zu beschäftigen. Es mag genügen, das ungefähre Ergebnis der Beratungen anzuführen. Im Verlauf des Jahres 1943/44 hatte man sich auf eine «Schattenregierung» geeinigt, wobei einige Positionen offenbar noch als auswechselbar galten. Beck jedenfalls sollte vorläufiges Staatsoberhaupt werden, Goerdeler Kanzler und Leuschner Vizekanzler mit Jakob Kaiser als seinem Stellvertreter, dies vielleicht für den Fall, dass Leuschner, wenn es zur republikanischen Staatsform kam, als Reichspräsident kandidierte. Für das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten war von Hassell ausersehen, an dessen Platz von der Schulenburg treten mochte. Für den Posten des Kriegsministers dachte man an Olbricht oder Hoepner, mit Stauffenberg als Unterstaatssekretär. Das wichtige Ministerium des Inneren (dessen entscheidende Bedeutung in der Kontrolle der Polizei lag) sollte Leber übernehmen, dem somit eine Schlüsselstellung zugefallen sein würde. Es ist bezeichnend, dass für das Propagandaministerium, falls es zu einem solchen komme, gleichfalls ein Sozialist, Haubach, ausersehen war. Der katho-

lische Arbeiterführer Letterhaus war Kandidat für das Wiederaufbauministerium. Die Liste umfasste ferner: Lejeune-Jung als Wirtschaftsminister, Bolz (nach dem Ausfall von Popitz) als Kultusminister und Dr. Wirmer als Justizminister. Das Finanzministerium sollte Loeser übernehmen, ein früherer Bürgermeister von Leipzig, der als Generaldirektor von Krupp sich der Opposition angeschlossen hatte. Für die leitenden Posten in der Verwaltung der Einzelstaaten waren Männer mit einwandfreiem Anti-Nazi-Charakter vorgesehen (z.B. Gessler, Steltzer und v. Lüninck), ebenso für die in den grösseren Städten.

Wenn man diese Personal-Listen überblickt, so mögen sie auf den ersten Blick an die künstlichen Koalitionen der Weimarer Tage erinnern – mit einer militärischen «Korsettstange» als eigentlichem Rückhalt. Aber die Unterschiede gegenüber der Zeit vor 1933 sind deutlich. Einer liegt darin, dass die Männer, die jetzt eine Koalition so mannigfacher Elemente bildeten, sich unter dem Druck höchst ungewöhnlicher Umstände zusammengefunden hatten. Keiner von ihnen vertrat den Durchschnittstyp des ehrgeizigen Politikers oder war an überalterte Programmpunkte einer Partei gebunden. Überdies galt es für sie alle, dass sie ihr Leben für ihre Überzeugung aufs Spiel zu setzen gewärtig sein mussten. Sie alle trugen das «Nessus»-Hemd. In einer solchen Situation kommen andere Auswahlprinzipien zur Wirkung als unter normalen Bedingungen politischen Lebens, und die Vermutung spricht demgemäss für die Herauskristallisierung einer wirklichen Führungsschicht. Auch so wird man das Ergebnis nicht idealisieren wollen. Hassells Wort von der «Band of Brothers» entspricht wohl mehr einem Imperativ als der Wirklichkeit. Sehr deutlich ist das bei Leuschners letzter Mahnung: «Seid einig!» – Die Frage des Gegensatzes zwischen Alten (den «Honoratioren») und Jungen (den «Aktivisten»), zwischen Konservativen und Radikalen wird uns noch beschäftigen müssen. Aber was immer die sachlichen Meinungsverschiedenheiten waren, diese Männer fanden sich auf einem Boden zusammen, der gegenüber dem verbrecherischen Regime, um dessen Ersetzung es ging, in etwa an Goerdelers «Front der Anständigkeit» erinnert.

In jedem Fall sollte die Zusammensetzung der Schattenregierung die Beantwortung der Frage leicht machen, ob es sich bei der Verschwörung um eine Gruppe von anachronistischen Edelleuten, unzufriedenen Generälen und reaktionären Zivilisten gehandelt habe, die sich nur vereinigten oder erst dann zu rühren begannen, «als der Krieg endgültig verloren war». Aber die politische Zusammensetzung der Opposition gibt

noch zu anderen Fragen Anlass: Wie weit fand die Führerschicht Widerhall im Lande? Stand sie auf breiterem Grunde? Hatte sie nicht nur mit lose verbundenen Kreisen, sondern mit den Massen des deutschen Volkes Fühlung? Oder bewegte sich der Widerstand in einer Art von luftleerem Raum, zum Fehlschlag verurteilt, selbst wenn der militärische Putsch Erfolg haben sollte?

Wenn man hierauf zu antworten sucht, werden zwei Tatsachengruppen zu unterscheiden sein: die eine bezieht sich auf das Vorhandensein einer umfänglichen Massenopposition an und für sich, die andere auf das Vorhandensein organischer Verbindungsglieder zwischen der «Elite» und den breiteren oppositionellen Bewegungen.

Ein früherer deutscher Gewerkschaftsführer, Paul Maerker, der selbst während der ersten Jahre des Regimes an Untergrundarbeit aktiv teilgenommen hatte, glaubt die Zahl der Arbeiter, die in einer Anti-Nazi-Front «organisiert» waren, auf 125'000 schätzen zu sollen; das würden 3 Prozent der Mitglieder sein, die vor 1933 den Freien Gewerkschaften angehörten. Er fügt hinzu, dass diese Gruppen durch den 20. Juli völlig überrascht worden seien: «Keine Vorbereitungen waren getroffen für ein Zusammenarbeiten mit den Generalen»¹¹⁸. Nach anderen Zeugnissen können jedoch erhebliche Zweifel erhoben werden sowohl bezüglich der Zahl der Organisierten wie bezüglich der allgemein gehaltenen Feststellung eines mangelnden Operationsplans. Es scheint immer noch eine verbreitete Idee zu sein, dass es keine Organisation oder keine Vorbereitung gegeben haben könne, wenn weder ein Hauptquartier mit Telephonen und Sekretärinnen bestand noch Aktenbelege sich gefunden haben. Es ist sicherlich richtig, dass über das bevorstehende Attentat keine «Voranzeige» durchgegeben wurde. Nach der Lage der Dinge verbot sich das von selbst. Nicht einmal die politisch leitenden Persönlichkeiten waren über Einzelheiten unterrichtet. Aber das Vorhandensein eines Netzwerks von Zellen ist als gesichert anzunehmen, und die Frage ist dann eher die, wie weit sie konspirativ tätig waren oder nur «bereit» standen. Einige allgemeinere Feststellungen sind dazu schon gemacht worden, als die neue Taktik der Illegalen nach 1935 erörtert wurde. Für die späteren Jahre liegen speziellere Angaben vor. Es mag als zu summarisch beanstandet werden, hat aber doch eine gewisse symptomatische Bedeutung, wenn ein französischer Arbeiter 1942 aus Deutschland berichtete: In der Fabrik gehören «vier oder fünf Mann zu den organisierten Sozialisten». Von den übrigen glaubte er, dass sie mit dieser Zelle in Sympathie

seien¹¹⁴. Überzeugender vielleicht ist die, wie die Autoren ausdrücklich sagen, «konservative» Schätzung, die sich in dem amtlichen amerikanischen Bericht über die Wirkungen des Luftkriegs findet¹¹⁵. Hier heisst es: «Im Jahr 1944 wurde je einer unter ungefähr 1200 Erwachsenen durch die Gestapo wegen eines politischen oder religiösen Vergehens verhaftet. Organisierte Oppositionsgruppen bestanden in den meisten deutschen Städten.» Weiterhin stellt der Bericht fest, dass oppositionelle Tätigkeit zwar «in der Regel und notwendigerweise lokal beschränkt war», dass aber die Untergrundarbeit von Gewerkschaftlern, Sozialisten und Kommunisten sich auch «über ganz Deutschland erstreckte».

Es gibt indessen Äusserungen, die noch viel weiter gehen und einen direkten konspirativen Zusammenhang zwischen oben und unten nahelegen. So hat Alfred Weber einem amerikanischen Korrespondenten gegenüber geglaubt feststellen zu können: «Tausende, wörtlich Tausende von Zivilisten waren in das Attentat mit verwickelt¹¹⁶.»

Sehr viel detaillierter sind die Angaben, die ein deutscher Pastor bei der Zusammenkunft mit dem Bischof von Chichester, auf die noch einzugehen sein wird, im Mai 1942 machte. Danach hätten die Gewerkschaftsmitglieder «während der letzten sechs Monate» ein Netzwerk von Verbindungsleuten entwickelt, das ihnen die Kontrolle über «Schlüsselstellungen in grossen Städten wie Berlin, Hamburg, Köln und über das ganze Land hin erlaube»¹¹⁷. Und vollends ins Einzelne glaubt der Sozialdemokrat Emil Henk in seinen Feststellungen gehen zu können¹¹⁸. Er schreibt Leuschner insbesondere das Verdienst am Aufbau eines «unsichtbaren Netzes» zu, das ganz Deutschland überzogen habe. Er selbst zählt für bestimmte Teile von Baden und Hessen (von Heidelberg bis Kassel) Verbindungsleute auf, von denen jeder, nach seiner Aussage, im gegebenen Augenblick zehn bis zwanzig weitere Nazigegner aufzurufen hatte. Henks Namenliste nennt nicht nur Einwohner grosser Städte, sondern auch solche kleinerer Gemeinwesen bis zu Dörfern hinab. Seine Schätzung geht dahin, dass in diesem einen landschaftlichen Bezirk allein zehn- bis fünfzehntausend Oppositionelle zum Handeln am 20. Juli bereitstanden.

Selbst wenn man diese Aussagen – wogegen sicher Bedenken erhoben werden können – in vollem Umfang annehmen wollte, würden sie noch nicht eine Fühlungnahme mit wirklich breiten Kreisen belegen. An eine Massenorganisation konnte man schlechterdings nicht denken. Und da der militärische Putsch fehlschlug, wurden auch etwaige Verbindungsleute in den einzelnen Örtlichkeiten nicht aufgerufen. Die

Massnahmen der Bendlerstrasse vom 20. Juli rechneten nur mit «politischen Beauftragten» und «Verbindungsoffizieren» in den einzelnen Wehrkreisen¹¹⁹. Gleichwohl sollte der Wahrheitskern, der in den genannten und nicht einfach beiseitezuschiebenden Angaben enthalten sein wird, allein schon genügen, dem Gerede vom «wurzellosen Charakter» der Opposition ein Ende zu machen. Überdies lässt sich kaum bezweifeln, dass die Massen der schweigenden Opposition, dieses breiten Widerstandsreservoirs unter totalitärer Herrschaft, sich im Jahre 1944 ohne Weiteres und mit Wut gegen ihre Unterdrücker erhoben haben würden, sobald die Zwangsherrschaft des Systems erst einmal gebrochen war.

Solch eine Annahme wird nicht widerlegt durch die Tatsache, dass kein spontaner Aufstand erfolgt ist, als die Alliierten 1945 einmarschierten. Die psychologischen Bedingungen waren doch sehr andere nach einem weiteren Jahr des Luftkriegs, nach einer unvorstellbaren Anhäufung physischer und moralischer Zerstörung und in einer Lage, die zwar eine «Befreiung», aber zugleich Eroberung durch die Befreier bedeutete.

Nimmt man das Vorhandensein einer breiteren revolutionären Bewegung und eines Massenanhangs insbesondere für den linken Flügel der Koalition als gesichert an, so erheben sich freilich andere Probleme: Gab es eine tiefer gegründete politische Einheit neben der Gemeinsamkeit moralischer Überzeugungen und jenseits des negativen Ziels «den Faschismus zu beseitigen und den Krieg zu beenden»? Gab es eine Gemeinsamkeit der Ideen, die von der blossen Errichtung einer nach-Hitlerschen Regierung zu konstruktivem Handeln hinüberführen konnte? Gab es eine begründete Aussicht, dass die Lebensform politischer und sozialer Demokratie Wurzeln schlagen konnte? Oder war der Staatsstreich zur Episode (einer «Badoglio-Episode») verurteilt wegen des inneren Zwiespalts zwischen «konservativen» und «radikalen» Tendenzen oder wegen der «natürlichen» Dynamik revolutionärer Bewegungen?

Dies sind Fragen spekulativer Art, auf die naturgemäss keine endgültige Antwort gegeben werden kann. Aber es sind immerhin Zeugnisse zum Ideengehalt der Opposition verfügbar, die bedeutsam genug sind, um ihre Erörterung zu rechtfertigen, und die über alles Praktische hinweg uns wieder zum Grundsätzlichen hinführen mögen.

5. Ideen zur Verfassungs- und Sozial-Reform

Goerdeler, der so unermüdlich zum Handeln drängte, war zugleich auch derjenige, der sich immer wieder und bis in sehr konkrete Einzelheiten hinein mit Plänen für die Zukunft beschäftigte. Er hat mehr oder weniger ausführliche Proklamationen, Programme, Denkschriften und Richtlinien niedergelegt. Aber er folgte dabei keineswegs nur seinen eigenen, etwa am Schreibtisch gewonnenen Ideen. Beratungen wurden abgehalten mit Beck, Hassell, Jessen und Popitz, mit Mitgliedern der Kirchen und mit der Gruppe der jüngeren Männer, die sich im Kreisauer Kreis zusammenfanden. Auch ein steter Meinungsaustausch mit Kaiser und Leuschner ist höchstwahrscheinlich. Durch Jahre hindurch schrieb und verbesserte Goerdeler an einer «Wirtschaftsfibel», die nach der Angabe seiner Witwe durch Gespräche mit Gewerkschaftsführern veranlasst war und die den Arbeiter instandsetzen sollte, ein stärkeres Interesse und einen tätigeren Anteil am Betrieb «seiner» Fabrik zu nehmen. Es würde eine falsche Note in diese Schilderung tragen, wollte man Goerdeler einen «Mann des Volkes» nennen. Aber ebenso sicher ist, dass er in einer aufrichtigen und echten Weise sozial gesinnt war. Auch der Geist des Bosch-Betriebs, in dem man ganz bewusst den Arbeitern das Bewusstsein verantwortlicher Teilhaberschaft zu geben bemüht war, mag ihn darin bestärkt haben.

Es ist weiter zu erwähnen, dass an Goerdelers Plänen eine Reihe von Schriftstellern und Gelehrten teilhatten, die der politischen Opposition mehr oder weniger nahestanden. Insbesondere war eine Gruppe von Staatswissenschaftlern, Nationalökonomen und Historikern, die an der Freiburger Universität lehrten, in der Mitarbeit tätig²⁰: Eric Wolf, Adolf Lampe, Constantin von Dietze, Walter Eucken, Gerhard Ritter. Sie gehörten der Bekennenden Kirche an, und es scheint, dass Bonhoeffer sie mit Goerdeler in Verbindung brachte. Auch hier war die Basis der Zusammenarbeit eine, die über den Bereich des bloss Politischen hinausging. Für soziale Probleme wurde Professor Albrecht, Marburg, herangezogen, während in Erziehungsfragen Professor Litt, Leipzig, Goerdelers Berater war.

Das erste förmliche Programm, das bekannt geworden ist, war noch sehr skizzenhaft. Es wurde im Januar-Februar 1940 von Hassell niedergeschrieben²¹, der dabei mit Beck, Goerdeler und Popitz zusammenarbeitete. Es sollte in Kraft treten für den Fall, dass der Widerstand gegen den Angriff im Westen zu dem erhofften Sturz des Regimes führte. Das Programm sah eine Regentschaft mit drei Mitgliedern vor, die an der

Macht bleiben sollten, bis «normales verfassungsmässiges Leben» wiederhergestellt werden könnte. Die Aufgabe, Vorbereitungen für diesen Zeitpunkt zu treffen, fiel einem ernannten Verfassungsrat zu. Inzwischen lag die ausführende Gewalt bei dem Haupt der Regentschaft (Beck?), der sie an die Wehrkreiskommandeure weitergab. Die Verhängung des Belagerungszustandes schien unvermeidlich, wenn man Chaos vermeiden und die «Würde des Gesetzes» wiederherstellen wollte. Dies Ziel stellte das Programm ausdrücklich in scharfen Kontrast zu der moralischen Verwüstung, die das Ergebnis des vorhergehenden Regimes gewesen war. Die unseligen Folgen der Nazi-Regierung wie die ersten Gegenmassnahmen, die man zu ergreifen gedachte, wurden dann des Weiteren in Kürze dargelegt. Es scheint, dass Goerdeler daran dachte, die Zwischenregierung sofort auf eine volkstümliche Grundlage zu stellen. Nach Hassell plante er ein Plebiszit unmittelbar nach dem Sturz des Regimes¹²². Es ist früher erwähnt worden, dass er an schnellen Wandel glaubte, wenn man die Wahrheit wieder zu Worte kommen lassen könne, und wäre es auch «nur für 24 Stunden». Aber sein Optimismus wurde von den anderen Mitgliedern des Kreises nicht geteilt. In zusätzlichen Entwürfen skizzierten Langbehn und Jessen ein Gesetz über den Belagerungszustand, das sehr einschneidend gewesen sein soll. Auch arbeitete Popitz ein «Gesetz über die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben» aus. Sein Entwurf legte grossen Nachdruck auf die Reinigung wie auf die Leistungsfähigkeit der Beamtenschaft. Die vorläufige Ordnung, so wurde erklärt, sollte in Kraft bleiben, bis «unter Mitwirkung aller Schichten des Volkes im Deutschen Reich eine endgültige Verfassung gegeben werden kann»¹²³.

Soweit die ausführende Gewalt in Frage kam, erwogen Goerdeler und seine Freunde für einige Zeit die Wiederherstellung der Monarchie. Sie wünschten, die höchste Autorität auf einem «festen zentralen Pfeiler» (Popitz), das heisst ausserhalb und oberhalb der wechselnden Meinungen und des Drucks der Parteien, zu begründen. Angesichts der Erfahrungen der Hitler-Zeit, die durch das Verkoppeln der beiden Stellungen, der des Parteiführers und der des Staatsoberhauptes, das totalitäre System zum Gipfel geführt hatte, liess sich einiges für die monarchische Spitze sagen. Ein alter demokratischer und süddeutscher Minister der Weimarer Republik wie Gessler befürwortete eine Wiederherstellung des Hauses Wittelsbach¹²⁴. Wie der Nationalsozialismus seinen Ursprung von Österreich und Bayern nahm, so hatten auch die Legitimisten ihre stärksten Wurzeln in Süddeutschland. Es war anzuneh-

men, dass die bayrischen Mitglieder der Verschwörung den Kronprinz Rupprecht, den Erben der Wittelsbacher Linie, bevorzugen würden. Aber auch der Hohenzollernsche Thronerbe, Kronprinz Wilhelm, wurde erwogen. Nach Hassells Angabe erklärte er, «... dass er bereit sei, in die Bresche zu springen und alle Opfer und Gefahren, über die er sich völlig klar sei, in Kauf zu nehmen»¹²⁵. Es ist indessen zweifelhaft, ob dabei an mehr als eine Form der Überleitung gedacht war. Als ein geeigneterer Kandidat jedenfalls erschien sein zweiter Sohn, Louis Ferdinand. Für ihn sprach, dass er als entschiedener Gegner des Hitler-Regimes gelten durfte, dass er zudem in besonderer Gunst bei der Königin-Mutter von England, Queen Mary, stand und dass er für einige Zeit als Fordarbeiter in den Vereinigten Staaten tätig gewesen war. Ein amerikanischer Geschäftsmann, mit dem Hassell in Fühlung stand, glaubte ihm versichern zu können, Prinz Louis Ferdinand würde jenseits des Ozeans «gradezu populär sein»¹²⁶.

Es besteht begründeter Anlass zu bezweifeln, dass diese Voraussage, selbst vor dem Angriff auf Pearl Harbour, irgendwie begründet war. Aber es würde übereilt sein, den Gedanken der monarchischen Wiederherstellung als wesentlich undemokratisch zu bezeichnen. Was vorschwebte, war sichtlich das englische Beispiel einer monarchischen Präsidentschaft innerhalb eines parlamentarischen Systems. Und Goerdeler insbesondere war fern davon, die Restauration des preussischen Königtums und seiner alten Macht auch nur zu wünschen. Er sagte ausdrücklich vom Präsidenten, einerlei, ob er ein Monarch oder ein Regent war: «Er soll nicht regieren, sondern über die Verfassung wachen und den Staat repräsentieren.»¹²⁷ Des Weiteren war man sich über eines völlig einig: in nichts durfte das neue Regime an einen «Kapp-Putsch» erinnern. Dies war ein Gesichtspunkt, auf den die Militärs selbst, Hammerstein und Beck vor allem, drangen. Die jüngere Generation aus dem Kreisauer Kreis nahm noch energischer Stellung. Trotz zu Solz focht in einem Gespräch mit Hassell leidenschaftlich dafür, «nach innen und aussen jeden Anstrich von «Reaktion», ‚Herrenklub‘, «Militarismus» zu vermeiden»¹²⁸. Diese Auseinandersetzung vom Dezember 1941 scheint entscheidend gewesen zu sein. Soviel man sehen kann, verschwand seitdem der monarchische Gedanke völlig aus der Erörterung.

Von grösserem Interesse als diese Einzelfrage sind Goerdeler's Verfassungspläne im Ganzen. Sie beruhen in erster Linie auf einer hohen Bewertung der Selbstverwaltung. Sie enthalten daher einerseits die Forderung der Dezentralisierung und eines föderalistischen Aufbaues; andererseits entwerfen sie ein

Wahlverfahren, bestimmt, Persönlichkeiten zu begünstigen, die sich bereits in örtlichen oder in beruflichen Angelegenheiten die Sporen verdient und bei ihren Wählern einen Namen erworben hatten. Mit all dem beabsichtigte Goerdeler eine Rückkehr zu deutschen Überlieferungen einer Zeit, in der die Politik noch nicht eine Angelegenheit des Kollektivs geworden war, also eine «Entmassung der Masse» (Ritter). Um weiterhin den Reichstag zu verantwortlichem Handeln zu befähigen, schlug Goerdeler eine Beschränkung auf drei Parteien vor. Aus dem gleichen Grunde wünschte er, dem englischen Beispiel zu folgen, das nur persönliche Wahlkandidaturen (statt der Listenwahl) und nur die Entscheidung in einem Wahlgang mit einfacher Mehrheit kennt. Jedoch sollte nur die eine Hälfte der Volksvertretung direkt auf der Grundlage des allgemeinen Stimmrechtes gewählt werden; für die andere Hälfte sah Goerdeler indirekte Wahlen in einer Stufenfolge vor, die von den örtlichen Vertreterschaften aufstieg. Reichstagsabgeordnete mussten wenigstens 35 Jahre alt und fünf Jahre in der örtlichen Selbstverwaltung tätig gewesen sein. Des Weiteren mussten sie ihren Wohnsitz in dem Wahlkreis haben, für den sie kandidierten. All dieses hatte offenbar den Sinn, sachliche Erfahrung und lokale Verwurzelung gegenüber den eigentlich politischen Elementen zu begünstigen. Fernerhin plante Goerdeler ein Oberhaus, das aus Vertretern der grösseren Berufsgruppen, der Unternehmervereinigungen, der einen umfassenden Gewerkschaftsorganisation sowie der Kirchen und Universitäten bestehen sollte. Neben diesen ständischen Vertretern wurde die freie Berufung von 50 «angesehenen Deutschen» aller Klassen vorgeschlagen. Um der Regierung grössere Stetigkeit zu geben, war nach Goerdelers Plan für ihren Sturz eine qualifizierte Mehrheit des Reichstags oder die Übereinstimmung beider Häuser erforderlich.

Dies alles – vor allem in einer Denkschrift «Das Ziel» von 1941 ausgeführt – stellte noch keine endgültigen Entwürfe und in keiner Weise ein vereinbartes Programm der Widerstandsbewegung dar. Charakteristisch aber ist die Hinneigung zu einem konservativen System der Gegengewichte. Es kann mit einem gewissen Recht gesagt werden, dass Goerdeler zurückstrebte zu den Gedanken und dem Werk des Freiherrn vom Stein, nur dass er dessen rein geschichtliche Bevorzugung der mit Besitz «ingesessenen» Klassen nicht teilte. Von einem Zensus war nicht die Rede. Er wünschte offenbar die ursprünglichen Ideen der Steinschen Städte-Ordnung mit seinen eigenen praktischen Erfahrungen in der Selbstverwaltung grosser Gemeinwesen zu verbinden. Aber die Rückkehr zu wertvollen

Überlieferungen ist nicht gleichbedeutend mit «reaktionärer Romantik». Wir haben das Zeugnis von Pechel, der Goerdeler einen Mann von ständig wachsender Aufgeschlossenheit nennt. In der Tat weisen seine Gedanken in manchen Einzelheiten eine beträchtliche Entwicklung auf. Jakob Kaiser, der christliche Gewerkschaftsführer, der die Hinrichtungswelle überlebte und nach 1945 in Berlin einer der mannhaftesten Verteidiger der Demokratie gegen ihre neue Bedrohung von Osten werden sollte, hat, noch während er in diesem Kampf sich befand, von Goerdeler gesagt, er würde heute «auf der Seite der fortschrittlichen Kräfte des Volkes stehen». Vollends von dem Programm weitgehender Dezentralisierung, das die Auflösung Preussens in seine Provinzen einschloss, wie überhaupt von dem eines föderalistischen Aufbaus, wird man gewiss nicht sagen können, es sei «anachronistisch» gewesen.

Auch von anderen Elementen seiner Pläne gilt, dass sie nicht mit einer eilfertigen Abstempelung beiseitegeschoben werden sollten. Sie atmen eine gewisse Nüchternheit, man könnte sagen einen angelsächsischen Sinn für das Konkrete, der mit dem sachlich Notwendigsten beginnt, mit der Wiederherstellung eines durchaus zerrütteten Gemeinschaftslebens von Grund auf. Bei solcher Einstellung erschien es unendlich viel wichtiger, sich des elementaren Inhalts politischen Lebens und seiner sachverständigen Verwaltung anzunehmen, als für die Schauseite der Parteipolitik und für Massenveranstaltungen Interesse zu zeigen. Ohnehin konnte in einem besiegten und teilweise zerstörten Deutschland die Wiederbelebung einer mehr zentralistischen und rational durchgestalteten Demokratie, wie man sie im Jahre 1919 einzuführen versucht hatte, erst recht nur auf ein Scheinbild hinauskommen. Ausserdem wussten Goerdeler und seine Mitarbeiter sehr wohl, dass auch aus anderen Gründen keine einfache Rückkehr zum System von Weimar möglich war. Sie wünschten insbesondere die Fehlerquellen im parlamentarischen Aufbau zu vermeiden, die zur Entstehung einer Diktatur beigetragen hatten: den unaufhörlichen Wechsel der Regierungen und die Vielfalt der Parteien. Sie warnten deshalb vor der Wiedereinführung des Listen- und Verhältniswahlsystems. Alles dies waren sicherlich keine überlebten Gedanken. Das Gleiche gilt von dem Wunsch nach Gegengewichten gegen die Tendenzen unverantwortlicher Massenpropaganda und demagogischer Führung, die sich bei raffinierter Ausnutzung dieser Waffen so verhängnisvoll unter einem pseudolegalen Regime ausgewirkt hatten.

Ob die Mittel, die diesen Zwecken dienen sollten, wie zum Beispiel die Verbindung direkter mit indirekter Vertre-

tung, und der Nachdruck, der auf das berufsständische Prinzip gelegt war, zureichten und ob sie Aussicht boten, die echten demokratischen Bedürfnisse eines von der Tyrannei befreiten Volkes zu befriedigen, kann durchaus als fraglich gelten. Es handelte sich hier um nicht mehr als ein Bündel von Vorschlägen, die nur für die allgemeine Gedankenrichtung bezeichnend sind. Ihre Erörterung durch eine beratende Körperschaft, den Reichsrat, war vorgesehen und mochte zu erheblichen Änderungen führen. Eines ist jedoch klar: innerhalb des «organischen Gefüges», von dem Goerdeler in einem seiner Aufrufe von Ende 1043 sprach¹²⁹, war den Gewerkschaften eine wesentliche Rolle zgedacht, und, falls ihre Vereinigung glückte, konnte ihr Anteil ein entscheidender sein. Zur Frage der Einheitsgewerkschaft nahm Goerdeler die Gedanken auf, die in Gemeinschaftsarbeit zwischen Leuschner, Kaiser und Habermann entwickelt worden waren. Sie begegneten sich durchaus mit seinen eigenen früheren Erwägungen. Zudem war es eine überlieferte Linie der Gewerkschaftspolitik (wie der Kommunalpolitik), praktische Erfolge und Fortschritte von Stufe zu Stufe höher zu schätzen als Parteidoktrin, demagogische Agitation und den direkten Weg zum tausendjährigen Reich. Hier denn scheint eine Gemeinsamkeit sachlicher Zielsetzung bestanden zu haben, die Aussicht bieten mochte für das erfolgreiche Einwurzeln politischer und sozialer Demokratie.

Aber darüber hinaus muss ein Gesichtspunkt von grösserer Tragweite betont werden. Goerdeler berührte ihn, wenn er von der «Demokratie der zehn Gebote» sprach¹³⁰. Was immer die Einzelheiten seiner Verfassungspläne waren, sie fanden ihren Mittelpunkt in jenen religiösen und humanistischen Traditionen und in jenen unveräusserlichen Werten, die den Schulbegriffen westlicher Demokratie als tieferes Fundament zugrunde liegen. So hiess es in einem der zahlreichen Entwürfe für die Rundfunkansprache, die Goerdeler nach Übernahme der Kanzlerschaft halten sollte: «Das deutsche Volk muss durch allen Propagandanebel hindurch die Wahrheit und nichts als die Wahrheit erfahren.» Die Regierung, erklärte ein anderer Satz des gleichen Dokuments, wird einen der christlichen Überlieferung des Abendlandes entsprechenden Staat wieder«richten, «der auf der Pflicht seiner Bürger und Glieder zu Treue, Opfer, Dienst und Leistung für das Gemeinwohl ebenso ruht wie auf der Achtung der Person und ihren ursprünglichen Persönlichkeitsrechten». Sie «beginnt ihr Werk damit, dass sie die Staatsgewalt unter das Gesetz der Moral und des Rechtes stellt... Alle Religionsgemeinschaften sollen frei von staatlicher Vormundschaft ihren göttlichen Auftrag erfüllen

... die Schulen aller Gattungen werden sofort von der ihrem Wesen ganz unzutraglichen Rolle befreit, dazu zu dienen, Tatsachen zu verfälschen, den Wahrheitssinn der Jugend zu beleidigen und sie Phrasen statt Wissen, Heuchelei statt edlem Mut, Kraftmeiertum statt wahrem Können zu lehren ... Die begabten Kinder aller Schichten des Volkes sollen zu allen Schulen zugelassen werden, für die sie sich eignen.» Die gleichen Prinzipien, «Achtung der Wahrheit» und «Verehrung der Gerechtigkeit», durchdringen alle Dokumente, die bekannt geworden sind. In einem Aufruf an das deutsche Volk, den Generaloberst Beck herausgeben sollte, war starker Nachdruck auf die moralische Herabwürdigung gelegt, zu der das bisherige Regime geführt hätte, auf die gotteslästerliche Rassentheorie, die schmachvollen Verbrechen, die Beschmutzung der deutschen Ehre und des deutschen Namens. Keine leichten Versprechungen wurden gemacht. Wir werden hart zu ringen haben, hiess es stattdessen, aber wir werden es als «freie Menschen» tun und uns dadurch wieder die «Ruhe des Gewissens» sichern. Die dringlichste Aufgabe, erklärte eine andere Fassung der Rundfunkansprache, sei die Wiederherstellung der «Majestät des Gesetzes». Es gelte Sühne zu leisten für die Verfolgung der Juden und für die Verbrechen in den besetzten Gebieten; und noch einmal, in einem Schlussappell, wurde es als Aufgabe bezeichnet, «den vielfach entehrten deutschen Namen wieder reinzuwaschen. Wir Deutschen allein können und werden sie erfüllen.»

Mit einem erst später geläufig gewordenen Ausdruck möchte man dies als ein Programm selbst auferlegter «Umerziehung» bezeichnen, das zur Sinnesänderung, zur Reue und einer moralischen Lebensführung aufrief. Es legte mehr Nachdruck auf die Rückwendung zu christlichen und humanistischen Überlieferungen als auf äussere Erfordernisse und formale Verhaltensweisen. Es hatte das Ziel, die nationalsozialistische Sklaven-Moral auszuwurzeln, nicht aber eine neue einzupflanzen durch Propaganda und Zensur. Es stellte eine Aufgabe, die nur mit einem Gefühl der Demut in Angriff genommen werden konnte, mit einem aufgestörten Gewissen und einem Bewusstsein dessen, dass letztlich alle Menschen Sünder sind.

In dem gleichen Zusammenhang mag es von Interesse sein zu fragen, was die Mitglieder der Schattenregierung an Plänen hatten für die Lösung eines anderen Problems, das – der Wortbildung wie der Sache nach – Unter dem Begriff der «Entnazifizierung» in der Folge so unglücklich behandelt worden ist. In einem ihrer Aufrufe beabsichtigten sie zu sagen¹³¹:

«Das Schwert der Gerechtigkeit muss ohne Mitleid diejenigen treffen, die unser Vaterland zur Karikatur eines Staates herabwürdigten, die Anstand und Gesetz verbannt, die Korruption erlaubt oder befördert und die sich selbst bereichert haben, während die Massen des Volkes verarmten . . . Weiterhin muss die Verantwortung aller festgestellt werden, die in leitenden Stellungen Befehle empfangen und ohne Widerstand ausführten, von denen sie wussten, dass sie dem Gesetz, dem Gewissen und den Tatsachen zuwiderliefen. Auch diejenigen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, die im Ausland das Völkerrecht und die Ehre und Würde rechtschaffener Menschen verletzt haben.»

Es kann geltend gemacht werden, dass dies keine vollständige Liste begangener Verbrechen war und dass weniger greifbare Formen des Vergiftungsprozesses, der über zehn Jahre hin vor sich gegangen war, unerwähnt blieben. Auch hier stand Goerdeler zu seinem Glauben, dass es nur eine Front gab, auf die es ankam, die zwischen den anständigen Leuten und den «anderen», und dass diese Trennungslinie sich nicht nach äusseren Merkmalen bestimmte³². Blosser Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation war daher ganz gewiss noch nicht an und für sich ein Verbrechen. Anonyme Anzeigen sollten unbeachtlich bleiben, falsche Denunziationen sollten strafbar sein, aber jedermann wurde aufgerufen, den Justizminister von tatsächlichen Verbrechen zu unterrichten, seien es solche der Unterlassung oder der Begehung. Kein Zögern sollte erlaubt sein bezüglich der wirklich Schuldigen, aber man fühlte wenig Neigung, die blossen Mitläufer auszustossen. Man war sich voll bewusst, dass man im Kampf gegen das Gift selbst der Gefahr der Vergiftung und schliesslich der Versuchung ausgesetzt sein mochte, Hitlerische Methoden anzunehmen. Wenn Wiederherstellung der Majestät des Rechts ein Hauptzweck der Neuordnung war, so konnte man nicht damit beginnen, Gesetze mit nachträglicher Wirkung einzuführen. Es erschien unchristlich, allgemein zu einer Rache aufzurufen, in die sich viele schäbige Motive einmischen mochten. Auch stand es offenbar zu allen Grundsätzen eines zivilisierten Gerichtsverfahrens im Widerspruch, die Schuld des Angeklagten vorauszusetzen, falls er nicht den Gegenbeweis führen konnte. Die Beweislast lag vielmehr der Anklagebehörde ob. Soweit man auf der Grundlage der beabsichtigten Aufrufe urteilen kann, war die Schattenregierung entschlossen, sich an diese Kernstücke westlicher Rechtsüberlieferungen zu halten.

In wirtschaftlichen und sozialen Fragen³³ war Goerdeler, in einem speziellen Sinn des Wortes, «westlicher» als die mei-

sten seiner Freunde aus der älteren Generation. Zu seinen frühen und nie erschütterten Überzeugungen gehörte die vom Segen freien Wettbewerbs. Das wirtschaftliche Leben sollte so wenig wie möglich durch den Staat gestört und alles bürokratische Hineinregieren sollte vermieden werden. Seine Wünsche gingen daher auf Wiederherstellung von Gewerbefreiheit und Freihandel, soweit sie mit dem allgemeinen Wohl verträglich waren, und zwar im nationalen wie im internationalen Bereich. Während er das Recht des Eigentums betonte, zeigte er sich (jedenfalls in den vorliegenden Programmen) am Problem des Grossgrundbesitzes nicht besonders interessiert, an der Einschränkung von Monopolen und Konzernen nur in dem Sinne, dass die nötige Kontrolle die Aufrechterhaltung des freien Wettbewerbs ermöglichen sollte. Nur jene Unternehmer sollten aus dem Geschäftsleben ausgemerzt werden, «die ihre wirtschaftliche Verantwortung erniedrigt und sich zu geistlosen Befehlsempfängern politischer Machthaber entwürdigt» hätten.

Es war offenbar dies liberale Credo Goerdelers, das zum Zusammenstoss zwischen ihm und der jüngeren Generation, insbesondere der Männer aus dem Kreisauer Kreis, führte¹³⁴. Verglichen mit seinen Ansichten standen einige der Älteren, Popitz und Jessen zumal, die eine Art von Planwirtschaft und Staatssozialismus befürworteten, Moltke und seinen Freunden näher, ohne doch ihre Position zu teilen. Sie nahmen – ebenso wie Beck es vermöge seiner moralischen Autorität tat – eine Art Vermittlerstellung ein. Es wird im Hinblick auf diese Unterschiede wie auf andere «restaurative» Züge gewesen sein – vielleicht aber auch im Hinblick auf Goerdelers Neigung, baldmöglichst zu parlamentarischen Institutionen zurückzukehren –, dass Hassell ihn einen «Reaktionär» nannte¹³⁵. Es mag das überraschend erscheinen im Zusammenhang mit zweifellos liberalen Überzeugungen und aus der Feder eines Aristokraten, und man wird im Licht späterer Erfahrungen zuzugeben haben, dass ohne Freisetzung persönlichster Initiative und auch des persönlichsten Gewinnstrebens ein wirtschaftlicher Wiederaufstieg nach so langer Zwangsfesselung und völligem Zusammenbruch nicht möglich war. Das wäre dann in der Tat notwendige «Reaktion» gegen das Dritte Reich im nächsten Wortsinn gewesen. Aber es war doch zu fragen – und wird auch heute zu fragen sein –, ob die Wiederherstellung eines westlichen Systems der Wettbewerbsgesellschaft im Sinne des klassischen Liberalismus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts oder auch eines «Neoliberalismus» der neuen gesellschaftlichen und der neuen internationalen Lage entsprach, und ob Goer-

delers Glaube an die Front der Anständigkeit zur Bindung der Egoismen genügte. Nur vom Boden solcher Erwägungen, die wir im Kreisauer Kreis antreffen werden und die sich insbesondere auf die Entwicklungstendenzen eines neuen Jahrhunderts bezogen, erhält das Wort «Reaktionär» eine ernsthaftere Bedeutung.

Hingegen wäre es zweifellos sehr ungerecht, Goerdelers wirtschaftlichen Liberalismus mit sozialer Enge und reaktionärer Klassenbefangenheit zu verwechseln. In der städtischen Verwaltung schon hatte er eng mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet. Eine Denkschrift, die er im Gefängnis schrieb, stellte dem Staat die Aufgabe, «die Arbeiter zu Mitträgern der politischen Verantwortung zu machen»¹³⁶. Auch in den wirtschaftlichen Teilen seines Programms sprach er von der tätigen Anteilnahme der Belegschaft an der Betriebsleitung und von der Wiederherstellung eines gerechten Ausgleichs zwischen den Klassen durch die Organe wirtschaftlicher Selbstverwaltung. «Die Lohnentwicklung», erklärte er, «soll soweit wie möglich durch freie Tarifvereinbarungen von Unternehmern und Gewerkschaften gelenkt werden, wobei das bewährte staatliche Schlichtungswesen wie in vergangenen Jahrzehnten hilfreichen Beistand zu leisten hat.» Auch empfahl er, die Überführung «der einstmals in der Welt vorbildlichen deutschen Sozialversicherung ... in die Selbstverwaltung der Arbeiter und Angestellten».

Während man allen Anlass hat, die Aufrichtigkeit dieser Absichten zu betonen, kann man nicht leugnen (und sollte man nicht leugnen), dass sich hier, wie schon berührt, gegenüber einem anderen Lager in der Widerstandsbewegung eine Trennungslinie auftut. Es ist gewiss nicht zufällig, dass dem Wort oder dem Sinn nach der Begriff «Restauration» so oft in Goerdelers Programmen vorkommt. Wiederherstellung der Majestät des Rechts und des anständigen Verhaltens zwischen Menschen, Wiederherstellung unabdingbarer humaner Werte, der Würde des Menschen, der Gedanken- und Glaubensfreiheit – all dieses waren vordringliche Forderungen. Sie beruhten auf Überzeugungen, die im Feuer gestählt waren; sie wurden von der «Rechten» wie von der «Linken» geteilt und nehmen insoweit diesen Begriffen selbst jeden Sinn. Aber die Anhänger der «Blitzrevolution» von oben wünschten zugleich auch, die Ordnung so rasch wie möglich wiederherzustellen. Das heisst, sie wollten einen wirklichen Aufstand vermeiden, der nicht nur Ausbrüche von «Lynchjustiz» und einen anderen «November», sondern auch tiefgreifende soziale Umwandlungen einschliessen mochte. Dass die westlichen Mächte nach

der Besetzung Deutschlands vermutlich das gleiche Ziel haben würden, ist nicht wesentlich für diese hypothetische Erörterung. Der kritische Punkt scheint vielmehr das Programm wirtschaftlicher Freiheit und das der möglichsten Wiederherstellung einer vorwiegend bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu sein. Gab es noch eine Grundlage für eine solche Restauration, und soweit es sie gab, war sie nicht in raschem Verfall begriffen? Die Gewerkschaften, die den Aufstieg der Arbeiterschaft in die Mittelklasse förderten, mochten mit Goerdeler Zusammengehen, aber würden und konnten die Sozialisten der gleichen Linie folgen? Und wie war es möglich, die Massen, die durch Unterdrückung radikalisiert, die verarmt und durch Bombenangriffe, Räumungsaktionen und Umsiedlungen ausgewurzelt waren, in eine solche Ordnung einzufügen?

Es kann geltend gemacht werden und ist in der Tat geltend gemacht worden, dass der Sturz der Nazis nur der erste Schritt gewesen, dass eine «zweite» Revolution auf die der Elite gefolgt sein würde. Diese Möglichkeit besteht und gibt Anlass zu mehr oder weniger aufschlussreicher Spekulation. Die Vermutung jedoch, dass die sozialistischen Mitglieder der Verschwörung, so sehr sie Widersprüche und Ansprüche anmelden mochten, sich mit einem solchen inneren Vorbehalt beteiligten oder dass sie die Rolle der bewaffneten Männer im Bauch des Trojanischen Pferdes zu spielen gedacht hätten, mischt offenbar dem Bild der Vorgänge sehr falsche Farben bei. Man wird die Spannungen, die bestanden, sich gewiss nicht harmonisieren dürfen, und die Gegensätze sind durchaus des Nachdenkens wert. Aber man wird sie auch nicht übertreiben und verhärten dürfen im Sinne von Schablonen und Parteischlagworten, weder denen vorhergehender noch denen nachfolgender Jahre. Wie die Schranken zwischen den Kirchen und den Gewerkschaften verschiedener Richtung niedergelegt waren, so haben sich auch zwischen anderen Lagern immer wieder Verbindungen und Einschmelzungen vollzogen, die zum Vermächtnis der Jahre des Widerstands gehören oder gehören sollten.

Eine solche Auffassung des politischen Charakters der Opposition kann sich gerade in besonderem Masse und als eine Art Sauerteig auf den Kreisauer Kreis berufen, der nebeneinander die stärksten konservativen, christlichen und sozialistischen Elemente umfasste, ohne die Grundwerte des «Liberalen» auszuschließen, während der revolutionäre oder zum mindesten «radikale» Wille einer jungen Generation ihm die besondere Farbe gab. Der Erörterung ihrer Ideen wenden wir uns nunmehr zu.

6. Der Kreisauer Kreis

Seit dem Sommer 1940 hatte sich eine Gruppe von Männern, meistens zwischen 30 und 40, zu einem Kreis zusammengefunden, dessen Mittelpunkt Graf Helmuth J. von Moltke war, der Urgrossneffe des Feldmarschalls aus Bismarckscher Zeit und der Enkel eines Chief Justice der Südafrikanischen Union. Vor dem Krieg hatte er als Anwalt in Berlin gewirkt, war aber auch in England in dieser Eigenschaft zugelassen, nachdem er die dortigen Examina bestanden hatte. Bei seinen Freunden aus Oxforder und Londoner Tagen war er als ein unversöhnlicher Nazi-Gegner bekannt. Während des Krieges diente er beim Oberkommando der Wehrmacht als Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht: Diese Stellung ermöglichte es ihm, eine Reihe von gefährdeten Personen zu schützen, wie es auch andere auf verschiedenen Wegen taten. Zudem konnte er die militärischen Stellen mit juristischen Waffen versehen, die sie in ihrem Widerstand gegen einige der krassesten Ideen Hitler-scher Kriegsführung benutzten.

Die Gruppe, deren Mittelpunkt er wurde, empfing ihren Namen von dem Moltkeschen Gut Kreisau in Schlesien¹³⁷. Unter den Mitgliedern befanden sich noch einige weitere Aristokraten und Träger alter preussischer Namen. Moltke am nächsten stand Peter Graf Yorck von Wartenburg, der bereits als Vetter Stauffenbergs erwähnt worden ist. Er stammte von einer Familie, die sich nicht nur in der militärischen und politischen Geschichte Preussens, sondern auch in der des Geistes einen Namen gemacht hatte. Einer seiner Vorfahren war der General, der im Jahre 1812 durch seinen «Ungehorsam» den Befreiungskrieg eröffnete, ein anderer ist durch die Briefe bekannt geworden, die er mit seinem Freund, dem Philosophen Dilthey, gewechselt hat. Denselben aristokratischen Flügel der Gruppe gehörten von Einsiedel sowie von Trotha, ein Vetter Moltkes, an.

Die Teilnahme junger ostelbischer Adliger an einem radikalen Kreis ist nicht so überraschend wie es erscheinen mag, vorausgesetzt, dass man das Wort «radikal» in seinem Wort-sinn, das heisst als ein Zurückgehen auf die Wurzel, versteht. Angehörige dieser Gruppe hatten an der deutschen Jugendbe-wegung der zwanziger Jahre teilgenommen, die sich vor allem um Einfachheit des Lebens, um Reinheit der Sitten und ein Gefühl sozialer Verantwortung bemühte und die mit all dem im Gegensatz zu leer gewordenen gesellschaftlichen Kon-ventionen stand. Söhne des schlesischen Adels waren in den frei-willigen Arbeitslagern zu finden, die junge Menschen aller

Klassen in einem Austausch von Gedanken und Interessen zusammenführten. Unter solchen Erfahrungen, deren Wert durch die nationalsozialistische Verzerrung dieser Formen «gemeinsamen Lebens» nicht entkräftet wird, und in starker religiöser Gebundenheit wuchsen sie ins Mannesalter hinein. Das Erbe grosser Güter bedeutete ihnen mehr eine Verantwortung als ein Vorrecht. Sie waren bereit, die Dringlichkeit einer Landreform sachlich und ohne Ansehung des eigenen Interesses zu erwägen, wenngleich sie sicherlich gegen jede Form von «agrarischem Vandalismus» sich gewandt haben würden. Hinzu kamen bestimmte Einsichten und Antriebe, die sich in den östlichen Provinzen des Nach-Versailler-Deutschland aufdrängten und die lebendig wurden an Universitäten wie Breslau und Königsberg. Die grundsätzlichen Fragen, die hier in Vorlesungen und Seminaren, in studentischen Vereinigungen und Freizeiten erörtert wurden, bezogen sich auf eine Grenzlandzone, in der Deutsche und Nicht-Deutsche in einem solchen Grade miteinander verschränkt und vermischt waren, dass der westliche Begriff des souveränen Staats und der politische Nationsbegriff des 19. Jahrhunderts zu reaktionären Schatten verblassten. Man erörterte hier aufs ernsthafteste übernationale und föderalistische Lösungen, eine Trennung der Nationalität vom Politischen, wofür die Form kultureller Selbstverwaltung (Autonomie) sich darbot; man suchte nach Massstäben zwischenvölkischer Sittlichkeit, die für Minderheiten beiderseits der Grenzen bindend sein sollten. Der ganze Nachdruck dieser Bemühungen kreiste um das Problem des Friedens zwischen Völkern als der einzigen gesunden Grundlage für Frieden zwischen Staaten. Es ging hier letzten Endes um die Bejahung einer göttlichen Ordnung, die der Würde des Individuums wie der Familie, der Würde jeder Arbeit, einerlei ob der Hand oder des Geistes, und der Würde jeder nationalen Gemeinschaft Gewähr verleihen und damit einer neuen völkischen und zwischenvölkischen Gesellschaft erst den innersten Antrieb geben würde.

Es ist wiederum nicht überraschend, dass mit Männern von solch grundsätzlichen Ansichten radikale Sozialisten sich eng verbinden konnten. Es ist erwähnt worden, dass Mierendorff, Haubach und Reichwein tätige Mitglieder des Kreisauer Kreises waren und dass nach Mierendorffs Tod Leber seine Stelle einnahm. Das religiöse Element, das die beiden Flügel verknüpfte, war insbesondere durch vier Mitglieder der Gruppe vertreten. Auf der einen Seite durch den früher schon erwähnten Jesuitenpater Delp, der Pfarrer in einem Münchner Vorort und einflussreich unter der katholischen Jugend war, und durch

den Jesuiten-Provinzial in Bayern, Roesch, einen der älteren Männer der Gruppe, bedeutsam durch sein ausgewogenes und reifes Urteil. Auf der anderen Seite waren zwei Mitglieder der Bekennenden Kirche innerhalb des Kreises tätig: Harald Poelchau, der uns als Gefängnisgeistlicher in Tegel schon begegnete, und Eugen Gerstenmaier, ein Mitglied des Aussenamtes der deutschen protestantischen Kirche, der dem Tod nach dem 20. Juli mit knapper Not entkam. Er war schon seit langem überzeugt, dass «eine rein geistige Opposition gegen den Nationalsozialismus nicht zureichte, dass dieser vielmehr ausgerottet werden musste, um des Fortbestands des christlichen Glaubens in Deutschland willen»¹³⁸. Während des Krieges lag ihm die Seelsorge für die Fremdarbeiter ob. Diese Tätigkeit, zusammen mit seiner Teilnahme an der protestantisch-ökumenischen Bewegung, gab ihm oft Gelegenheit zu Auslandsreisen. Die Stärke seiner religiösen Überzeugung und seine Weltoffenheit machten ihn zu einem besonders wertvollen Mitglied des Kreises.

Weiterhin gehörten Männer der Gruppe an, die zu dem gemeinsamen Gedankengut durch besondere Erfahrungen oder durch Sachkunde auf besonderen Gebieten beitragen konnten: Paulus van Husen, ein westfälischer Katholik, der Mitglied der «Gemischten Kommission» in Oberschlesien sowie des Oberverwaltungsgerichts gewesen war, Hans Lukaschek, ein katholischer Anwalt, ehemals Oberpräsident von Oberschlesien, und Theodor Steltzer, der nach seiner Entfernung vom Landratsamt in Holstein wie Gerstenmaier in der ökumenischen Arbeit tätig war und während des Krieges als Transportoffizier in Norwegen einige der Verfolgungsmassnahmen zu verhindern verstand. Er seinerseits entging dem Tode durch die Hilfe seiner norwegischen Freunde, die 1945 einen Weg fanden, ihn vor der Hinrichtung zu bewahren¹³⁹. Der Jurist Hans Peters von der Universität Breslau gehörte gleichfalls zum Kreisauer Kreis. Die Verbindung mit Goerdeler lief über Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg¹⁴⁰ (nicht zu verwechseln mit Friedrich Werner, dem ehemaligen Botschafter in Moskau), der als kraftvolle und höchst individuelle Persönlichkeit die mannigfachsten Beziehungen unterhielt, aber im wesentlichen doch in ganz naher Verbindung zu den Kreisauern stand; die mit der oppositionellen Gruppe im Auswärtigen Amt wurde durch Legationsrat Hans-Bernd von Haefen und Adam von Trott zu Solz aufrechterhalten. Von dem letzteren wird mehr in Verbindung mit seiner diplomatischen Tätigkeit zu sagen sein. Er nahm als glänzende und dynamische Persönlichkeit einen besonderen Platz in dem

Kreise ein. Von Haeften war der Sohn eines hochkultivierten Offiziers im Generalstab, der im ersten Weltkrieg durch einen Konflikt mit Ludendorff Aufsehen erregt hatte. Hans-Bernd, wie sein Bruder Werner, der Adjutant Stauffenbergs, wurzelte tief im evangelischen Glauben, aber auch in der Überzeugung, dass auch eine Kirche, die nicht eine verbindliche Gesellschaftsdoktrin besitze, zum christlichen Rat in weltlichen Dingen verpflichtet sei¹⁴¹. Die Festigkeit seines Charakters und die Empfindsamkeit seines Gewissens wird von den Kreisauer Freunden besonders hervorgehoben. In naher Fühlung mit Moltke und seinem Kreis stand ferner der besonders tätige Graf v. Schwerin-Schwanefeld, der durch nahe Beziehung zu Oster und Dohnanyi wie als Ordonnanzoffizier Witzlebens schon frühzeitig zum Kreis der Verschwörung gehört hatte. Über ihn und den jüngeren Grafen Schulenburg (wie über Yorck und Stauffenberg) liefen die Fäden zur militärischen Widerstandsbewegung.

Dies war die Gruppe von Männern, die, wenngleich nicht immer vollzählig, zusammenzukommen pflegte, so oft die Gelegenheit sich bot, und die versuchte, gewisse programmatische Gesichtspunkte herauszuarbeiten. Insbesondere fanden drei Treffen in Kreisau statt, an denen eine grössere Mitgliederzahl teilnahm. Sie dauerten jeweils mehrere Tage, eines im Frühjahr, eines im Herbst 1942 und ein weiteres im Frühjahr des folgenden Jahres. Wie Moltke selbst um diese Zeit die Lage ansah, geht aus einem Brief hervor, den er im Jahr 1942 inmitten des Krieges an einen englischen Freund (Lionel Curtis) gesandt hat¹⁴². Er sprach darin von der ständigen Gefahr, in der sie lebten, und von der Freisetzung der «Bestie im Menschen». Aber er erwähnte auch Symptome der Hoffnung. Das Wichtigste sei, so sagte er, «ein religiöses Erwachen, das beginnt und, wenn nötig, mit einer Bereitschaft zum Tode verbunden ist». Während Moltke und seine Freunde selbst Zeugen einer Erweckungsbewegung sind, bestätigt er die Ansicht (der in dieser Studie verschiedentlich Ausdruck gegeben worden ist), dass eine Erneuerung des Geistes und eine Rückkehr zu Überzeugungen grundsätzlicher Art in denjenigen Kreisen des deutschen Volkes sich ankündigte, die bewusst durch «den Feuerofen» gegangen waren. Moltke fand, dass nicht nur die Kirchen im Allgemeinen an Einfluss zunahmen, sondern auch dass die junge Generation in einer Wendung begriffen war. «Heute», so schrieb er, «beginnt es einem nicht zu zahlreichen, aber aktiven Teil des deutschen Volkes zu dämmern, nicht dass sie in die Irre geführt worden sind, nicht dass schlimme Zeiten ihnen bevorstehen, nicht dass der Krieg mit einer Niederlage

enden mag, sondern dass Sünde ist, was geschieht, und dass sie persönlich verantwortlich sind für jede furchtbare Tat, die begangen worden ist, – natürlich nicht im irdischen Sinne, aber als Christen.»

Angesichts einer solchen Lage sahen Moltke und seine Freunde es als ihre Aufgabe an, sich «ein Bild Europas nach dem Krieg» zu machen. «Wir können nur erwarten», fährt der Brief fort, «unser Volk zum Sturz dieser Regierung des Schreckens und Grauens zu bewegen, wenn wir imstande sind, ein Ziel jenseits der lähmenden und hoffnungslosen nächsten Zukunft zu zeigen ... Für uns ist Europa nach dem Krieg weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopftartigen Organisationen und grossartigen Planungen. Die eigentliche Frage, vor die Europa nach dem Krieg gestellt sein wird, ist die, wie das Bild des Menschen im Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden kann. Dies aber ist eine Frage der Religion und der Erziehung, der organischen Verbundenheit mit Beruf und Familie, des rechten Verhältnisses zwischen Verantwortung und Anspruch.» Er fügte hinzu, dass er und seine Freunde sich wesentlich ermutigt fühlten durch die Berührung mit «christlichen Gruppen in den verschiedenen besetzten Gebieten». Nur in Frankreich, glaubte er feststellen zu müssen, gebe es, «wenngleich gelegentliches Handeln, so doch keine Opposition von wirklich grundsätzlichem Charakter»¹⁴³.

Diese Haltung, die mehr Nachdruck auf prinzipielle Gesinnungen als auf Taten zu legen scheint, ist dem Gandhischen «Nichtwiderstand» verglichen worden. Es gibt in der Tat Punkte der Berührung, und doch bedarf eine solche Parallele erheblicher Einschränkung. Es mag schon hier betont werden, dass Moltke selbst in seinem Brief davon sprach, das Volk «zum Sturz der Regierung» durch die Aufstellung eines Zieles zu bewegen, das der Mühe wert sei. Aber es trifft zu, dass der vornehmliche Zweck des Kreisauer Kreises nicht Verschwörer-tätigkeit und die Vorbereitung eines Putsches war. Moltke und seine Freunde wünschten vielmehr, die Grundlage für ein nach-nationalsozialistisches Deutschland und ein nach-nationalsozialistisches Europa zu schaffen, in denen beiden die falschen NS-Götter durch bitterste Erfahrungen ausgewurzelt wären. Kein Aufstand an und für sich konnte, wie sich versteht, das tief eingefressene Übel heilen. Moltke neigte eher zu der Auffassung, dass das Unheil seine volle Bahn durchlaufen müsse und dass eine innere Revolte nur die Fronten verwischen würde. Es ist richtig, dass er bis zu einem gewissen Grade Abstand wahrte von den Aktivisten, was freilich noch zu prä-

zisieren sein wird. Wir müssen daher in erster Linie das Gedankengut des Kreisauer Kreises erörtern.

Die Leitideen, auf die sich die Mitglieder der Gruppe einigen, kommen in einer Reihe von Dokumenten zum Ausdruck, von denen fünf erhalten geblieben sind¹⁴⁴. Sie tragen zum Teil die Daten vom Mai 1942 und August 1943. Wieder, wie in dem Fall von Goerdeler, handelt es sich dabei nicht um irgendwie endgültige Programme. Spätere Fassungen sind verlorengegangen, und abändemde Zusätze waren vorgesehen. Aber die prinzipiellen Punkte zeichnen sich mit aller wünschenswerten Klarheit ab. Zunächst ist die Unterstreichung der Grundansicht hervorzuheben, dass der Wiederaufbau auf «die freiheitlich gesonnene Arbeiterschaft» und auf die christlichen Kirchen gestützt werden müsse. Es würde ein schweres Missverständnis sein, anzunehmen, dass es sich hierbei um einen taktischen Kompromiss handelte, etwa um ein Zugeständnis an die Sozialisten, um sie so zur Akzeptierung christlicher Prinzipien zu gewinnen. Es herrschte bei allen Einverständnis darüber, dass der totalitäre Anspruch des Staates nur durch einen ebenso totalitären überweltlichen Anspruch überwunden werden könne, das heisst durch Hingabe an letzte und unbedingte Forderungen. Peter Graf Yorck brachte diese Gegenposition mit höchster Entschlossenheit und logischer Klarheit zum Ausdruck, wenn er in dem Verfahren vor dem Volksgerichtshof erklärte: «Das Wesentliche ist der Totalitätsanspruch des Staates gegenüber dem Bürger unter Ausschaltung seiner religiösen und sittlichen Verpflichtungen vor Gott.»¹⁴⁵ Auch der Vorsitzende Richter in Moltkes Prozess, der berüchtigte Freisler, erkannte unwissentlich und auf indirektem Wege an, was in der Tat ein Kernstück in den Überzeugungen des Kreisauer Kreises war. «Nur in einer Hinsicht», sagte er, «ähnelt der Nationalsozialismus dem Christentum: wir fordern den ganzen Mann.»

Es ist im Hinblick auf die Grundansicht des Kreises nicht ohne Interesse, festzustellen, dass Moltkes Gedanken erst allmählich diesen äussersten Punkt des Gegensatzes erreichten. In dem Brief an seinen englischen Freund, aus dem Sätze zitiert worden sind, spricht er davon, dass er vor dem Kriege noch angenommen habe, der Glaube an Gott sei nicht wesentlich für einen Feind des Regimes. Er wisse jetzt, fügte er hinzu, dass dies «falsch, ganz falsch» gewesen, und dass Grundsätze reiner Sittlichkeit nicht genügen, um Menschen instandzusetzen, alles zu wagen und alles zu opfern.

Wie immer man zu einem solchen Bekenntnis stehen mag, Tresckow oder Lehndorff, Beck oder Hermann Kaiser, Ham-

merstein oder von Kleist und vermutlich Tausende von Namenlosen könnten das gleiche gesagt haben. Und auch einige der Radikalen unter den Sozialisten standen nicht anders, was für Mierendorff ausdrücklich durch Steltzer bezeugt ist. Persönliche Erfahrung muss sie mit der Kraftquelle in nahe Berührung gebracht haben, deren Wirkung so offenbar im Kreise der konservativen Radikalen war. Dass sie den Bannkreis marxistischer Rechtgläubigkeit oder lässlichen Freidenkertums überschritten, kann kaum bezweifelt werden. Wäre es anders, so würde es undenkbar sein, dass die gemeinsam vereinbarten Richtlinien so starken Nachdruck auf die «göttliche Ordnung» als den «Massstab der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern» legten, als die Bindekraft, die allein die Anarchie «ausschliesslich auf die Herrschaft der Technik gegründeter Machtgestaltung» überwinden könne. In den «Grundsätzen» wurden daher vollkommene Freiheit des Gewissens, Würde des Individuums, Schutz des Familienlebens und eine organische Entfaltung des Gemeinschaftslebens besonders betont. Die staatlichen Schulen sollten «Christliche Schulen» mit Religionsunterricht beider Konfessionen als Pflichtfach sein, und zwar sollte dieser Unterricht nach Möglichkeit von Vertretern der Kirchen selbst gegeben werden.

Es kann hier nicht auf die weiteren Vorschläge, die der Kreisauer Kreis in Erziehungsfragen machte, eingegangen werden, wenngleich sie für manche noch sehr lebendige Probleme von Interesse sind. Man forderte neue Schulbücher und die Zurückziehung der alten, selbst wenn noch kein Ersatz vorhanden sei. Zugleich jedoch waren Moltke und seine Freunde entschiedene Gegner jedes blossen Pragmatismus und aller sogenannten «Lebensnähe». Sie bestanden auf der Bewahrung der klassischen Überlieferung des deutschen Gymnasiums und auf der Trennung der Berufsschulen von den Universitäten; die letzteren sollten Stätten universalgerichteter Forschung und Lehre sein und auch in der «Lebensform», in der Durchdringung von Arbeitsstätte und Wohnbezirk, gemeinschaftsbildend wirken – wobei Moltke sichtlich das englische College-System vor Augen stand. Die Beziehung zwischen dem Staat und den Kirchen war im Wege freien Vertrages zu regeln. Für die Zukunft hoffte man auf eine «Deutsche Christenschaft», der alle Gläubigen angehören mochten, «ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis».

Eine sehr konkrete Anwendung christlicher Ethik und der Überzeugung von der «Würde des Menschen» erfolgte im wirtschaftlichen Teil des Programms. An diesem Punkte tritt das fordernde Gedankengut am klarsten hervor. Die Kreisauer

traten für «einen geordneten Leistungswettbewerb» ein, verbunden mit einem starken Ausmass wirtschaftlicher Selbstverwaltung. In diesem Programm war eingeschlossen: eine «Entflechtung» monopolistischer Kartelle und Konzerne nach dem Gesichtspunkt der Gesamtinteressen, eine Landreform, die Nationalisierung von Bergwerken und Schlüsselindustrien, der Aufbau von Betriebsgemeinschaften mit Teilnahme der Belegschaft an der Betriebsführung wie «an den Betriebsergebnissen, insbesondere dem Wertzuwachs». Vorgesehen war gleichfalls die Errichtung der einen «Deutschen Gewerkschaft», die auch von Goerdeler, Kaiser und Leuschner geplant wurde. Es scheint jedoch, dass der Kreisauer Kreis dieser Organisation nur die «Überleitung» zudachte, bis die von ihr wahrgenommenen Aufgaben dem Staat und den Selbstverwaltungskörperschaften der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Landwirtschaft anvertraut werden konnten. Durchweg wurde der Grundsatz betont, dass die natürlichen Quellen des Reichtums dem allgemeinen Wohle zu dienen hätten und dass der Einfluss sowohl wie die Verantwortlichkeit der deutschen Arbeiter erhöht werden sollten.

Während die starke Beimischung sozialistischer Elemente in den Organisations- und Sachfragen der Wirtschaft den Kreisauer Plänen eine Stellung «zwischen Osten und Westen» gibt, die noch in anderem Zusammenhang zu erörtern sein wird, war das Rechtsdenken des Kreises, wie überhaupt alles, was die «personale» Sphäre betraf, durchaus westlich orientiert. In der Tat gehören die beiden Entwürfe, die von der Bestrafung der «Rechtsschänder» handeln, zu den eindrucklichsten Bekundungen der in den Jahrhunderten moderner Geschichte erwachsenen und als Eckstein der Zivilisation betrachteten Idee des «Rechtsstaates»¹⁴⁶. Die Schändung sowohl des göttlichen und natürlichen Rechtes sollte geahndet werden, wie die des positiven. Die darauf bezüglichen Vorschläge gingen beträchtlich weiter als die, welche Goerdeler gemacht hatte. In bestimmten Fällen schlossen sie ein Verfahren vor dem Haager Gerichtshof ein, rechneten also durchaus mit einem System internationaler Strafjustiz. Aber der Nachdruck, der auch hier auf die «Majestät des Rechtes» gelegt wurde, war nicht so verschieden von Goerdelers Forderung.

So erörterten denn die Entwürfe sorgfältig das Problem «rückwirkender Gesetzgebung» und das Prinzip des «nulla poena sine lege». Es sei dieses Prinzip historisch zu verstehen als eine Schranke gegen absolutistische Willkür, und wenngleich es nicht irgendeiner grundsätzlichen Forderung entspreche und im Übrigen auch von den in Frage kommenden Tätern

aufs Schwerste verletzt worden sei, verlange doch der Gesichtspunkt der Rückkehr zur Rechtssicherheit und der Wiedererweckung der Rechtsüberzeugung, unbedingt auf dem Prinzip zu bestehen. Die Lösung des Dilemmas sollte darin liegen, dass für alle «hinreichend Verdächtigen» eine «deklaratorische Feststellung der Rechtsschändung» durch das Gericht auch für rückwirkende Fälle getroffen werden könnte, dass aber Strafen nur zu verhängen waren, falls der Frevel unter Gesetze fiel, die zurzeit der Tat bestanden. Solch eine «deklaratorische Feststellung» mochte Sühnemassnahmen nach sich ziehen, sollte vor allem aber den Sinn für Gerechtigkeit wieder erwecken und einen Präzedenzfall für die Zukunft schaffen. Die Erklärung des Strafgerichts mochte ausserdem durch Wiedergutmachungsverfügungen und Verwaltungsmassnahmen im Gebiet der bürgerlichen oder politischen Rechte ergänzt werden. Während man so die Gefahr gesetzloser Willkür und unterschiedsloser Rachsucht zu vermeiden wünschte, war die Meinung des Kreises die, dass die meisten der nationalsozialistischen Verbrechen – einschliesslich der Mittäterschaft und der Ausführung von Befehlen verbrecherischer Natur – ohnehin unter bestehende Gesetze fielen und daher im gewöhnlichen Gerichtsverfahren bestraft werden konnten. Die Vorschläge bezüglich internationaler Verbrechen sind von nicht geringerem Interesse. Sie unterstrichen so energisch wie nur möglich die Notwendigkeit einer gesetzlich geordneten Gemeinschaft der Völker. Gerade im Interesse dieses Ideals jedoch musste eine sittlich-würdige Lösung gefunden werden, die nicht Rache der Sieger war, sondern mit aller Klarheit einen «Triumph des Rechts» und einen «Eckstein» des Friedens darstellte. Dem Verlangen der Völkergemeinschaft nach Bestrafung sei die Berechtigung nicht abzustreiten, aber Bestrafung durch Organe der Siegermächte würde eine rechtszerstörende Wirkung haben. Der betreffende Entwurf regte daher an, dem internationalen Gerichtshof im Haag dieselbe Zuständigkeit zur Erlassung von deklaratorischen Feststellungen gegenüber Rechtsschändern zu verleihen, die man den deutschen Gerichten geben wollte. Es würden genug Fälle von Verbrechen bleiben, die auf der Grundlage positiven Rechts, entweder des Völkerrechts oder des Rechts der verletzten Länder, bestraft werden könnten. Bei solchen Verfahren sollte der Gerichtshof mit sechs Richtern besetzt werden, von denen drei den Siegermächten, zwei den neutralen und einer dem besiegten Staate angehörten. Die Anklage war Sache derjenigen Nation, deren Gesetze verletzt worden waren; die Strafvollstreckung jedoch sollte nicht in ihren Händen liegen, sondern von der Cour

einem anderen Staat übertragen werden. Noch einmal wurde die Warnung unterstrichen, dass ein Fortschritt in der Moral des zwischenvölkischen Verkehrs nur dann erfolgen könne, wenn die Souveränität des Rechtes anerkannt, nicht aber wenn Gewalt mit Gewalt beantwortet werde.

Zwei andere Entwürfe des Kreisauer Kreises beschäftigen sich mit dem politischen Wiederaufbau Deutschlands. Während Moltke 1942 in dem Brief an seinen englischen Freund anerkannt und mit nicht unberechtigtem Pessimismus vorausgesehen hatte, dass ihr Kampf mit Deutschlands «völligem Zusammenbruch als einer nationalen Einheit» sein Ende finden mochte, waren die praktischen Vorschläge in der Hoffnung gemacht, ein föderatives Ganzes – erst in Deutschland und dann in Europa – errichten zu können. Es wurden Anweisungen für «Landesverweser» niedergelegt, die nach dem Sturz oder Zusammenbruch des Regimes die Regierung übernehmen sollten. An die Stelle der alten geschichtlichen Staaten sollten «Länder» treten, jedes mit einer Bevölkerung von 3-5 Millionen und mit Grenzen, die ungefähr denen der Wehrkreise folgten. Die vornehmlichste Aufgabe der Landesverweser war es, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen, den Verwaltungsapparat zu reinigen und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Kirchen die Wiederherstellung von Recht und Anstand sowohl wie die nötigsten Reformen im Regierungs- und Wirtschaftssystem zu beginnen.

Ein Programm des Wiederaufbaus über diese ersten Notmassnahmen hinaus wurde in einer ausführlichen Denkschrift dargelegt. Sie betonte zunächst jene religiösen und sozialen Grundforderungen, die bereits erörtert worden sind. Weiterhin skizzierte der Entwurf einen Aufbau des deutschen Reiches, der in Übereinstimmung mit den natürlichen Regungen menschlichen Lebens in Familie, örtlicher Gemeinschaft und «in ausgeglichenen Wirtschaftsräumen» stehen sollte. Politische Verantwortlichkeit war zuerst innerhalb der engeren Kreise zu entwickeln, das heisst durch mitbestimmende Teilnahme an überschaubaren, nachbarlichen Einheiten und in einem Rahmen von Aufgaben, mit denen der Mann auf der Strasse vertraut ist. Demgemäss sollten nur die Vertreter der örtlichen Gemeinden und die der Kreise direkt gewählt werden. Jeder Bürger über 21 Jahre war stimmberechtigt, aber dem Familienoberhaupt wollte die Denkschrift eine Zusatzstimme für jedes minderjährige Kind verleihen. Das passive Wahlrecht war an ein Mindestalter von 27 Jahren zu binden. Politische Beamte und «Waffenträger» waren nicht wählbar. Die Urversammlungen in den Gemeinden und Kreisen würden

dann die Landtage wählen und diese ihrerseits den Reichstag. Dabei war Vorsorge zu treffen, dass mindestens die Hälfte der Erählten nicht aus diesen Wahlkörperschaften hervorging. Schliesslich wählte der Landtag den Landeshauptmann und der Reichstag den Reichspräsidenten (Reichsverweser), beide mit einer Amtsdauer von 12 Jahren. Der Reichskanzler bildete selbst sein Kabinett, er war vom Präsidenten mit Zustimmung des Reichstags zu ernennen, der ihn mit qualifizierter Mehrheit stürzen konnte, vorausgesetzt, dass er einen Nachfolger vorschlug. Hier kommt, wie übrigens im Ansatz auch bei Goerdeler, der Gedanke des «konstruktiven Misstrauensvotums» zu klarem Ausdruck. Hinzu sollte noch ein Reichsrat treten, zusammengesetzt aus den Landesverwesern, dem Präsidenten des Reichstags, den Vorsitzenden der Wirtschaftskammern und aus vom Reichsverweser ernannten Mitgliedern. Dies Oberhaus war als beratende Kammer gedacht, sollte aber auch Disziplinarggerichtsbarkeit gegenüber den Reichs- und Landesregierungen haben.

Es erschien nötig, diese Vorschläge in den Grundzügen wiederzugeben, weil sie das Gemeinsame und das Gegensätzliche erkennen lassen, das mit und gegenüber den Plänen anderer Gruppen und insbesondere Goerdelers besteht, der ja sehr viel systematischer, vollständiger und rationaler seine Ideen niedergelegt hat. Von ihm her kommend kann man wohl versucht sein, das Kreisauer Gedankengut als dunkel, romantisch oder unpolitisch anzusprechen. Aber genauso wie die Entwürfe des in der Verwaltungspraxis geschulten Leipziger Oberbürgermeisters mit ihren moralischen Vorannahmen und ihrem optimistischen Glaubensgehalt nicht in das Schema realpolitischer Abschätzung sich fügen und von Goerdelers Biographen daher durchaus auch das illusionäre Element bei ihnen betont wird, so erscheint es verfehlt, die in einer anderen weltanschaulichen Sicht, aber auch in «Erfahrung» wurzelnden Kreisauer Ideen als unausgegorenen Dilettantismus abzutun¹⁴⁷. Gegenüber dem Glauben an die Unfehlbarkeit der Vernunft kam hier, viel weniger optimistisch, die Überzeugung von der Notwendigkeit «neuer Ordnungsgrundlagen» in einer von Dämonien verheerten und ihnen immer wieder ausgesetzten Welt zu Worte. In dieser Dimension reicht der Gegensatz in der Tat sehr tief; er ist durchaus ein Politikum, das bis in unsere Tage hineinwirkt, und er deckt sich gewiss nicht mit dem von Alten und Jungen und ganz gewiss nicht mit dem von Honoratioren und Aktivisten.

Der Austrag, den dieser Gegensatz fand, ist daher von erheblichem Interesse. Es liegen dafür eine Reihe von Angaben

und Hinweisen vor. Das wichtigste, auch quellenmässig am besten gesicherte Zeugnis findet sich in einem Brief, in dem Dr. Gerstenmaier eine Konferenz vom Dezember 1942 oder Januar 1943 beschreibt¹⁴⁸. Er stellt ausdrücklich fest, dass «diese wochenlang vorbereitete grosse Aussprache eines der interessantesten Ereignisse in der Vorbereitung des Staatsstreichs» war. Weiterhin bemerkt er, dass der Unterschied «nicht eigentlich» der zwischen Jungen und Alten war, sondern einer zwischen der jüngeren Gruppe und Goerdeler, sowie dass die grundsätzliche Differenz in sozialen und wirtschaftlichen Fragen zum Ausdruck kam. Teilnehmer an der Zusammenkunft waren Beck, Goerdeler, Popitz, Hassell, Jessen sowie der Kern des Kreisauer Kreises. Beck, so sagt der Bericht, hörte lediglich zu, während Popitz und Hassell (so wie von der anderen Seite der jüngere Schulenburg) sich als Vermittler betätigten. Moltke wurde «sehr polemisch», und schliesslich übernahm es Gerstenmaier, in der Abwesenheit der aus «polizeilichen Gründen» verhinderten Haubach und Mierendorff, die wirtschaftlichen und sozialen Ansichten des Kreisauer Kreises «scharf antithetisch» denen Goerdelers gegenüberzustellen.

Dieses Zeugnis, das in den meisten Erörterungen übersehen worden ist, bestätigt, was in ähnlicher Weise aus einem Vergleich der diesbezüglichen Programmteile hergeleitet werden kann. Grundsätzlich hatten die den Kreisauer Kreis hauptsächlich tragenden Mitglieder, wie so viele, die von den Neukonservativen oder der Jugendbewegung der zwanziger Jahre herkamen, mit der bürgerlichen Denkweise gebrochen. Sie waren hinausgewachsen über die meisten der «liberalen» Glaubensartikel des neunzehnten Jahrhunderts, wie auch über die sozialen und wirtschaftlichen Begriffe der Weimarer Republik. Insoweit befanden sie sich sicher in grösserem Abstand von Goerdeler als von Popitz und Hassell und standen zugleich doch auf eigenem Grund. Auf der anderen Seite ist doch nicht zu übersehen, dass die gemeinsamen christlichen Überzeugungen ein starkes Bindeglied gerade mit Goerdeler bildeten, auch war der frühere Bürgermeister von Königsberg nicht unvertraut mit der Gedankenrichtung, die unter politischen Persönlichkeiten gerade im Osten so verbreitet war. Es galt für ihn nicht weniger als für Moltke, dass die Wiederherstellung der Würde des Menschen eine Frage «der Religion und der Erziehung, der organischen Verbundenheit mit Beruf und Familie, des rechten Verhältnisses zwischen Verantwortung und Anspruch» war. In der Tat, wenn man in die Einzelheiten des Vergleiches geht, so offenbart sich neben den Unterschieden

ein erheblicher Bereich gemeinsamen Grundes. Das gilt, bei aller Entschiedenheit des Gegensatzes, selbst im Wirtschaftlichen und Sozialen; insofern als doch auch Goerdeler allen Nachdruck legte auf Einfluss und Verantwortlichkeit der arbeitenden Bevölkerung. Es ist durchaus möglich, dass der Kreisauer Kreis in den Jahren zwischen 1942 und 1944 zunehmenden Einfluss in dieser Richtung ausgeübt und mit seinen Gedanken die Goerdelers durchdrungen hat.

Weniger gross waren von Anfang an die mehr technisch-politischen Unterschiede. Der Kreisauer Kreis, und zwar einschliesslich seiner sozialistischen Mitglieder, widersetzte sich nicht weniger als Goerdeler einem durchkonstruierten formal-demokratischen Aufbau und der französischen Begriffswelt von der «einen unteilbaren Nation» oder dem Dogma von der Volkssouveränität. Auf der einen wie auf der anderen Seite war man vielmehr vom Wert einer wurzelhaften Demokratie («democracy of the grass-roots») und von der Notwendigkeit, von unten heraufzubauen, überzeugt. Tatsächlich ging Goerdeler entschieden weiter als die Kreisauer in der Anwendung des Prinzipes direkter Volkswahlen, er ging hingegen entschieden nicht so weit wie sie in der Frage der Dezentralisierung, geschweige denn, dass er neue Länder hätte schaffen wollen. Immerhin – auch er dachte an Auflösung Preussens, wenn auch nicht so sehr unter dem moralisch-politischen Aspekt wie die Kreisauer. Aber im Ganzen zeigen diese Teile seines Programmes keinerlei Tendenzen, die schlechthin im Gegensatz zu den politischen Ideen des Kreisauer Kreises gestanden hätten oder eine Verbindung mit ihm ausschlossen. Leber, die stärkste Figur unter den Sozialisten, soll Goerdelers Programm nicht «konstruktiv genug» gefunden haben, glaubte aber doch, dass er als Minister des Innern in Goerdelers Kabinett seine Ziele erreichen könne¹⁴⁹. Und es ist immerhin bezeichnend, dass man unter den Eingeweihten im letzten Stadium von einem Trio Leber-Goerdeler-Stauffenberg sprach.

Es liegt nach alledem wenig Grund vor, den Gegensatz zwischen revolutionären und restaurativen Tendenzen überscharf zu betonen oder über die Notwendigkeit eines Bruchs zu spekulieren. Gerade wer der Auffassung ist, dass die Unterschiede an Fundamentalfragen rühren, wird das Mass des Einverständnisses überraschend gross finden. Auch der Kreisauer Kreis zielte in seiner Weise auf «Restauration», d.h. auf die Wiederherstellung «des Menschenbildes». In dieser Umerziehung sahen Moltke und seine Freunde eine allererste Voraussetzung von Demokratie. Das war praktisch nicht so weit entfernt von Goerdelers «Demokratie der zehn Gebote». Genau

so wie Goerdeler sorgten auch sie für konservative Gegengewichte, zum Beispiel durch Heraufsetzung des passiven Wahlalters oder durch Einschränkung jener unverantwortlichen Massenimpulse, die soviel zum Aufstieg Hitlers beigetragen hatten. Die Kreisauer revolutionäre Energie richtete sich nicht auf «grossartige Planungen» einer neuen Gesellschaftsordnung; sie war radikal im Verlangen, sich von einer materialistischen Vergangenheit loszusagen und diejenigen moralischen Kräfte wieder zu beleben, an die Goerdeler gleichermaßen glaubte. Ihr nächster und unmittelbarer Beitrag zur Widerstandsbewegung erscheint daher wie ein Gärungselement, das von innen eher als von aussen arbeitete; das Gedankengut, für das sie eintraten, ging freilich darüber hinaus und sollte nicht deshalb unterschätzt oder als «mystisch» diskreditiert werden, weil es – im Entscheidenden immer noch Forderung ist.

Indessen gab es noch einen anderen Unterschied zwischen Goerdeler und den Kreisauern, den neben sonstigen Zeugnissen die Gräfin Moltke mit der Feststellung berührt, dass ihr Gatte und seine Freunde niemals mit Goerdelers Aktionsplänen übereinstimmten und (bei aller Hochschätzung seiner Persönlichkeit) «nichts zu tun haben wollten mit seinen bedenklichen Methoden der Verschwörung»¹⁵⁰. Es war das zunächst nicht ein weltanschaulich-religiös, sondern ein politisch motivierter Widerspruch, der sich gegen Mangel an Vorsicht, gegen Ministerlisten und ständiges Debattieren richtete. Aber es spielte dabei auch das «Gandhische Element» eine Rolle, das als eine gegensätzliche Position einer Klärung bedarf, wenn nicht eine sehr wesentliche Seite der deutschen Opposition missdeutet werden soll. In Wahrheit war keinem der Hauptteilnehmer an der Verschwörung die quälende Frage ganz erspart geblieben, ob Gewalt erlaubt war oder überhaupt ein Heilmittel sein konnte. Niemand unter ihnen gehörte zu dem abenteuernden oder asozialen Typ, den Widerstand als solcher anzog. Und doch bejahten sie die Frage unter dem Antrieb jener kategorischen Forderung, wie sie am klarsten von Tresckow formuliert worden ist: es komme darauf an, «dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat». Es lässt sich nach weisen, dass aus dem Kreisauer Kreis Gerstenmaier diese Auffassung vom Blickpunkt des Geistlichen und seiner Verantwortung aufs genaueste teilte: Religiöser Widerstand war nicht genug. Zudem liefert sein vorhin erwähnter Brief ein ausdrückliches Zeugnis¹⁵¹. Er bezeichnet nicht nur die Aussprache der älteren und der jüngeren

Generation im Januar 1943 als «eines der interessantesten Ereignisse in der Vorbereitung des Staatsstreiches», sondern endet auch mit der Feststellung, dass alle Teilnehmer, das heisst einschliesslich Moltkes, sich über die Notwendigkeit einig waren, «möglichst schnell den Staatsstreich zu veranstalten».

In der Tat nahmen Mitglieder des Kreisauer Kreises wie Yorck tätigen Anteil an den Vorbereitungen, und Gerstenmaier wurde am 20. Juli im Hauptquartier der Revolte von der Gestapo verhaftet. Die Annahme, dass Moltke, wäre er in Freiheit gewesen, alles getan haben würde, um das Attentat zu verhindern, ist nicht unbegründet. Aber keineswegs hätte er sich von den Freunden an diesem Punkt getrennt¹⁵². Die Unterscheidungslinie zwischen Denken und Handeln, die tatsächlich bestand, war nicht von so grober Art. Wie die Gräfin Moltke selbst in einem ihrer Kommentare sagt, schloss auch der Kreisauer Kreis «die Anwendung von Gewalt» nicht aus. Ihre besondere Aufgabe sahen seine Mitglieder freilich im Ausfüllen des geistigen und politischen Leerraums, der nach ihrer Meinung auf den Krieg und den Zusammenbruch des Regimes folgen würde – einerlei, ob dieses seinen Weg bis zu Ende ging oder gestürzt wurde. Dass dieser Standpunkt grundsätzlicher Art mit solcher Klarheit herauskam, war nach Moltkes eigener Ansicht ein Werk Gottes und nicht der Menschen.

Diese Deutung wird bestätigt durch die beiden sehr ungewöhnlichen Briefe, die Moltke im Januar 1945 aus dem Gefängnis in Tegel an seine Frau geschrieben hat: In einem dieser Briefe stellt er fast jubelnd fest¹⁵³, dass er sterben würde genau für das, wofür er wirklich verantwortlich sei, nicht für irgendwelche Handlungen und Verschwörungen, sondern für seine Gedanken. Er zollte dem politischen Scharfsinn Freislers, des brutalen Präsidenten des Volksgerichtshofs, Tribut, weil er ihn von aller politischen Tätigkeit und von der Goerdeler-Gruppe abgesondert habe. So ist dokumentiert, heisst es am Schluss des Briefes, «dass nicht Pläne, nicht Vorbereitungen, sondern der Geist als solcher verfolgt werden soll. Vivat Freisler!»

Kein Historiker wird wünschen, diese Worte zu kommentieren. Sie sind ein Zeugnis, dessen Gewicht mit all seiner Schwere auf den Leser wirken sollte. Aber Moltke selbst hat eine Deutung hinzugefügt. In einem zweiten Brief¹⁵⁴ pries er Gott, der «sein unwürdiges Gefäss» so wunderbar bereitet habe: «. .. in dem Augenblick, in dem Gefahr bestand, dass ich in aktive Putschvorbereitungen hineingezogen wurde – Stauffenberg kam am Abend des 19ten [Januar 1944] zu Peter [Yorck] – wurde ich rausgenommen, damit ich frei von jedem

Zusammenhang mit der Gewaltanwendung bin und bleibe.»¹⁵⁴ Somit war es in seinen Augen eine höhere Fügung, die ihn durch seine Verhaftung ein halbes Jahr vor dem Attentat «rausgenommen» hatte, um so den Sinn seines Lebens zur Vollendung zu bringen. Da gab es nichts in dem Prozess, wie Moltke schrieb, von «komplizierter Mensch», oder «komplizierte Gedanken» oder «Ideologie», sondern: «das Feigenblatt ist ab». Noch einmal pries er die gnädige Fügung Gottes, der ihn von allen Klasseninteressen und allen patriotischen Motiven abgeschieden habe, so dass er Zeugnis für die tiefste Kraft des Widerstandes ablegen könne. Er habe vor Freisler gestanden, so heisst es in einem andern schwerwiegenden Satz: «nicht als Protestant, nicht als Grossgrundbesitzer, nicht als Adliger, nicht als Preusse, nicht als Deutscher. .. sondern als Christ und als gar nichts anderes. «Das Feigenblatt ist ab'.»

Neben dieser vertieften Deutung des Anteils, den der Kreisauer Kreis und sein Hauptvertreter an den Ereignissen hatten, bleibt nur noch eine geringfügige und rein tatsächliche Frage zu erörtern. Haben nicht diejenigen, die der Tat selbst fern standen, indirekt die Verschwörer unter Druck gesetzt und so die Ausführung des Attentats mit – und vielleicht sogar überstürzt – veranlasst? Moltke wurde im Januar 1944 verhaftet, weil er an Generalkonsul Kiep die Warnung hatte gelangen lassen, dass die Gestapo ihn suche. Am 22. Juni nahmen dann Leber und Reichwein Fühlung mit dem Zentralkomitee der kommunistischen Untergrundbewegung auf. Dieser Versuch, die Front zu erweitern oder sich gegen einen Rückenstoss im Fall der Erhebung zu sichern, hatte, wie angenommen wird, verhängnisvolle Folgen. Er brachte die Gestapo, die sich in den kommunistischen Reihen eingenistet hatte, auf die richtige Spur. Einige Tage später wurden Leber und Reichwein verhaftet. Es ist die Meinung geäussert worden, dass angesichts dieser Tatsache Stauffenberg schlechterdings und auf alle Fälle handeln musste, um die Freunde zu retten und die volle Enthüllung des Komplotts zu verhindern¹⁵⁵. Wenn man sich jedoch daran erinnert, dass das Attentat seit Februar 1943 und von Stauffenberg selbst seit Dezember 1943 wiederholt versucht worden war, so scheint dieser These nicht allzu grosse Bedeutung zuzukommen.

Aber die Fühlungnahme mit den Kommunisten gibt Anlass zu einer sehr viel wichtigeren Frage. Kann man in diesem Vorgang den Beleg für eine grundsätzliche «östliche» Orientierung des Kreisauer Kreises (und Stauffenbergs) gegenüber der «westlichen» Orientierung Goerdelers und seiner Freunde erblicken? Hat, wie Gisevius seine Leser zu überzeugen ver-

sucht, ein «militanter Sozialismus» der Jüngerer (Lebers und Schulenburgs vor allem), oder hat Stauffenbergs «militaristischer» Einfluss den zur Katastrophe treibenden Strom in das Bett eines nationalen Bolschewismus ableiten wollen? War er ein «Superpreusse», «Soldat durch und durch», dem die «Rettung des Vaterlandes» und die «Rettung der Wehrmacht» gleichbedeutend waren?¹⁵⁶ Die Antwort muss sein, dass diese Deutung aufs entschiedenste fehlgeht und dass es schwerfallen dürfte, ein tieferes Missverstehen gegenüber dem vornehmlichen Motive zu zeigen, das Stauffenberg mit den Männern von Kreisau gemein hatte, nämlich gegenüber seiner grundsätzlichen Ablehnung jedes totalitären Systems, was immer dessen politische oder soziale Farbe sein mochte. Es wird weiter zu sagen sein, dass diese Fehldeutung nicht nur eine des Memoirenschreibers ist, wobei der Hintergrund von Ressentiments und Überkompensation deutlich genug ist, sondern dass sie auch in die geschichtliche Wirklichkeit hineingewirkt hat, indem sie für den amerikanischen Nachrichtendienst auf dem Wege über die Mitteilungen an A. W. Dulles den Eindruck erweckte¹⁵⁷, dass der Attentäter vom 20. Juli mit der Idee einer «Revolution der Arbeiter, Bauern und Soldaten» spielte, dass er auf ein kommunistisches Deutschland hoffte, organisiert nach dem russischen Vorbild und unterstützt von der Roten Armee. Im Gegensatz dazu mag hier die vorläufige Feststellung gemacht werden, dass Stauffenberg, wie die anderen Männer des Kreisauer Kreises, eher in einer universalen Perspektive als in einer militärischen oder nationalistischen lebte. Sein Denken und Planen galt der Befreiung aller Völker, die unter tyrannischer Herrschaft litten, und sicherlich nicht einer Ersetzung der Hitlerschen Diktatur durch die Stalins¹⁵⁸.

Eine nähere Erörterung des wichtigen Ost-West-Problems wird im nächsten Abschnitt zu geben sein, der mit der deutschen Opposition als einem Teil des grossen Völkerringens zu tun hat. Das Bild würde unvollständig sein ohne eine Untersuchung der aussenpolitischen Zusammenhänge; ja der Versuch eines zusammenfassenden Urteils wird zum Teil davon abhängen müssen, ob und inwieweit die deutschen oppositionellen Elemente sich um Wiederherstellung des Friedens bemühten, in welcher Richtung ihre Gedanken über die Zukunft Europas gingen und was die Haltung der Alliierten ihnen gegenüber war.

1. *Friedensfühler*

Die Tatsache einer deutschen Opposition gegen Hitler wurde zwar offiziell totgeschwiegen und schliesslich unter entstellender Deutung begraben, war aber im Ausland wohlbekannt. Insbesondere die leitenden Staatsmänner des Westens können nicht wohl ohne Kunde wichtiger Einzelheiten gewesen sein. Sie erhielten die «grünen Berichte» und andere Informationen aus Deutschland, die ein mehr oder weniger genaues Bild der sozialistischen und kommunistischen Untergrundbewegung gaben. Weiterhin wurden sie unmittelbar benachrichtigt und angegangen von einer Anzahl von Deutschen, die aktiv an der Verschwörung beteiligt waren, von Männern in privaten sowohl wie in offiziellen Stellungen, von Militärs sowohl wie von Zivilisten. Sie empfingen Angebote zur Zusammenarbeit und zu vereintem Widerstand in einem Zeitpunkt, wo es vielleicht noch möglich gewesen wäre, den Krieg zu verhindern und dem Alpdruck ein Ende zu machen, mit dem ein Regime von Verbrechern nicht nur Deutschland, sondern grosse Teile von Europa bedrohte.

Es wurde gezeigt, dass insbesondere der englische Aussenminister und der englische Premierminister mit der Haltung und den Plänen der deutschen Opposition im Sommer und Herbst 1938 durchaus vertraut waren. Das Gleiche gilt vom Oppositionsführer Winston Churchill, und er hat von dieser Kenntnis sogar öffentlich Kunde gegeben. In einer seiner Brandreden hatte Hitler behauptet, wenn der Leiter der britischen Konservativen und seine Freunde an der Macht wären, so würden sie auf den unmittelbaren Krieg mit Deutschland hinarbeiten. Churchill erwiderte in einer Rundfunkansprache vom 17. Oktober¹. Das Gegenteil, so erklärte er, sei wahr. Falls er selbst oder Anthony Eden oder Duff Cooper Premierminister wären, so würden sie ein kraftvolles Sicherheitssystem aufgebaut haben, um den deutschen Diktator vom Kriege abzuschrecken. Und er fügte hinzu: «Dies würde sowohl allen friedliebenden und gemässigten Kräften in Deutschland wie auch den Führern der deutschen Armee Gelegenheit geboten haben, eine grosse Anstrengung zur Wiederherstellung von einigermaßen gesunden und zivilisierten Bedingungen in ihrem eigenen Lande zu unternehmen.»

Churchill gab damit in kaum zu rechtfertigender Weise eine Kenntnis preis, die auf sehr vertraulichen Mitteilungen, in die-

sem Fall insbesondere auf den von Kleist empfangenen, beruhte. Wiederholt hat die deutsche Opposition vor solchen Indiskretionen – auch wohlmeinendster Art – warnen müssen². Plitier liess sich naturgemäss eine solche Anspielung auf innerdeutsche oppositionelle Kreise nicht entgehen, und Churchill musste in einer Erklärung an die Presse vom 7. November den Zorn des aufgebrachten Diktators zu beschwichtigen suchen. Es war in diesem Zusammenhang absichtsvoller Art, dass er die oft zitierte Feststellung machte³: «Ich habe immer gesagt, dass ich hoffen würde, wir möchten im Fall einer britischen Niederlage in einem Krieg einen Hitler finden, um uns zu unserer rechtmässigen Stellung unter den Nationen zurückzuführen. Ich sehe freilich mit Bedauern, dass seine grossen Erfolge ihn nicht staatsmännisch gereift haben.» Dies waren nicht gerade Worte im Sinne der deutschen Opposition, die Hitler wahrlich mehr vorwarf als mangelnde «Reife»; aber offenbar wünschte Churchill seine Indiskretion gutzumachen und dem Führer seinen Argwohn auszureden. So fuhr er fort: «Herr Hitler hat unnötige Empfindlichkeit gezeigt über die Andeutung, es möchten in Deutschland noch andere Meinungen vorhanden sein als seine eigene. In der Tat wäre es erstaunlich, wenn sich unter 80 Millionen, die so stark in Ursprung, Glauben, Interessen und Lebensbedingungen voneinander abweichen, nur eine Form des Denkens fände. Es würde unnatürlich sein, und es ist unglaublich.»

Man kann nicht sagen, dass man es deutscherseits an Bemühungen hat fehlen lassen, die Ansicht zu bestärken, dass es in der Tat bei den Bürgern des Dritten Reichs mehr als «nur eine Form des Denkens» gäbe. Es ist hier insbesondere an die Auslandsreisen Goerdelers in den Jahren 1937/38 zu erinnern, die es in dieser Richtung an energischer Aufklärung gewiss nicht fehlen liessen. Im Dezember 1938 sandte er seinen ausländischen Freunden ein «Weltfriedensprogramm». Er regte darin die Berufung einer Vorkonferenz der Mächte an, die sich unter anderem mit der Stabilisierung der Währungen, der Ausarbeitung einer allgemein anerkannten internationalen «Sittenordnung» und schrittweisem Rüstungsabbau beschäftigen solle⁴. Der Schlusssatz des Programms lautete: «Wer sich dieser Zusammenarbeit... entzieht, will Krieg und ist Friedensbrecher.» – Im Mai des nächsten Jahres (1939) fuhr Goerdeler noch einmal nach England und Frankreich. Auch er hatte eine Unterredung mit Churchill und wahrscheinlich mit Vansittart⁵. Ebenso wurde Schlabrendorff von Lord Lloyd und Churchill empfangen, und Pechel bezeugt, dreimal im Frühjahr 1939 in London gewesen zu sein. Von der Mission Trotts im Sommer

und von der Tätigkeit der Brüder Kordt kurz vor dem Russenpakt war früher schon die Rede.

Mit Kriegsausbruch wurden die Möglichkeiten für solche Kontakte naturgemäss beschränkter, und ihr Sinn musste sich ändern. Weizsäcker sorgte dafür, dass Theo Kordt der Gesandtschaft in Bern zugeteilt wurde, um von dort die Fühlung nach London aufrechtzuerhalten. Es kam der deutschen Opposition entscheidend darauf an, zu verhindern, dass mit dem Beginn der Feindseligkeiten und ihrer Ausbreitung der Unterschied zwischen deutscher Regierung und deutschem Volk sich verwische und das Programm eines Straffriedens etwa jene «monolithische» Geschlossenheit herstelle, von der Goebbels immer sprach. In der Tat legte Neville Chamberlain in einer seiner frühen Kriegsreden allen Nachdruck auf die Tatsache, dass «die deutsche Regierung» das Hindernis des Friedens sei, und bestritt jeden «vindictive purpose»⁷. Diese Erklärung erging auch durch Brief einer Mittelsperson an Kordt und wurde von ihm – übrigens missverständlich – als eine Zusage direkter Art an die Opposition aufgefasst und in diesem Sinne zur Ermutigung der Militärs weitergegeben.

Das führt in die Phase der Erhebungspläne zwischen Polen- und Frankreich-Feldzug, die im Abschnitt über den militärischen Sektor schon behandelt worden sind. Wie angedeutet, ging es bei der damit gekoppelten aussenpolitischen Fühlungnahme einmal wieder um die Zusicherung eines massvollen Friedens und dann eines Stillhaltens an der Front, also darum, dass der Schwächemoment eines militärischen Putsches nicht von den Gegnern im Westen ausgenutzt werde. Mehrere Aktionen liefen in dieser Richtung. Goerdeler hat über Stockholm und über den belgischen König sondiert. Weiter schien ein Kanal zu führen, den der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth von der Schweiz aus nach England eröffnete. Es soll in der Tat «eine Art von Angebot» englischerseits erfolgt sein, das über den früheren Reichswehrminister Gessler weitergeleitet wurde, aber die deutschen militärischen Stellen nicht erreichte⁸. Die Hauptaktion aber lief über den Vatikan und den dortigen englischen Gesandten, Osborne. Ihr Träger war der Münchner Anwalt Dr. Joseph Müller, der zum Kreis der Abwehr gehörte und zugleich als Abgesandter des Kardinals Faulhaber, des Erzbischofs von München, tätig war.

Auf Einzelheiten der Verhandlungen und ihr Ergebnis ist hier nicht einzugehen. Es wurde in dem umstrittenen X-Bericht niedergelegt und hat wohl kaum so weitgehende Zusicherungen – auch hinsichtlich der deutschen Grenzfragen – enthalten, wie sie Dohnanyi als «Stimulans» weitergab⁹.

Deutlicher ist sowohl die Tätigkeit Hassells wie auch ihr negatives Ergebnis zu überblicken¹⁰. Er traf sich am 22V23. Februar 1940 in Arosa (und noch einmal am 15. April) mit dem Engländer Lonsdale Bryans, der auf Grund lockerer Beziehungen zu Hassells italienischem Schwiegersohn sich dem englischen Aussenminister, Lord Halifax, zu einer solchen Mission angeboten hatte. Hassell betonte in der ersten Unterredung, dass der Umsturz eine Angelegenheit der Deutschen sein müsse, und konzentrierte sich seinerseits auf ein Friedensprogramm, das er handschriftlich zur Weitergabe an Halifax niederlegte und das neben allgemeinen Grundsätzen friedlicher Rekonstruktion bei Wiederherstellung Polens und der Tschechei in territorialen Fragen den Verbleib Österreichs und des Sudetenlandes beim Reich und die deutsch-polnische Grenze etwa in der Gestalt von 1914 vorsah. Der englische Vermittler fand indessen im Foreign Office jetzt keinerlei Gehör mehr, und es wurde ihm nur erlaubt, sich noch einmal mit Hassell zwecks Abbruch der Beziehungen zu treffen.

Dieser war auch sonst in seinen Bemühungen nicht gerade erfolgreich. Im ersten Kriegsjahr stand er in enger Berührung mit dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin, Alexander Kirk. Als im Februar 1940 der Unterstaatssekretär im State Department Sumner Welles nach Berlin kam, suchte Hassell Kirk zu veranlassen, den Abgesandten Roosevelts mit anderen als nur «offiziellen Leuten zusammenzubringen»¹¹. Er schlug Popitz und Planck vor. Aber abgesehen von einer Unterredung Sumner Welles' mit Schacht kam es zu keiner privaten Fühlungnahme. Im Gegenteil hatte der amerikanische Besuch eine unbeabsichtigte Pro-Nazi-Wirkung. Sehr zur Enttäuschung der Opposition schien er das Ansehen Hitlers als eines möglichen Partners in Friedensverhandlungen zu erhöhen. Vergebens hatte Goerdeler angeregt, dass Sumner Welles von Rom nicht gleich nach Berlin, sondern erst nach Paris und London gehen möge. Dort werde er so «aufgeklärt» werden, dass er auf die letzte Station seiner Reise verzichte.

Dies sind nur einige Streiflichter, die das Verhältnis der Opposition zu den westlichen Alliierten beleuchten. Weitere Berührungspunkte im neutralen Ausland boten sich in Spanien¹², Portugal und der Türkei. Unter denen, die mit Hassell in der Benutzung solcher Kanäle zusammenarbeiteten, mag vor allem Albrecht Haushofer, der Sohn des Geopolitikers, genannt werden, der nach schwerem inneren Kampf zum entschiedenen Gegner des Regimes geworden war¹³. Dass ihn nicht nur die verhängnisvolle Aussenpolitik dazu bestimmte, oder dass er jedenfalls über diese fachmännische Opposition weit

hinauswuchs, bezeugen die «Moabiter Sonette», die zu den eindrucksvollsten moralisch-religiösen Dokumenten der deutschen Widerstandsbewegung gehören.

Schliesslich ist auch hier noch einmal der Tätigkeit Goerdelers zu gedenken, der in Denkschriften für das Ausland ebenso unermüdlich war wie in den Entwürfen innerpolitischer und wirtschaftlicher Art. Seine Hauptverbindung lief durch den Krieg hin über die schwedischen Bankiers Wallenberg¹⁴. Der Schwerpunkt seiner Bemühungen lag zwischen November 1942 und November 1943. Wieder galt es in erster Linie sich der Haltung der Alliierten für den Fall des Aufstandes und der Einsetzung einer nicht-nationalsozialistischen Regierung zu versichern. J. Wallenberg hat Goerdeler im November 1942 wohl einmal gesagt, man solle doch den Staatsstreich wagen auch ohne britische Zusage eines gemässigten Friedens. Aber diese Vorausabsicherung war nicht das einzige Ziel. Im Mai 1943 setzte Goerdeler wohl persönlich den Freunden in Stockholm auseinander und fasste in einer Denkschrift zusammen, was ihm für Deutschland an territorialen Bedingungen zumutbar erschien, wobei er hinsichtlich der deutsch-polnischen Grenze nicht mehr so optimistisch war wie Hassell. Aber er betonte auch immer wieder die Bereitschaft zur Wiedergutmachung geschehenen Unrechts und zur Demokratisierung Deutschlands, vor allem aber entwickelte er seine Pläne für eine europäische Gemeinschaft, auf die noch zurückzukommen ist. Da er für September 1943 den Losbruch im Innern erwartete, bat er einige Wochen später, wieder durch J. Wallenberg, die britische Luftwaffe möge bis Mitte Oktober Berlin, Leipzig und Stuttgart verschonen, «da die oppositionelle Bewegung ihre Zentren dort habe und die Unterbrechung von Verbindungen den Putsch erschweren würde». All dies wurde an die britischen Stellen weitergeleitet, blieb aber ohne Resonanz, und zu direktem Kontakt mit dem Westen kam es bei keinem dieser Vorstösse.

Hingegen sind einige solche Kontakte in klaren Umrissen erkennbar und gewähren auch einen Einblick in die Haltung der Gegenseite und ihre Motive.

Einer der frühesten direkten Schritte ist mit dem Namen des Cecil-Rhodes-Stipendiaten von Trott zu Solz verknüpft, den wir schon aus früher oppositioneller Tätigkeit und als Mitglied des Kreisauer Kreises kennen lernten¹⁵. Er war der Sohn eines preussischen Kultusministers sowie der Enkel von Schweinitz', des Botschafters in Bismarckscher Zeit, und einer amerikanischen Grossmutter, die ihrerseits eine Enkelin John Jays war, des ersten Chief Justice des Obersten amerikanischen

Bundesgerichts. Somit hatte Trott wie Moltke einen teilweise angelsächsischen Familienzusammenhang. Ebenso bildete er, wie Moltke, ein Verbindungsglied zwischen den aristokratischen und den sozialistischen Gruppen der Opposition, er war ein naher Freund von Kleist-Schmenzin, von Leuschner und später von Leber. Hegels Staatsphilosophie und ihr Verhältnis zum internationalen Recht beschäftigten ihn ebenso intensiv wie die Marxsche Gesellschaftslehre. Für einige Zeit weilte Trott in China, um über Probleme des Fernen Ostens zu arbeiten; er kam dadurch in nahe Beziehung zu amerikanischen Kreisen. Dann trat er in das Auswärtige Amt mit der klaren Absicht ein, diese Stellung als Deckmantel seiner oppositionellen Tätigkeit zu nutzen.

Wie erwähnt, war Trott im Sommer 1939 in London gewesen¹⁶. Er nahm damals an den Bemühungen teil, englische Stellen über den deutschen Widerstand zu unterrichten und bei ihnen für eine moralische Bundesgenossenschaft zu werben. Wenngleich seine Eröffnungen von Chamberlain, wie er fand, «eisig» aufgenommen wurden, hatte er viele englische Freunde, auch in offiziellen Kreisen. Trotz der Blockade gelang es ihm, im Oktober 1939 die Vereinigten Staaten zu erreichen. Der erklärte Zweck der Reise war die Teilnahme an einer Konferenz des American Institute of Pacific Relations. Dass das Auswärtige Amt (Weizsäcker?) ihn – im Kriege – als Sachverständigen für ostasiatische Fragen nach USA sandte, diene indessen offenbar nur der Tarnung einer sehr anderen Mission. Seine wirkliche Absicht hat Trott in einem Gespräch mit dem Herausgeber der *Washington Post*, Felix Morley, dahin erläutert¹⁷, es gelte, in Amerika eine «empfindliche Haltung gegenüber dem grossen Umschwung vorzubereiten, der nach seiner Meinung in Deutschland bevorstehe ...». «Die Hauptaufgabe ist, dafür zu sorgen, dass nicht das Programm eines Vernichtungskrieges alle diejenigen Elemente zum Anschluss an die Nationalsozialisten zwingt, die begonnen haben sich zum Sturz Plitiers zusammenzufinden.» So sah er es als sein Ziel, der immer stärker sich durchsetzenden Gleichsetzung zwischen Deutschland und dem Nazi-Regime vorzubauen und damit den Weg für einen rechtzeitigen Frieden der Vernunft zu eröffnen.

In diesem Sinne hatte Trott eine Reihe von Unterredungen. Er unterrichtete mindestens einen höheren Beamten des *Department of State* und andere politisch einflussreiche Persönlichkeiten über die Männer und Ziele der deutschen Untergrundbewegung. Es kann nicht mit Sicherheit festgestellt werden, ob er wirklich, wie gesagt worden ist, in der Lage war,

bestimmte Bedingungen zu formulieren, «auf deren Grundlage die Opposition nach dem Sturz Hitlers den Krieg zu beenden hoffte», und ein Versprechen abzugeben «für die Strafverfolgung der hauptsächlichen Naziführer wegen gemeiner Verbrechen»¹⁸. Die Denkschrift, in der er seine Bemühungen schliesslich zusammenfasste, hatte eine allgemeinere Tragweite. Sie befürwortete eine frühzeitige Klarstellung der Kriegsziele, um so der Opposition beruhigende Zusicherungen zu geben und der Nazi-Propaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Diesen Vorschlag unterstützte Trott, indem er darauf hinwies, dass der Unzufriedenheit und der Empörung über Hitlers Herrschaft eine psychologische Tatsache entgegenarbeite: das deutsche Volk sehe sich in die unerbittliche Zwangslage versetzt, «das Regime im Krieg zu unterstützen, solange es als Absicht der alliierten Mächte erscheine, Deutschland zu zerstören ...». Es komme daher darauf an, klar herauszustellen, dass «die Fortsetzung nationalsozialistischer Kontrolle das Haupthindernis friedlicher Existenz sei» und dass durch den Sturz der Regierung «eine erträgliche Lage Deutschlands in einem neuen Europa gesichert werden könne». Sollten jedoch die westlichen Mächte sich zu keiner aufbauenden Linie bekennen, so bestand, nach Trotts Meinung, die dringende Gefahr eines nationalen Bolschewismus, der nicht an den deutschen Grenzen haltmachen werde. Bisher war der Krieg, wie er zutreffend feststellte, ohne «erhitzte Leidenschaft» geführt worden. Weder Engländer noch Franzosen kämpften für «Ruhm» oder «Prestige» oder «nationale Grösse»; sie verteidigten ihre persönliche Freiheit und die Grundsätze westlicher Zivilisation. Trott fand jedoch, dass diese Haltung «überlegender Vernunft» bedroht sei durch die wachsenden Opfer. Man brauche daher ein «klares Ziel», das «gefühl- und vernunftmässig genug Zugkraft habe, um die furchtbaren Opfer zu rechtfertigen, die verlangt werden ... Es ist dringend notwendig, den Völkern zu sagen, nicht nur warum sie kämpfen müssen, sondern auch wofür sie im Kampfe stehen.»

Diesen allgemeinen Vorschlag ergänzte Trott durch mehr ins Einzelne gehende Anregungen. Es sollte für die Alliierten möglich sein, «gewisse Maximal-Zugeständnisse festzulegen, die von den Deutschen gefordert werden würden, oder zu versichern, dass der Besitzstand von 1933 (d.h. der von Versailles) unter keinen Umständen in Frage gestellt werden würde». Ausserdem sollten gewisse Minimal-Verpflichtungen auf alliierter Seite erwogen werden bezüglich wirtschaftlicher Konzessionen und allgemeiner Bedingungen, «die es Deutsch-

land ermöglichen würden, an einer künftigen friedlichen Zusammenarbeit in Europa teilzunehmen». Die deutschen Vorleistungen, so erklärte er, sollten nicht nur in dem Sturz der gegenwärtigen Führung bestehen, sondern auch in der Gewährleistung einer ehrlichen und tatkräftigen Mitarbeit des nach-Hitlerschen Deutschland an einem System des Friedens. Als Garantie dafür waren, wie Trott anerkannte, Änderungen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau Deutschlands nötig, die besonderer Erörterung bedürften. Vor allem erklärte er unumwunden, dass Deutschland in eine Lage versetzt werden müsse, die gemäss dem Wunsch aller europäischen Völker neue Kriege zwischen ihnen ausschliesse.

Im Rahmen eines solchen konstruktiven Programms dachte die Denkschrift den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle zu. Trott wusste zwar sehr wohl, dass eine formelle Vermittlungsaktion oder eine doppelseitige Garantie nicht in Frage kam. Er hielt es jedoch für erreichbar, «das moralische Gewicht» der USA in Europa zum Tragen zu bringen. «Wenn man es in ganz Europa fühlte, in den alliierten Ländern sowohl wie in Deutschland, dass die Autorität der Vereinigten Staaten hinter den Anstrengungen für die Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens steht, so würde das ausserordentlich dazu beitragen, eine Gedankenrichtung aufbauender Art zu befördern.» Trott ging so weit in seiner Hoffnung, dass er die Frage aufwarf: Könnten sich die Alliierten einigen und dann dem amerikanischen Volk und seiner Regierung feierlich erklären, «dass sie für die vereinbarten Kriegsziele kämpfen und an ihnen unbedingt festhalten würden»?

Bei der Erörterung dieser Denkschrift wird man zu berücksichtigen haben, dass die Feindseligkeiten erst vor zwei Monaten begonnen hatten, und dass Nazi-Deutschland und Sowjetrussland damals Verbündete waren. Während des sogenannten «Sitzkriegs» schien eine Rückkehr zur Vernunft noch möglich. Offenbar war der Wunsch nach einem positiven Leitbild deutscher und europäischer Zukunft der Kernpunkt in Trotts Vorschlägen. Solch ein Ausblick würde nach seiner Meinung die deutsche Opposition entscheidend unterstützen, indem Hitlers Propagandawort vom «Vernichtungskrieg gegen Deutschland» Lügen gestraft werde. Alle gesunden und vernünftigen Elemente würden sich zusammenschliessen gegen die nihilistischen und zerstörerischen Kräfte in Europa. Wieweit Trott in seinen persönlichen Kommentaren auf die Änderungen einging, die er neben der Wiederherstellung der Versailler Grenzen im deutschen Aufbau für nötig hielt, lässt sich nicht im Einzelnen feststellen. Auch kann die Antwort, die er empfing, nur eben

angedeutet werden. Es muss genügen, einige Sätze aus der Zusammenfassung zu zitieren, wie sie Mr. Alexander B. Ma-ley gegeben hat¹⁹. «Trotts Bemühungen», so führt er aus, «wurden von einigen namhaften Refugees unterstützt, insbesondere von dem katholischen Reichskanzler aus vor-Hitlerischen Tagen, Dr. Heinrich Brüning. Er machte zu diesem Zweck im Dezember 1939 einen Besuch im Weissen Haus. Präsident Roosevelt zeigte sich zuerst an der Idee einer Unterstützung der deutschen Untergrundbewegung interessiert, bald darauf aber und offenbar unter dem Einfluss von Männern seiner näheren Umgebung erklärte er weitere Fühlungnahme für untunlich. Von Trott wurde sogar als Nazi-Agent verdächtigt, eine Tatsache, die im Hinblick auf sein späteres Schicksal nicht der bitteren Ironie entbehrt.»

So hatte der Versuch dieses «edlen und idealistischen jungen Deutschen», wie ihn F. Morley nennt, nur das Ergebnis, Washington ein gut Teil Einsicht in die innere Lage Deutschlands zu geben. In jeder anderen Hinsicht scheiterte die Bemühung Trotts vollständig. Wie immer man über den praktischen Wert und die Ausführbarkeit seiner Vorschläge denken mag, die Weigerung, auch nur die bescheidenste Art von Sympathie mit dem deutschen Widerstand zu äussern, war sehr deutlich und stellte einen entmutigenden Präzedenzfall dar. Trott kehrte über Japan nach Deutschland zurück und setzte seine Untergrundtätigkeit fort. Er endete am Galgen im August 1944.

Trotz dieses Fehlschlages machte die Opposition im November 1941 einen neuen Versuch, eine Art direkter Verbindung mit den Vereinigten Staaten herzustellen. Noch bestand Friede zwischen den beiden Ländern, wengleich ein fragwürdiger Friede. Diesmal richtete die Fühlungnahme sich auf das Ziel eines Dauerkontaktes. Als Mittelsmann wählten die Verschwörer denjenigen unter den amerikanischen Korrespondenten in Berlin, der vermutlich mehr über die wirkliche Lage wusste, als irgendein anderer Pressevertreter (sicherlich mehr als Mr. William L. Shirer). Es handelte sich um Louis P. Lochner, der jahrelang das Berliner Büro der *Associated Press* geleitet hat²⁰. Nachdem er schon vorher Versammlungen von oppositionellen Elementen beigewohnt hatte, holte man ihn eines Nachts zu einem Treffen von «12 bis 15 idealistischen Leuten», wie er sie bezeichnet. Die Gruppe bestand aus Vertretern des freien Gewerkschaftsbundes und der christlichen Gewerkschaften, der Bekennenden Kirche, der früheren Zentrumspartei, der Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Deutschen Volkspartei. Ausserdem waren je ein Ver-

trauensmann von Admiral Canaris und von Generaloberst Beck anwesend. Die Art, wie diese Gruppe zusammengesetzt war, gibt, wie kaum hinzugefügt zu werden braucht, ein interessantes Zeugnis für die Ausdehnung sowohl wie für den Zusammenhalt der Opposition und ist wohl geeignet zu bestätigen, was in dieser Beziehung aus anderen Nachrichtenquellen bereits hergeleitet ist.

Die Zusammenkunft fand in dem Haus von Dr. Joseph Wirmer, einem ehemaligen Zentrumsabgeordneten, statt, der schon früher erwähnt wurde. Jakob Kaiser erschien Mr. Lochner als die leitende Figur des Kreises. Es bestand zwischen allen Anwesenden Einverständnis darüber, dass Amerika sich binnen kurzem im Krieg mit Deutschland befinden werde. Sie waren sich ebenso über die Macht der Vereinigten Staaten und den gewaltigen Einfluss einig, den Amerika auf alle Entscheidungen haben würde. Im Laufe einer Erörterung über die Regierung, die das totalitäre Regime ersetzen sollte, wurde Mr. Lochner daher gebeten, nach seiner Rückkehr jede mögliche Anstrengung zu machen, um Präsident Roosevelt persönlich von der innerdeutschen Bewegung zum Sturze der Nazi-Herrschaft in Kenntnis zu setzen und ihn zu einer Antwort auf die Frage, welche Art von politischem System in Deutschland annehmbar erscheinen würde, zu bewegen. Ja man übergab Mr. Lochner einen «Geheimkode», um direkte Funkverbindung zwischen dem amerikanischen Präsidenten und den Verschwörern zu ermöglichen.

Gleich anderen Korrespondenten wurde auch der Leiter der *Associated Press* nach Kriegsausbruch zunächst interniert. Als er im Juni 1942 nach Washington zurückkehrte, bemühte er sich naturgemäss, den ihm anvertrauten Auftrag auszuführen. Nachdem mehrere Versuche, vom Präsidenten empfangen zu werden, fehlgeschlagen waren, wiederholte er seine Bitte schriftlich und gab genaue Aufklärung, warum er eine persönliche Rücksprache wünschte. Die Antwort, die er empfing, war negativ und legte ihm nahe, von seiner Bitte abzustehen, die ihrer Natur nach «grösste Verlegenheit» verursache. Mr. Lochner brauchte einige Zeit, bis ihm auf Grund seiner sonstigen Eindrücke in Washington klar wurde, dass diese Ablehnung nichts Zufälliges sondern Teil der offiziellen Politik war. Die ihr zugrundeliegende Haltung schloss nicht nur jede Ermutigung oder jeden Rat, um den die Männer der deutschen Opposition baten, aus; sie führte nicht nur dazu, die Möglichkeit einer amtlichen Fühlungnahme mit dem Berliner Widerstandszentrum zurückzuweisen. Darüber hinaus war vom Washingtoner Blickpunkt aus offenbar schon die blosser Anerken-

nung der Tatsache, dass in Deutschland oppositionelle Elemente existierten, die fähig und vorbereitet waren für die Übernahme der Regierung, sowie das Angebot authentischer Mitteilungen über diese Tatsache geeignet, «grösste Verlegenheit» zu verursachen.

Der dritte Versuch, eine direkte Verständigung oder zumindest eine Grundlage für eine gewisse Zusammenarbeit zu erreichen, führte gleichermassen zu einem Fehlschlag. Es ist bereits das Treffen erwähnt worden, das der Bischof von Chichester im Mai 1942 mit zwei deutschen Pfarrern in Stockholm hatte²¹. Der erste Besucher war Dr. Hans Schönfeld, der für den Weltrat der Kirchen und zugleich auch für das Aussenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland arbeitete, wodurch er in nahen Beziehungen zu Gerstenmaier stand. An der Echtheit seiner Gegnerschaft des Systems war nicht im mindesten zu zweifeln, sie wird von allen Nahestehenden bezeugt, ebenso von Dulles, der mit ihm in der Schweiz später zusammenarbeitete. Wenn er in jemandes «Auftrag» kam²², so am ehesten in dem der Kreisauer, die gerade ihre erste Zusammenkunft gehabt hatten. Auch der Bischof von Chichester wusste, dass er mit ihm auf sicherem und gemeinsamem Grunde stand.

Noch sicherer war er des zweiten Besuchers, Dietrich Bonhoeffer, der früher als Pfarrer der deutschen Kirche in London gewirkt hatte. Er kannte ihn persönlich von dieser Zeit her und wusste zudem, dass er all die Jahre eifriger Mitarbeiter des Bruderrates der Bekennenden Kirche gewesen war. Der Sohn eines führenden deutschen Psychiaters, hatte Bonhoeffer einem im geheimen organisierten theologischen Seminar vorgestanden und sich auch weitgehend politisch betätigt. An seiner unnachgiebigen Haltung bestand nicht der geringste Zweifel. Der Bischof wusste von den Worten, die Bonhoeffer bei einem Treffen der Opposition geäussert hatte, als ein Aufschub vorgeschlagen wurde, um nicht Hitler zu einer Märtyrer-Rolle zu verhelfen. Er sagte damals, wie in anderem Zusammenhang schon erwähnt worden ist: «Wenn wir Christen zu sein beanspruchen, dürfen wir keinerlei taktischen Rücksichten Raum geben.» Er fügte hinzu: «Hitler ist der Antichrist. Wir müssen daher weitergehen mit unserer Arbeit und ihn ausmerzen, einerlei ob er erfolgreich ist oder nicht.»

Bonhoeffer vertritt somit aufs klarste und reinste jenen Typ des Widerstands, der nicht zögerte, das sittliche Dilemma zu einer radikalen Lösung zu bringen, – ein Dilemma, das, wie schon früher gesagt, dem Gewissen der oppositionellen Elemente in anderen Ländern in keiner irgendwie vergleich-

baren Weise auferlegt war. Es ist eine weitere Äusserung von Bonhoeffer überliefert, die das zur vollen Evidenz bringt. Auf einer geheimen Kirchentagung in Genf im Jahr 1941 hatte er gesagt: «Ich bete für die Niederlage meines Vaterlandes. Nur durch eine Niederlage können wir Sühne leisten für die furchtbaren Verbrechen, die wir gegen Europa und die Welt begangen haben»²³. Es ist nicht überraschend, dass ein Mann von solchen Überzeugungen – wie auch die übrigen Mitglieder der Bonhoeffer-Familie, sein Bruder Klaus und die Schwäger Schleicher und Dohnanyi – Oster besonders nahestand²⁴. Als Dietrich Bonhoeffer nach Stockholm kam, war er mit Papieren ausgerüstet, die ihm die Abwehr beschafft hatte. Er hatte einen geistlichen sowohl wie einen offiziellen Auftrag für seine Mission.

Um so mehr beeindruckte es den Bischof, dass beide Pfarrer tatsachenmässig dasselbe sagten, obwohl keiner von des anderen Kommen wusste. Schönfeld benachrichtigte ihn zuerst von der Stärke und Zusammensetzung der oppositionellen Gruppen, von ihrem Fortschritt in Organisation und Vorbereitung während der letzten sechs Monate. Der Zweck, so sagte er, war die Ausmerzung des gesamten Nazi-Apparats, einschliesslich von Hitler, Himmler, Göring und Goebbels, wie von den Leitern der Gestapo, der SS und der SA. Eine neue Regierung sollte gebildet werden, in der alle oppositionellen Gruppen vertreten waren. Ihr Programm, über das er eine schriftliche Aufzeichnung übergab²⁵, sah vor: 1. ein weitgehend dezentralisiertes Deutschland, regiert nach den Geboten von «Gesetz und sozialer Gerechtigkeit»; 2. einen wirtschaftlichen Wiederaufbau «nach wahrhaft sozialistischen Grundsätzen statt derer einer selbstgenügsamen Autarkie» sowie enge Zusammenarbeit zwischen freien Völkern, deren wechselseitige Abhängigkeit sich als «die stärkst-mögliche Gewähr gegen den Rückfall in einen reaktionären europäischen Militarismus» auswirken werde; 3. eine europäische Föderation freier Staaten, einschliesslich einer freien polnischen und einer freien tschechischen Nation. Die Föderation sollte mit «einer gemeinsamen Exekutivgewalt» ausgestattet sein, unter deren Autorität eine «Europäische Armee für die dauernde Aufrechterhaltung europäischer Sicherheit» zu begründen sein würde.

Es ist aus diesen Angaben ersichtlich, dass Schönfeld für die Opposition im Ganzen zu sprechen sich mindestens bemühte. Es bestehen für seine Äusserungen sehr deutliche Ähnlichkeiten mit den Ideen der Kreisauer wie auch, bis zu einem gewissen Grade, mit denen Goerdelers. Auch entsprach es sicherlich einer gemeinsamen Überzeugung der meisten deutschen Oppo-

sitionellen, wenn Schönfeld zu dem Schluss kam: «Die grundlegenden Prinzipien nationalen und gesellschaftlichen Lebens innerhalb dieses Bundes freier europäischer Völker sollten ausgerichtet sein oder wiederausgerichtet werden nach den Fundamentalsätzen christlichen Glaubens und Lebens.»

Mit Bonhoeffer hatte der Bischof eine intimere Unterhaltung. In ihrem Verlauf empfing er Mitteilungen über die Hauptverschwörer, ihren Charakter und ihre politischen Absichten, die ihm vollstes Vertrauen einflössten, und die, wie man hinzufügen kann, völlig zutreffend waren. In Gesprächen zu dritt, die dann folgten, distanzierte sich Bonhoeffer offenbar etwas von dem Versuch Schönfelds, auf der gemeinsamen Gesinnungsbasis gewisse Minimalbedingungen für Deutschland zu sichern. Er wandte sich gegen die Möglichkeit eines zu leichten Auswegs: «Wir würden einer solchen Lösung nicht würdig sein. Wir wünschen nicht der Busse zu entgehen. Unsere Handlung muss als ein Akt der Busse verstanden werden.» Offenbar hat diese Erklärung, die der Bischof unterstrich (und die auch Schönfeld annahm), ihn aufs stärkste von der Aufrichtigkeit dieser Bundesgenossenschaft überzeugt. Fern aller politischen Absicht war sie eben darum ein echtes Politikum. Es wurde weiter unterstellt, dass alliierte Truppen Berlin zu besetzen haben würden. Der Bischof warnte zwar vor übertriebenen Hoffnungen und betonte, dass sowohl Amerikaner wie Russen mitzusprechen haben würden, erklärte sich aber bereit, die Botschaft zu übermitteln.

Ihr praktischer Kernpunkt war von Schönfeld dahingehend erläutert worden, dass es äusserst dringlich sei, zu wissen, «ob die Haltung der Alliierten gegenüber einem Deutschland, das sich von Hitler befreit hätte, eine andere sein würde, als die gegenüber einem Deutschland unter Hitler. Sonst bleibe nur weitere Zerstörung, Chaos und ein Nihilismus, der mit dem Fortgang des Krieges immer mehr an wachsen werde.» Der Bischof selbst fasste die Botschaft in zwei Fragen zusammen:

«1. Würden die alliierten Regierungen, wenn erst einmal das ganze Hitlerregime gestürzt worden sei, bereit sein, mit einer bona fide deutschen Regierung über einen Frieden der angedeuteten Art zu verhandeln, der den Rückzug aller deutschen Kräfte aus den besetzten Gebieten und Wiedergutmachung des Schadens einschliesse, und würden sie bereit sein, das privat einem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Opposition gegenüber zum Ausdruck zu bringen?²⁶ – Oder

2. könnten die Alliierten eine öffentliche Erklärung abgeben, die in durchaus klaren Ausdrücken eine solche Zusage mache?»

Nach seiner Rückkehr nach London legte der Bischof Sir Anthony Eden einen ausführlichen Bericht und Schönfelds schriftliche Aufzeichnung vor. Er erhielt die Antwort, dass einige der Namen, die Bonhoeffer genannt hatte, dem *Foreign Office* bekannt seien, und dass andere Mitteilungen oder Friedensfühler London auf dem Weg über sonstige neutrale Länder erreicht hätten. Mr. Eden erklärte weiter, dass man auch den Anschein von Verhandlungen ohne Beteiligung der Amerikaner und Russen vermeiden müsse, dass er aber die Angelegenheit in Erwägung ziehen werde. Es folgte ein erst kürzlich bekannt gewordener Briefwechsel zwischen dem Bischof und dem Aussenminister²⁷. Sir Anthony Eden bezweifelte nicht die ehrliche Überzeugung der beiden Pastoren. Er meinte aber, die Widerstandsbewegung in Deutschland habe noch wenig Beweise gegeben, dass sie existiere. Sie müsste erst einmal dem Beispiel der anderen unterdrückten Völker Europas mit aktiven Schritten folgen. Vergeblich wandte der Bischof ein, den anderen Völkern sei von den Alliierten Befreiung versprochen worden, den Deutschen aber gerade nicht. Es blieb bei dem Bescheid Anthony Edens vom 17. Juli, dass eine Antwort nicht dem «nationalen» Interesse entspreche.

Es ist nicht der Zweck dieser Studie, in eine allseitige Erörterung der rein negativen Haltung einzutreten, die von den westlichen Alliierten durch die Kriegsjahre hindurch beobachtet wurde. Man wird mehrere naheliegende Motive annehmen dürfen. Das eine von ihnen, ein Motiv der Diplomatie, das heisst die Sorge, die grosse Allianz durch Sonderverhandlungen selbst unverbindlicher Art zu gefährden, tritt deutlich genug hervor. Es würde sich freilich daraus nicht notwendigerweise eine Politik des «Nicht-Handelns» ergeben. Überdies kann ein solcher Gesichtspunkt schlechterdings nicht auf Trotts Schritt in Washington angewandt werden, der zurzeit amerikanischer Neutralität und der Nazi-Sowjet-Freundschaft unternommen wurde. Auch weisen weder die Eröffnungen, die durch Mr. Lochner gemacht wurden und die lediglich einen Rat erbat, noch diejenigen der beiden Pfarrer, die alle Vorbehalte des Bischofs bereitwillig annahmen, auf eine deutsche Absicht, die Front der Alliierten zu teilen, hin. Sie sind vielmehr Zeugnis der gleichen Sorge, von der schon Trotts Denkschrift sprach, der vor Chaos und Nihilismus. Vielleicht kann dies heute besser verstanden werden als in den Jahren 1940 und 1942.

Ein anderes mögliches Motiv des Misstrauens drängt sich auf. Musste nicht das einigermaßen überraschende Interesse, das Deutsche für den Wiederaufbau und die Gesundung Europas

sowie für eine dauerhafte zwischenvölkische Ordnung zeigten, den Verdacht erwecken, dass es sich dabei um eine getarnte «Friedensoffensive» von Militaristen und Nationalisten handle, die einige der Hitlerschen Gewinne in die Scheuern zu bringen suchten, ehe es zu spät war? Nun ist sicher richtig, dass von Hassell und Goerdeler sich in den frühen Jahren noch unter Illusionen bezüglich der erreichbaren nationalen Ziele befanden, die übrigens damals von den gleichfalls national argumentierenden Engländern offenbar als gar nicht so befremdend empfunden worden sind²⁸. Es ist die an Halifax übermittelte Denkschrift Hassells vom Februar 1940 erwähnt worden, nach der die Vereinigung Österreichs und des Sudetenlandes mit dem Reich «ausserhalb der Erörterung» bleiben und (während im Westen Versailles zu akzeptieren sei) die deutsch-polnische Grenze im Wesentlichen mit der Reichsgrenze von 1914 übereinstimmen solle. In einem Vorschlag, den Hassell im Herbst 1941 nach Washington gerichtet zu haben scheint²⁹, war der Anspruch auf das Sudetengebiet fallengelassen; für die Regelung des Korridorproblems schlug Hassell jetzt einen Gebietsaustausch vor, der Polen durch die Eingliederung von vier östlichen Kreisen von Ostpreussen einen Ausgang zur See geben sollte. Von Goerdeler ist bekannt, dass er noch im März 1943 neben der Erhaltung von Österreich und dem Sudetenland beim Reich – zwar Kolonialerwerb zurzeit für «verpasst» – aber eine Wiedergewinnung Südtirols für erreichbar hielt³⁰.

Auf der anderen Seite jedoch ist gezeigt worden, dass von Trott schon im Oktober 1939 nicht mehr als eine Garantie der Versailler Grenzen (im Osten und Westen) vorschlug. Es mag überraschend gewesen sein, wenn er in seiner Denkschrift hinzufügte, dass «Nationalismus von der Art, welche ihren äussersten Ausdruck im Nazitum findet, sich in Europa entschieden schon seit einiger Zeit in einer absteigenden Entwicklung befunden hat». Dies scheint eine paradoxe Behauptung. Sie ist aber durchaus sinnvoll, wenn man sich daran erinnert, dass die Hitler-Bewegung, trotz ihrer Kritik an den politischen Auffassungen des 19. Jahrhunderts, in vieler Hinsicht nur den verspäteten Gipfelpunkt und die krankhafte Übersteigerung jener Periode der Säkularisierung und Nationalisierung darstellt. Die Wahrheit der Behauptung, dass einige dieser Tendenzen eines verflossenen Jahrhunderts tatsächlich im Abnehmen begriffen waren, kann von jedermann bezeugt werden, der vor 1933 in Berührung mit den wahrhaft fortschrittlichen, neukonservativen und sozialistischen Kräften gewesen ist, die für anders gegründete Formen zwischenvölkischer Zusammenarbeit in Mitteleuropa wirkten. Eine solche Änderung, so

betonte Trott in einer noch ungedruckten Denkschrift vom November 1943³¹, die zu den «6 Friedenspunkten des amerikanischen Kirchenbundes» Stellung nahm, «liegt insofern im Zuge der Entwicklung wenigstens in Europa, als der Begriff des «Nationalstaats» in einer tiefgreifenden Wandlung begriffen ist, die durch den totalen Staat beschleunigt worden ist, sofern dieser den nationalen Staatsgedanken im alten Sinne, d.h. jenes Staatsideal, der sich auf eine völkisch und sprachlich möglichst einheitliche «Staatsnation» gründet, überspannt und innerlich ausgehöhlt hat». Er bekannte sich zum Prinzip der kulturellen Autonomie und zur Einschränkung der Staatssouveränität. Und er erklärte in der gleichen Denkschrift, den wesentlichsten und unmittelbarsten Beitrag zur «Friedensgestaltung von christlicher Seite» in der Bekämpfung der «Dämonien» zu sehen, «in der Überwindung der Massenexistenz durch eine christlich orientierte soziale Ordnung und in der Formung christlicher Persönlichkeiten».

In seinen Ausführungen, die er in Washington machte, hielt sich Trott zur Begründung seiner Ansicht von der absteigenden Kurve des Nationalismus mehr an konkrete Belege. Er nahm auf die Tatsache Bezug, dass Hitler den Krieg «durch die Hintertür» hatte einschmuggeln müssen und dass das deutsche Volk in den Jahren 1938-1939 sicherlich so wenig Kriegsenthusiasmus zeigte wie irgendeine andere Nation. Und ganz gewiss fand sich schlechterdings nichts «Nationalistisches» oder «Militaristisches» in den Plänen des Kreisauer Kreises, für den Trott der Sprecher in Angelegenheiten auswärtiger Politik war. Auch Bonhoeffer, der Verbindungsmann der Abwehr, der auf einer Schulderklärung und Busseleistung bestand, konnte kaum einem solchen Verdacht unterliegen. Und es war jedenfalls in London und vermutlich auch in Washington bekannt, wie wenig die Haltung von Militärs wie Beck oder von Diplomaten wie Weizsäcker im Jahr 1938 mit einer konventionellen Vorstellung von Militarismus und Nationalismus vereinbar gewesen war.

Die historische Betrachtung wird daher berechtigt sein, insoweit die Front des Vorwurfs geradezu umzukehren. Die Bedenken, die etwa Sir Anthony Eden erhob, waren von begreiflichen, aber eben doch rein auf «nationale Interessen» beschränkten Erwägungen diktiert. Ob man dabei so «national» war und so im Gedanken der Staatssouveränität befangen, dass die Befremdung über den «Landesverrat» der sich anbietenden Partner noch eine Rolle spielte, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls war man blind gegenüber dem im 19. Jahrhundert allerdings selten gewordenen Phänomen von Über-

Zeugungen, die Landesgrenzen und kriegführende Lager zu überbrücken suchten und nicht nur nationalen, sondern auch weitgefassten universalen Zielen sich verpflichtet fühlten.

Auch von Goerdelers – zum Teil allerdings erst 1943 nach London gelangten – Plänen gilt es, dass sie weit über nationale Gesichtspunkte hinausgingen. Sein früher erwähntes «Weltfriedensprogramm» von 1939 war nur ein erster Ansatz. Die ganze Vorstellung eines dezentralisierten und föderalisierten Deutschland sowie eines Staats mit genossenschaftlichem Aufbau bedeutete einen Bruch mit Leitideen des 19. Jahrhunderts und im Grunde schon eine Absage gegenüber der Idee politischer Souveränität, wie sie fast allen Gruppen der deutschen Opposition gemeinsam war. Aus solcher Einstellung heraus schrieb Goerdeler die Denkschrift vom Mai 1943 nieder, die er durch Wallenbergs nach London übermitteln liess und die eine «Europagemeinschaft» in den Grundzügen entwickelte³². Für den europäischen Staatenbund, so heisst es in einem «Friedensplan» vermutlich für britische Leser, werden innereuropäische Grenzen eine immer geringere Rolle spielen. So war denn nach der Planung der neuen Reichsregierung, wie Pechel sie in Stichworten wiedergibt³³, zusammen mit einem hündisch organisierten Deutschland eine Reihe anderer Unionen oder Föderationen in Europa in Aussicht genommen: ein Osteuropäischer Bund (Polen, Litauen, Lettland, Estland), ein Südeuropäischer, ein Balkan-, ein Skandinavischer Bund und so fort. Weiter gingen die Gedanken sehr deutlich in Richtung einer europäischen Union als Mitglied eines Weltbundes der Nationen. Auf diesem Wege sollte Europa sich einem Zustand wirtschaftlicher Einheit annähern, geschützt von einer europäisch zusammengesetzten Polizeitruppe. Für den Europäischen Bund wurde ein Präsident vorgeschlagen, der alle vier Jahre aus der Zahl der Staatsoberhäupter vom Rat zu wählen war. Der Rat sollte aus je zwei Vertretern der Mitgliederstaaten bestehen. Dazu trat eine Bundesversammlung, in der die einzelnen Unionen je fünf bis zehn Vertreter haben sollten. Der «Weltbund der Nationen» war in ähnlicher Weise nicht durch die Staaten, sondern durch die grösseren Gemeinschaften zu organisieren, von denen Europa eine sein sollte.

Es sind nicht die Einzelheiten dieser Vorschläge, sondern die darin zum Ausdruck kommenden Anschauungen, die uns hier interessieren. Niemand kann leugnen, dass in den Kreisen der deutschen Opposition ein inter-europäisches und internationales Gedankengut lebendig war, das allen Respektes würdig ist, wie immer es um die praktische Ausführbarkeit gegangen haben mag. Es handelte sich hier um Männer, die zur

Sicherheit Europas und der Welt beizutragen bereit waren durch grundsätzlichen Verzicht auf eine als gefährlich betrachtete Machtballung in der Mitte des Kontinents. Auch die Auflösung Preussens erschien manchen unter ihnen als Teil des Opfers zugunsten der Völkergemeinschaft, das von ihnen gefordert wurde. Man kann solche Ideen wohl mit keiner Anstrengung der Phantasie als getarnten Nationalismus oder als Umweg zu einer europäischen Hegemonie charakterisieren. Audi wurden sie nicht nur heraufbeschworen unter dem Druck äusserster Not. Ideen dieser Art erwachsen vielmehr aus editen deutschen Überlieferungen der vor-Hitlerischen Jahre.

Man wird gewiss verstehen können, dass in den Auswärtigen Ämtern der Alliierten wenig Neigung bestand, sich im Kriege mit weitgespannten Plänen zu befassen, die von der Gegenseite kamen und in denen eine radikale Konsequenz aus der sich immer deutlicher abzeichnenden deutschen Niederlage zudem noch kaum gezogen zu sein schien. Aber offenbar hing diese Abstinenz auch damit zusammen, dass es in der Tat «grösste Verlegenheit» verursachen musste, wollte man einen ursprünglichen Beitrag von Deutschen zu einem dauernden Frieden auch nur als möglich unterstellen oder irgendwelche Verhandlungen mit einem bona fide Partner auf deutscher Seite ins Auge fassen. Das würde eine völlige Umkehr der Propaganda bedeutet haben, die mehr und mehr auf der Gleichsetzung der Nazis und Deutschen bestand und insbesondere die These einhämmerte, dass deutsche militärische Führer (Militaristen), die unzweifelhaft einen Teil der Opposition bildeten, nicht weniger verabscheuungswürdig seien als die Hitlerleute. Überdies mochte die Anerkenntnis eines Partners, selbst wenn sie im Augenblick nur eine theoretische war, zu moralischen Verpflichtungen führen, die an das «Vor-Waffenstillstandsabkommen» von 1918 erinnerten.

An diesem Punkte deutet sich ein weiteres Motiv an, das die negative Haltung der westlichen Mächte stark beeinflusst zu haben scheint. Nicht nur sollte die Niederlage zur eindrucklichsten Anschauung gebracht und das deutsche Oberkommando gezwungen werden, die Kapitulation selbst zu unterzeichnen. Wie die Haltung von Beck und Witzleben erkennen lässt, würde es nicht weiter schwierig gewesen sein, diese Forderungen durchzusetzen. Aber darüber hinaus sollte jede Verpflichtung vermieden werden, die spätere Revisionsansprüche der Deutschen rechtfertigen mochte oder einem demagogischen Massenführer der Zukunft die Gelegenheit geben würde, die Alliierten des Betrugs zu bezichtigen. Viel besser war es offenbar, überhaupt keine Verpflichtungen einzugehen. Angesichts einer

der geschichtlichen Lehren, die der Fehlschlag von Versailles zu predigen schien, und angesichts der Vergessenheit, der andere «Lehren» anheimgefallen waren, kann man diesen Gedankengang sehr wohl verstehen. Freilich sollte er, indem man sich auf ihn versteifte, zu einer sich selbst widerlegenden Politik führen.

Ein Vorspiel dieser Wirkung trat schon in der Tragödie der *Atlantic Charter* zutage. Sie wurde am 14. August 1941 verkündigt und versprach – ohne im Übrigen in irgendwie detaillierte Verpflichtungen einzugehen – eine Politik, die erstens nicht nach Vergrößerung in Landbesitz oder in irgendeiner anderen Weise streben, die zweitens sich territorialer Veränderungen enthalten werde, sofern sie nicht in Übereinstimmung mit den frei geäußerten Wünschen der beteiligten Völker stünden, und die drittens das Recht aller Nationen, ihre eigene Regierungsform zu wählen, anerkennen werde. Es war die Rede von Rechten «aller Völker», «aller Nationen», oder «aller Menschen in allen Ländern der Welt». Auf dieser universalen Grundlage traten die «Vereinigten Nationen» (*United Nations*) im Januar 1942 zusammen. Jedoch sollte die *Atlantic Charter*, wie Winston Churchill betonte, keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Feindländern einschliessen. Dieser Kommentar bringt das selbstgeschaffene Dilemma der «Nichtfestlegungspolitik» zu klarem Ausdruck. Niemand würde damals zugegeben haben (obwohl Stalin es bald klarmachen sollte), dass besetzte Länder (wie die baltischen Staaten) oder Verbündete (wie Polen) durch Annexion und Vergrößerungspolitik bedroht sein könnten. Neutrale Staaten bedurften sowieso keiner Versprechungen. Auf wen aber bezogen sich dann die Zusagen der *Atlantic Charter*, wenn die Feindländer ausgeschlossen wurden? In der Tat war somit das Dokument seines Hauptinhalts bereits beraubt, lange bevor seine Ideale in der Rumpelkammer melancholischer geschichtlicher Erinnerungen verschwanden.

Was immer das verhältnismässige Gewicht der verschiedenen Motive, die das politische Verhalten der Alliierten gegenüber der deutschen Opposition bestimmten, gewesen sein mag, – klar ist, dass alle Annäherungsversuche und Friedensfühler zum Scheitern verdammt waren. Dies wurde gleichsam verbrieft und besiegelt, als zu Casablanca am 24. Januar 1943 die Forderung der «bedingungslosen Übergabe» zur offiziellen Anerkennung kam.

Der Bedeutung und der Auswirkung dieser Tatsache wenden wir uns nunmehr zu.

2. «Bedingungslose Übergabe»

Unter den vielen Mitlebenden und Nachlebenden, denen die Formel von Casablanca ein Stein des Anstosses war und ist, hatten wenige einen so naheliegenden Grund zur Beschwerde wie der Leiter des amerikanischen Nachrichtendienstes auf dem europäischen Festland, Allen Welsh Dulles. Wie zuvor erwähnt, traf er im November 1942 in der Schweiz ein. Zu seinen Hauptaufgaben gehörte es, die Lage in Deutschland zu erkunden und allen nur denkbaren Einblick in die Arbeit der Nazigegner und der Untergrundbewegung jenseits der Schweizer Grenzen zu gewinnen. Mr. Dulles leistete ohne Zweifel ausgezeichnete Arbeit. Es gelang ihm nicht nur, mit wohlunterrichteten politischen Refugees Verbindung aufzunehmen sowie mit Mitgliedern des Weltkirchenbundes und mit gelegentlichen Reisenden, die aus Deutschland kamen. Darüber hinaus stellte er enge Berührung mit aktiven Mitgliedern der Verschwörung selbst her, in erster Linie mit Gisevius, aber auch mit Waetjen, Strünk und durch ein Zwischenglied mit von Trott. In seinen chiffrierten Telegrammen gab er detaillierte Berichte über die «Brecher» (*Breakers*), wie er die Verschworenen nannte. Mit der Unterstützung von G. v. S. Gavernitz unterrichtete er Washington eingehend über die innere Situation in Deutschland, ja er war in der Lage, acht Tage vor dem 20. Juli einen Bericht zu senden, der bis in Einzelheiten hinein «dramatische Entwicklungen» voraussagte³⁴.

Es liegt nahe zu fragen, welchen Einfluss diese sehr ungewöhnlichen Berichte auf die Politik der Alliierten hatten. Der amerikanische Historiker Harold C. Deutsch hat diese Frage beantwortet, indem er ihr die drastische Form gab³⁵: «In welchem Washingtoner Papierkorb beschlossen diese Berichte ihr Dasein?» Mr. Dulles spricht naturgemäss mit grösserer Zurückhaltung von dem amtlichen Stillschweigen, wie sehr es ihn auch enttäuscht haben muss. Aber er macht kein Hehl daraus, dass die Casablanca-Formel nach seiner Meinung zu einer «Einfrierung» der alliierten Politik führte³⁶. In der Tat versah die Erklärung vom Januar 1943 nicht nur Dr. Goebbels (wie er selbst in seinem Tagebuch feststellte) mit ausgezeichneten Propagandawaffen, sondern im selben Zuge beraubte sie auch Mr. Dulles wirksamer Mittel psychologischer Kriegsführung. Und dies zu einer Zeit, wo die Unterscheidung zwischen Deutschen und Nazis von den Sowjets zum Beispiel durch Erklärungen Stalins und durch das sogenannte «National-Komitee Freies Deutschland», auf das noch zurückzukommen ist, bewusst ausgespielt wurde. Mr. Dulles stellt mit

Bedauern fest, dass, während Churchill und Attlee Ende Mai und Anfang Juli einen gewissen, wenngleich nichtssagenden Appell an die deutsche Opposition richteten, Washington sich in völliges Schweigen hüllte³⁷.

Diese Beschwerde bewegt sich indessen völlig im Rahmen taktischer Erwägungen, sie beklagt den negativen Propagandawert der Formel von Casablanca. Genau so war die militärische Kritik, die in der Umgebung General Eisenhowers geäußert wurde, von ausschliesslich technischem Charakter. «Schliesslich hat noch keine Übergabe bedingungslos stattgefunden», bemerkte Kapitän Harry C. Butcher in seinem Tagebuch³⁸. In einem späteren Eintrag fügt er hinzu: «Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, dass der Präsident und der britische Premier, und zwar der erstere vermutlich mehr als der letztere, in Casablanca General Grants berühmte Formel aufgegriffen haben, ohne der vollen Bedeutung gewahr zu sein, die sie für den Feind haben muss . . . Unsere psychologischen Experten glauben, es würde klüger sein, eine Stimmung der Geneigtheit zur Übergabe in der deutschen Armee zu schaffen ...» Es bedurfte für diese Annahme in der Tat nicht einer fachmännischen psychologischen Schulung, und man mag es als wahrscheinlich unterstellen, dass der technische Missgriff von Casablanca und der Mangel an Beweglichkeit, der aus der «Einfrierung» folgte, den totalen Sieg und das Ende des Krieges beträchtlich verzögert haben. Unter dem gleichen taktischen Gesichtspunkt machte die Politik der bedingungslosen Übergabe es sicherlich für die deutsche Opposition schwieriger, widerstrebende Generale zu sich herüberzuziehen.

Aber das Problem, um das es sich hier handelt, hat eine ganz andere Tiefendimension als die nur taktischer Erwägungen. Es rührt an sehr grundsätzliche Fragen, und nur wenn man das berücksichtigt, kann man voll verstehen, was die «Einfrierung» alliierter Politik für die deutsche Opposition gegen Hitler und für das Schicksal Europas im Ganzen bedeutet hat. Es mag sehr wohl so sein, dass die Casablanca-Formel in erster Linie dazu bestimmt war, die alliierte Moral zu stärken und der Koalition neue Energie einzuflössen oder die Sowjets zu beruhigen, von deren Gesichtspunkt aus der Feldzug in Afrika doch nur eine unvollkommene «zweite» Front darstellte. Und es wird als sicher anzunehmen sein, dass sie nicht schon eindeutige Kriegsziele oder die Festlegung auf einen punischen Frieden einschloss. Erst das Jahr 1943, in der Folge von Konferenzen über Trident und Quadrant, über die Moskauer Oktober-Konferenz bis zu Teheran im Dezember, sah

den Beginn der Ausfüllung des formalen Rahmens einer bedingungslosen Übergabe. Und der Morgenthau-Plan, der vorschlug, das industrielle Herz Europas vorwiegend auf Weidewirtschaft und Ackerbau umzustellen, wurde erst in Quebec im September 1944 offiziell unterschrieben. Selbst dann noch war Winston Churchill, wie bekannt geworden ist, nur schwer für diesen Akt des Wahnsinns, wie er es selbst ausgedrückt hat, zu gewinnen. Und Präsident Roosevelt gestand bald danach in einem Gespräch mit dem Secretary of War, dass «er nicht wisse, wie er dazu gekommen sei, jene besondere Sprache des Übereinkommens von Quebec mit seinen Initialen zu versehen». Es müsse, so sagte er, «ohne viel Nachdenken geschehen sein³⁹». Aber wenn er, wie Harry Hopkins immer wieder bemerkte⁴⁰, vom Gespenst Woodrow Wilsons gehetzt war und in Casablanca vor allem aufs Neue den Fehler der Festlegung hatte vermeiden wollen, auf die sich der Gegner etwa einmal berufen konnte, so ergab sich das Paradox, dass er gerade damit einen Kurs festlegte und einfrore, auf den sich die unbeherrschtesten und radikalsten Strafforderungen berufen konnten. So gab denn Casablanca im Grunde nur jener negativen Haltung die endgültige Form, die auch vorher schon zu beobachten ist und – sofern es sich um Prinzipien handelt – dazu bestimmt war, die diktatorische Gewalt der Sieger von jedweder Verpflichtung frei zu halten. Die Weigerung, irgendeinen deutschen Partner anzuerkennen, deutet logischerweise auf einen Leerraum voraus. In der Tat ist diese äusserste Konsequenz im japanischen Fall nur dadurch vermieden worden, dass man die «Bedingung bedingungsloser Übergabe» schliesslich beiseiteschob. Im deutschen Fall jedoch blieb es bei der Politik, keine vorherigen Verpflichtungen einzugehen, und sie führte schliesslich zudem denkbar vollständigsten militärischen Triumph. Aber genau so, wie diese Politik den Idealismus der *Atlantic Charter* besiegt hatte, so besiegte sie sich selbst, indem ihr Ergebnis in einem abermaligen Paradox allerschwerste Festlegungen einschloss. Da eine deutsche Regierung, welcher Art sie auch immer sei, nichts anderes zu tun haben sollte, als bedingungslos zu kapitulieren, so fiel alle Verantwortung, in der Tat eine «unbedingte» Verantwortung, auf die Alliierten. Victor Gollancz mit seinem untrüglichen Sinn für das Moralische hat diese Rückwirkung so formuliert: «Die Deutschen wurden aufgefordert, sich völlig in unsere Hände zu liefern ... Welch bindendere Verpflichtung lässt sich denken für Nationen, die sich zivilisiert nennen?»⁴¹ Dies kennzeichnet den Zirkel, in den die Politik bedingungsloser Übergabe geführt hat: Indem man versuchte, jedwede Verpflichtung zu

vermeiden, ist man tatsächlich solche der kategorischsten Art eingegangen.

Es versteht sich, dass keine Verhandlungen mit einer nationalsozialistischen Regierung oder einer von ihr ernannten Statthalterschaft möglich waren. Dieser Sachverhalt, so sollte man denken, verlieh der deutschen Opposition umso grössere Bedeutung, und zwar nicht nur für die Zwecke von Propaganda oder psychologischer Kriegsführung, sondern im Rahmen konstruktiver Politik. Stattdessen geschah, wie ein Amerikaner es sehr zutreffend ausgedrückt hat⁴², das Verhängnisvolle, «dass die Führer der Alliierten, genau so wie ihre Nazi-gegner, Opfer der eigenen Kriegspropaganda wurden, die darauf bestand, dass alle Deutschen in der gleichen Verdammnis waren». Ja, es kam so weit (oder man mag sagen, eine bittere Ironie der Geschichte sorgte dafür), dass die westlichen Mächte praktisch mit Hitler zusammenarbeiteten, – nicht nur mit seinen Anwürfen gegen die «ehrgeizige Clique» der Verschwörer, sondern letzten Endes auch mit dem Nihilismus eines Verächters des deutschen Volkes, der es bewusst darauf ablegte, ein Höchstmass von Zerstörung und Chaos zu hinterlassen. Die gleichen westlichen Mächte, die den aufrichtigen Wunsch hatten, demokratische Erziehungsarbeit zu leisten, fanden sich in der verwirrenden und paradoxen Situation, Erben eines diktatorischen Regimes und vieler seiner willkürlichen Methoden zu sein.

Die Haltung gegenüber der deutschen Opposition ist nur ein Teil dieses breiten Geflechts von Problemen, aber ein sehr symptomatischer Teil. Als Winston Churchill am 2. August 1944 im Unterhaus erklärte⁴³, es handle sich bei den Vorgängen des 20. Juli lediglich um Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reichs, sprach er ebensosehr gegen bessere Kenntnis und passte sich ebensosehr den Parolen von Hitler und Goebbels an, wie das bei den amerikanischen Propagandastellen der Fall war. Eine solche Haltung konnte nur zu schweren Rückschlägen führen. In der Tat sollte es nicht die Existenz, sondern vielmehr die Abwesenheit einer nazi-gegnerischen Schattenregierung sein, die schliesslich die «grösste Verlegenheit» verursachte. Gewiss waren viele ihrer ursprünglichen Mitglieder inzwischen getötet worden. Aber solange man daran festhielt, der Besatzungsarmee die Doktrin einzupflanzen, dass kein Deutscher vertrauenswürdig sei – und entgegen der besseren Einsicht mancher Stellen blieb dies die offizielle These noch für viele Monate –, solange war es äusserst schwierig, die positiven Kräfte, die sich in der deutschen Opposition gesammelt hatten, zur Wirkung zu bringen. Es erscheint

daher nicht unberechtigt, zu sagen, dass ein gut Teil selbstgeschaffener Problematik aus der negativen Haltung folgte, die in der Formel der bedingungslosen Übergabe ihren klassischen Ausdruck fand.

Zugleich ist es offenbar, dass Casablanca jede Hoffnung auf einen erträglichen Frieden, der von der deutschen Widerstandsbewegung noch gehegt werden mochte, abschnitt und dass danach weitere Fühlungen mit dem Westen, die unter diesem Gesichtspunkt unternommen wurden, nur noch sehr fraglichen Wert haben konnten. Vor diesem Zeitpunkt und bis ins Jahr 1944 hinein lässt sich schlechterdings kein Beweis dafür finden, dass die Verschwörer, wie man in London und Washington wohl argwöhnte, bestrebt gewesen seien, die alliierte Front zu spalten. Jetzt aber schien es, als ob ihre eigenen Reihen sich in eine westliche und östliche Gruppe aufsplittern würden. Nach einem Zusammentreffen mit von Trott berichtete Gaevernitz⁴⁴ über dessen Sorgen wegen der «koordinierten kommunistischen Tätigkeit» in Deutschland und wegen des rapiden «Abgleitens zur extremen Linken». Nach seinen Mitteilungen hatte Trott u.a. gesagt: «Konstruktive Gedanken und Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege kommen ständig von der russischen Seite, während die demokratischen Länder bezüglich der Zukunft Mitteleuropas keinerlei Vorschläge machen. Sozialistische Führer in Deutschland unterstreichen die Notwendigkeit, dieses Vakuum so schnell wie möglich zu füllen ... Wenn man sein Fortbestehen zulässt, so fürchten die deutschen Arbeiterführer, dass die Demokratien trotz ihres militärischen Sieges den Frieden verlieren werden und dass die gegenwärtige Diktatur in Mitteleuropa nur für eine andere eingetauscht werden wird.»

Diese Analyse von April 1944 hat den vollen Klang der Aufrichtigkeit und warnender Prophezeiung, aber sie zeigt in keiner Weise eine entschlossene Wendung zum Osten hin an, sondern eher die Sorge vor einem Preisgegebenwerden. Trott fügte daher praktische Vorschläge hinzu, wie die Demokratien ihren Einfluss auf die deutschen Arbeiter verstärken könnten. Im Ganzen war die Verschwörung, einschliesslich der gewerkschaftlichen und selbst der radikalen Elemente, wie früher bereits dargelegt worden ist, unzweifelhaft «westlich» im politischen Sinn des Wortes. Es ist gleichfalls erwähnt worden, dass am Ende des Jahres 1942 einige sozialistische Mitglieder sich gegen das Handeln oder für seine Aufschiebung erklärten, bis die westlichen Alliierten auf dem Festland gelandet wären. Der Sturz der Regierung dürfe nicht die Eroberung durch Russland und eine kommunistische Überflutung von ganz Eu-

ropa zur Folge haben. Auch die militärischen Führer der Opposition waren, wenn es denn zur Kapitulation kommen müsse, naturgemäss dafür, dass sie zuerst im Westen sich ereigne, womöglich mit der Aussicht, die Abwehr im Osten intakt oder sie gar mit dem Westen gemeinsam zu halten. Auch Stauffenberg selbst soll nach einem Gestapo-Bericht im Frühjahr 1944 Verbindung mit England, vielleicht auch mit Amerika aufgenommen haben mit Friedenszielen ähnlich denen Goerdelers⁴⁵. Er hoffte wohl noch, dass die Invasion sich vermeiden lasse oder abgeschlagen werden könne und dass dann für eine neue Regierung der psychologische Moment da sei. Das waren Illusionen, ebenso wie die Erwägungen Becks und Goerdelers über Waffenstillstand im Westen und ein Öffnen der Front einschliesslich der Landung alliierter Fallschirmtruppen an deutschen Schlüsselpunkten oder die noch weitergehenden Vorschläge, die Gisevius im Mai 1944 an Dulles übermittelte⁴⁶. Sie sahen alliierte Landungen bei Bremen und Hamburg sowie die Besetzung von Berlin durch drei alliierte Luftlandedivisionen vor.

Das waren gewiss Gedanken, die weder ausführbar sein noch auf Resonanz rechnen konnten, sie verdienen Erwähnung indessen als Zeichen der Bereitschaft zu verantwortlichem Handeln und zum Beenden des sinnlosen Blutvergiessens durch einseitige Kapitulation, eben damit aber auch als Zeichen entschlossener westlicher Option, man darf wohl sagen, einer Entscheidung für Europa gegen Asien.

Daneben läuft eine andere Linie, ohne dass sie erlaubt, von einem östlichen Lager und einer Aufspaltung der Opposition zu sprechen. Was zur Erörterung stand, war die Frage, ob Möglichkeiten nach der Sowjetseite sich ergaben, die es erleichtern würden, durch Abschluss mit Stalin zum allgemeinen Frieden zu kommen. Das letztere wird als Ziel auch von Dulles unterstellt⁴⁷. Je nach der Reihenfolge der Schritte sollte daher Schulenburg neben Hassell als möglicher Aussenminister einer neuen Regierung in Bereitschaft gehalten werden. Aber auch Trott war dafür, «jeder auch noch so ungewissen Möglichkeit nachzugehen, die sich bietet»⁴⁸. Und Liassel war zwar voll tiefer Sorge über eine etwaige Verständigung Stalins mit Hitler, wollte aber auch für die Opposition den russischen Stein nicht aus dem Spiel nehmen. «Es gibt eigentlich nur noch diesen einen Kunstgriff», schrieb er im August 1943⁴⁹, «entweder Russland oder den Angloamerikanern begreiflich zu machen, dass ein erhalten bleibendes Deutschland in ihrem Interesse liegt. Tatsächlich liegt eine gesunde europäische Mitte im Interesse sowohl des Ostens wie des Westens. Ich ziehe bei diesem Mühlespiel das westliche Spiel vor, nehme

aber auch die Verständigung mit Russland in Kauf . . .» Er verzeichnete ausdrücklich das Einverständnis mit Trott im Gegensatz zu den «theoretisch-moralischen» Bedenken der anderen. Es ist klar, dass für sie beide dies Mühlespiel taktisch gedacht war, – mit der Hoffnung, die erwünschte Bereitschaft des Westens um so eher zu erreichen, wenn die Opposition einen östlichen Stein im Brett hatte. Zu wirklichen Verhandlungen ihrerseits auf dieser Linie ist es indessen nicht gekommen⁵⁰.

Es wird hinzuzufügen sein, dass auch die Annäherungsversuche von sowjetischer Seite und die Versuche propagandistischer Einwirkung auf die deutsche Opposition im Sinne einer «nationalen» Allianz wesentlich den gleichen, nur umgekehrten taktischen Sinn gehabt haben. Das gilt von den Fühlungen, zu denen es auf Sowjet-Initiative hin in Stockholm zwischen Peter Kleist, einem Adlatus Ribbentrops, und einem Mittelsmann der russischen Diplomatie (Clauss) gekommen ist. Sie fanden im Dezember 1942 sowie im Juni und September 1943 statt und sind auch Schulenburg, Trott und Hassell bekannt geworden. Hitler liess sie ins Leere laufen⁵¹. Für die russischen Absichten ist die Art recht aufschlussreich, wie Clauss nach den Teheraner Erfolgen die Aktion abschrieb: die amerikanischen Angebote seien so grosszügig gewesen, dass Deutschland nicht mehr mitbieten könne. Und er fügte hinzu: «Das trojanische Pferd, mit dem Stalin die amerikanische Festung gestürmt habe, sei die Drohung mit dem ‚Nationalkomitee freies Deutschland*‘ gewesen.»⁵² Auch dieser «Mohr», wird man sagen dürfen, hatte Ende 1943 schon «seine Schuldigkeit getan».

In der Tat war das Nationalkomitee⁵³ sehr wesentlich als diplomatische Waffe gedacht. Sein Propaganda-Effekt an der Front war verschwindend gering, wie geschickt auch immer die nationale und freiheitliche Tarnung gewesen sein mag. Eben das machte das Einschwenken der kommunistischen Gruppen in Deutschland auf diese Linie eher schwierig⁵⁴. Verbindungen aber zu den zivilen oder militärischen Führern der innerdeutschen Opposition bestanden nicht, auch nicht in der Form indirekter Einwirkung. Stauffenberg soll geäussert haben, er halte nicht viel von «Proklamationen hinter Stacheldraht», und nach ausdrücklichem Zeugnis schlug die Nachricht vom 20. Juli beim Nationalkomitee «so unerwartet wie eine Bombe ein»⁵⁵. Ebenso wie die Beziehung Kleists zu seinem russischen Verbindungsmann nach Teheran inhaltlos wurde, so dürfte auch bezeichnend sein, dass im ganzen Frühjahr und Sommer 1944 das Nationalkomitee in der sowjetischen Presse nicht mehr erwähnt wurde⁵⁶.

Nach alledem werden die östlichen Fühlungen oder Erwägungen der Opposition ganz gewiss nicht im Sinne einer sowjetfreundlichen Orientierung missverstanden werden dürfen. Auch hier ist es wiederum Gisevius gewesen, der Dulles zu einer Fehldeutung Anlass gegeben hat. Zwar stellte der amerikanische Beobachter fest, dass im endlichen Ergebnis keine Meinungsverschiedenheit innerhalb der Verschwörer bezüglich östlicher oder westlicher Orientierung bestand, und dass sie alle dessen gewahr zu werden begannen, es könne sich nur um «bedingungslose und gleichzeitige Übergabe» handeln. Und doch behauptet er, dass sie über der Frage auseinanderfielen, «ob man ostwärts zum Kommunismus oder westwärts zur Demokratie hinblicken solle», und dass diese Bedrohung ihrer Einigkeit andauerte «bis zur letzten Minute»⁵⁷. Überdies verwischt er die Linien des Bildes, indem er die westliche Gruppe «militärisch» und «revolutionär», die östliche hingegen «evolutionär» nennt. Diesem Urteil liegt offenbar eine Überbetonung der Moltkeschen These zugrunde, dass «Hitler und seine Helfershelfer vor der Geschichte und dem deutschen Volke den bitteren Kelch der Niederlage selbst auskosten sollten»⁵⁸. In Wirklichkeit befürwortete der Kreisauer Kreis keineswegs, wie wir sahen, schlechthin Untätigkeit, auch war er sicherlich weit mehr «revolutionär», zum mindesten in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, als die anderen nicht-kommunistischen Elemente der Opposition. Moltke und seine Freunde waren bereit, das Sowjet-Experiment in vieler Hinsicht sehr ernst zu nehmen.

Auch von Trott ist das bekannt. Er legte die ihm besonders wichtigen Grundgedanken seiner Politik in einer Denkschrift «Deutschland zwischen Ost und West» nieder, die leider verlorengegangen ist⁵⁹. Sie wird sich nicht auf die politisch-diplomatische Mittellage beschränkt, sondern ihren Schwerpunkt im Kulturellen und Sozialen gehabt haben. Im Sinne eines gesellschaftspolitischen Programms ist von Trott die Formel überliefert, es gelte, «das Realprinzip des Ostens mit dem Personalprinzip des Westens zu vereinen»⁶⁰. Es ist das genau die gleiche Verbindung oder Mittelstellung, die sich uns auch aus der Erörterung des Kreisauer Gedankenguts ergab und die in der Tat über alles Taktische hinausgreift. Wenn Trott in den früher erwähnten Mitteilungen, die er im April 1944 an Dulles gelangen liess, mit der Ausmalung kommunistischer Tätigkeit in Deutschland und der sowjetischen Propaganda den Westen zu konstruktivem Handeln drängen wollte, so hat er schon in den Tagen vor Casablanca seine Grundgedanken in einer anderen, direkt an Dulles gerichteten Denk-

Schrift dargelegt, die allerdings nicht hätte als sowjetfreundlich gedeutet werden sollen. Sie ist vielmehr, weiter gedacht, mit ihrer Vorhersage entscheidender Entwicklungen auf dem sozialen viel mehr als auf dem militärischen Gebiet und mit ihrer Hoffnung auf eine Volksbewegung gegen die kommunistische und atheistische Diktatur noch heute von Bedeutung. So mögen einige Zitate aus ihr hier stehen⁶¹.

Von Trott ging von den enttäuschenden Erfahrungen aus, die in allen Gesprächen mit dem Westen gemacht worden waren. Er betonte insbesondere die Unfähigkeit der westlichen Mächte zu verstehen, dass die Deutschen selber ein unterdrücktes Volk seien, das in einem besetzten Gebiet lebe, und dass die Opposition sich grössten Gefahren aussetze, indem sie auf ihrer Tätigkeit beharrte. Das Ergebnis sei, so fuhr Trott fort, dass «die Opposition die angelsächsischen Länder von bürgerlichen Vorurteilen und pharisäischen Theorien erfüllt sieht». Es besteht eine starke Versuchung, sich nach Osten zu wenden. Der Grund [dafür] ist der Glaube an «die Möglichkeit einer Verbrüderung zwischen dem russischen und dem deutschen Volk, wenngleich nicht zwischen ihren gegenwärtigen Regierungen. Beide Völker haben mit der bürgerlichen Denkweise gebrochen, beide haben tief gelitten, beide wünschen eine radikale Lösung der sozialen Fragen, die über nationale Grenzen hinausgeht, beide sind auf dem Wege der Rückkehr zu den religiösen, wenn auch nicht den kirchlichen Überlieferungen des Christentums. Der deutsche Soldat hat Achtung, nicht Hass, für den Russen. Die Opposition glaubt, dass die entscheidende Entwicklung in Europa auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet stattfinden wird. Wenn der Feldzug in Russland nach der Zurückwerfung der deutschen Armeen zu einem gewissen Stillstand kommt, kann sich eine revolutionäre Lage auf beiden Seiten ergeben. Eine Verbrüderung zwischen deutschen und den eingeführten fremden Arbeitern ist gleichfalls ein wichtiger Faktor. Hitler ist gezwungen gewesen, sich um die Arbeiterklasse zu bemühen, und hat ihr zu einer zunehmend starken Stellung verholfen; das Bürgertum, die Intellektuellen und die Generale verlieren mehr und mehr an Bedeutung. Hitler wird fallen, und die Bruderschaft der Unterdrückten ist die Grundlage, auf der ein völlig neues Europa aufgebaut werden wird.»

Es war dies die gleiche visionäre Idee einer «Bruderschaft der Unterdrückten», die schon in Moltkes Gedanken einer Wiederherstellung des Menschenbildes und in der Verbindung mit christlichen Gruppen in anderen besetzten Gebieten vorausklang. Stauffenberg hing ihr in besonderem Sinne an, wie

schmal auch die Basis für solch eine Hoffnung gewesen sein mag. Beispiele der Verbrüderung mit Fremdarbeitern fehlen immerhin nicht. Und Stauffenbergs Versuch, die russischen Freiwilligen, die auf deutscher Seite dienten, vor dem Missbrauch als Kanonenfutter und als Werkzeuge deutschen oder russischen Nationalismus zu bewahren, bringt diese grundlegende Konzeption zu voller Klarheit¹⁵². So ist es denn an diesem Punkt, dass noch einmal und im Widerspruch zu allen Missdeutungen die innerste Triebkraft, die der deutschen Opposition einen besonderen Rang verleiht, sichtbar wird. Sie stand und fiel mit einer prinzipiellen Stellungnahme gegen jede Art von totalitärem System, mit einem grundsätzlichen Bestehen auf den Leitgedanken europäischer Zivilisation, auf menschlicher Würde, auf den religiösen Überlieferungen des Christentums und den unabdingbaren Werten humaner Existenz. All dies war ausgerichtet gegen die anonymen Kräfte entmenschlichter sozialer und politischer Systeme. Wenn man dies betont, so wird man freilich zugleich zugeben müssen, dass die deutsche Opposition geringe Unterstützung fand in sogenannten Realitäten, weder in denen des Westens noch in denen des Ostens. Sie focht einen Kampf europäischer Vorhut gegen alle Hoffnung und ohne Aussicht auf unmittelbaren nationalen oder sozialen Gewinn.

So war in der Tat die Lage nach dem Januar 1943, welche Auswege auch immer versucht oder welche verzweifelten Anstrengungen gemacht werden mochten. Im Grunde gab es keine Chance, und nichts blieb übrig als das Notwendige zu tun. Mr. Dulles fasste das selbst in durchaus zutreffender Weise zusammen, wenn er feststellte⁰³: «Von Schweden wie auch von der Schweiz, ja von Spanien, der Türkei und dem Vatikan mussten die Verschwörer erfahren, dass sie auf keinerlei Versprechungen seitens der Alliierten rechnen konnten, dass sie, wenn sie dazu bereit waren, vorangehen mussten, nicht in der Hoffnung auf bessere Friedensbedingungen, sondern lediglich, weil die Pflicht der Reinigung des eigenen Hauses eine absolute war. Es bestand kein Rückhalt in der Hilfe und den Versprechungen anderer.» In der Tat: Während alle sonstigen Untergrundbewegungen über Europa hin reichliche materielle wie psychologische Unterstützung erfuhren und sehr konkrete Belohnungen in Reichweite hatten, war die deutsche allein völlig auf ihre eigenen Kraftquellen angewiesen. Diese waren nur an der Oberfläche militärisch, im Prinzip waren sie geistiger und religiöser Art. Von dieser Grundlage aus konnte Mord als sittliche Pflicht aufgefasst werden, als eine Pflicht, den deutschen Namen zu reinigen und die Welt vom Übel zu er-

ZUSAMMENFASSUNG

Wenn man den Versuch macht, das Wesentliche der hier behandelten Vorgänge in einer Art von Bilanz zu würdigen, so müssen einige Fragen offengelassen werden. Nicht nur Tatsachenfragen, die vielleicht niemals voll aufzuklären sein werden, sondern auch Fragen der Beurteilung, die über die Zuständigkeit des Historikers und wohl über die sterblicher Menschen überhaupt hinausgehen. Es wird demgemäss hier weder ein Richteramt angemasst, noch die Rolle des Staatsanwalts oder des Advokaten in Anspruch genommen. Allein schon die Achtung vor dem Ernst und dem umfassenden Charakter der in Betracht kommenden Probleme war (neben vielen anderen Gründen) Anlass genug, diese Studie nicht als Verteidigungsschrift zu unternehmen und sie in keiner ihrer Phasen als solche zu betrachten. Auch steht es nicht dem Historiker zu, von sich aus zu entscheiden, ob und bis zu welchem Grade die Ausdehnung und die Eigenart der deutschen Opposition gegen Hitler sozusagen «mildernde Umstände» begründen in der Abrechnung mit dem, was das Dritte Reich Millionen von Menschen angetan und was es an Verheerungen hinterlassen hat. Es mag genügen, daran zu erinnern – und dies ist vielleicht wichtiger als irgendeine Feststellung, die man heute vom Schreibtisch aus machen könnte –, dass die leitenden Männer der Verschwörung selbst, Geistliche sowohl wie Laien, und zwar mitten im Sturm der Ereignisse und der Erprobungen, für den Gedanken der Sühne lebten und starben. In einem Abschiedsbrief, den Goerdeler im Gefängnis schrieb, drückte er den gleichen Gedankengang aus, den man in so vielen anderen Dokumenten des deutschen Widerstandes findet. Er schloss den Brief mit den Worten¹: «Die Welt aber bitte ich, unser Märtyrerschicksal als Busse aufzunehmen für das deutsche Volk.»

Nicht im Hinblick auf die metaphysische oder politische Seite dieses Appells, sondern um der geschichtlichen Gerechtigkeit willen ist diese Studie vor zehn Jahren begonnen worden. Ihr nächstes Anliegen war daher, Tatsachen zur Klarheit zu bringen, die damals einem breiteren Publikum weithin unbekannt waren und die auch in den Jahren danach kaum je in ihrer Vielfalt, in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung, vorgelegt worden sind. Wie in jeder geschichtlichen Studie bedürfen diese Tatsachen zudem der Einordnung in wei-

tere Zusammenhänge sowohl wie auch der immer erneuten kritischen Überprüfung, insoweit es sich um die zugrundeliegenden Quellen handelt. All dies gehört zum rechtmässigen Arbeitsfeld des Historikers. Und es wird im Hinblick auf die Forschung eines Jahrzehnts gesagt werden können, dass innerhalb der Grenzen reiner Tatsachenfeststellungen ein verhältnismässig breites Gebiet nunmehr als gesichert betrachtet werden darf und aus der Atmosphäre des Getarnten und Verfeimten, die es umgab, wie auch der des verzerrenden Einflusses, den Parteistreit, Leidenschaft, Ressentiment und politische Propaganda jedweder Art naturgemäss gehabt haben, herausgehoben ist.

Einige wenige Ergebnisse solcher Art mögen kurz zusammengefasst werden. Die deutsche Opposition gegen Hitler war nicht nur zahlenmässig verbreiteter, als vielfach zugestanden worden ist, sondern auch sehr viel ausgedehnter, als unter den Bedingungen des Terrors erwartet werden konnte. Sie entwickelte sich nicht nur durch verschiedene Stufen der Nicht-Gleichschaltung und Nicht-Übereinstimmung hindurch: von der Feindseligkeit, die hinter Gefängnismauern und Stacheldraht erstickt wurde, und dem Schweigen einer potentiellen Opposition, vom humanitären Protest und der geheimen Hilfe, die Opfern der Verfolgung gewährt wurde, zur Gegenpropaganda der Illegalen, zu ihrer Untergrundtätigkeit, zum geistig-religiösen Angriff auf die Grundgedanken aller totalitären Systeme, zu aktivem Planen und politischem Widerstand.

Darüber hinaus kann festgestellt werden, dass die deutsche Opposition schon lange vor dem Krieg in bestimmten Formen Gestalt gewann und dass sie ihren ersten Höhepunkt in einem Versuch erreichte, dem Kriege vorzubeugen. Es war nicht erst die drohende Niederlage, die sie zum Handeln trieb; im Gegenteil, einige ihrer führenden Männer waren überzeugt, dass ein Sieg Hitlers, ein Sieg des «Erzfeindes der ganzen Welt» und des Antichrist, die grösste aller möglichen Katastrophen sein würde; sie waren dieser Überzeugung – wie auch der von der äusseren Unmöglichkeit eines solchen Ausganges – bereits zu einer Zeit, als ein deutscher militärischer Sieg vielen noch durchaus wahrscheinlich erschien. Während die scharfe Schneide, die «Vorhut» der Opposition militärisch war, wie es unter einem totalitären System nicht anders sein kann, wurde ihr «Körper und Geist» vom Politischen und Ethischen her bestimmt. Wenngleich die Verschwörung durch führende Männer bestimmter gesellschaftlicher Gruppen geleitet wurde, so umfasste sie doch alle sozialen Elemente, bürgerliche und

militärische, aristokratische und proletarische, geistliche und weltliche. Sie brachte aus ihren Reihen eine Anzahl von Persönlichkeiten hervor, die fähig und bereit waren, die Regierung Deutschlands in den Provinzen und Städten sowohl wie in der Zentrale zu übernehmen; sie unterhielt mit dem Ausland Fühlung und hat es an Warnungen sowohl wie an Beweisen ihrer Existenz nicht fehlen lassen. Während die Opposition aus naheliegenden Gründen keine Massenbewegung sein konnte, war sie doch ausgerüstet mit einem Netzwerk von Zellen und mag hier und da bis in die kleinen Gemeinschaften hinuntergereicht haben. Überdies hatte sie ein konkretes Programm, das zwar nicht für alle zugehörnden Elemente bindend war, das aber von einer breiten Koalition oppositioneller Kräfte angenommen wurde und weit hinaus ging über bloss negative Ziele.

Mit der Analyse dieses positiven Programms, der Motive, der bestimmenden Zwecke und der leitenden Gedanken der deutschen Opposition wechselt die Aufgabe des Historikers von der Tatsachenfeststellung in die der Deutung hinüber, die der wichtigere und zugleich naturgemäss der schwierigere Teil seines Anliegens ist. Immerhin hat auch in diesem Betracht der Grund erheblich an Festigkeit gewonnen. Man sollte das in seiner Bedeutung für das geschichtliche Bild der jüngsten Epoche nicht unterschätzen, auch wenn inzwischen auf gesicherterem Boden neuer Streit sich erhoben hat, so über den «realpolitischen» Gehalt des Programms, über restaurative oder revolutionäre Züge, wie über die Grundsatzfragen des Widerstands, zu denen im Vorwort wie an entscheidenden Punkten des Textes Stellung genommen worden ist.

Es wird daher, um des Abstandes und zugleich doch auch einer bestimmten Gegenwartsaktualität sich zu vergewissern, die als solche in der Haltung von Deutschen vorgelebt worden ist, gut sein, noch einmal für einen Augenblick daran zu erinnern, welches Ausmass die Entstellungen und Vorurteile gegenüber dem Phänomen der deutschen Opposition um 1945 tatsächlich angenommen hatten. Es ist unbestreitbar, dass insbesondere angelsächsische Verlautbarungen, nachdem sie einmal ihr Vorhandensein hatten zugeben müssen, sie weitgehend karikierten und die «Offiziere» in einer Weise angriffen, die fast auf ein Bündnis mit Hitler hinauslief. In der Tat fanden sich in leitenden Zeitungen erschütternde Zeugnisse dieser seltsamen Allianz.

Es mag genügen, aus einigen Leitartikeln zu zitieren, die den Sinn des 20. Juli der amerikanischen Öffentlichkeit erläuterten. Am 9. August stellte die *New York Times* fest, dass die

Einzelheiten des Attentates eher an «die Atmosphäre der finsternen Verbrecherwelt» erinnerten als an die, welche «man normalerweise in einem Offizierskorps eines Kulturstaates erwarten würde». Ein ganzes Jahr lang, so bemerkte die *Times* in vorwurfsvollem Tone, hatten einige der höchsten Offiziere der deutschen Armee sich mit Plänen beschäftigt, «das Oberhaupt des Staates und den Oberstkommandierenden seiner Armee gefangenzusetzen oder zu töten». Schliesslich führten sie ihren Plan aus «mit einer Bombe, der typischen Waffe der Verbrecherwelt. ..». Einige Tage früher (i. August) hatte die *New York Herald Tribune* geschrieben: «Wenn der Hitlerismus seine letzte Verteidigungsstellung bezieht, indem er die militärische Tradition zerstört, dann nimmt er den Alliierten einen grossen Teil ihrer Arbeit ab.» Am 9. August fügte die gleiche Zeitung die folgende Würdigung hinzu: «Amerikaner werden im allgemeinen nicht bedauern, dass die Bombe Hitler verschont hat, auf dass er seine Generale erledige. Amerikaner haben nichts übrig für Aristokraten als solche und am wenigsten für diejenigen, die dem Gleichschritt (goosestep) huldigen und, wenn es in ihre Pläne passt, mit niedriggeborenen, pöbelverbundenen Korporalen Zusammengehen. Mögen die Generale den Korporal töten oder umgekehrt, am liebsten beides.»

Es besteht ein beträchtlicher Abstand zwischen den ethischen Vorstellungen dieser Leitartikel und denen der Männer – viele unter ihnen in der Tat Offiziere und Aristokraten –, die es als ihre Pflicht ansahen, die Bande der gewohnten Loyalität zu zerbrechen und das Staatsoberhaupt «gefangen zu setzen oder zu töten». Das Problem des Militarismus sollte gewiss nicht leichtgenommen werden. Aber das Scheinbild, das um dies geschichtliche Phänomen herumgewoben worden ist, hat unerträgliche Verallgemeinerungen mit sich geführt. Sie sind schlechterdings nicht zu vereinbaren mit dem Geist, der aus den Zeugnissen der deutschen Oppositionsbewegung spricht. Aus ihnen ergibt sich vielmehr, dass die Überlieferungen eines «echten preussischen Militarismus», soweit sie noch in Nazideutschland vorhanden waren, durchaus eine Schranke gegen nationalistische und demagogische Ausschreitungen bildeten. Vielleicht besteht eher Anlass zum Bedauern, dass nicht mehr vom Grundbestand dieser Traditionen den Zeitgeist überlebt hatte. Wie immer dies sein mag, die leitenden militärischen und aristokratischen Mitglieder der Verschwörung waren gewiss nicht in eng gefassten Begriffen ihres Berufes und ihrer Kaste befangen, sie dachten sehr weitgehend in denen der Wiederherstellung menschlicher und übernationaler Werte. Die stärkste Kraft, die sie trieb, waren moralische und

170

religiöse Impulse. Es wird nicht nötig sein, die Gedanken und Taten hier wiederholend zusammenzufassen, die eine solche Deutung unterstützen.

Hingegen muss ein verwandter Gesichtspunkt in diesem abschliessenden Überblick kurz berührt werden. Er betrifft die aristokratischen und konservativen Elemente oder die restaurativen Tendenzen innerhalb der deutschen Opposition und greift damit von der Abwehr alter Missverständnisse in die gegenwärtige Erörterung hinüber. Eine rein soziologische Betrachtungsweise führt nicht sehr weit in der Erhellung dieses Problems, das, wie dargelegt worden ist, mit Klassenunterscheidungen so auffallend wenig zu tun hat. Aber auch mit der Betonung des Generationenwandels, mit der Unterscheidung zwischen denjenigen, die, in ihrem Geschichtsbewusstsein unerschüttert, noch an einem Wunschbild besserer Vergangenheit hingen, sei es des kaiserlichen, sei es des Weimarer Deutschland, und denen, die «Revolution machen» wollten, ist es nicht getan. So sehr dieser Unterschied eine Realität war, so wenig gibt er den Schlüssel der Würdigung in die Hand. Keiner der Alten – und ganz gewiss nicht Goerdeler – war «unerschüttert» oder reaktionär in dem Sinne, dass er nicht von der Notwendigkeit eines tiefgreifenden Neuansatzes überzeugt gewesen wäre, – keiner der Jungen wollte eine gewaltsame Umschaffung, wie sie die Sowjets durchgeführt hatten oder Hitler mit seiner Unterminierung aller historischen Strukturen betrieb. Aristokratisches, d.h. verantwortliches Führungdenken und eine konservative Freiheitsidee war in beiden Lagern vertreten.

Auch hier wird es, um gewisser terminologischer Schwierigkeiten willen, angezeigt sein, noch einmal auf den Ausgangspunkt dieser Studie zurückzugreifen, insoweit sie der Abwehr bestimmter amerikanischer Missdeutungen galt. Es liegt auf der Hand, dass für Betrachter in den Vereinigten Staaten die Würdigung des aristokratischen Elements durch jahrhundertealte demokratisch-egalitäre Traditionen erschwert wird und die des konservativen durch einen Wortgebrauch, der von dem in Europa üblichen erheblich abweicht. Das ist hier nur insoweit zu berühren, als es für eine Würdigung der deutschen Opposition Bedeutung hat. Amerikaner, die über dieses Thema mit Sympathie schreiben, werden geneigt sein, die energischsten Gegner der Nazis allgemein hin «Liberale» zu nennen, während es sich im europäischen Wortsinn um radikale Sozialisten oder radikale Konservative handeln mag, in jedem Fall um Männer, die staatliche Tyrannei sowohl wie unbeschränkten Individualismus bekämpften. Es gibt ja seit den Tagen

Edmund Burkes eine Freiheitsbewegung gegen Gewaltherrschaft – sei es eine der alten Autoritäten oder eine im Namen einer revolutionierten Masse –, die unter konservativem Vorzeichen steht. Umgekehrt hat in den Vereinigten Staaten dieses Wort sich an die Nachfahren des klassischen Liberalismus geheftet, die gegen jeden staatlichen Eingriff in die persönliche oder wirtschaftliche Sphäre sind. Gerade dieser Sprachgebrauch sollte es möglich machen – ebenso auch für den deutschen Betrachter –, zu verstehen, wenn auch nicht als Verdikt hinzunehmen, dass die Fronten innerhalb der deutschen Opposition sehr anders verliefen. So sahen, wie erwähnt, gerade die Kreisauer Aristokraten und andere Konservative sowohl wie ihre sozialistischen Freunde in Goerdeler wegen seiner «liberalen» Hinneigung zu den freihändlerischen und bürgerlichen Idealen des 19. Jahrhunderts einen «Reaktionär».

Diese Verschiedenartigkeit im Gebrauch von Begriffen sollte nicht die klaren Linien verwischen, aber sie gibt vermehrten Anlass, einseitige Verallgemeinerungen zu vermeiden. In der Tat nahmen Liberale, Sozialisten und Konservative an der deutschen Opposition teil in verschiedenen Mischungsgraden, aber alle irgendwie vom Grundanliegen wiederherzustellender Freiheit getrieben. Ganz gewiss kann die Widerstandsbewegung nichtdeshalb als reaktionärabgestempelt werden, weil konservative und aristokratische Elemente so wesentlich zu ihr beitragen. Soweit es sich bei der deutschen Opposition um eine restaurative Tendenz handelte, zielte sie zum Teil gerade auf die Erneuerung eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems ab, das im Sinne der bürgerlichen Geschichtsepoche möglichst weitgehend von politischer Intervention frei sein sollte. Auf der anderen Seite war der Wunsch, die Werte westlicher Kultur zu «restaurieren», das heisst die Menschenwürde oder, in Moltkes Worten, das «rechte Verhältnis zwischen Verantwortung und Anspruch» wiederherzustellen, gewiss auch für Goerdeler zentral, entsprach aber in besonderem Masse konservativem Denken. Wir sahen, dass auf religiösem Gebiet die Orthodoxie sich am stärksten auf die Pflicht des Widerstands besann. Genauso gewann ein echter politischer Konservatismus seine traditionelle Stellung gegenüber der Verherrlichung von Staat oder Nation zurück – gegenüber der Vergötzung von Technik und Mammon, in der Tat gegenüber allem, was aus dem Menschen ein Mittel zum Zweck macht.

So erlebte man überall in Europa, unter Katholiken wie Protestanten, eine Wiederbelebung der Kräfte eines religiösen, kulturellen und politischen Konservatismus. Überhaupt rief die herandrängende nihilistische Welle und die drohende Ent-

seelung eines mechanisierten und säkularisierten Gesellschaftsapparats starke Gegenkräfte auf. In Deutschland war das schon in Teilen der Jugendbewegung und anderen neukonservativen Gruppen der zwanziger Jahre zum Ausdruck gekommen. Unter dem Druck des Hitlerregimes verbanden sich diese Kräfte mit sozialistischen Elementen allerdings zu einer Front, die man schwerlich «liberal» nennen kann, die ebenso den zentralistischen Nationalstaat wie das ihm zugrundeliegende gesellschaftliche System und andere Glaubensartikel des 19. Jahrhunderts bekämpfte.

Das hiess unter anderem, dass die Männer der deutschen Opposition nicht die Absicht hatten, die Idee des Volks-Staates da wieder aufzunehmen, wo die Weimarer Republik sie hatte fallen lassen. Ihre Pläne gingen, in verschiedenem Grade und mit verschiedenen Schattierungen, auf eine konservative und dezentralisierte Demokratie, mit einer mehr oder weniger starken Beimischung von Sozialismus. Wiederum wird es nützlich sein, daran zu erinnern, dass auch die Väter der amerikanischen Republik überzeugt waren, uneingeschränkte Mehrheits-Herrschaft werde sicherlich zur Tyrannei führen. Ihr System von Gewichten und Gegengewichten («checks and balances») war anders als das der deutschen Opposition, aber es hatte gleichfalls Züge einer konservativen Demokratie, und der Nachdruck, der auf örtliche Selbstverwaltung und Dezentralisierung gelegt wurde, war in beiden Fällen nicht so sehr verschieden. In Deutschland bedeutete das ein Zurückgehen auf gesunde ältere Überlieferungen, etwa auf das Gedankengut des Freiherrn vom Stein, und griff zugleich auch fordernd in noch heute sehr aktuelle Probleme ein. Sie sind mit der äusseren Betonung stabilisierender Faktoren im demokratischen Aufbau und mit einem formal sehr weitgehenden Föderalismus innerlich noch keineswegs gelöst, und Adam von Trotts Worte, dass die entscheidende Entwicklung in Europa «auf sozialem, nicht auf militärischem Gebiet» stattfinden werde, haben weder durch die Erfahrungen des kalten Krieges noch die der Koexistenz an Bedeutung verloren.

Das gleiche wird vom internationalen Gedankengut der deutschen Oppositionellen zu gelten haben. Auch hier besteht ein naher Bezug zu den dringendsten Bedürfnissen unserer Tage. Es mag dabei angemerkt werden, dass ihre Pläne für die Auflösung Preussens und die Föderalisierung Deutschlands nicht rein negativer Art und nicht nur von Ressentiments diktiert waren; sie gingen nicht nur darauf aus, die Möglichkeit einer hegemonialen Machtbildung in der Mitte Europas schon

im Ansatz auszuschliessen, wenngleich sie eben dies als eine nach den Hitlerschen Exzessen notwendige Massnahme anerkannten und als ein Opfer anboten, das Deutschland dem Zusammenleben der Völker bringen müsse. Darüber hinaus dachten sie in Begriffen eines wirtschaftlich vereinheitlichten und lebensfähigen, aber kulturell und politisch vielgestaltigen Mitteleuropa, das als ein Bündnis von Föderationen organisiert und einem europäischen wie einem Weltbund eingegliedert werden sollte. Aber sie wussten auch, so hatte es Moltke ausgedrückt, dass all dieses «weniger ein Problem von Grenzen und Soldaten, von wasserkopffartigen Organisationen und grossartigen Planungen» war, als vielmehr von der Beantwortung der Frage abhing, «wie das Bild des Menschen wiederhergestellt werden kann im Herzen unserer Mitbürger». Mit anderen Worten, sie wussten, dass aller Wiederaufbau, national und international, von der Rehabilitierung der Menschenwürde abhing, die so tief im Kurs herabgesetzt worden war. Es bedeutete keine Phrase, wenn dem Bischof von Chichester gegenüber die Überzeugung der Opposition dahin ausgesprochen wurde: «Die grundlegenden Prinzipien... innerhalb dieses Bundes freier europäischer Völker sollten ausgerichtet oder wiederausgerichtet werden nach den Fundamentalsätzen christlichen Glaubens und Lebens.»

Es mag wohl sein, dass dieser «Idealismus» manchen «Neorealisten» unserer Tage wenig zu sagen hat. Im Rückschlag gegen missbrauchte Ideologien, gegen die Weltanschauungsfronten und den Kreuzzugscharakter des letzten Krieges, ist es selbst in bestimmten Kreisen der Vereinigten Staaten üblich geworden, in «militärischer Sicherheit» und «nationalem Interesse», als dem Inbegriff der Realpolitik, die ausschliesslichen Massstäbe des Handelns zu sehen. Und doch hat ein führender Kopf dieser Schule, George F. Kennan, davon gesprochen², wie bitter nötig Männer von der Art des Grafen Moltke seien, wenn «die Zukunft der Region von der Elbe bis zur Behring-Strasse einmal wieder eine glücklichere sein soll». Es liegt darin das Anerkenntnis einer Realität, die als Überzeugung und Opferwillen an der Grenze des menschlich Zumutbaren zur Wirkung kommt, wie der 17. Juni und die Ereignisse in Posen und Budapest demonstriert haben. Vielleicht ist das Vertrauen auf solche Kräfte in der Tat dem innersten Kern der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzungen näher, als das auf «Soldaten und wasserkopffartige Organisationen». Insbesondere in diesem Zusammenhang gehört es zu den Ehrentiteln fortwirkender Art, dass in der deutschen Opposition Männer hervortraten, die an ihrem Teil die Aufleh-

nung des Menschlichen gegen das Unmenschliche denkwürdig bezeugen.

Um so mehr gewinnt die Tragödie vom 20. Juli an geschichtlicher Perspektive- Man mag heute als gewiss unterstellen, dass die *Herald Tribune* im Irrtum war, als sie prophezeite: «Amerikaner werden im Allgemeinen nicht bedauern, dass die Bombe Hitler verschont hat.» Es ist zuzugeben, dass ein erfolgreiches Attentat die Fortsetzung einer Serie von glänzenden amerikanischen Siegen möglicherweise verhindert haben würde. Stattdessen wären unzähligen Menschen, Hunderttausenden von Soldaten an allen Fronten, die während der Monate zwischen Juli 1944 und Mai 1945 fielen oder verstümmelt wurden, und Millionen von Zivilisten in Vernichtungslagern des Ostens oder in bombardierten und brennenden Städten, Leben und Gesundheit erhalten geblieben. Darüber hinaus führte der Fehlschlag im Besonderen zur Ausmerzung von Persönlichkeiten, die – neben unzähligen anderen – eine höchst empfindliche, ja kaum ersetzliche Lücke in den zum Aufbau bereiten Kräften hinterlassen haben.

Es ist unmöglich, heute zu sagen, ob gleichwohl die Saat, die sie pflanzten, oder aus der sie selbst emporwachsen, lebendig geblieben ist, trotz der Verfemung, die für Jahre auf ihr gelegen hat, und trotz der Gefährdung, die im «Wirtschaftswunder» beschlossen sein mag.

Die Absicht des nationalsozialistischen Regimes war es jedenfalls gewesen, die gegnerische Elite mit Stumpf und Stiel auszurotten. Man muss, um das in seinem Fanatismus ganz zu ermessen, die Rede lesen, die Himmler am 3. August 1944 vor den Gauleitern hielt³ und die sich bemüht, den «Dolchstoss» auf das – aristokratische Offizierskorps des 1. Weltkrieges zurückzudatieren. Als Isa Vermehren⁴, die selbst ein Opfer der Sippenhaft war, in Buchenwald eingeliefert wurde, traf sie dort zehn Stauffenbergs und acht Goerdelers. Aber nicht alle aus den führenden Kreisen der Opposition gingen zugrunde, und Ideen, aus einer extremen Situation erwachsen, aber auf das bleibende Menschliche bezogen, haben ihre eigene Folgerichtigkeit. Man wird hoffen dürfen, dass in einem Lande, wo die «Wurzeln» in jedem erdenklichen Sinne blossgelegt wurden, und wo in den Worten des Grafen Lehndorff «alles Alte» gewaltsam von einem «gerissen» worden ist, der Wille nicht aussterben wird, grundsätzliche Fragen ernstzunehmen und auf Leitbilder verpflichtender Art bedacht zu sein. Es bedarf dazu freilich der Absage an jenen Zynismus, der sie in ideologische Scheinparolen verdünnt sieht und selbst im Verzicht auf jede verbindliche Norm endet.

Aber eben damit wird noch einmal und abschliessend festzustellen sein, dass die deutsche Opposition Ideale hinterlassen hat, die weder an Lokalität noch an Nationalität gebunden sind. Dies verleiht ihr einen einzigartigen Charakter. Während der deutsche Widerstand Teil einer europäischen Bewegung war, hat er Züge, die nur ihm allein eigentümlich sind und sich von den besonderen Umständen der deutschen Existenz herleiten. Überall sonst, und dies wird nicht zum Zwecke verallgemeinernder Kritik gesagt, befanden sich unter den Freiheitskämpfern unzweifelhaft asoziale und kriminelle Elemente, die von Natur zum «Widerstand» neigten. In der deutschen Opposition war jene «Verbrecherwelt», von der die *New York Times* sprach, faktisch unvertreten. Hitler konnte die Rohlinge alle selbst gebrauchen. Überdies befand sich die deutsche Opposition in der ausnahmsweisen Lage, oder kam seit Kriegsausbruch mehr und mehr in die Lage, dass der Kampf für Befreiung des Vaterlands mit der Aussicht auf demütigende Niederlage unvermeidlich verbunden war. Der einzige Weg, diesen Konflikt zu lösen, war die Ersetzung eines negativen durch ein positives Ideal, durch ein Ziel, das hinausging über den Kampf gegen die Nazis oder gegen äussere Unterdrückung und das nicht erfüllt war mit dem Sturz der Regierung und der Abschaffung der Tyrannei in nur einem Volke. Es bedurfte stärkerer Antriebe von rein menschlichem Charakter, die allgemeine Gültigkeit beanspruchen konnten. So gehörten die führenden Männer der deutschen Opposition in eigener Weise zum Vortrupp eines neuen, von der nationalen Zerrissenheit wie von der Entfremdung durch offene oder anonyme Diktatur zu befreienden Europa. Sie waren, wie man wohl gesagt hat, «weit mehr als nur die Antipoden von Hitler und seinem unseligen System; ihr Kampf ist neben der aktuellen Bedeutung für das Zeitgeschehen unserer Tage auf einer höheren Ebene der Versuch gewesen, das 19. Jahrhundert geistig zu überwinden».

Marion Gräfin Dönhoff⁵, die diese Worte niedergeschrieben hat, fasst mit ihnen sehr treffend zusammen, was vielen der Männer, die hier genannt worden sind, und besonders den Mitgliedern des Kreisauer Kreises ein innerstes Anliegen war. Es kam ihnen im letzten, sagt sie, darauf an: «den Menschen, der zur Larve geworden ist, zum Werkzeug der Technik, zum Geschöpf abstrakter politischer Ideen, zu einer Funktion der Wissenschaft, zum Diener wirtschaftlicher Gesetze, die er selbst verabsolutiert hat, diesen Menschen frei zu machen von allen Vorurteilen und vor ihm wieder die echte Humanitas, das wahre Bild des Menschen, in seiner Würde und seinem

Stolz aufzurichten. Erst dann, wenn der Mensch wieder den ihm gebührenden Standort eingenommen hat, ist die Voraussetzung für die Harmonie im Einzelnen und damit auch im Staat gegeben. Das ist aber erst dann möglich, wenn der Mensch sich wieder auf seinen Ursprung besinnt, und darauf, dass er zum Bilde Gottes geschaffen ist mit aller Verantwortlichkeit, die daraus folgert.»

ANMERKUNGEN

Einleitung

1. Für die «vier Stufen der Folterung», die Haltung der Gefangenen und andere Beobachtungen vgl. Fabian v. Schlabrendorff, *Offiziere gegen Hitler* (Zürich 1946), S. 165 ff.; in der als «völlig neue Bearbeitung» erschienenen Ausgabe von 1951 sind diese Einzelheiten ausgelassen.
2. Siehe für die «Kaltenbrunner-Kielpinski-Berichte» Gerhard Ritter, der sie als erster in den Vereinigten Staaten hat benutzen können (*Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, 1. Aufl. 1954, S. 8f.). Für die Problematik der Quelle und die Zwieltigkeit Kaltenbrunners siehe das in besonderer Weise erschütternde Schlusskapitel. Man wird indessen von der Behandlung Goerdelers und seiner Aussagetaktik – er wie Popitz wurden aus ersichtlichen Gründen bis zum 2. Februar 1945 «aufgespart» – keine allgemeinen Rückschlüsse ziehen dürfen.
3. Diese Zahl findet sich in dem im Ganzen freilich wenig zuverlässigen und nachträglich zusammengestellten «SS-Bericht über den 20. Juli» (*Nordwestdeutsche Hefte*, 1947, 1/2, S. 33). Dasselbst wird die Zahl der hingerichteten Offiziere mit rund 700 angegeben. Nach einem Pressebericht der Britischen Admiralität (vom 20. Juli 1947), der sich auf erbeutete deutsche Marine-dokumente stützt und «Namen und Plätze» nennt, belief sich die Zahl derer, die in den Monaten nach dem Attentat dem Schreckensregiment zum Opfer fielen, auf 4'980. Das erscheint besonders nach den Forschungen von W. Hammer als viel zu hoch gegriffen, während andererseits die an verschiedenen Stellen publizierten Totenlisten nur die Prominenz erfassen dürften. Ein anderer, aber wiederum nicht genügend spezifizierter Anhaltspunkt ergibt sich aus den vom Reichsjustizministerium registrierten Hinrichtungen (für 1944: 5'764). Dies nach Feststellungen von Walter Hammer und Günther Weisenborn, *Der lautlose Widerstand* (Hamburg 1953, S. 259). Dazu auch Walter Hammer, *Hohes Haus in Henkers Hand* (Frankfurt/Main, 2. erw. Aufl. 1956, S. 118 über die «Gewitteraktion», und die «Vorbeugehaft» für mehr als 5'000).
4. Eine indirekte und ungewollte Bestätigung dieser Tatsache findet sich in dem in Anm. 2 genannten SS-Bericht.
5. P. Buchholz, der Gefängnisgeistliche in Plötzensee, hat einen Bericht über seine Erlebnisse gegeben in *Passauer Neue Presse*, 26. Juli 1946. Delp's Worte sind zitiert nach «Der 20. Juli 1944», *Schriften des Südkurier* (Konstanz), S. 14. Seine Briefe, Tagebücher und Meditationen, «geschrieben zwischen Verhaftung und Hinrichtung», sind veröffentlicht worden unter dem Titel *Im Angesicht des Todes* (Frankfurt/Main, Juli 1947). Sie enthalten einige der bemerkenswertesten Bezeugungen des gemeineuropäischen Geistes, der in der deutschen Oppositionsbewegung zum Ausdruck kam.
6. Vgl. Harald Poelchau, *Die letzten Stunden* (Berlin 1949, passim).
7. Vgl. die Sammlung unter dem Titel *Du hast mich heimgesudt bei Nacht* (hrsg. von Helmut Gollwitzer, Käthe Kuhn und Reinhold Schneider, München 1952), ferner das schöne Buch von Annedore Leber, *Das Gewissen steht auf* (Berlin 1954), in dem auch das menschliche Antlitz in seinem Zeugnisdarakter reichhaltiger als irgendwo sonst dokumentiert erscheint. Während der

- Drucklegung erscheint ein 2. Band: *Das Gewissen entscheidet*. Bereiche des deutschen Widerstands von 1933-1945 in Lebensbildern (Berlin 1957).
8. Brief vom 10. Januar 1945. Eine englische Übersetzung des Briefes ist zuerst veröffentlicht worden in *The Round Table*, Juni 1946, S. 92-102. Sie ist wiederabgedruckt in *A German of the Resistance, The last letters of Count Helmuth James von Moltke* (2. Aufl., London 1947). Vgl. jetzt: Helmuth J. Graf v. Moltke, *Letzte Briefe* (Berlin 7. Aufl. 1957, S. 41). – Das. (S. 65 ff.) auch den Brief von Poelchau, dem Gefängnisgeistlichen in Tegel.
 9. Erste Würdigungen durch Romano Guardini (*Die Waage des Daseins*, Tübingen und Stuttgart 1946) und in *Die Gegenwart* (I Nr. 20/21, 30. Oktober 1946) sowie durch Karl Vossler, *Gedenkrede für die Opfer an der Universität München* (München 1947). Jetzt: Inge Scholl, *Die Weiße Rose* (Frankfurt/Main 1952). Zu Kurt Huber die Schrift *Zum Gedächtnis* (hrsg. von Klara Huber, Regensburg 1947), besonders Abschnitt 1.
 10. Vossler, a. a. O., S. 14. Man hat darauf hingewiesen, dass die «Briefe der Weißen Rose» fortführen zu erscheinen und dass Überlebende der Scholl-Gruppe zusammen mit Studenten von anderen Universitäten die Kader der «Edelweiss»-Bewegung bildeten.
 11. Friedrich Lenz [*Aufbau*, 1946, H. 2) und Greta Kuckhoff (*Die Weltbühne*, Januar 1948) lassen die Frage der Radioverbindung offen. – Auch das Buch eines Teilnehmers (Günther Weisenborn, a. a. O., S. 203-17) wirkt eher verweisend.
 12. So Schlabrendorff (nur in der Neubearbeitung von 1951, a. a. O., S. 96-105), der die Abhängigkeit von einer auswärtigen Macht an sich (Westen oder Osten würde kein Unterschied sein) und das «Steckenbleiben im Politischen» (während nur eine ethische Wertskala dem Begriff der Nation übergeordnet werden könne) betont. Schärfer noch ist in der Abschüttelung G. Ritter (a. a. O., 1. Aufl. S. 103 f. und S. 460, Anm. 103). Zugrunde liegen dieser Beurteilung die Aufzeichnungen des Generalrichters M. Roeder, *Die Rote Kapelle* (Hamburg 1952). Auch gegen die These von einem «einwandfrei» durchgeführten Prozess werden erhebliche Bedenken anzumelden sein. Vgl. u.a. für die durch Hitlers Machtspruch erzielte Verschärfung des Urteils gegen Mildred Harnack: Poelchau, a. a. O., S. 63.
 13. Zeugnisse dazu bei Poelchau, a. a. O., S. 55 f.; Else Boysen, *Harro Schulze-Boysen, das Bild eines Freiheitskämpfers* (Düsseldorf 1947, S. 34); Axel v. Harnack [*Die Gegenwart*, 31. Januar 1947, S. 15-18]; Rainer Hildebrandt, *Wir sind die Letzten* (Berlin 1949, S. 138 f.); Margret Boveri, *Der Verrat im 20. Jahrhundert* (Hamburg 1956, 2. Bd., S. 56 f.).
 14. *Die Sammlung*, II, S. 537 ff.
 15. Else Boysen, a. a. O., S. 34. – Die Zahl der Toten der «Roten Kapelle» belief sich auf 45 (W. Hammer nach pers. Mitteilung).
 16. Nach «Dokument R-129» [*Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Nürnberg 1949* [im Folgenden zitiert: IMT] XXXVIII, S. 362). So auch die Angabe bei Alan Bullock, *Hitler* (Deutsche Ausgabe, Düsseldorf 1953, S. 701). Die Gestapo-Zahlen: IMT XXXI, S. 498. S. auch Mau-Krausnick, *Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit* (1956, S. 161).
 17. Für diese Zahlen siehe die Flugschrift *They Fought Hitler First*, die von der «American Association for a Democratic Germany» veröffentlicht worden ist (New York 1945), das. S. 13; ferner J. B. Jansen und St. Weyl, *The Silent War*, mit einem Vorwort von Reinhold Niebuhr (Philadelphia und

- New York, 1943), S. 208. (Im Oktober 1945 betrug die Zahl der Überlebenden, die offiziell als «politisch Verfolgte» anerkannt waren, 250'000.) – Siehe auch die Listen in: *Weissbuch der Deutschen Opposition*, hrsg. vom Vorst, d. soz.-demokr. Partei (London 1946). – W. Hammer macht mich darauf aufmerksam, dass nach seinen Ermittlungen in die 12'000 die Hinrichtungen Krimineller einzuschliessen seien und dass die Zahl sich auf die ganze Hitler-Zeit beziehe. Ähnlich die Feststellungen von A. Leber (a. a. O. II, S. 21): Gesamtzahl der Todesurteile (nicht der Tötungen) in den Jahren 1934-44: 12212, darunter Verurteilungen aus politischen Gründen: 6927, von denen 3790 Ausländer betrafen.
18. Dies nach einem Bericht von Ellen Marsh (*New Republic*, April 1945), vgl. ferner *Silent War*, S. 255-59.
 19. H. R. Trevor-Roper in seinem Buch *The Last Days of Hitler* (New York 1947) hat sich Mühe gegeben zu beweisen, dass «der Nazistaat nicht in irgendeinem wesentlichen Sinn des Wortes totalitär war» (S. 1). Der Verfasser bezeichnet ihn vielmehr als ein unwirksames orientalisches Sultanat. Es lässt sich einiges für diese These sagen. Gerade die Vielfältigkeit von Polizei- und anderen Kontrollorganen des Staats und der Partei öffnete gewisse Schlupflöcher. Nichtsdestoweniger kann niemand im Ernst die Gründlichkeit eines terroristischen Systems bestreiten, das alle, auch die privatesten Lebensbereiche einbezog. Auch sonst sind die Bemerkungen des Verf. zum Thema «Widerstandsbewegung» stark tendenziös.
 20. Selbst unter den Bedingungen amerikanischen Gesellschaftslebens hat es oft geraume Zeit gedauert, bis Gruppen von Bürgern den Mut fanden, sich gegen den Terror von amtlich geförderten oder nicht wirksam bekämpften Verbrecherbanden lokaler Allmacht zusammenzuschliessen.
 21. Siehe die Erörterung dieser Auswirkungen durch Allan Welsh Dulles, *Verschöpfung in Deutschland* (Kassel 1947, S. 216). Er stellt fest, dass gegen seine Erwartungen der Luftkrieg die Folge hatte, die Rekruten der Anti-Nazi-Bewegung zu verringern statt zu vermehren. Über die Ausbreitung von Apathie siehe auch die Bestandsaufnahme durch den United States Strategie Bombing Survey, *Summary Reports*, 1945, S. 4, und *Over-all Reports*, 1945, S. 95, 108. Auf die mehr detaillierten Feststellungen, die 1947 veröffentlicht wurden und das Gesamtbild der deutschen Moral erheblich modifizieren, wird zurückzukommen sein.
 22. Das. 5. Sektion S. 1. Über Hitler selbst hatte Mr. Gerard fernerhin dieses zu sagen: «Kein Mann, der zu einer hervorragenden Stellung aufsteigt, entgeht dem Verdacht einer gewissen Art (!) von Immoralität.»
 23. Die Zahlen in: *They Fought Hitler First*, S. 14. Nach E. Kogon (*Der SS-Staat*, Stockholm 1947, S. 358), der ein Augenzeuge der Befreiung von Buchenwald war, beliefen sich die betreffenden Zahlen auf 21'000 bzw. 2'200 (a. a. O., S. 358). Die Abwesenheit fremdstaatlicher Gefangener in Buchenwald bis in das Jahr 1943 hinein ist bezeugt durch Christopher Burney (*The Dungeon Democracy*, New York 1946, S. 58). Eine Flugschrift der 7. Armee der Vereinigten Staaten (*Dachau SS*) stellt fest, dass vor dem Krieg die Zahl fremder Gefangener in Dachau gleichfalls unerheblich war. Während des Krieges erst wurden Deutsche und Österreicher zu einer zahlenmässigen Minorität. Immerhin betrug nach dieser Quelle die Durchschnittszahl von Deutschen während der Kriegsjahre noch an 3'000. Für die gesamten Durchgangszahlen und die registrierten Toten in Buchenwald und Dachau (ohne

- Auszählung der Deutschen) vgl. jetzt auch: A. Leber, a. a. O. II, S. 22 f. - Die Worte von Gollancz in seinem Buch: *Our Threatened Values* (Hinsdale, 111., 1947), S. 41.
24. Siehe dazu das Kapitel über die Psychologie der SS in Kogons Buch (a. a. O., S. 359 ff.). Über Kroaten und Ukrainer das. S. 59. Für die «Schutzkorps» vgl. *Nazi Conspiracy and Aggression*, Washington 1946, II, S. 226 f. Es sei auch erwähnt, dass die «Waffen-SS» eine Reihe von Verbänden hatte, die nur aus Fremden bestanden. (Siehe A. Vagts, *Journal of Politics*, August 1947, S. 406 f.) Andererseits wurden seit 1944 deutsche Soldaten älterer Jahrgänge und selbst politische Gefangene in SS-Uniformen gesteckt und zu SS-Diensten gezwungen (vgl. Joseph Joos, *Leben auf Widerruf*, Olten 1946, S. 77).
 25. Zitiert nach W. Röpke, *Die deutsche Frage* (Zürich 1945), S. 224 Anm.
 26. Wie Mr. Morgenthau in der *New York Post* (24. November 1947) zur Stützung seiner Ansichten zitierte.
 27. Es seien hier einige im ursprünglichen Text angeführte Beispiele erwähnt, die dem Verfasser von einwandfreien amerikanischen Zeugen zur Verfügung gestellt worden sind: Einem amerikanischen Korrespondenten, der Anfang 1945 die Wirklichkeit aufzuspüren begann, wurde untersagt, irgend etwas «über eine spezifische Opposition» gegen Hitler herauszugeben, und dieses Verbot kam «von höchsten Stellen in Washington». Späterhin erlebte es ein anderer amerikanischer Korrespondent, der in Deutschland reiste, dass ihm Fabian v. Schlabrendorffs Budi «Offiziere gegen Hitler», das eine wichtige Quelle der Erkenntnis darstellt, fortgenommen wurde. Das Buch war 1946 in der Schweiz veröffentlicht worden. Aber noch lange nach dem Krieg hielt man es offenbar für unerwünscht, dass Deutsche ein so gefährliches Zeugnis militärischen Widerstandes gegen Hitler in die Hand bekämen. Das «tabu» beschränkte sich indessen nicht auf die Teilnahme der Offiziere. So schritt noch im Sommer 1946 das USA-Hauptquartier in Frankfurt mit einem kategorischen Verbot ein, als ein höherer Beamter in Darmstadt, der selbst Häftling eines Konzentrationslagers gewesen war, einen Aufsatz über die Beteiligung der arbeitenden Klassen am 20. Juli veröffentlichten wollte. Das Gleiche geschah, als der Frankfurter Rundfunk für den zweiten Jahrestag des Attentats auf Hitler eine Gedächtnisfeier plante. Allen anderen Sendern in der amerikanischen Zone wurde damals ebenfalls verboten, den «Putsch» zu erwähnen. Es scheint um diese Zeit unter Deutschen eine verbreitete Annahme gewesen zu sein – und selbst als Annahme hat sie symptomatische Bedeutung –, dass es für die Beurteilung durch einige der alliierten Militärbehörden vorteilhafter war, ein richtiger Nazi gewesen zu sein, als zu den Überlebenden des 20. Juli zu gehören. Die Verschwörer galten als «Militaristen», die versucht hatten, die Alliierten um ihren Sieg «zu betrügen».
 28. *Human Events*, Washington, 27. Februar 1946. Ein weiterer Artikel folgte von E. A. Bayne, gleichfalls einem früheren Nachrichtenoffizier. Er handelte von der Widerstandsbewegung im deutschen Auswärtigen Amt. (*Human Events*, 3. April 1946).
 29. Der Artikel erschien in der *American Historical Review*, LI (Juli 1946), S. 609-26.
 30. Veröffentlicht im April 1947. Für die deutsche Übersetzung, nach der hier und im Folgenden zitiert wird, s. Anm. 21 dieses Abschnitts.

31. So in *Neue Auslese* (August 1947, vom Alliierten Nachrichtendienst herausgegeben).
32. Es seien als Hilfsmittel nur einige Bibliographien genannt. Für den Stand der ausländischen Literatur bis 1947 (mit dem Schwerpunkt auf dem Kirchenkampf) siehe F. Siegmund-Schultze, *Die deutsche Widerstandsbewegung im Spiegel der ausländischen Literatur* (Stuttgart 1947); vgl. ferner *The Wiener Library*, Catalogue Series Nr. 1 (London 1953), und die Forschungsberichte von Max Braubach (*Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen*, Heft 13/1953), W. Conze (*Politische Literatur*, 5/6, 1953, S. 210-15) und Georg Stadtmüller (*Saeculum*, Bd. 4, Jahrg. 1953, S. 437-49). Umfassend in der Anlage: Franz Herre und Hellmuth Auerbach, *Bibliographie zur Zeitgeschichte und zum zweiten Weltkrieg für die Jahre 1945-50* (München 1955, Nr. 874-1044) und dazu die aufholenden und fortlaufenden Bibliographien in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte*. – Eine Fundgrube auch für den Zugang zu ungedruckten Materialien sind die Anmerkungen in Gerhard Ritters *Goerdeler* (a. a. O., erweitert in 3. Aufl.).

Bedingungen und Möglichkeiten

1. Siehe Kurt Riezler, «On the Psychology of the Modern Revolution» (*Social Research*, 1943, S. 326S.).
2. *Grosse Zeitgenossen* (Deutsche Ausgabe, Amsterdam 1938, S. 310). Vgl. auch Dulles, a. a. O., S. 35. – Die Frage auswärtiger «Mit-Verantwortung» ist mit Recht aufgeworfen worden, zuerst wohl von Pechel (a. a. O., S. 261 ff.) und in der Schrift *They Fought Hitler First*.
3. Vgl. seine damalige öffentliche Erklärung: «Ich habe immer gesagt, dass ich hoffen würde, wir möchten im Fall einer britischen Niederlage in einem Krieg einen Hitler finden, um uns zu unserer rechtmässigen Stellung unter den Nationen zurückzuführen.» Churchill fügte allerdings hinzu: dass leider «Hitlers grosse Erfolge ihn nicht staatsmännisch gereift haben» (*London Times*, 7. November 1938), für die Tendenz seiner oft zitierten Äusserung vgl. u. S. 137 f.
4. Als Beispiele solcher frühen Schriften seien genannt: Karl Jaspers, *Die Schuldfrage* (Zürich 1946), Julius Ebbinghaus, *Zu Deutschlands Schicksalswende* (Frankfurt 1946), Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe* (Wiesbaden 1946), Gerd Tellenbach, *Die deutsche Not als Schuld und Schicksal* (Stuttgart 1947), Ernst Friedländer, *Von der inneren Not* (Hamburg 1947), Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage* (München 1948). Vgl. den neuesten rückblickenden Literaturbericht (zur Frage deutscher und nichtdeutscher «Wurzeln») von Andrew G. Whiteside, *The Nature and Origin of National Socialism* (*Journal of Central European Affairs*, vol. XVII, April 1957)-
5. Reinhold Schneider, *Das Unzerstörbare* (Freiburg i. Br. 1945).
6. H. Zink, *American Military Government in Germany* (New York 1947, S. 132). Über das Problem der Fragebogen und ihre Auswertung vgl. von amerikanischer Seite die wertvollen Bemerkungen in M. Knappens Buch: *And Call it Peace* (Chicago 1947, S. 124 ff.). Auf Grund amerikanischen Befragungsmaterials kommt Helen Peak zu folgenden Ergebnissen: Für Unternehmer und freie Berufe 44-50% Nazigeegner und 36-39% Mitläufer, für gelernte und ungelernete Arbeiter sind die entsprechenden Zahlen: 67 bis

- 68% und 29-27%. (Zitiert in Wolfgang H. Kraus, «The German Resistance Movement», *Journal of Social Issues*, August 1946.)
7. Eine Sammlung ist von J. A. Meier veröffentlicht worden: *Geflüstertes. Die Hitlerei im Volksmund* (Heidelberg 1946). Der Herausgeber stellt fest, dass er noch während des Regimes von allen möglichen Seiten in seiner Sammlung von «Schmetterlingen» unterstützt worden sei. – Die im Folgenden erwähnte Bemerkung von Schlabrendorf a. a. O. (1951)/ S. 30.
 8. Vgl. Riezlers Bemerkungen über die «Experten», a. a. O., S. 328 f., und die von Meinecke über «Homo sapiens und homo faber» (a. a. O., S. 50 ff.).
 9. Für Hjalmar Schacht etwa ist unzweifelhaft, dass er mindestens seit 1936, seit dem Konflikt auf seinem eigensten Fachgebiet, zur «Opposition von innen» gehörte. Er wurde von den Verschwörern selbst gedrängt, im Amt zu bleiben. Auch an Erhebungsplänen nahm er schon vor seiner Entlassung als Reichsbankpräsident (Januar 1939) teil, und sein Verbleiben als Minister ohne Portefeuille (bis 1943) war eine der wenigen Konzessionen Hitlers an die «öffentliche Meinung». All das geht nicht nur aus Schachts Erinnerungsbüchern (*Abrechnung mit Hitler*, Hamburg-Stuttgart 1948, und *76 Jahre meines Lebens*, Bad Wörishofen 1953) und seinen Aussagen hervor. Aber der Ansatzpunkt war für ihn doch sehr sichtbar bei der fachlichen Opposition des Finanzexperten, auch warben seine Ich-Bezogenheit und taktische Wendigkeit nicht gerade für Vertrauen unter den vom Prinzipiellen her bestimmten Männern des Widerstandes. Er war, wie er selbst betont (*Abrechnung*, S. 17), sein eigener «Kreis», – einen «Seismographen der Zeitereignisse» nannte ihn Dietrich Bonhoeffer im Gespräch mit dem Bischof von Chichester (s. u.). Für eine günstigere Beurteilung siche zwei amerikanische Arbeiten: E. N. Peterson, *Hjalmar Schacht, for and against Hitler* (Boston 1954) und Earl R. Beck, *Verdict on Schacht* (Florida State University 1955). – Für das Problem des «im Amt Bleibens» vgl. auch Dieter Ehlers, *Die Methoden der Bedc-Goerdeler-Verschwörung* (Beilage zum «Parlament», 19. Januar 1955, S. 26).
 10. Neben Graf Helldorff, dem Berliner Polizeipräsidenten, ist als Beispiel hier vor allem Arthur Nebe zu nennen, der, obwohl Chef der Kriminalpolizei und SS-Gruppenführer, sehr aktiv für die Opposition arbeitete und eben in dieser Rolle viel für ihre Information und Abschirmung tun konnte, bis er selbst als Opfer fiel. Sein Verbindungsmann war Hans Bernd Gisevius, der auch von der Geheimen Staatspolizei her kam und dem niemand Mut und Geschicklichkeit in einem gewagten Spiel abstreiten wird. Er ist vor allem durch seine Erinnerungen (*Bis zum bitteren Ende*, zuerst 1945/46 in zwei Bänden in Zürich erschienen, deutsche Ausgabe Hamburg 1948) bekannt geworden, die eine erste wichtige Quelle zur Geschichte der Widerstandsbewegung gewesen sind, freilich durch viele Unzuverlässigkeiten, durch eigenes Geltungsbedürfnis und mancherlei Ressentiments entstellt. Auf Einzelkritik wird zurückzukommen sein.
 11. Interessante Angaben dazu finden sich für das Arbeitsministerium in: J. Eckert, *Schuldig oder Entlastet?* (Rewi 1947, S. 196-207).
 12. *The Effects of Strategie Bombing on German Morale* (Washington 1947, S. 96).
 13. *Gerniany No. 2* (1939). – Dieses britische Weissbuch handelt ausschliesslich von nationalsozialistischen Ausschreitungen gegen deutsche Juden. – Die im Text zitierten Stellen das. S. 6-7, 18-19 u. 20.

14. IMT, XXXII, S. 27; jetzt auch abgedruckt in *Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-45*, herausg. v. Walter Hofer, Fischer Bücherei 1957, S. 293 ff. – Weitere aktenmässige Aufschlüsse audi über Hitlers persönliche Beteiligung und den parteioffiziösen Charakter der Aktion bei H. Graml, *Der 9. November 1938*, Beilage zum «Parlament» Nr. 45 vom 11. November 1953, herausg. v. d. Bundeszentrale f. Heimatdienst.
15. *Nazi Conspiracy and Aggression* (Washington 1946), I, S. 137 h (Die Sperrungen im Text stammen vom Verfasser.)
16. Siehe: Alfons Erb, *Bernhard Lichtenberg* (Berlin 1946), bes. S. 42-47, 50-53, 61.
17. Um nur ein besonders eindrückliches Beispiel zu nennen, sei die «Busstagspredigt» erwähnt, die der damalige Pastor Helmut Gollwitzer in der überfüllten Dahlemer Hauptkirche nach den Pogromen des November 1938 hielt; jetzt gedruckt in *Evangelische Theologie 1951/52*, Heft 4.
18. Über den Solf-Kreis s. Arthur Nicolson in *Speclator* (1945, S. 456) und Pechel, a. a. O., S. 88 f. Die Verfolgung des Kreises begann, nachdem ein Spitzel der Gestapo sich mit Empfehlungsschreiben von Schweizer Freunden eingeschlichen hatte. Einen schönen Nachruf auf Kiep verfasste die amerikanische Schriftstellerin Dorothy Thompson (in K. O. Paetel, *Deutsche Innere Emigration*, New York 1946, S. 18 ff.). Über Elisabeth v. Thadden ist sehr Eindrückliches in einer Gedenkrede ihrer Schwester Frau Ehrengard Schramm v. Thadden gesagt worden. Ergänzende Mitteilungen über die Hilfe an Verfolgte verdankt der Verf. Isa Grüner, einer Mitarbeiterin Anna v. Gierkes, um die sidr gleichfalls Menschen mit unabdingbaren ethischen Überzeugungen sammelten. Dass sich darunter eine «illegal» beherbergte Kusine von Generaloberst Beck befand, mag als symptomatisch erwähnt werden.
19. Berlin 1947. Eine Übersetzung erschien 1947 in New York unter dem Titel *Berlin Underground*.
20. Das., S. 116.
21. *Die Neue Zeitung*, 2. September 1947.
22. Andeutungen dazu in Botschafter Dodds Memoiren. Für Einzelheiten siehe Pediel (a. a. O., S. 105 f.) und das Zeugnis eines Schweizer Studenten über seine Eindrücke an der Universität München während des Krieges (a. a. O., S. 104 f.). Vgl. auch Röpke (a. a. O., S. 82 ff.). – Die negative Bilanz wird betont in: M. Weinreich, *Hitler's Professors* (New York 1946) und F. Lüge, *The Abuse of Learning* (New York 1948).
23. Vgl. Wilhelm Hoffmann, *Nach der Katastrophe* (Tübingen 1946), S. 122. Einige der im Folgenden angeführten Tatsachen sind Röpkes Kapitel über geistigen Widerstand entnommen (a. a. O., S. 87-104). Siehe auch W. W. Schütz, *Pens linder the Swastika* (London 1946) und das Kapitel «Book-stores» in des gleichen Autors *German Home Front*, S. 216 ff.
24. *Neuerscheinungen der deutschen wissenschaftlichen Literatur*, 1939 bis 1945, Teil I (Bonn 1946), S. 131. – S. auch den Katalog der Stuttgarter Landesbibliothek über «Deutsche Literatur während der Widerstandsbewegung» (*Deutsche Bücher 1933-45. Eine kritische Auswahl*, Stuttgart 1949).
25. A. a. O., S. 91. Man mag das Urteil dieses Kritikers, der mit deutsdien Dingen immerhin in Föhlung blieb, dem empörrten Absprechen Thomas Manns entgegenhalten oder den oberfläidilidien und kaum zu verantwortenden Feststellungen von William L. Shirer, nach dessen Meinung die Innere

- Emigration «nichts von Wert produzierte – ein erschreckendes Phänomen» (*End of a Berlin Diary*, New York 1947, S. 218).
26. Heinrich v. Kleist, *Politische und Journalistische Schriften* (Potsdam 1935). Zitate aus der Einleitung finden sich in: *Deutsche Innere Emigration*, a. a. O., S. 70 f. – Für das «indirekte Richtverfahren» vgl. R. Pechel, *Zwischen den Zeilen. Ein Kampf für Freiheit und Recht. Aufsätze 1932 bis 1942* (1949).
 27. Veröffentlicht vor Ausbruch des Krieges, wurde das Buch Gegenstand einer Beschwerde des Reidisleiters Bouhler.
 28. Pechel, a. a. O., S. 294-303.
 29. Vgl. seinen Bericht in: *Der Totenwald* (Zürich 1946); eine Übersetzung (*The Forest of the Dead*) erschien in New York (1947). Die Ansprache von 1935 und eine nicht weniger eindrucksvolle von 1945 sind auf englisch veröffentlicht in: *The Poet and His Time* (Hinsdale, 111., 1948).
 30. Für die Bibelforscher in den Konzentrationslagern vgl. Kogon, a. a. O., S. 41, 269 ff., und Hanns Lilje, *Im finsternen Tal* (2. Aufl., Nürnberg 1948), S. 58 f. Mitglieder der «Freikirchen» beliefen sich auf weniger als 1 Prozent der deutschen Bevölkerung.
 31. Zitat aus den Akten bei: K. D. Bracher, *Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat* (herausg. von der Hessischen Landesregierung, Wiesbaden 1956, S. 72).
 32. Für ihre vertiefte Wiederherausarbeitung siehe u.a. das Gutachten von H. J. Iwand und E. Wolf (*Die im Braunschweiger Remer-Prozess erstatteten . . . Gutachten*, herausg. v. H. Kraus, Hamburg 1953, S. 7 ff.), für die katholische Widerstandslehre das Gutachten von R. Angermair (das. S. 29 ff.). – Für beide Seiten siehe auch Sonderausgabe 20. Juli des *Parlament* von 1952, S. 25-28), sowie die Beiträge von Max Pribilla (*Der Eid nach der Lehre der kathol. Moraltheologie*) und Walter Künneth (*Die evang.-luth. Theologie und das Widerstandsrecht*) in: *Die Vollmacht des Gewissens* (München 1956, S. 159-163 u. 164-174).
 33. Unter den Büchern, die diese Kenntnis im Ausland schon vor dem Kriege und auch während des Krieges verbreitet haben, seien genannt: N. Middern, *National Socialism and Christianity* (Oxford 1939), ders., *National Socialism and the Catholic Church* (Oxford 1938), A. S. Duncan-Jones, *The Struggle for Religious Freedom in Germany* (London 1938), Michael Powers, *Religion in the Third Reich* (New York 1939), Hugh Martin und andere, *Christian Counter-Attack* (New York 1944). Vgl. die seitdem in Deutschland erschienenen Hauptwerke: W. Niemöller, *Kampf und Zeugnis der Bekenntenden Kirche* (Bielefeld 1948); H. Hermelink, *Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus der Evangelischen Kirche Deutschlands* (Tübingen-Stuttgart 1950). – Für die katholische Seite die Dokumente in: Johann Neuhäusler, *Kreuz und Hakenkreuz* (2 Bände, München 1946).
 34. Das Manifest von 1935 bei H. Martin, a. a. O., S. 34. Ein Abdruck des deutschen Textes der Pfingstdenkschrift u.a. in: W. Jannasch, *Deutsche Kirchendokumente* (Zürich 1946, S. 27). – Nach Ritter (a. a. O., S. 112) gelangte sie nicht in die Hände Hitlers.
 35. Martin, S. 40. Ein vollständiger Text wurde in der *New York Times* (Sonntagsausgabe 7. Juni 1942) veröffentlicht.
 36. Knappen, a. a. O., S. 95. Für Einzelschicksale sei etwa auf das Martyrium des Pfarrers Paul Schneider in Buchenwald verwiesen (W. Jannasch, a. a. O., S. 98-116); auch auf die kleine Sammlung von Biographien, die 1955 im

- Union-Verlag Berlin mit einem – freilich sehr tendenziösen – Nachwort von Otto Nuschke erschienen ist (*Christlicher Widerstand gegen den Faschismus*).
37. C. Mayer, «The Crisis of German Protestantism» (*Social Research*, November 1943, S. 426 Anm.). Grundlegend jetzt zur nationalsozialistischen Religionspolitik, insbesondere für «Deutsche Christen» und «Glaubensbewegung»: Hans Buchheim, *Glaubenskrisis im Dritten Reich* (Stuttgart 1953).
 38. Zur «Stuttgarter Erklärung» siehe u.a. Knappen, a. a. O., S. 119 f. Auszug aus dem Text bei Niemöller, a. a. O., S. 527.
 39. Für den Bischof von Münster vgl. H. Portmann, *Kardinal v. Galen* (Münster 1948) und ders.: *Dokumente um den Bischof von Münster* (Münster 1948). Eine Widerstandssehilderung («Oldenburg überwindet seinen Gau-leiter») in: *Tag*, Sonntag 29. August 1948. Siehe auch: A. S. Duncan-Jones, a. a. O., S. 217-19. Erwähnt mag auch werden, dass im Jahr 1938, trotz offizieller Gegenmassnahmen, die Zahl der katholischen Wallfahrer nach St. Annaberg die Rekordzahl von 130'000 erreichte. Die Pilger sangen als ein Trutzlied: Unser Führer ist Christus. (H. Fraenkel a. a. O., S. 160 f.) Für die Volksbewegung in dem zu 90% katholischen Regierungsbezirk Aachen vgl. jetzt: Bernhard Vollmer, *Volksopposition im Polizeistaat*. Gestapo- und Regierungsberichte 1934-36. (Stuttgart 1957.)
 40. Bis April 1942 waren 7'000 protestantische Geistliche einberufen worden, von denen 698 gefallen waren. (H. Martin, a. a. O., S. 42.)
 41. Siehe das Kapitel über «Christliche Solidarität» bei Duncan-Jones, bes. S. 254.
 42. Selbst in einer so gewissenhaften und abgewogenen Erörterung wie der von Knappen (a. a. O., Kap. XI und XII) findet man noch einen Nachhall dieses Verdachts.
 43. Die Worte sind auf englisch wiedergegeben («If we claim to be Christians, there is no room for expediency») durch den Bischof von Chichester (*Contemporary Review*, CLXVIII, 1945, S. 208).
 44. Für die Auseinandersetzung mit der jesuitischen und calvinischen Lehre s. Lilje, a. a. O., S. 51 ff. Die Sätze Bonhoeffers in dessen unter dem Titel *Widerstand und Ergebung* von Eberhard Bethge herausgegebenen Briefen und Aufzeichnungen (München 1951, S. 14 f.). Vgl. auch bei Ritter (a. a. O., S. 463, Anm. 8) aus Bonhoeffers nachgelassener «Ethik» den Begriff des «In-Verantwortung-Schuld-auf-sich-Nehmens» und Mau-Krausnick (a. a. O., S. 174). – Die Dissertation von Mother Mary Alice Gallin (*Ethical and Religious Factors in the German Resistance to Hitler*, Washington 1955) breitet zwar ein wertvolles, auch zum Teil ungedrucktes Material aus, geht aber wenig in die Tiefe und an Zeugnissen wie den zuletzt genannten vorbei.

Pläne und Aktionen

1. H. Fraenkel, *The German People versus Hitler* (London 1940), S. 70 f. Audi eine sozialdemokratische Gruppe, später «Sozialistische Front» genannt, die bis 1936 gearbeitet hat, begann schon seit Sommer 1932, die Organisationsgrundsätze der Illegalität und der Kaderbildung festzulegen. Vgl. den Rückblick darauf am Ende des Jahres 1933 und die Gruppen-Schemata bei E. Matthias, *Der Untergang der Sozialdemokratie 1933* (*Vierteljahrsheft f. Zeitgesch.* IV, 2, Dokument 5, S. 201-26). – Viel Material über illegale Orga-

- nisationsarbeit, zum Teil aus Gestapo-Akten, aber unterschiedslos und unkritisch zusammengehäuft, bei Weisenborn (a. a. O., S. 145 ff., «Der Widerstand der Arbeiter»). – Manche interessante Einzelheiten jetzt auch über den «Weg der demokratischen Linken» bei A. Leber (a. a. O. II, S. 27 ff.).
2. Evelyn Lend, *The Underground Struggle in Germany* (New York 1938, S. 17).
 3. An dieser Überlieferung seiner Partei hat vor allem Julius Leber, einer der politisch elementarsten Männer im sozialistischen Lager, in den nach seiner Verhaftung niedergeschriebenen Betrachtungen scharfe Kritik geübt (Ein *Mann geht seinen Weg*, Berlin-Schöneberg 1952, S. 187 ff.). Für die inneren Auseinandersetzungen in der Krise von 1933 selbst vgl. die Dokumentation bei Matthias (a. a. O., IV, 2, S. 181 ff., insbesondere das Protokoll der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD vom 10. Juni 1933 mit dem Streit über das Problem, ob Emigrantenpolitik «Feigheit» sei, und dem Eintreten Dr. Schumachers für illegale Arbeit). Ferner dess. Aufsatz «Der Untergang der alten Sozialdemokratie» (a. a. O. IV, 3, S. 250 ff.). Für die Gesamtentwicklung im Exil, die ideologische wie die praktisch-organisatorische, vgl. dess. *Sozialdemokratie und Nation – Zur Ideengeschichte der sozialdemokratischen Emigration 1933-38* (Stuttgart 1952) und L. J. Edinger, *German Exile Politics and the Social Democratic Executive Committee in the Nazi Era* (Berkeley und Los Angeles 1956).
 4. Vgl. dazu K. D. Bracher, *Stufen totalitärer Gleichschaltung* (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesdt.* FV, 1, S. 30 ff.).
 5. Rudolf Diels, *Lucifer ante portas . . . , es spricht der erste Chef der Gestapo . . .* (Stuttgart 1950, S. 207), behauptet, dass unter der Berliner SA sich Ende 1933 70 Prozent ehemalige Kommunisten, darunter ganze Stürme ehemaliger Rotfrontkämpfer «samt ihrer Schalmeien-Kapellen» befunden hätten. Das Buch ist bei aller Fragwürdigkeit des Autors und seiner These, wie insbesondere seiner Berechtigung zu höhnischen Bemerkungen über den «Resistenzialismus» (S. 56) sehr wertvoll durch die genauen Aufschlüsse über die Gewaltsamkeiten der ersten 18 Monate.
 6. Siehe den Berliner Aufruf der «Deutschen Volksfront» von 1936 in *Deutsche Innere Emigration*, S. 41 f., und bei Weisenborn, a. a. O., S. 147.
 7. Für diese spätere Entwicklung siehe Edinger (a. a. O., S. 181 ff.). Für das Problem einer deutschen Exilregierung vgl. Karl O. Paetel (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesdt.* IV, 3, S. 280 ff.).
 8. Auszüge und Kommentare in E. Lend, a. a. O., S. 28-30; *Innere Emigration*, S. 39-41; J. B. Jansen und St. Weyl, *The Silent War*, S. 129-32. – Dazu jetzt die Darstellungen bei Matthias und Edinger.
 9. Für das Schicksal der Parteiführer, d.h. der Parlamentarier in Reich und Ländern vgl. die sorgsam angestellten Ermittlungen von Walter Hammer (*Hohes Haus in Henkers Hand*, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1957).
 10. Einzelheiten finden sich in Fraenkel, a. a. O., S. 89-114; Lend, a. a. O., S. 30-50 (für die Jahre 1933-37); Jansen-Weyl, a. a. O., S. 78-108. Ebenso in W. W. Schütz, *German Home Front* (London 1943); in den *Inside Nazi Germany Reports* (New York 1939-44) und anderen, mehr sporadischen Veröffentlichungen. Für das Ausmass der Untergrundliteratur vgl. auch Ritter (a. a. O., 1. Aufl., S. 460, Anm. 11) sowie Matthias und Edinger.
 11. Wenn man dem «SS-Bericht über den 20. Juli» (a. a. O.) trauen kann, so

war die erfolgreiche Infiltrierungsarbeit hauptsächlich das Werk von Heinrich Müller («Gestapo-Müller»). Als Mitglied der bayrischen politischen Polizei hatte er schon in den Jahren vor 1933 Erfahrungen mit kommunistischen Illegalen. Sicher wurde diese Infiltrierung in der Folge durch die Episode des Hitler-Stalin-Paktes sehr erleichtert; sie sollte sich im Juli 1944 verhängnisvoll erweisen (s. u.). – Für erneute kommunistische Tätigkeit nach Juni 1941 siehe die Erklärung der «Rheinland-Konferenz» (Dezember 1942) in *Innere Emigration* (S. 45 f.).

12. Hierzu und zum Folgenden siehe Jansen-Weyl, a. a. O., S. 78-81.
13. Für dieses noch in manchem dunkle Kapitel vgl. die beste, auch durch neuerliche Prozesse nicht überholte Darstellung bei Hermann Mau, «Die zweite Revolution» (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.* I, 2, S. 118 ff.).
14. Vgl. das von mir herausg. «Pro memoria eines bayrischen Rates zu den Juni-Morden» (a. a. O., V, 1, S. 104 ff.). – Es bezweckte, eine «Lawine auszulösen, die das Schandregiment verschlingen könne», – blieb aber unveröffentlicht.
15. *Der Wahrheit eine Gasse* (München 1952, S. 364).
16. Dazu die systematische Übersicht bei Armin Möhler, *Die konservative Revolution in Deutschland 1918-32* (Stuttgart 1950, besonders S. 1740.).
17. Pechel, a. a. O., S. 77. Andeutungen dazu auch in Brünings Brief an Pechel (*Deutsche Rundschau*, Band 70, 1947, Heft 7, S. 20 f.). Über Erwägungen einer vorübergehenden Militärdiktatur s. H. Krausnick in: *Vollmacht des Gewissens* (München 1956, S. 224 f.).
18. So auch die Auffassung des Biographen W. Adolph, *Erich Klausener* (Berlin 1955). “^v - Bose soll geplant haben, den Stahlhelm zu alarmieren (Krausnick, a. a. O.).
19. Für den klaren Tatbestand der Ermordung Sdtleichers siehe die Dokumentation in *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.* I, 1, S. 70 ff. Das. (S. 73) der Abdruck der peinlichen Ehrenerklärung von Mackensens vor der «Vereinigung Graf Schlieffen», die an der Todesursache wie an den erhobenen Vorwürfen mit einem Verlegenheitswortlaut («regierungsfeindliche Wege») vorbeigeht. Für eine neue Lesart zur Verbindung Schleicher-Röhm s. den Zusatz von Ritter (a. a. O., 3. Aufl., S. 475, Anm. 6).
20. A. a. O., 1. Aufl., S. 15. In der Neubearbeitung ist diese Episode ausgelassen, wodurch die Vergeltungstat Niekischts vom 30. Juni 1934 (a. a. O., S. 16, bzw. 25) einigermassen in der Luft hängt.
21. Für Niekisch ausser den zahlreichen Angaben bei Möhler (a. a. O.) vgl. jetzt die Studie von Hans Buchheim, «Ernst Nickischs Ideologie des Widerstands» (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V, 4, S. 334 ff.).
22. Einzelheiten bei Pechel, a. a. O., S. 81 f. Für von Halem vor allem Zeller, a. a. O., S. 115.
23. Siehe dazu Gisevius, a. a. O. (Sdtweizcr Ausgabe von 1946), S. 440. Der Autor bezieht sich auf Untersuchungen Nebes, von denen man nicht umhin kann, zu vermuten, dass sie die Gestapo zu entlasten bestimmt waren. So schon in der 1. Aufl. dieses Budies (S. 216, Anm. 16). Siehe jetzt auch Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 504 f.
24. *Berlin Diary* (New York 1942), S. 2x8 (September 20., 1939).
25. Vgl. das Kapitel: «Widerstand einzelner Gruppen 1932-44» bei Pechel (a. a. O., S. 71-113).
26. A. a. O. (1951), S. 41 f.
27. *Innere Emigration*, S. 43-45.

28. H. Fraenkel (a. a. O., S. 206-09 und 240-52) erörtert daher die Freiheitspartei als Ausdruck einer konservativen sowohl wie einer Linksopposition.
29. Tübingen 1954. Vgl. auch dess.: Obrigkeit und Widerstand. Zeitgeschichtliche Gedanken zur soziologischen Sicherung der Freiheit. (*Vierteljahrs! f. Zeitgesch.* III, 3, S. 297 ff. – Das Zitat das. S. 303.)
30. Erste Aufschlüsse dazu in dem Artikel von E. A. Bayne (siehe Anm. 28 des Abschnitts Einleitung). Sehr viel Material liegt in den Akten des Weizsäcker-Prozesses vor, und Einzelspuren oppositioneller Diplomatie finden sich in den deutschen wie den britischen Akten der Aussenpolitik. Auf einige Beispiele wird zurückzukommen sein. – Für Schmidt siehe Dulles, a. a. O., S. 64 und die Erinnerungen von Paul Schmidt (*Statist auf diplomatischer Bühne*, Bonn 1949). – Eine Übersicht gibt R. Sexau, «Diplomaten unter Hitler» [*Neues Abendland*, 7. Jahrg., 1952, S. 43-54 u. 98-106]. Für eine zusammenhängende Untersuchung, die freilich von starken Vorurteilen belastet ist, vgl. Paul Seabury (*The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime*, Berkeley und Los Angeles, 1954). Eine zutreffendere Würdigung in der Rede von Eugen Gerstenmaier (*Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, 22. Juli 1954; das. auch die Totenliste des Auswärtigen Amtes).
31. Seabury, a. a. O., S. 144.
32. Vgl. Erich Kordt, *Nicht aus den Akten* (Stuttgart 1950, S. 61-79).
33. Schlabrendorff, a. a. O., 1. Aufl., S. 16 f., und ausführlicher in der Neubearbeitung, S. 32 ff.
34. Ein Auszug der Denkschrift lag vor. Siehe auch Dulles, a. a. O., S. 118, und die kurzen Angaben bei Th. Steltzer, *Von deutscher Politik* (Frankfurt 1949), S. 150.
35. Neben Quellen, die später zu zitieren sein werden, ist als Unterlage eine Denkschrift von Frau Goerdeler benutzt worden (geschrieben im März 1946). Inzwischen ist für Goerdelers Biographie durch Gerhard Ritter (a. a. O.) die Grundlage ausserordentlich verbreitert worden. Es kann davon im Rahmen dieser Neuauflage nur für die nötigsten Ergänzungen und Berichtigungen Gebrauch gemacht werden. Eher wird auf Auffassungsfragen kritisch einzugehen sein.
36. Gisevius, revid. Ausg. v. 1954, S. 231-37.
37. In einer etwas abweichenden Version soll Haider, der Nachfolger Becks, Schacht im Jahre 1938 erwidert haben: «Die Leute, die Hitler zur Macht gebracht haben, sollen ihn auch wieder loswerden . . . Ihr habt Hitler gewählt . . . Wir Soldaten durften nicht wählen.» (Dulles, a. a. O., S. 63.)
38. Abdruck u.a. in *Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945* (zitiert DD), Serie D I, S. 25 f. Gewisse formale und textkritische Bedenken, die gegen das Dokument erhoben werden können, mindern in keiner Weise seine grundlegende Bedeutung. Naturgemäss sind die Worte des Widerspruchs, die geäussert wurden, weniger ausführlich verzeidinet als Hitlers eigene Ausführungen.
39. Der Vorwurf Wheeler-Bennetts (a. a. O., S. 384), dass die Einwände nicht moralisch begründet gewesen seien, ist bezeichnend für die Verständnislosigkeit vieler seiner Urteile.
40. Dafür und für das Folgende, insbesondere für die dokumentarischen Unterlagen, vgl. Wolfgang Foerster, *Generaloberst Ludwig Beck, Sein Kampf gegen den Krieg* (2. Aufl., München 1953). Ferner Fr. Hossbach, *Von der*

militärischen Verantwortlichkeit in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg (Göttingen 1948, bes. S. 18 f.); ders., *Zwischen Wehrmacht und Hitler* (Hannover 1949, bcs. S. 147 f.).

41. Darauf hat M. Braubach (a. a. O., S. 16) mit Recht verwiesen. Vgl. auch dess. Forschungsbericht in *Historisches Jahrbuch* (Jahrg. 76, 1957, S. 256), wo m. E. mit Recht gegen Ritter eingewandt wird, dass er Becks Rolle in der Verschwörung unterschätze. Er blieb trotz Zurücktritts durch den ihm besonders nahestehenden Stellvertreter des Generalstabschefs von Stülpnagel auch weiterhin beteiligt.
42. Augenzeugenberichte dazu finden sich in R. Andreas-Friedrich, a. a. O., S. 15 f., und Konstantin Silenz, *Irrweg und Umkehr* (Basel 1946), S. 184. Vgl. Kordt, a. a. O., S. 267 f.
43. Dies gegen Ford (a. a. O.), der nur die Division in Thüringen erwähnt, und auch gegen Ritters Bedenken (a. a. O., S. 187 ff.). Das volle Ausmass der Vorbereitungen ist nicht nur durch die Aussagen bezeugt, die Haider und Gisevius vor dem Nürnberger Gerichtshof machten, sondern wird durch die vertrauliche Information bestätigt, die Pethel von Beck im Hause des Generaloberst v. Hammerstein empfing (Pethel, a. a. O., S. 151).
44. Gisevius (a. a. O., S. 340 f.) sucht Schacht als zivilen Anstifter des militärischen Putschplans herauszustellen. – Schacht (*Abrechnung*, S. 18) folgt der gleichen Linie, weiss aber von der Londoner Aktion nichts. Seine hohe (und sicher berechnete) Anerkennung Witzlebens verliert an Wert durch die Feststellung, der General und er selbst seien die Urheber des einzigen erfolgversprechenden Staatsstreichplans gewesen.
45. *Documents of British Foreign Policy, 2919-1939* (zitiert BD), Series III, vcl. II, p. 683 ff. und die Bezugnahme darauf, *ibid.* p. 101, 125 f. und vol. III, p. 366. Vgl. dazu und zum Folgenden meinen Artikel «International Aspects of the German Opposition to Hitler» (*Meastire*, 1951, II, 2, S. 178 ff.).
46. Der Brief gelange in die Akten des Auswärtigen Amtes und wurde dort ohne Nennung des Adressaten in eine Reihe warnender Schriften eingereiht (DD, Serie D, II, S. 706). Man wird also die Mitwisserschaft der Wilhelmstrasse an der Mission Kleist annehmen können. Für Becks Warten auf «Noten aus Frankreich und England» vgl. Focrster (a. a. O., S. 126), womit sein Eingeweihtsein mindestens bezeugt sein dürfte. – Die detaillierten Angaben über die Inszenierung der Reise Kleists bei Jan Colvin, *Chief of Intelligence* (London 1951, S. 60 ff.) werden mit Vorsicht aufzunehmen sein.
47. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Erklärung mit den gleichen Worten begann, die Beck in einem seiner Vorträge gebraucht hatte («Unusual times require unusual means»). Bei Dulles (a. a. O., S. 61) ist nur von einer Botschaft Becks die Rede. Für den Hergang selbst vgl. Kordt (a. a. O., S. 251 f. und 279 ff.). Weiter sind die Zeugenaussagen aus dem Weizsäcker-Prozess heranzuziehen, aus denen hier nur ein Punkt herausgegriffen sei. Unter den Belastungszeugen fungierte auch Baron von Vansittart. In einer eidesstattlichen Erklärung vom 12. August 1948 hat er versichert, er habe v. Weizsäcker immer als «chief executant» der Politik Ribbentrops betrachtet und halte an dieser Anschauung fest. In der gleichen Erklärung werden die Brüder Kordt als Opportunisten charakterisiert, von denen Vansittart nie den Eindruck gehabt habe, dass sie mit irgendwelchen Personen und Gruppen ernsthaft oppositioneller Art verbunden gewesen seien, und von denen er nie auch nur einen Wink («hint») von einigem Gewicht empfangen habe.

In schärfstem Gegensatz dazu hat der Bischof von Chidchester nicht nur bezeugt, dass aktive Schritte in Opposition zur Politik Hitlers und Ribbentrops von den Brüdern Kordt und v. Weizsäcker unternommen wurden, sondern auch, dass – Baron Vansittart davon wusste. Ferner hat der frühere britische Außenminister in einer eidesstattlichen Versicherung vom 30. September 1947 den Inhalt eines Briefes von Theo Kordt vom 29. Juli 1947 als wahr beurkundet. Der angezogene Brief erwähnt kurz die Vorgänge vom September 1938 und enthält u.a. die Feststellung, dass der Schreiber während der Jahre 1938/39 in «enger, teilweise täglicher Berührung mit dem hauptsächlich diplomatischen Berater der britischen Regierung – Lord Vansittart» war sowie dass Erich Kordt trotz des damit verbundenen Wagnisses wiederholt nach London kam, um Baron Vansittart von den drohenden Gefahren zu unterrichten, der diese Nachrichten an Lord Halifax weiterzugeben versprach. Das psychologische Rätsel, das die widersprechenden Zeugnisse aufgeben, wird am einfachsten zu lösen sein durch ein Zitat aus einer zweiten eidesstattlichen Versicherung Vansittarts (vom 31. August 1948), in der es heisst: «Die ganze Grundlage meiner Haltung gegenüber Deutschland war, dass es eine wirkliche oder wirksame Opposition dort niemals gab oder geben würde.» Wie weitgehend Vansittart unter dem Druck dieser Zwangsvorstellung von seinem Gedächtnis im Stich gelassen worden ist, wird noch weiterhin zu zeigen sein. Jedenfalls kann sein Zeugnis die Tatsachen von 1938 nicht erschüttern und die Integrität der beteiligten Persönlichkeiten nicht in Frage stellen. Das Gleiche gilt von der in der Quellenfrage zum Teil sehr scharfsichtigen Kritik von Namier (*In the Nazi Era*, London 1952, bes. S. 75 und 84 f.), und von Wheeler-Bennetts kritischen Bemerkungen über «unzufriedene Generäle» und «frühere Deutschnationale» (a. a. O., S. 438). Ernster ist sein Einwand, ob eine englische Verpflichtung zum Kriege auf Grund der deutschen Eröffnungen möglich war. Aber er widerspricht damit seiner eigenen früheren Verurteilung der appeasement-Politik, und übrigens war die englische Festlegung auf den Krieg in der Krise nach Godesberg durchaus eine Wirklichkeit.

48. Der Brief vom 11. Oktober 1938 ist im Wortlaut abgedruckt in *Goerdeler's Politisches Testament. Dokumente des Anderen Deutschland*, herausg. v. Friedrich Krause (New York 1945, S. 57-64). In dem gleichen Brief sagt der Verfasser: «Ich weiss . . ., dass diese Diktatoren nichts als Verbrecher sind und dass ihre Wirtschaftspolitik zum Bolschewismus führt. Der Hitlerismus ist Gift für die deutsche Seele.» (S. 61.)
49. Vgl. dessen Telegramm vom 5. September (BD, Series III, vol. II, p. 242 und 689 ff.). Ritters Vermutung (a. a. O., S. 478 Anm. 57), dass das Telegramm vom 5. September auf Mitteilung Goerdeler's zurückging, ist offenbar irrig. Siehe dazu das Telegramm eines anderen englischen Diplomaten in der Schweiz vom 8. September (BD, a. a. O., App. IV).
50. Über Trotts Gespräche im Juni 1939 in London liegt ein Aktenstück vor (DD, Serie D, VI, S. 562-70), das typisch für die doppeldeutige Sprache solcher Versuche ist und zu schweren Missverständnissen Anlass gegeben hat. Zur Berichtigung vgl. den Brief von David Astor (*Manchester Guardian Weekly*, 4. Juni 1956) und meine Einleitung zu einer Denkschrift Trotts von 1942 (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V, 4, S. 590 f.).
51. Es geschah das auf Initiative Weizsäcker's. Dazu übereinstimmend dessen *Erinnerungen* (München 1950, S. 255) und E. Kordt (a. a. O., S. 311 ff.).

- Amtliche Bestätigung des Vorgangs in BD, Series III, vol. V, pp. 705, 707.
52. Es hat in der ausländischen Literatur Behandlung im weiteren Rahmen gefunden bei Wheeler-Bennett (a. a. O.), bei Gordon Craig, *The Politics of the Prussian Army 1940-1945* (Oxford 1953), spezieller in dem noch stark von der Nürnberger Atmosphäre bestimmten Buch des damaligen Anklägers Telford Taylor, *Sword and Swastika*, New York 1952. Von deutscher Seite und zur Frage des militärischen Widerstands sind vor allem die sehr sorgsamsten Untersuchungen von H. Krausnick und K. Sendtner zu nennen (*Vollmacht des Gewissens*, S. 175-380 und 381-524). Das die Spezialbibliographie von G. Stadtmüller (S. 541-62). Für die allgemeinere Literaturübersicht siehe H. Herzfeld, Heer und Staat in der deutschen Geschichte (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesdi.*, IV, 4, S. 561 ff.). – Es kann in dem folgenden Abschnitt nur darum gehen, die Würdigung, die beabsichtigt ist, an dem neu bearbeiteten Material zu kontrollieren, nicht aber, die Masse des Faktischen zu berücksichtigen.
 53. Am 26. Januar 1932 schrieb Groener einem Freunde, dass, wenn Hitler zu Gewaltmitteln greifen sollte, er niedergeworfen werden würde. «[H]ammerstein] ist der Mann, *brutal* zuzuschlagen, ganz anders als Seidert 1923/24.» (übers. von Craig, *Political Science Quarterly*, LXIII, 2, S. 210.)
 54. Dazu Aufzeichnung Hammersteins bei Bracher, a. a. O., S. 733 f., die aber in sich nicht ohne den im Text angedeuteten Widerspruch ist. Vgl. dazu auch Ritter (a. a. O., 3. Aufl., S. 135 und 477, Anm. 8). Von einem Putschplan Hammerstein-Schleicher kann für Januar 1933 nicht die Rede sein.
 55. In einigen Fällen wurde früheren Offizieren «nichtarischer» Abstammung von der Reichswehr Schutz gewährt. Aber die Armee trat nicht aus ihrer Reserve heraus, als der Kranz der Vereinigung jüdischer Kriegsteilnehmer vom Ehrenmal Unter den Linden entfernt wurde; sie liess es geschehen, dass die Regimentsvereine gezwungen wurden, ihre jüdischen Mitglieder auszustossen. Mit Bezug auf die «Nürnberger Gesetze» genoss die Armee eine gewisse Schonzeit, da die volle Anwendung viele höhere Offiziere, besonders aus den Kreisen des Landadels, betroffen haben würde. Aber auch hier wurde die Praxis ständig verschärft. Als ein Fall unter anderen sei der der jüdischen Witwe des General Hoffmann erwähnt, die nach entwürdigender Behandlung im Jahr 1938 Selbstmord beging (Fraenkel, a. a. O., S. 204). Im Allgemeinen trafen die Verhaftungen im November 1938 mit besonderer Absicht die jüdischen Kriegsteilnehmer. Die Versuche einiger höherer Offiziere, zugunsten individueller Fälle zu intervenieren, hatten wenig Erfolg.
 56. Vgl. dazu die von mir veröffentlichten Briefe Stieffs (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, II, 3, bes. S. 300). – Für Reichenau und Blaskowitz: Ulrich von Hassell (*Vom anderen Deutschland*, Zürich 1946, S. 92 u. 97) sowie Sdilibandendorff (a. a. O., 1951, S. 59), ferner *Vollmacht des Gewissens* (a. a. O., S. 391 u. 405). Erwähnt werden muss, dass auch der Widerstand gegen den berüchtigten Kommissarbefehl Hitlers vom Mai 1941 mehr von taktisch-militärischen als von grundsätzlichen Erwägungen ausging. Zu diesem Problembereich vgl. die Erörterung und die Dokumente in: «Der verbrecherische Befehl» (Beilage zum *Parlament*, 17. Juli 1957).
 57. Fraenkel, a. a. O., S. 202 f. – Über die Kritik der militärischen Jugenderziehung siehe Hossbach, *Zwischen Wehrmacht und Hitler*, S. 58 f.
 58. Dazu jetzt die Darstellung von Hermann Foertsch, *Schuld und Verhängnis*. Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 (Stuttgart 1951).

59. Derjenige Teil des Tagebuchs von Hermann Kaiser, der erhalten geblieben ist und mir vorlag, umfasst die Zeit vom 7. Januar bis 3. August 1943. Ergänzungen finden sich in einem fragmentarischen Bericht von Ludwig Kaiser, der als Kriegsgerichtsrat im Stabe von General Olbricht diente. Beide Brüder waren in einer Lage, die ihnen erlaubte, sehr wesentliche Aufzeichnungen zur inneren Geschichte des Widerstands zu machen. Hermann, Studienrat in Wiesbaden, ein tief religiöser Mensch und ein Idealist von reinstem Wasser, fiel als ein Opfer des 20. Juli. Ein Teil des erhalten gebliebenen Fragments seines Tagebuchs ist veröffentlicht worden in: *Die Wandlung*, 1945-46, Heft 5, S. 530-34.
60. Ein besonders schlagendes Zeugnis für Rundstedt in den Aufzeichnungen des Freih. v. Neubronn «Als deutscher General bei Pétain» (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.* IV, 3, S. 249!). – Eine Antwort auf die «Versuchung», die man wohl als typisch ansehen kann, wurde vom Generalfeldmarschall v. Kluge gegeben: «1. Keine Teilnahme an einem Fiasko-Unternehmen. 2. Ebenso wenig an einer Aktion gegen Hitler. 3. Ist nicht im Wege, wenn Handlung beginnt.» (Kaiser-Tagebuch, 21. Jan. 1943.)
61. Dulles, a. a. O., S. 90.
62. v. Hassell, a. a. O., S. 212.
63. Der Brief ist vom 17. Mai 1943 (Beilage zum Kaiser-Tagebuch: *Die Wandlung*, 1945-46, Heft 2). Jetzt in Faksimile bei Ritter (a. a. O. I. Aufl., S. 352 ff.).
64. Brief vom 25. Mai 1943 (*Wandlung*, a. a. O., u. Ritter, a. a. O., S. 354f).
65. Für Beck vgl. Marion Gräfin Dönhoff, *In Memoriam 20. Juli 1944* (Hamburg). – Friedrich Meinedce, der in Berührung mit Beck kam, nennt ihn einen «echten Erben Scharnhorsts» (*Die deutsche Katastrophe*, S. 146). Weitere persönliche Zeugnisse (u.a. von Fechter, Spranger und Sauerbrudi) liegen aus dem Kreise der «Mittwochsgesellschaft» vor, zu der sich hohe Beamte und Gelehrte zweimal monatlich in Berlin trafen. Von der aktiven Opposition gehörten zu ihr Popitz, Jessen und v. Hassell. Beck war der einzige Militär in diesem Kreis und ein «natürlicher Mittelpunkt». Einige seiner dort gehaltenen Vorträge sind erhalten in den von Hans Speidel herausgegeb. *Studien* (Stuttgart 1956). Die Zitate am Schluss dieses Abschnitts aus Speidels Einleitung und aus Becks Vortrag: «Die Lehre vom totalen Krieg» (a. a. O., S. 13 und 249).
66. Vgl. für Stauffenberg neben früheren Zeugnissen jetzt vor allem die aus persönlicher Kenntnis und vielen persönlichen Bekundungen geschöpfte, sehr eindringliche Porträtskizze bei Zeller (a. a. O., 3. Aufl., S. 1480.). Vgl. ferner für die Jugendgeschichte das schöne Erinnerungsbild von Theodor Pfizer «Die Brüder Stauffenberg» (in *Robert Boehringer, Eine Freundesgabe*, S. 487 ff.) und zur Würdigung die Rede von Paul Graf Yorck von Wartenburg zur Einweihung der Friedhofkapelle in Lautlingen (*Staatsanz. f. Baden-Württemberg*, VI, Nr. 55). Dokumentarische Unterlagen – Briefe und Aufzeichnungen – fehlen leider durchweg. Die Schilderung bei Karl Michel (*Ost und West: Der Ruf Stauffenbergs*, Zürich 1947) ist nicht ohne Substanz, entgleitet aber in misslicher Weise in das Gebiet des «Edelkitsches». Die hohe Achtung, die der «SS-Bericht» Stauffenberg bezeugt, hat symptomatisches Interesse. Das Gleiche gilt für die Schilderung bei Wheeler-Bennett (a. a. O., bes. S. 602 ff.).
67. Viele Einzelnachweise hierzu lassen sich aus dem Buch von Dulles und den verschiedenen Tagebüchern und Memoiren gewinnen. Ein mehr systemati-

- scher Überblick, eine Art von «Aufmarschordnung», findet sich bei Pechel, a. a. O., S. 237 f. – Für die «Abteilung z. b. V.» wurde eine ungedruckte Aufzeichnung von Frau Haag benutzt. Ihre Angaben finden Bestätigung in der eidesstattlichen Erklärung v. Etzdorfs (Weizsäcker-Prozess, Exh. 209, Dok. Nr. 140), s. auch *Vollmacht des Gewissens*, S. 406 ff.
68. A. a. O. (1951), S. 67 u. 54.
 69. Zu den Pariser Vorgängen jetzt: W. v. Schramm, *Der 20. Juli in Paris* (Wörishofen 1953). Vgl. für Stülpnagel ferner Hans Speidel, *Invasion 1944* (Tübingen u. Stuttgart, 1949), bes. S. 83 ff., 133 ff., und E. Jünger, *Strahlungen* (Tübingen 1949), bes. S. 525 f.; ferner den Artikel von E. Weniger (*Sammlung*, 4. Jahrg. 1949, S. 475 ff.). Für Hofacker s. A. Leber, II (a. a. O., S. 259 ff.) und eine ungedruckte Aufzeichnung von Dr. G. Frhr. v. Falkenhäusen, deren Kenntnis ich M. Braubach verdanke. – Für «Rommel und den Widerstand» vgl. Krausnick (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.* I, 1, S. 64 ff.).
 70. Ein kleiner, aber bezeichnender Zug ist von Meinecke berichtet worden (*Die deutsche Katastrophe*, S. 146). Danach kam Hermann Kaiser zu ihm, um sich bei dem Historiker der deutschen Erhebungszeit nach Einzelheiten der Organisation einer patriotisch-revolutionären deutschen Gesellschaft in – den Jahren 1812-13^{er} erkundigen.
 71. Dazu das Urteil des Historikers P. E. Schramm, der aus seiner Erfahrung im Wehrmachtsführungsstab bezeugt, dass trotz der Millionen von Fremdarbeitern die Fälle von Sabotage in den Jahren 1943-45 an Zahl verschwindend gering waren (*Remer-Prozess*, a. a. O., S. 79). Zum Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte vgl. die Dokumentation durch H. Gackenholtz (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, III, 3, S. 319 ff.) und K. v. Tippißkirch (*Geschichte des zweiten Weltkriegs*, Bonn 1951, S. 527 ff.).
 72. Ein gut Teil dieses Dilemmas kommt ungewollt zum Ausdruck in: Wolfgang Müller, *Gegen eine neue Dolchstoßlüge. Ein Erlebnisbericht zum 20. Juli 1944* (2. verb. Aufl., 1947). Der Verfasser (der sogen. «Vorschriften-Müller») war Frontoffizier im Osten und nahm als Kommandeur der Infanterieschule Döberitz am Aufstandsversuch des 20. Juli teil. Das Buch enthält viele interessante Einzelheiten, aber es bezeugt mehr die Gefühle elementarer Empörung im Offizierskorps, das aus seinen besten Traditionen sich gegen die Naziführung auflehnen musste, als ein klares Durchdenken der Situation. Während der Verfasser sich mit Recht gegen eine Dolchstoßlüge wendet, die den Verlust des Krieges auf die militärische Opposition abzuschieben sucht, wird er des Konflikts, der von führenden Persönlichkeiten durchzukämpfen war, kaum gewahr. – Zum Grundsätzlichen vgl. auch Johann Dietrich v. Hassell: *Verräter? Patrioten!* (Köln 1946) und für eine breitere Analyse der Probleme das im Vorwort erwähnte Buch von M. Boveri.
 73. Dies und das folgende bei Schlabrendorff, a. a. O. (1951), S. 134-38.
 74. Schlabrendorff, a. a. O., S. 56. Pechel, a. a. O., S. 153. Nach Pechel hielt Dr. Brüning Hammerstein für den einzigen General, der Hitler entfernen konnte: «ein Mann ohne Nerven». – Hammerstein blieb auch nach der Verabschiedung eine führende Gestalt unter den Verschwörern bis zu seinem Tod im Jahre 1943. In einer Besprechung, die in seinem Hause gegen Ende 1941 stattfand und an der Beck sowohl wie Goerdeler teilnahmen, einigte man sich auf eine Aktion, die Witzleben, der damals Oberbefehlshaber West war, ausführen sollte. Pechel wurde beauftragt ihn einzuweihen, und Witzleben erklärte sich zum Handeln bereit. Vorbereitungen dazu wurden

- getroffen, aber im März 1942 hatte sich Witzleben einer Operation zu unterziehen. Einen Monat später wurde Pediel verhaftet und Witzleben wurde seines Kommandos enthoben (a. a. O., S. 155 f.).
75. Für diese Phase vgl. jetzt die eingehende Untersuchung von E. Kosthorst, Die deutsche Opposition gegen Hitler zwisdren Polen- und Frankreich-Feldzug (*Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst*, Heft 8, 1954). Ferner Sendtner, a. a. O., S. 383 ff. und Kordt, a. a. O., S. 355 ff.
 76. Nach Schlabrendorff (a. a. O., S. 112) hatte Olbricht am Ende des Jahres 1942 noch um 8 Wochen Zeit gebeten, um die Vorbereitungen für die Machtergreifung in Berlin, Köln, München und Wien zu vollenden. Ende Februar 1943 sagte er: «Wir sind fertig. Die ‚Initialzündung‘ kann in Gang gesetzt werden.» Nadr dem Attentatsversuch des 13. März wurden die Vorbereitungen überholt. Dies führte zu den versiegelten Befehlen vom Herbst 1943- – Zum folg. a. a. O., S. 116-123.
 77. Pechel, a. a. O., S. 162-64 u. Schlabrendorff, a. a. O., S. 123 f. Für das folgende a. a. O., S. 169 f.
 78. Dulles, a. a. O., S. 93 (Zeller, a. a. O., S. 392, bezweifelt die Angabe). Bezeugt ist (das., S. 211), dass ein anderer Versuch durch vorzeitige Entzündung des Sprengstoffs im Hauptquartier scheiterte.
 79. Die Versionen über diesen Vorgang weichen (bei Dulles, Pechel, Schlabrendorff u. Zeller) in Einzelheiten voneinander ab. Bei Ritter (a. a. O.) findet sich für den Versuch von Kleist, Bussche und Boeselager (?) ein Zusatz in 3. Aufl. (S. 548 f., Anm. 93). – Siehe auch Axel v. d. Bussche, «Eid und Schuld» (*Göttinger Universitätszeitung*, II, 7).
 80. Auf den 20. Juli selbst soll hier nicht eingegangen werden. Die ausführlichste Schilderung bei Zeller. – Auch eine recht sorgsame amerikanische Darstellung liegt vor (Const. FitzGibbon, *20 July*, New York, 1956), S. 154 ff.
 81. Vgl. seinen Artikel: «Gedanken und Ereignisse», *Schweizer Monatshefte*, Dez. 1945, S. 537-59. Weitere Belege bei: Franz Reuter, *Der 20. Juli* (Berlin 1946) sowie bei Dulles und Gisevius.
 82. Schlabrendorff, a. a. O. (1. Aufl.), S. 129. – In der Neuaufl. (1951, S. 175) mit leichten Abwandlungen. – Die beiden folgenden Zitate das. S. 195 und 203 f.
 83. Der Verlust seines Tagebuches wird als ein unersetzlicher Verlust gelten müssen. Eine wesentliche Quelle für Canaris sind die Aussagen Lahusens (IMT II, S. 485 f., III, S. 7 ff.). Darstellungen bei Karl Heinz Abshagen, *Canaris* (Stuttgart 1949) und Jan Colvin, *Chief of Intelligence* (London 1951); das Weizsäcker-Zitat a. a. O., S. 175. Das deutsche Zitat über das «Ende Deutschlands» in I Documenti Diplomatici Italiani, 8. Serie, XIII (Rom 1953), S. 46. – Vgl. jetzt auch den Artikel «Canaris» von H. Krausnick in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 3 (Berlin 1957), S. 116 ff.
 84. Dies mit Bezug auf das Plädoyer des Generalstaatsanwalts Dr. Bauer im Remer-Prozess. – Der «Fall Oster», der zuerst durch die Aussagen des holländischen Oberst Sas (Dulles, a. a. O., S. 80 f.), dann durch die niederländische Untersuchungskommission auf quellenmäßig sichere Grundlage gestellt worden ist, hat im sog. Witzleben-Kreis eine aufs Prinzipielle gehende Erörterung gefunden (*Die Vollmacht des Gewissens*, S. 46 ff., 499 ff.). – Ritter (a. a. O., S. 264 f.) spricht bei aller Anerkennung des moralisch-politischen Antriebs von einer «überflüssigen Tat». Erwähnt sei

(nach privater Mitteilung), dass der Generalstab schon vorher durch einen früheren deutschen Diplomaten, Graf Albrecht von Bernstorff, eine Warnung an den holländischen Gesandten in Berlin hatte gelangen lassen. Ferner hat auch v. Weizsäcker im Rahmen der diplomatischen Möglichkeiten gewarnt. Der frühere belgische Gesandte, Vicomte Davignon, hat bezeugt, dass der Staatssekretär in keiner Weise versuchte, ihn zu täuschen oder seine Wachsamkeit bez. eines möglichen Durchmarsches durch Belgien und Holland einzusdröfären. (Weizsäcker-Prozess, Exh. 142.)

85. Schlabrendorff, a. a. O., S. 176. – Siehe auch B. H. Liddell-Hart (Jetzt *dürfen sie reden*, Hamburg 1950, S. 364), wo sich Äusserungen Hitlers zu den Generalen im Osten finden, die den von Schlabrendorff berichteten in der Tendenz ähnlich sind. Nach dieser Quelle sagte Hitler u.a., wie sehr er Stalin beneide, der die Generalität so gereinigt und fanatisiert hätte, dass er nicht immerzu auf Skrupel und Einwendungen stosse.
86. Emil Henk, *Die Tragödie des 20. Juli 1944* (Heidelberg 1946, S. 30-32). Es bestehen jedoch Unstimmigkeiten zwischen den Angaben von Henk und den tatsächlichen militärischen Plänen im Februar-März 1943.
87. Der deutsche Wortlaut lag nicht vor. Der Text ist Röödeübersetzung von einem in die amerikanische Ausgabe von Schlabrendorff durch die Herausgeber eingefügten Zitat.
88. Übersetzung einer ausgezeichneten Charakterisierung, die sich in dem Flugblatt des «American Committee to Aid Survivors of the German Resistance» von 1949 findet.
89. Über Bosch vgl. die Biographie von Theodor Heuss (*Robert Bosch, Leben und Wirken*, Stuttgart und Tübingen 1946). Die Verbindung mit Goerdeler wurde hergestellt durch Th. Bäuerle (a. a. O., S. 674). Einzelheiten über den Bosch-Kreis in Frau Goerdelers Denkschrift (vgl. Anm. 32 dieses Abschnitts), in Pechel (a. a. O., S. 209) und in einer Denkschrift eines Privatsekretärs von Bosch (Juli 1945). Über Bosch sowohl wie über Goerdeler finden sich auch interessante Angaben in Max Jordan, *Beyond all Fronts*. Gespräche mit Goerdeler, das., S. 258-71, 295-302; Briefe von Goerdeler, S. 321-24, 334-35. Vgl. zum Bosch-Kreis jetzt Ritter (a. a. O., S. 151 ff.).
90. Goerdelers *Politisches Testament*, hrsg. von R. Krause, S. 19-46. Ein «Programm für den Frieden der Welt» (1938) findet sich das., S. 47-52.
91. Das., S. 53-55.
92. Anhang zum Kaiser-Tagebuch. Ein Teilstück der Denkschrift ist veröffentlicht worden in *Die Wandlung*, 1945-46, Heft 6, S. 536 f. Vgl. jetzt den Abdruck bei Ritter (a. a. O., Anh. VII).
93. Im Zusammenhang mit diesem Zeugnis, aber auch im Hinblick auf den Gesamteindruck von der Persönlichkeit Goerdelers ist unter dem Stichwort «Revolutionäre wider Willen» eine lebhaftige Diskussion ausgetragen worden in *Gegenwart* (X, Nr. 227, 28, 30, 32, 35), vgl. dazu auch F. Böhm, Widerstandsbewegung oder Revolution (*Der Monat*, VII, Heft 81).
94. *Tagebücher «Vom anderen Deutschland»* (Zürich 1946), S. 363 f. – Von Interesse sind im gleichen Zusammenhang auch Hassells kaustische Bemerkungen über den Stapellauf des Schlachtschiffs ‚Bismarck‘ und die Weigerung seiner Schwiegermutter, die Taufe der «Tirpitz» zu vollziehen (a. a. O., S. 50).
95. Die Tagebücher (bes. S. 243-45, 295, 315, 327) widerlegen die Annahme, dass Hassell keine Berührung mit der Linken hatte und entsetzt war über

- den Radikalismus der jüngeren Generation. Hassell seinerseits sah im Gegenteil in Goerdeler «eine Art Reaktionäre (a. a. O., S. 228, 295). – Die hier angedeuteten Meinungsverschiedenheiten werden später zu erörtern sein.
96. A. a. O., S. 330.
 97. Schlabrendorff, a. a. O., S. 212; das folgende Zitat in: *Das Gewissen steht auf*, S. 150.
 98. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Junkertum und Nationalsozialismus vgl. auch die statistisch unterbaute Untersuchung von Lysbeth W. Muncy (*Review of Politics*) Oktober 1947, S. 499 ff.
 99. Dulles, a. a. O., S. 193 f. Eine eingehendere Würdigung der Rolle von Popitz innerhalb des Widerstands und seiner politischen wie seiner sozialen Ideen wird gegeben in einem Aufsatz von Hans Herzfeld, der in der *Festschrift für Fritz Hartung* erscheinen wird.
 100. Gisevius (in der 1. Aufl., II, S. 221, in späteren Aufl. gestrichen) gibt der (bestreitbaren) Meinung Ausdruck, dass der Fall Popitz «ungleich krasser» lag als «der sowieso umstrittene «Fall» Schacht». Er erklärt, er habe ihm ablehnend gegenübergestanden, sei aber später tief beeindruckt worden durch Popitz' Aufrichtigkeit und seine «Leidenschaft, begangene Fehler wieder gut zu machen». Trotz des hierdurch erweckten Eindrucks von Intimität weiss Gisevius so gut wie nichts über Popitz' Tätigkeit.
 101. Pechel (a. a. O., S. 227) schildert sie als den «blonden Engel» des Gefängnisses in Ravensbrück. Sie war die Schwägerin von Eduard Waetjen, eines Freundes von Moltke, der dem Deutschen Konsulat in Zürich zugeteilt war und neben Gisevius als Verbindungsmann diente zwischen Mr. Dulles und der deutschen Untergrundbewegung. – Für das Folgende vgl. Dulles' Kapitel «Himmler» (a. a. O., S. 185-210). Über den Aktenfund von Dulles siehe jetzt auch Ritter (a. a. O., 1. Aufl., S. 526, Anm. 40 u. S. 548, Anm. 39), über Goerdelers Mitwisserschaft das. S. 355.
 102. Hassell hat offenbar erst nach Langbehns Verhaftung von dem Annäherungsversuch an Himmler gehört. Er schreibt (November 1943: a. a. O., S. 332) von «der offenbar gewachsenen Abneigung erheblicher Kreise gegen Geissler» (Popitz). Auch Ritter (Zusatz in 3. Aufl., S. 362) betont «Abkühlung» seit Herbst 1943.
 103. Vgl. Hassells Eintragung im September 1941 (S. 228): «Herz (Schacht) ist offenbar über die Lage ganz klar, aber immer wieder durch seinen masslosen persönlichen Ehrgeiz, verbunden mit charakterlicher Unzuverlässigkeit, beeinträchtigt.» – Dass Schacht keine Rolle bei dem Putsch spielte, ist auch die Meinung des «SS-Bericht». Schacht selbst (*Abrechnung*, S. 38 f.) ergeht sich in etwas billigen Polemiken gegen die Unzulänglichkeit der «Zivil-Verschwörer», die vorzeitige Aufstellung von Programmen und die Verteilung von Ministersesseln. Die Angabe der Memoiren (*76 Jahre*, S. 532) über eine Sondierung Hassells kurz vor dem Attentat betreffend Eintritt in ein Kabinett Goerdeler findet in anderen Quellen keine Stütze und ist gleichfalls stark polemisch gefärbt.
 104. Dulles, a. a. O., S. 136. Nach Henk (a. a. O., S. 12) war auch die Marine an einem von Leuschners Artikeln interessiert, und Canaris benutzte diese Verbindung als Brücke zu sozialistischen Kreisen. Die Angabe Pechels a. a. O., S. 202.
 105. A. a. O., S. 315.
 106. Für persönliche Einzelheiten vgl. Pechel, a. a. O., S. 201-07. – Pechels

- eigene Beziehungen zu Dr. Müller und Dr. Schmitt sind ein weiterer Beleg für den interkonfessionellen Charakter der Front.
107. Die Verbindung zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften durch Ernst Lemmer wird von Ritter (a. a. O., S. 286) erwähnt. – Für die Breite der Front und die vielen persönlichen Anknüpfungspunkte – auch im Ausland – vgl. A. Leber (a. a. O. II, S. 77 ff.).
 108. Nach Frau Goerdelers Denkschrift.
 109. Vgl. die Gedenkworte, die Zuckmayer Mierendorff und Haubach gewidmet hat, sowie die Gedächtnisrede Haubachs auf Mierendorff, wieder abgedruckt in *Deutsche Innere Emigration*, S. 105-115. Zu der Angabe Steltzers s. a. a. O., S. 74. Über Haubach vergleiche jetzt W. Hammer, *Theodor Haubach zum Gedächtnis* (2. Aufl., Frankfurt 1957), darin auch die Mierendorff-Rede. Gerstenmaier-Zitat das., S. 52.
 110. Ein Gedenkartikel auf Reichwein und seine volkspädagogische Tätigkeit (von A. v. Machui) findet sich in: *Die Sammlung*, Oktober 1945. Vgl. auch Hans Bohnenkamp, Gedanken an Adolf Reichwein (*Pädagogische Studien*, Schriftenreihe der Pädagogischen Hochschule Niedersachsens, Heft 1, Braunschweig 1949).
 111. Pechel, a. a. O., S. 204; ferner: *Ein Mann geht seinen Weg*, S. 281 ff., und Steltzer (a. a. O., S. 75).
 112. Für die «Ministerliste» vgl. «SS-Bericht über den 20. Juli» und jetzt die Zusammenstellung aus den verschiedenen Stadien bei Ritter (a. a. O., Anh. IX).
 113. Zitiert nach *The Christian Science Monitor*, 18. Januar 1945, S. 7.
 114. W. W. Schütz, *German Home Front*, S. 165. – Ein «*Report on the 20 of July, 1944*» (herausg. v. Vorstand der Soz.-Dem. Partei Deutschlands mit dem Sitz in London, 1944), der sich auf Angaben eines kurz vorher eingetroffenen Refugees stützt, schätzt, dass «die Zahl von bewussten Anti-Nazis sich auf 35-40 */» belief. Zum grössten Teil sind sie sozial-demokratische Arbeiter. Aber in der Zahl sind auch viele Intellektuelle mit sehr abweichenden politischen Meinungen eingeschlossen.» – Für politische Verhaftungen während des Krieges siehe auch die Listen in dem von der gleichen Stelle herausg. *Weissbuch der deutschen Opposition*.
 115. A. a. O., I, 2, S. 101 f.
 116. Nach Joel Sayre, *New Yorker*, 11. August 1945, S. 63. Auch Gabriel A. Almond (*Current History*, Mai/Juni 1946) kam nach der Durchsicht von Gestapo-Akten zu dem Schluss: «The actual resistance was larger and more varied than indicated.»
 117. *The Contemporary Review*, Okt. 1946, S. 203.
 118. A. a. O., S. 48-51; Ritter (a. a. O., S. 368, Anm. 68) erhebt gegen diese Angaben wohl begründete Bedenken, aber noch bedenklicher dürfte es sein, die Angaben Haubachs und anderer gegenüber der Gestapo über ihre geringe Gefolgschaft beim Worte zu nehmen.
 119. Vgl. die Liste bei Ritter (a. a. O., Anh. X).
 120. Vgl. dazu jetzt Ritter (a. a. O., insbes. S. 501, Anm. 15 u. 511, Anm. 71).
 121. Hassell, a. a. O., S. 381-84.
 122. Das., S. 121 (Januar 1940). – Die Gestapo war auch der Meinung, dass Goerdeler «ein breites System der Volksvertretung» in Aussicht nahm, während Popitz dies als undurchführbar ablehnte. (Dulles, a. a. O., S. 195.)
 123. Einige der Entwürfe finden sich bei Hassell, a. a. O., S. 385-96. Jessens

Entwurf scheint verlorengegangen zu sein; er lässt sich aber bis zu einem gewissen Grade auf Grund von Popitz' «Ausführungsbestimmungen» wiederherstellen. Popitz' vorläufiges Verfassungsgesetz liegt in einem Entwurf von 1943 vor, scheint aber auf Januar 1940 zurückzugehen. In seinem qualifizierten Zentralismus gibt es Ideen wieder, die auf die Epoche von Weimar zurückgehen und die Popitz selbst schon 1929 vertreten hatte (*Volk und Reich der Deutschen*, Berlin 1929, II, S. 328-62). Hassell (S. 121) meinte, nicht zu Unrecht, dass Popitz' Pläne zu sehr vom «praktischen Verwaltungsmann» und zu wenig «vom politischen Empfinden her» gedacht seien. Vgl. auch die Kritik Ritters (a. a. O., S. 320). – Dazu jetzt modifizierend und auf breiterer Grundlage (z.T. gestützt auf die Vorträge von Popitz in der Mittwochs-gesellschaft) die Ausführungen von H. Herzfeld (s. Anm. 99 dieses Abschnitts).

124. A. a. O., S. 141. – Dazu jetzt seine vor dem Erscheinen stehenden Memoiren.
125. Das., S. 213 (Juli 1941). Zu den einigermassen verworrenen Aussagen über den Kronprinzen vgl. Ritter (a. a. O., S. 290 ff.). Nach Paul Herre (*Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik*, München 1954, S. 236) widersprach er im März 1943 seiner im Juli 1941 gegebenen Erklärung aufs schärfste. Für Prinz Louis Ferdinand vgl. dessen Erinnerungsbuch (*Als Kaiserenkel durch die Welt*, Berlin 1952, S. 358 ff.). Besonders lebhaft war für ihn sein Lufthansa-Kamerad Dr. Otto John tätig (siehe *Parlament*, Sonderausgabe zum 20. Juli, S. 2). Durch ihn ist auch die Zustimmung Leuschners und Kaisers bezeugt. Selbst Leber soll sich haben gewinnen lassen.
126. Das., S. 224 (September 1941).
127. Für das Zitat wie für die im Folgenden erörterten Verfassungspläne Goerdelers vgl. Gerhard Ritters Veröffentlichung von 1946 in *Nordvestdeutsche Hefte* (I, Nr. 9, S. 6-14). Auf diesen quellenmässigen Darlegungen beruhte die Skizze in der ersten Auflage dieses Buchs. Inzwischen ist in Ritters Goerdeler-Biographie eine erheblich grössere Anzahl von Denkschriften teils erörtert, teils veröffentlicht worden (vgl. die Zusammenstellung auf S. 560 f. und die Abdrucke Anh. I u. II). Indem darauf für Einzelheiten verwiesen wird, können die Grundgedanken Goerdelers im Wesentlichen unverändert wiedergegeben werden. Sie zeigen in den Hauptlinien eine grosse Konstanz.
128. Hassell, a. a. O., S. 241 f. Trotts Kandidat für die Kanzlerschaft war übrigens – Martin Niemöller. Hassell erwähnt (das.), dass Goerdeler seine guten Beziehungen zu den Sozialdemokraten betonte und dass er (sowohl wie Beck) «weniger positiv» bezüglich c^es Kronprinzen sei. Weder sein Name noch der des Prinzen Louis Ferdinand kommt in den Tagebüchern später als im Dezember 1941 vor. – Doch spielt Louis Ferdinand noch eine Rolle wie bei der Lochner-Sondierung vom November 1941, so bei dem Stockholmer Gespräch mit dem Bischof von Chichester im Mai 1942 (s. u.).
129. Schlabrendorff, a. a. O., S. 150. Über die Aufrufe vgl. Ritter (a. a. O., S. 367 f. und S. 530, Anm. 64 f., sowie Anh. XI), ferner Pechel (a. a. O., S. 213 ff. und 304 ff.). Für die Einheitsgewerkschaft vgl. Ritter (a. a. O., Zusatz in 3. Aufl., S. 293) sowie Leber (a. a. O. II, S. 81) für Ansätze schon im Mai 1933.
130. Pechel, a. a. O., S. 213.
131. Diese Lesart findet sich in Aufzeichnungen von Mr. L. P. Lochner und ist hier ins Deutsche zurückübersetzt. Zu den Aufrufen vgl. Anm. 129.

132. Vgl. dazu den Aufruf an die Presse, den Goerdeler plante (Pechel, a.a.O., S. 311).
133. Vgl. Schlabrendorff, a. a. O., S. 154-56; Pechel, a. a. O., S. 321 f. – Dazu jetzt Ritter (a. a. O., S. 285 ff. u. passim).
134. Ein wesentliches Zeugnis dafür, auf dessen Einzelheiten in dem Abschnitt über die Kreisauer zurückzukommen ist, bei Hassell, a. a. O., S. 379 f.
135. Das., S. 228, 295.
136. Pechel, a. a. O., S. 321; Schlabrendorff, a. a. O., S. 109-11.
137. Eine allgemeine Beschreibung des Kreises und eine kurze Charakterisierung der einzelnen Mitglieder findet sich in einer Aufzeichnung der Gräfinnen Freya v. Moltke und Marion Yorck (15. Oktober 1945). Pechel (a. a. O., S. 116-19) hat sich eng daran angeschlossen. Das Kapitel bei Dulles über den Kreisauer Kreis enthält einige Zusätze, ist aber nicht frei von Irrtümern und Missverständnissen. Vgl. jetzt auch Steltzer (a. a. O., S. 71-81). Ferner waren mir – durch die Vermittlung von M. Braubach – die handschriftl. Erinnerungen von Hans Peters zugänglich, aus denen sich für die Entstehung des Kreises eine anfängliche Tarnung der Art ergibt, dass Beamte und Offiziere verschiedener Dienststellen zusammentreten sollten «mit dem offiziellen vom OKW zu genehmigenden Ziele, die Wünsche der Wehrmacht im Falle eines endgültigen Sieges auszuarbeiten».
138. Dulles, a. a. O., S. 147.
139. Einzelheiten das., S. 119.
140. Steltzer a. a. O., S. 74. Ritter (a. a. O., S. 301 f.) legt diese Angabe wohl zu weitgehend im Sinne der Einflussnahme Goerdelers aus und verkennt die Nähe der Beziehung zu den Kreisauern. Zur Persönlichkeitsschilderung s. Zeller, a. a. O., S. 105 ff.
141. Vgl. die Briefzitate in: *Das Gewissen steht auf* (S. 199 f.). Der Abschiedsbrief (vgl. Gollwitzer-Kuhn-Schneider, a. a. O., S. 241 f.) gehört zu den bewege-
ndsten Dokumenten seiner Art.
142. *A German of the Resistance*, S. 26-29.
143. Wichtig ist auch der Hinweis Moltkes, dass bei aller Anerkennung der geistigen Haltung anderer Völker «ihre Lage leichter ist als unsere; moralische und natürliche Pflichten fallen bei ihnen selbst für den Einfältigen zusammen, während bei uns ein offener Konflikt der Pflichten vorliegt». Auf das besondere Problem der russischen antisowjetischen Widerstandsbewegung, die in ähnlicher Lage war, wird zurückzukommen sein.
144. Die Dokumente lagen bei der ersten Aufl. in Abschrift vor. Jetzt gedruckt im Anhang von Steltzer (a. a. O., S. 154 ff.). Die Unvollständigkeit ist betont in der in Anm. 137 genannten Aufzeichnung. – Widersprechend Steltzer, a. a. O., S. 75.
145. Dulles, a. a. O., S. 111. Siehe auch *Das Gewissen steht auf*, S. 164 f. Das. und bei Gollwitzer-Kuhn-Schneider (a. a. O., S. 217) Auszüge aus den ergreifenden Abschiedsbriefen (vgl. auch Ritter, a. a. O., S. 507 f., Anm. 46). – Die Erklärung Freislers in: *A German of the Resistance*, S. 47.
146. Verfasser war «im Wesentlichen» van Husen (Steltzer, a. a. O., S. 75). Dies wird (in persönl. Mitteilung) bestätigt von Gräfin Moltke mit dem Zusatz, dass die Entwürfe ausführlich bei dem Pfingsttreffen von 1943 erörtert worden seien. Man wird annehmen dürfen, dass ihnen auch Moltkes englische Rechtspraxis und seine Schulung im internationalen Recht zugute gekommen ist. Von ihm selbst gezeichnet ist der Entwurf zum Verhältnis von Kirche und Staat und zum Bildungswesen (a. a. O., S. 164).

147. So viel muss gegen Ritter (a. a. O., S. 301 ff., 347, 510) gesagt werden, wobei zugleich eine gewisse Absetzung von den scharfen Gegenthesen Margaret Boveris deutlich sein wird.
148. *Vom anderen Deutschland*, S. 379 f. Aus der Tagebuch-Eintragung (das., S. 295) ergibt sich, dass die Konferenz tatsächlich im Januar 1943 stattfand. Hassell ist ein durchaus korrekter Berichterstatter, wie sich in diesem Fall nachprüfen lässt. Fernere Hinweise auf das Generationenproblem das., S. 332 ff., 338», 344 f.
149. Nach Angabe der Gräfinnen Marion Yorck und Freya v. Moltke.
150. *A German of the Resistance*, S. 38, Anm. – Vgl. *Letzte Briefe*, S. 15 f., 40 u. 68. Dazu persönliche Erläuterungen der Gräfin Moltke.
151. S. Anm. 148.
152. Dazu und zum Folgenden Zeugnisse und Erläuterungen wie in Anm. 150.
153. *Letzte Briefe*, S. 41 f.
154. Das., S. 54 ff.
155. Henk, a. a. O., S. 54. – Es sei erwähnt, dass von kommunistischer Seite die Infiltrierung durch die Gestapo bestritten und vielmehr behauptet wird, Himmler habe mit der «Reaktion» geliebäugelt und erst zugegriffen, als mit der Hereinziehung der Kommunisten das Spiel ernsthaft zu werden begann. (So die Ansicht von A. Norden, *Weltbühne*, 1947, Nr. 13 und A. Ackermann, *Einheit*, Dez. 1947.) Eine andere, noch tendenziösere Version (die Opposition habe die Kommunisten über Goerdeler (I) an Himmler verraten) bei: Werner Plesse, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1954, Heft 6, S. 834 ff. Michael Vyvyan gibt der um nichts besser begründeten Vermutung Ausdruck, die Kommunisten hätten den Putsch sabotiert [*The Cambridge Journal*, Dez. 1948, S. 154).
156. Die Äusserungen von Gisevius in der ersten Aufl. und der amerikanischen Ausgabe (die für den geschaffenen Eindruck entscheidend sind) erscheinen in der Ausgabe von 1954 teils abgeschwächt, teils in der Polemik gegen Zellers «Heldenepos» verschärft, in der Substanz aber erhalten (vgl. a. a. O., S. 532 f.: Superpreuss, militanter Sozialismus, 559 f.: Militärdiktatur der «wahren Nationalisten» . . . , «weder will er auf das Totalitäre verzichten noch auf das Militärische noch auf den Sozialismus»), Es mag erwähnt werden, dass auch der «SS-Bericht» das Missverständnis des Kreisauer Kreises als sowjet-freundlich teilt.
157. Dulles, a. a. O., S. 218.
158. Vgl. Karl Michel, *Ost und West, Der Ruf Stauffenbergs* (1947). – Das Buch kann, wie erwähnt, nur mit stärksten kritischen Vorbehalten als Quelle benutzt werden. Es ist weithin romanhaft. Aber in einigen Kernbestandteilen, den Ausführungen über Stauffenbergs Ablehnung jedes totalitären Systems und der Schilderung seiner Beziehung zu den Anti-Sowjet-Freiwilligen im Osten, ist echte und wertvolle Information enthalten.

Die Opposition und die Alliierten

1. *Times* (London), 17. Oktober 1938, S. 16. Es handelte sich um eine Sendung von London nach den USA.
2. Vgl. die sehr dringlichen Warnungen Trotts in einer von mir veröffentlichten Denkschrift, die im Frühjahr 1942 nach England ging [*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.* V, 4, S. 393]. Ein besonderes Missgeschick dieser Art traf

Goerdeler (Ritter, a. a. O., S. 165 f.). - Das. auch über den Zwischenfall mit Vansittart, der mit seinem Vorwurf des «Landesverrats», in welcher Form er auch gefallen sein mag, an die Befremdung Neville Chamberlains anlässlich der Mission Kleist erinnert und insoweit das eine Motiv des Misstrauens belegt, das Lonsdale Bryans (*Blind Victory*, London 1952) sicher zu Unrecht als Haupthindernis der Verständigung erscheinen lässt. Umso absurder übrigens auch in diesem Zusammenhang – ganz abgesehen von den offenkundigsten Fakten der diplomatischen Vorgeschichte des zweiten Weltkriegs – der im neonazistischen Schrifttum erhobene Vorwurf, nur Anzeichen deutscher Uneinigkeit oder die direkten Eröffnungen der deutschen Opposition hätten England zum Krieg gegen Deutschland ermutigt. Siehe dagegen H. Krausnick, Deutscher Widerstand und englische Kriegserklärung (Beilage zum *Parlament*, 4. Januar 1956).

3. *Times*, 7. November 1938, S. 12.
4. Goerdelers *Politisches Testament*, S. 47-52.
5. Dazu Ritter (a. a. O., S. 483). – Vansittart in der angeführten eidesstattlichen Erklärung (siehe oben S. 191, Anm. 47) erwähnt mehrere Unterredungen mit Goerdeler. – Nach Hassell (a. a. O., S. 126) liess Vansittart Goerdeler noch im Februar 1940 eine Nachricht – übrigens recht auffälliger Art – zukommen.
6. Vgl. seinen Bericht (a. a. O., 1951, S. 52 f.). Für Pechel vgl. a. a. O., S. 292 f.
7. Vgl. seine Rede im Unterhaus am 12. Oktober 1939 (*Hansard's Parliamentary Debates*, vol. 352, S. 566 f.). – Für die briefliche Mitteilung und ihre Verwendung bei Oster und Beck: Kordt, a. a. O., S. 367 ff. und das Faksimile (das. Anh.). Zur Kritik des Missverständnisses und anderer Einzelheiten vgl. Namier (a. a. O., S. 101-103), womit aber der Vorgang noch nicht seine Bedeutung verliert.
8. Dazu Ritter (a. a. O., S. 252 ff.). – Für die belgische Sondierung Hassell (a. a. O., S. 235). Für Becks Aktion durch Wirth auch Dulles (a. a. O., S. 82, allerdings mit späterem Datum).
9. Zum ganzen Fragenkomplex vgl. Kosthorst, a. a. O., bes. S. 127 ff., Sender, a. a. O., S. 458 ff. und Ritter, a. a. O., S. 258 ff. – Auch die Huppenkothenprozesse haben keine völlige Klarheit geschaffen.
10. Vgl. Hassell, a. a. O., S. 126 ff., 141 und Lonsdale Bryans, a. a. O., S. 60 ff. Ferner die kürzere Version in *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, I, 4, S. 547 und meine Vorbemerkung dazu.
11. Hassell, a. a. O., S. 125. Das Folgende das., S. 134 f. – Über den Besuch vgl. Sumner Welles, *The Time for Decision*, S. 91-120.
12. Dazu die Erinnerungen von Sir Samuel Hoare (*Complacent Dictator*, London 1947, S. 277 f.).
13. Dazu eine Denkschrift seines Bruders, Dr. Heinz Haushofer. Einiges Material findet sich in Hassells Tagebüchern und den Akten des Weizsäckerprozesses, sowie in Edmund A. Walsh, Die Tragödie Karl Haushofers (*Neue Auslese*, März 1947, S. 27). Siehe auch über Albr. Haushofer und seine Freunde: R. Hildebrandt, *Wir sind die Letzten* (Berlin 1949).
14. Einen zusammenfassenden Bericht von J. Wallenberg brachte zuerst Dulles (a. a. O., S. 179-184). Viel ausführlicher jetzt dazu Ritter (a. a. O., bes. S. 314 ff., 327 f. und 331).
15. Für eine Biographie Trotts liegen mancherlei Materialien vor. Es besteht

Hoffnung, sie weiter zu ergänzen. Eine Skizze bei G. v. Seile, *Jahrbuch der Albertus-Universität*, V, 1954, S. 160 ff. Im Folgenden sind Unterlagen benutzt, die von Paul Scheffer und Frau von Trott zur Verfügung gestellt wurden.

16. Siehe oben S. 191, Anm. 50. – Die Missverständnisse, denen seine Mission als die eines «appeaser» ausgesetzt war und die sein Entschluss, in das Auswärtige Amt einzutreten, verschärfte, haben ohne Frage auch ungünstig in die im Folgenden zu besprechende Aktion, ebenso wie in eine des Jahres 1942, hineingewirkt. Vgl. dazu meine Vorbemerkung zu der Dokumentation «Zwei aussenpolitische Memoranden der deutschen Opposition im Frühjahr 1942» (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V, 4, S. 391). – Andererseits liegt eine Fülle von Zeugnissen dafür vor, wie ungemein stark Trott als Persönlichkeit gewirkt hat. Sein englischer Freund David Astor (siehe oben S. 191, Anm. 50) sprach von ihm als «the greatest member of my generation in any country that I have met».
17. Vgl. die Auszüge aus Felix Morleys Tagebuch in dem Artikel von Alexander B. Maley, *Human Events*, 7. Februar 1946.
18. Nach Mr. Maley's Artikel war dies der Inhalt einer geheimen Denkschrift, die auch Lord Lothian, dem britischen Botschafter in Washington, zuzuging, mit dem Trott in der Tat seit langem – schon in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Cecil-Rhodes-Komitee – in naher Verbindung stand. Die Denkschrift jedoch, aus der im Folgenden zitiert wird und deren Entwurf mir durch Paul Scheffer zu Händen kam, hatte einen anderen Inhalt. Neben Scheffer waren Kurt Riezler und Hans Simons, wenn auch nicht an der Ausarbeitung, so am Gedankenaustausch, beteiligt. Trott selbst (in einem unveröffentlichten Brief an David Astor, Washington, Dec. 26, 1939) spricht von einer Denkschrift, «whose author I am only in parts». – Scheffers Anteil wird als sehr erheblich anzunehmen sein. – Von einer «Riezler-Simons-Denkschrift» zu sprechen (Ritter, a. a. O., S. 495, Anm. 42), liegt sicher kein Anlass vor. – Dr. Brüning bemühte sich, Trott Zugang zu offiziellen Kreisen zu verschaffen (Brief an den Verf. vom 23. August 1949). – Es ist natürlich möglich (wenngleich nach allen Erkundigungen unwahrscheinlich), dass Trott zwei verschiedene Denkschriften eingereicht hat. Insbesondere ergibt sich aus Mother M. E. Gallin (a. a. O., S. 132), dass in den Akten des Department of State, die sie benutzt hat, nur ein Memorandum von Trott sich befindet, das im Inhalt offenbar mit dem im Text behandelten übereinstimmt.
19. A. a. O. – Die «Beschattung» durch Agenten der FBI wird bestätigt durch Dr. Brüning (a. a. O.). Auch Trott (in dem in Anm. 18 erwähnten Brief) spricht von der Verdächtigung seiner Absichten durch bestimmte Kreise «of passionate destructiveness». – Es mag erwähnt werden, dass Präsident Roosevelt einen Monat später zu Sumner Welles sagte, seine Verpflichtung gegenüber dem amerikanischen Volk mache es nötig, «nichts unversucht zu lassen» (*The Time for Decision*, S. 73). So folgte auf Trotts Versuch die Mission von Sumner Welles, die naturgemäss sich ganz in offiziellen Bahnen hielt und am ehesten noch auf Unterstützung durch – Mussolini hoffte. Die Enttäuschung, die dies Verfahren der deutschen Opposition verursachte, ist erwähnt worden.
20. Dies auf Grund einer Aufzeichnung von L. P. Lochner. Dass sich die Föhlung darauf beschränkt habe, die Haltung Roosevelts zu einer Restauration

der Monarchie auszukundschaften (Ritter, a. a. O., S. 504, Anm. 291), ist unbegründet.

21. S. o. S. 107. Das Treffen ist zuerst bekannt geworden durch den Bericht des Bischofs: *The Background of the Hitler Plot* (*Contemporary Review*, Okt. 1945, S. 203-208, wieder abgedruckt in dess.: *The Church and Humanity*, London 1946. S. 165-176), jetzt sehr viel ausführlicher behandelt und insbesondere durch den Briefwechsel Bischof Chichester-Eden erweitert in einem in Göttingen und Bonn gehaltenen Vortrag (auf Deutsch gedruckt in: *Evangelische Theologie*, Juli 1957. in den *Ges. Schriften* Dietrich Bonhoeffers, Band I, IQ57, sowie in *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V, 4, S. 364 ff., dazu meine Vorbemerkung, das.).
22. Dass Goerdeler hinter seinem Versuch stand (Ritter, a. a. O., S. 322), ist insbesondere auch im Hinblick auf die stark sozialistischen Töne der Erklärungen Schönfelds ganz unwahrscheinlich.
23. Dulles, a. a. O., S. 147. – In anderer Tonlage vgl. für diese Zuspitzung der Lage auch Reck-Malleczewen, *Tagebuch eines Verzweifelten* (Lorch-Stuttgart 1947, S. 195): «Ist es nicht der Gipfel einer tragischen Situation, dass es gerade die übriggebliebenen besten Deutschen sind, die, seit zwölf Jahren die Gefangenen einer Herde böser Affen, die Niederlage ihres Vaterlandes um dieses Vaterlandes willen erhoffen und erleben müssen.» Viele Deutsche werden ähnlich gedacht haben, ohne sich zum Radikalismus solcher Aussage zu bekennen.
24. Alle vier Mitglieder der Bonhoeffer-Familie wurden hingerichtet oder ermordet. Die Verfolgung begann mit der Verhaftung von Dietrich Bonhoeffer, Dohnanyi und Joseph Müller. Während die Gestapo der Auslandstätigkeit der «christlichen Verschwörer» auf der Spur war, gab eine «Devisenverfehlung» den Anlass zum Losschlagen. Dohnanyi, über dessen ausserordentlich aktive Rolle in der politischen Verschwörung Übereinstimmung herrscht, hatte verfolgten Juden zu Vermögensübertragungen nach der Schweiz verholfen. Dies erlaubte Himmler, gegen die Abwehr vorzugehen (April 1943). – Oster wurde seines Postens enthoben. Wenige Monate später musste auch Canaris gehen.
25. Im englischen Original jetzt veröffentlicht: *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V, 4, S. 395 ff.
26. Als ein solcher Vertreter war Trott in Aussicht genommen. Vgl. dazu die Denkschrift, die er kurz vor der Stockholmer Zusammenkunft nach London richtete (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, a. a. O.). In der ausführlicheren Fassung von 1957 schildert der Bischof die detaillierten Verabredungen, die für den Fall getroffen wurden, dass es zu weiterer Fühlungnahme komme.
27. Die Briefe sind zuerst in dem Vortrag (siehe oben Anm. 21) des Bischofs wiedergegeben worden. Abdruck des englischen Textes in *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, a. a. O., S. 376 ff.
28. Dazu die früher erwähnte Notiz bei Hassell (a. a. O., S. 122), Vansittart habe Goerdeler mitteilen lassen, so leicht werde jetzt die alte Reichsgrenze im Osten nicht mehr durchzusetzen sein. Noch zwei Jahre später will Hassell (a. a. O., S. 249) von Burckhardt gehört haben, die Andeutung «Grenzen von 1914» habe in London «wegen Bescheidenheit» überrascht. (Siehe auch Ritter, a. a. O., S. 317.)
29. Diese Angabe ist enthalten in Alexander B. Maleys Artikel, a. a. O., S. 7. Hassells eigene Tagebücher bezeugen nur (a. a. O., S. 227, 4. Oktober 1941),

- dass nach der Mitteilung eines mit ihm in Verbindung stehenden und in Berlin weilenden amerikanischen Geschäftsmanns Stallforth die «Proposition» in Amerika auf guten Boden gefallen sei und dass ein Treffen mit einer «authorized person» in Lissabon vorgeschlagen werde. Hassell selbst war skeptisch hinsichtlich dieser Mitteilung. Der Inhalt der «Proposition» bezog sich wohl eher auf den monarchischen Restaurationsgedanken (a. a. O., S. 224), als auf den im Text erwähnten Vorschlag, der, nach Maley, Washington erst kurz vor Pearl Harbour erreicht haben soll.
30. So in der erwähnten Denkschrift vom 26. März 1943 (Ritter, a. a. O., Anh. VIII, S. 587, ebenso Anh. VI, S. 571).
 31. In Abschrift vorliegend. Die Zitate das., S. 5 u. 9.
 32. Ritter (a. a. O., S. 328 f., dazu der Friedensplan in Anh. VI).
 33. Vgl. die Auszüge in Pechel, a. a. O., S. 213-220. Dazu Ritter, a. a. O., S. 517, Anm. 29.
 34. Dulles, a. a. O., S. 175.
 35. *American Historical Review*, Januar 1948, S. 338.
 36. Dulles, a. a. O., S. 166 (im Original «was frozen» – S. 132 –; die Übersetzung gibt das nicht voll wieder).
 37. Das., S. 176 f.
 38. Die Eintragungen finden sich unter dem 12. August 1943 und dem 14. April 1944. (Vgl. Harry C. Butcher, *My Three Years with Eisenhower*, New York 1947, S. 386, 518.) – Die These vom improvisierten Charakter der Casablanca-Formel hat Churchill zurückgenommen (Memoiren, V, 2, S. 315). Vgl. dazu auch die sorgsame Untersuchung von Günter Moltmann, Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung (*Wehrwissenschaftliche Rundschau*, VI, 1956, bes. S. 182 f.), die klarlegt, dass die Forderung in den internen amerikanischen Beratungen (Advisory Committee) schon aufgestellt wurde. Für die frühere amerikanische Deutschland-Planung vgl. einen Artikel desselben Autors (*Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, V,), S. 241 ff.). Dies auch zum Folgenden.
 39. James F. Byrnes, *Speaking Frankly* (New York, 1947), S. 186.
 40. Robert E. Sherwood, *Roosevelt and Hopkins* (Rev. Ed., 1950), S. 360.
 41. *Our Threatened Values*, S. 139.
 42. Prof. Harold C. Deutsch, a. a. O., S. 338.
 43. Hansard, *Parliamentary Debates*, vol. 402, S. 1487.
 44. Dulles, a. a. O., S. 171 ff.
 45. Vgl. Ritter, a. a. O., Anh. XII u. S. 389 u. 537 f., Anm. 104.
 46. Dulles, a. a. O., S. 175. A. a. O., S. 217. Über die Haltung Schulenburgs und den Plan seiner Durchschleusung durch die Kampffront siehe jetzt auch Ritter (a. a. O., S. 380 f. u. 534 f., Anm. 83 ff. mit einigen neuen Zeugnissen aus den Gestapo-Akten).
 47. Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin* (Bonn 1950), S. 242.
 48. Hassell a. a. O., S. 231 (15. 8. 43).
 49. Gegen den von Dulles (a. a. O., S. 219) angenommenen Besuch von Trott bei Madame Kollontay, der russischen Gesandtin in Stockholm, kurz vor dem 20. Juli, erhebt Ritter (a. a. O., S. 535, Anm. 89) mit Recht sachkritische Bedenken. Audi nach allen persönlichen Informationen ist die Nachricht unglaubwürdig. – Wenn die Berichterstattung der amerikanischen Botschaft in Stockholm zutrifft, so hat Trott erfolglos versucht, Mme. Kollontay zu

sehen (M. E. Gallin, a. a. O., S. 132); aus den gleichen Akten jedoch ergibt sich auch ein von Trott nach Washington gerichteter neuer Vorschlag, der die Fortdauer der früheren Linie bezeugt.

50. Kleist, a. a. O., S. 235 ff., 243 ff., 265 ff. Für Hassell, Trott und Sdiulcnburg: S. 242.
51. Das., S. 280 f.
52. Zum Nationalkomitee vgl. Jesco von Puttkammer, *Irrtum und Schuld* (Neuwied-Berlin 1948); Heinrich Graf von Einsiedel, *Tagebuch der Widerstandskampf in Mitteldeutschland 1939-45* {*Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 1954, Heft 6}; Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1933-46* (Bd. 2, Berlin 1955, 4. Aufl., S. 311 ff.); Andreas Loewenfeld, *The Free German Committee* {*Review of Politics*, 14, 1952, S. 346-366}; Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entlässt ihre Kinder* (Köln-Berlin 1955); Helmut Bohn, Die patriotische Karte in der sowjetischen Deutschland-Politik (*Ostprobleme*, Jahrg. 1955, Nr. 38, 40 und 42).
53. Über die Bildung nationaler kommunistischer Komitees in Deutschland vgl. Angaben bei Plesse, a. a. O., S. 824 f.
54. Für Stauffenberg siehe Ritter (a. a. O., S. 535, Anm. 89). – Für die Wirkung der Nachricht vom 20. Juli; Puttkammer (a. a. O., S. 78). Von Interesse ist auch, welche sowjet-offizielle Auffassung des 20. Juli an das Komitee ausgegeben wurde; Das Attentat sei nichts anderes als der Versuch der herrschenden Klassen Deutschlands, «sich von ihrer Prätorianergarde zu befreien. Um der drohenden Revolution zu entgehen, hatten sie sie einst gerufen und waren dann ihre Gefangenen geworden. Nun sollte die Generalität im Auftrage der Sdiwerindustrie Hitler stürzen, um den Weg zu einer Orientierung auf die kapitalistische Demokratie frei zu machen.» (Einsiedel, a. a. O., S. 127.)
55. Vgl. Loewenfeld, a. a. O., S. 357.
56. Dulles, a. a. O., S. 173, 211 u. 221. Insbesondere widerspruchsvoll sind die Feststellungen auf den Seiten 176 und 221.
57. Das., S. 168 f.
58. Es ist nach Titel, Überlieferung und Inhalt («balance of power») unwahrscheinlich, dass sie, wie Ritter (a. a. O., S. 378) vermutet, mit einer von der Gestapo in den Papieren des Grafen Schwerin-Schwanefeld gefundenen Broschüre «Europa (?) zwischen Ost und West» identisch ist. Nach Frau von Trott war die Denkschrift die letzte Aufzeichnung, die für den Freundeskreis gemacht wurde. Sie sei ihrem Mann so wichtig gewesen, dass er sie nicht habe vernichten wollen, sondern versteckt habe. Eine in einem Schrebergarten vergrabene Abschrift habe gleichfalls nicht wiedergefunden werden können.
59. Fr. Lenz in *Aufbau*, 2. Jahrg., Heft 12, S. 1238.
60. Dulles, a. a. O., S. 168 f. (jedoch nach eigener Übersetzung); Ritter, a. a. O., S. 375 und S. 533, Anm. 74, übernimmt die gegen Zellers Wiedergabe berechtigterweise gerichtete Kritik von Gisevius, missversteht aber selbst die eigentliche Pointe der Trottschen Denkschrift als taktische Drohung. (Es könnte sich . . . «recht wohl eine Verbindung beider Völker und eine gemeinsame, ganz Europa bedrohende soziale Revolution entwickeln, die vielleicht auch auf die im Reich lebenden Fremdarbeiter übergreifen und damit – so wird man zu schliessen haben – audt die westliche Welt bedrohen würde».) Bei Gisevius selbst findet sich auch in der Auflage von 1956 (S. 334 f.)

immer noch das nur bitterer gewordene Missverstehen Trotts, «dieses so viel bewunderten Diplomaten».

- 62 Dies ist das unzweifelhaft echte Hauptthema der romanhaften Erzählung, die Karl Michel um Stauffenberg herumgebaut hat. Vgl. Anm. 66 u. 158 des Abschnitts «Pläne und Aktionen». Für die «Befreiungsarmee» vgl. auch Kleist, a. a. O., S. 199 ff. – Über Fraternalisierung zwischen Deutschen und Fremdarbeitern vgl. u.a. *The Christian Century*, 18. April 1948, S. 488.
63. A. a. O., S. 184.
64. Franz Reuter, *Der 20. Juli* (Berlin 1946), S. 31.

Zusammenfassung

1. Das Zitat ist der Denkschrift von Frau Goerdeler entnommen.
2. George F. Kennan, *American Diplomacy* (Chicago 1951), S. 142.
3. *Vierteljahrsh. f. Zeitgesch.*, I, 4, S. 563 ff.
4. *Reise durch den letzten Akt* (Hamburg 1947), S. 152 f.
5. «In Memoriam 20. Juli 1944» (Hamburg).

PERSONENREGISTER

(enthält nicht Autorennamen und nicht den Namen Hitlers. –
Für die Opfer der Widerstandsbewegung ist der Todestag beigefügt).

- Albrecht, Gerhard (*1889), Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Marburg. 109
- Andreas-Friedrich, Ruth. 37, 38
- Aschmann, Gottfried (1933-39), Leiter der Presse-, dann der Nachrichten- u. Presseabteilg. d. Ausw. Amts. 60
- Astor, David, Herausgeber des «Observer». 191, 203
- Attlee, Clement Richard (* 1883), 1940 bis 1945 Stellvertreter britischer Premierminister. 157
- Attolico, Bernardo (1880-1942), 1935-40 italienischer Botschafter in Berlin. 69
- Bästlein, Bernhard, Feinmechaniker in Hamburg, Kommunist. 59
- Gräfin Ballestrem, Lagi, geb. Solf (*1909). 37
- Bauer, Otto (1882-1938), österr. Sozialist. 54
- Bede, Ludwig (*1880, +20. Juli 1944), Generaloberst, 1933-35 Chef des Truppenamtes, 1935-38 Chef des Generalstabs des Heeres. 62-67, 69, 75, 78, 85, 87, 92, 99 ff., 104, 109 ff., 115, 117, 125, 131, 146, 152, 154, 161, 189 f., 193 f., 202
- Bell, Georges (*1883), seit 1929 Bischof von Chichester. 107, 147-150, 175, 183, 199, 204
- Graf v. Bernstorff, Albrecht (*1890, † 22./23. April 1945) bis 1933 Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in London, dann Bankier; Gutsbesitzer. 196
- v. Bismarck, Herbert (1884-1955), Staatssekretär im preuss. Innenministerium. 61
- Biankenhorn, Herbert (*1904), Legationsrat, 1940-43 an der Gesandtschaft in Bern. 60
- Blaskowitz, Johannes (1883-1948), Generaloberst. 74, 192
- v. Blomberg, Werner (1878-1946), Generalfeldmarschall, 1933-38 Reichswehr-, dann Reichskriegsminister. 61, 63, 71, 75 f.
- Fhr. v. Böselager, Philipp (* 1917), Rittmeister. 195
- Bohle, Ernst Wilhelm (*1903), Gauleiter, Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP. 61
- Bolz, Eugen (*1881, † 23. Januar 1945) 1928-33 Staatspräsident von Württemberg. 98, 105
- Bonhoeffer, Dietrich (*1906, † 9. April 1945), evang. Pfarrer. 50, 91, 109, 147-150, 152, 183, 186, 204
- Bonhoeffer, Klaus (*1901, † 22./21. April 1945), Rechtsanwalt, Lydikus der Deutschen Luftwaffe. 91 f., 148
- Bormann, Martin (1900-1945), Reichsleiter, seit 1941 Leiter der Parteikanzlei. 100
- Bosch, Robert (1861-1942), Industrieller. 59, 93, 109, 296
- v. Bose († 30. Juni 1934), Oberregierungsrat. 56, 188
- Bouhler, Philipp (* 1899), Chef der Kanzlei des Führers. 185
- v. Brauchitsch, Walther (1881-1948), Generalfeldmarschall, 1938-41 Oberbefehlshaber d. Heeres. 64, 67, 82, 84
- v. Bredow, Ferdinand (*1884, † 1. Juli 1934), Generalmajor, 1932/1933 Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium. 56
- Graf Brockdorff-Ahlefeldt, Walter (1887-1943), General d. Inf. 65
- Brückmeier, Eduard († 20. Oktober 1944, Legationsrat i. Ausw. Amt. 60
- Brüning, Heinrich (*1885), 1930-32 Reichskanzler. 56, 61, 102, 145, 188, 194, 203
- Bruns, Georg, Beamter im Auswärtigen Amt. 60
- Buchholz, Peter, kathol. Gefängnisseelsorger in Plötzensee. 178
- v. Bülow, Bernhard Wilhelm (1885-1936), 1930-36 Staatssekretär des Auswärtigen Amts. 61, 66
- Burckhardt, Carl J. (*1891), Professor der Geschichte, 1937-39 Kommissar des Völkerbunds in Danzig. 69, 204
- Fhr. von dem Bussche-Streithorst, Axel (*1919), Major. 86, 195
- Butcher, Harry C., Captain im Stabe General Eisenhowers. 157
- Canaris, Wilhelm (*1887, † 9. April 1944, Admiral, 1935-38 Leiter der Abwehr-Abteilung im Wehrmachtamt, 1938-44 des Amtes Ausland/Abwehr im OKW. 71, 80, 89, 91, 103, 146, 195, 197, 205
- Chamberlain, Neville (1869-1940), 1937-40 britischer Premierminister. 65-68, 137, 139, 142, 202
- Churchill, Winston (*1874), 1939/40 Erster Lord der Admiralität, 1940-45 Premierminister. 29, 66, 137 f., 155, 157 ff., 182, 205
- Clauss, Edgar, sowjetruss. Mittelsmann in Stockholm. 162
- Cooper, Alfred Duff (*1890), 1937/38 Erster Lord der Admiralität. 137
- Curds, Lionel (*1872), All Souls College Oxford. 123

- Dahrendorf, Gustav (1901-1954), Redakteur, 1952/33 sozialdem. M. d. R. 92, 104
- Davignon, Vicomte, belg. Gesandter in Berlin. 196
- Delbrück, Justus (*1902, † Oktober 1945), Regierungsrat a. D., Kaufmann, seit 1940 im Stabe von Canaris. 91
- Delp, Alfred (*1907, † 2. Februar 1945), Pater S. J. 15, 121, 178
- Diels, Rudolf, Ministerialdirektor, Chef der Gestapo in Preussen. 187
- v. Dietze, Constantin (* 1891), Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. 109
- Gräfin Dönhoff, Marion (*1909), Dr. rer. pol. 13, 177
- Graf zu Dohna-Schlobitten, Heinrich (*1882, † 14. September 1944), Generalmajor, 1939-43 Chef des Generalstabes im Feldheer und im Ersatzheer, nach Verabschiedung Landwirt in Tolksdorf (Ostpr.). 97
- v. Dohanyi, Hans (*1902, † April 1945), Reichsgerichtsrat, seit 1939 Sonderführer im OKW (Amt Ausland/Abwehr). 91, 123, 139, 148, 204
- Dulles, Allen Welsh (1893), seit 1942 Leiter des amerik. Office of Strategie Services in der Schweiz. 24 f., 136, 147, 156, 161, 163, 165, 197
- Eden, Anthony (*1897), 1935-38 und 1940-45 brit. Aussenminister, 1939/1940 Staatsminister für die Dominions, dann Kriegsminister. 137, 150, 152, 204
- v. Einsiedel, Horst (1905-1947), Dr. rer. pol. 120
- Eisenhower, Dwight D. (*1890), amerik. General. 24, 157
- Elsas, Fritz (*1890, † 4. Januar 1945), 1931-33 Bürgermeister von Berlin. 98
- Elser, Georg, Tischler in Mündren. 58
- v. Etzdorf, Hasso (*1900), Vortragender Legationsrat im Ausw. Amt, Vertreter des Ausw. Amts beim Generalstab des Heeres. 61, 80, 85, 194
- Eucken, Walter (1891-1950), Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg. 109
- v. Falkenhausen, Alexander (*1878), General der Infanterie, Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich. 81
- v. Faulhaber, Michael (1869-1952), Erzbischof von München, Kardinal. 45/139
- Fellgiebel, Erich (*1886, Eudcen 4. September 1944), General der Nachrichtentruppe. 80
- Ford, Franklin L., Offizier im Nachrichtendienst der US-Navy. 25, 14/198
- Freisler, Roland (1893-1945), seit 1942 Präsident des Volksgerichtshofes. 125, 134 f., 200
- Frhr. v. Freytag-Loringhoven, Wessel (*1899, Eucken 26. Juli 1944), Oberst i. G., Abteilungschef im Amt Abwehr. 80
- Frhr. v. Fritsch, Werner (1880-1939), 1934/35 Chef der Heeresleitung, 1935-38 Oberbefehlshaber des Heeres. 63 f., 73, 76, 83
- Fromm, Friedrich (1888-1945), Generaloberst, 1939-44 Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres. 77, 82, 84
- Gaevernitz, siehe v. S(chulze)-Gaevernitz
- Graf v. Galen, Clemens August (1878-1946), Bischof von Münster. 48, 186
- George, Stefan (1868-1933). 79 h
- Gerard, James W. (*1867), 1913-17 amerik. Botsdrifter in Berlin. 22, 27, 180
- Frhr. v. Gersdorff, Rudolf (*1905), Generalmajor. 81, 85
- Gerstenmaier, Eugen (*1906), Konsistorialrat im Aussenamt der Evang. Kirche. 103, 122, 131, 133 f., 147, 189
- Gessler, Otto (1875-1956), 1920-28 Reichswehrminister. 98, 105, 110, 139
- v. Gierke, Anna (1874-1943). 184
- Gisevius, Hans Bernd, Regierungsrat. 62, 77, 135 f., 156, 161, 163, 183, 190, 197, 207
- Goebbels, Joseph (1897-1945). 36, 43, 50, 70, 139, 148, 156, 160
- Goerdeler, Carl Friedrich (*1884, † 2. Februar 1945), 1930-37 Oberbürgermeister von Leipzig, 1931/32 und 1934/35 Preiskommis-sar. 11, 13, 62, 65, 67 ff., 77 f., 82, 85, 92-96, 98-105, 109-119, 122, 125, 127, 130-135, 138-141, 148, 151, 153, 161, 167, 171 f., 178, 191, 194, 196-202, 204
- Goerdeler, Fritz († 1. März 1945), Stadtkämmerer von Königsberg. 98
- Göring, Hermann (1891-1946). 36, 43, 62, 71, 86, 99, 100, 148
- Gollancz, Victor (*1893), engl. Schriftsteller und Verleger. 22, 158, 180
- Gollwitzer, Helmut (*1908), evang. Theologe. 184
- Groener, Wilhelm (1867-1939), 1928-32 Reichswehrminister. 192
- Gross, Nikolaus (*1898, † 23. Januar 1945), Führer der Christi. Gewerkschaften, Redakteur der «Ketteler-Wacht». 102
- Grosscurth, Helmuth (+ 1943), Oberst i. G., 1940 Chef der Abt. Heerwesen im OKH, seit 1942 Chef des Generalstabes des XI. A.K. (Stalin-grad) 80, 85

- Grüner, Isa. 184
- Frhr. v. Guttenberg, Karl Ludwig (*1902, † 23. April 1945), Gutsbesitzer, Herausgeber der «Weissen Blätter». 58, 92
- Habermann, Max (*1885, † Herbst 1944), 1918-33 Vorstand des Deutschnationalen Handlungshelfenverbandes. 102, 114
- Haecker, Theodor (1879-1945), kathol. Kulturphilosoph. 16
- v. Haeften, Hans Bernd (*1905, † 15. August 1944), Vortragender Legationsrat im Ausw. Amt. 122 f.
- v. Haeften, Werner (*1909, † 20. Juli 1944), Syndikus, Oberleutnant d. R., Ordonnanzoffizier bei Graf Stauffenberg. 123
- Haider, Franz (*1884), Generaloberst, 1937-42 Chef des Generalstabs des Heeres. 64, 67, 69, 80, 82, 189 f.
- v. Halem, Nikolaus (* 1905, † 9. Oktober 1944), Grosskaufmann. 58 f., 84 f.
- Lord Halifax, Edward (*1881), 1938-40 brit. Aussenminister. 66 f., 69 f., 137, 140, 151, 191
- Hamm, Eduard (*1879, † 23. September 1944), 1923/24 Reichswirtschaftsminister, 1925-33 Präsident des Deutschen Industrie- u. Handelstages. 98
- Frhr. v. Hammerstein-Equord, Kurt (1878-1943), Generaloberst, 1930-34 Chef der Heeresleitung, 1939 Oberbefehlshaber einer Armeeabteilung. 72, 75, 84, 101 f., m, 125, 190, 192, 194
- Hansen, Georg (*1904, † 8. September 1944, Oberst i. G., im Amt Abwehr des OKW, 1944 Nachfolger von Canaris. 80
- Graf v. Hardenberg, Carl-Hans (*1891), Gutsbesitzer. 81
- Harnack, Arvid (*1901, † 22. Dezember 1942), Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium. 17, 59
- v. Harnack, Ernst (*1888, † 3. März 1944 bis 1933 Regierungspräsident in Merseburg. 104
- Harnack, Mildred (*1902, † 15. Februar 1943, Lektorin an der Universität Berlin. 179
- v. Hase, Paul (*1885, † 8. August 1943, Generalleutnant, Wehrmachtkommandant von Berlin. 81
- v. Hassell, Ulrich (*1881, † 8. September 1944), 1932-38 Botschafter am Quirinal. 77r., 92, 96E, 99, 102, 104L, 109 ff., 117, 131, 140 f., 151, 161, 193, 196 f., 199, 201 f., 204 f.
- Haubach, Theodor (*1896, † 23. Januar 1943, phil., führender Sozialdemokrat, Redakteur, 1930 Pressereferent im Preuss. Innenministerium. 103 f., 121, 131, 198
- Haushofer, Albrecht (*1903, † 22./23. April 1945
- Professor für politische Geographie und Geopolitik in Berlin. 140
- Graf v. Helldorff, Wolf Heinrich (*1896, † 15. August 1944), seit 1935 Polizeipräsident von Berlin. 64 f., 183
- Hermes, Andreas (*1878), 1920-23 Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister, 1930-33 Präsident der Raiffeisen-Verbände. 59, 98
- Heusinger, Adolf (*1807), Generalleutnant, 1940-44 Chef der Operationsabteilung im Generalstab des Heeres. 80
- Frhr. v. der Heyden-Rynsch, Bernd Otto (*1895), Legationsrat in der Politischen Abteilung des Ausw. Amts. 60
- Himmler, Heinrich (1900-1945). 36, 41, 58, 86, 09 f., 148, 175, 197, 201, 204
- v. Hindenourg, Paul (1847-1934). 72, 75
- Hoepner, Erich (*1886, † 8. August 1944, Generaloberst, 1938 Kommandeur der 1. leichten Div., 1942 als Oberbefehlshaber der 4. Panzerarmee entlassen. 65, 80, 104
- v. Hofacker, Caesar (*1896, † 20. Dezember 1944), Prokurist der Vereinigten Stahlwerke AG, Oberstleutnant d. Res. 81 f., 194
- Hopkins, Harry L. (1890-1946), politischer Ratgeber Präsident Roosevelts.
- Hosbach, Friedrich, 1934-38 Chefadjutant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler. 63
- Huber, Kurt (*1894, † 13. Juli 1944), Professor für Psychologie und Philosophie in München. 17, 179
- van Husen, Paulus (*1891), Oberverwaltungsgerichtsrat. 122, 200
- Jakob, Franz, Schlosser in Hamburg, Kommunist. 59
- Jaspers, Karl (*1883), Philosoph. 30
- Jessen, Jens Peter (*1895, † 30. November 1944), Professor der Staatswissenschaften an der Univ. Berlin, 1942-44 als Hauptmann beim Generalquartiermeister des Heeres Abteilungsleiter. 109 f., 117, 131, 193, 199
- Jodl, Alfred (1890-1946), Generaloberst, 1939-45 Chef des Wehrmachtführungsstabes. 87
- John, Otto, Dr. jur., seit 1936 Syndikus der Deutschen Lufthansa. 92
- Jung, Edgar J. (*1894, † 30. Juni 1934), Rechtsanw. u. Publizist. 55 f.
- Jünger, Ernst (*1895). 16, 43
- Kaiser, Hermann (*1885, † 23. Januar 1944, Studienrat, Hauptmann der Res. im Stab des Befehlshabers des Ersatzheeres. 77 f., 91, 125, 193 f.
- Kaiser, Jakob (*1888), 1024-33 Landesgeschäftsführer der Christlichen Ge-

- werkschaften in Rheinland und Westfalen. 91, 102, 104, 109, 113 f., 146, 199
- Kaltenbrunner, Ernst (1903-1946), seit 1943 Chef des Reichssicherheitshauptamtes. 178
- Keitel, Wilhelm (1882-1946), Generalfeldmarschall, 1935-38 Chef des Wehrmachtamtes im Reichskriegsministerium, 1938-45 Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. 76, 87
- Kennan, George F. (*1904), amerik. Politiker, 1952 Botschafter in Moskau. 174
- v. Kessel, Albrecht, Legationsrat im Ausw. Amt. 61, 85
- Kiep, Otto C. (*1886, † 26. August 1944), 1930-33 Generalkonsul in New York. 37, 61, 135, 184
- Kirk, Alexander C. (*1888), 1939/40 amerik. Botschaftsrat und Geschäftsträger in Berlin. 140
- Klausener, Erich (*1885, † 30. Juni 1934), Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, Leiter der kathol. Aktion im Bistum Berlin. 57
- v. Kleist, Ewald Heinrich (*1890, † 9. April 1945), Besitzer von Schmenzin. 57, 66, 81, 97, 126, 138, 142, 190
- v. Kleist, Ewald Heinrich (Sohn des vorigen) (*1922), Leutnant. 86, 195, 202
- Kleist, Peter, Beamter im Ministerbüro Ribbentrop. 162
- v. Kluge, Günther (« 1882, 119. August 1944, Generalfeldmarschall. 62, 78, 85, 193
- Koch, Erich (1896-1945), Gauleiter von Ostpreussen. 48
- Koerner, Heinrich (*1892, † 25. April 1944, 1926-33 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften Westdeutschlands. 102
- Kollontay, Alexandra Michailowna (1872-1952), sowjetruss. Botschafterin in Stockholm. 205
- Kordt, Erich (*1903), 1938-41 Legationsrat im Ministerbüro Ribbentrop, 1940-45 Gesandter bei der Botschaft in Tokio, dann in Nanking. 61, 66, 70, 85, 139, 190 f.
- Kordt, Theodor (*1893), 1938/39 Botschaftsrat an der Botschaft in London, dann an der Gesandtschaft in Bern. 66-70, 139, 190 f.
- Kranzfelder, Alfred (*1907, † 10. August 1944), Korvettenkapitän, Verbindungsoffizier der Seekriegsleitung zum Ausw. Amt. 71
- Kuckhoff, Adam (*1887, † 5. August 1943), Schriftsteller, 1930-32 Dramaturg am Berliner Staatstheater. 17
- Kuenzer, Richard (*1875, † 22./23. April 1945), Vortragender Legationsrat im Ausw. Amt. 37
- Lampe, Adolf (1897-1948), Professor für Volkswirtschaftslehre an der Univ. Freiburg. 109
- Langbehn, Carl (*1901, † 12. Oktober 1944), Rechtsanwalt. 100, no, 197
- Leber, Julius (*1891, † 5. Januar 1945), Führer der Sozialdemokrat, Journalist, 1933-37 in Haft. 104, 121, 132, 135 f., 142, 187
- Ritter v. Leeb, Wilhelm (*1876), Generalfeldmarschall. 84
- Graf v. Lehndorff, Heinrich (*1909, † 4. September 1944), Besitzer von Steinort (Ostpr.). 81, 89, 125, 175
- Lehr, Robert (*1883), 1924-33 Oberbürgermeister von Düsseldorf. 98
- Leipart, Theodor (1867-1947), seit 1921 Vorsitzender des ADGB. 101
- Lejeune-Jung, Paul (*1882, † 8. September 1944), Dr. phil., Syndikus der Zellstoffindustrie. 98, 105
- Lemmer, Ernst (*1898), 1932/33 Generalsekretär des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. 198
- Letterhaus, Bernhard (*1894, † 14. Nov. 1944), Verbandssekretär der westdeutschen kathol. Arbeitervereine, 1939 Hauptmann im Amt Abwehr. 102, 105
- Leuninger, Franz (* 1898, † 1. März 1945), Gewerkschaftsführer. 102
- Leuschner, Wilhelm (*1888, † 29. September 1944), führender Sozialdemokrat, 1929-33 hessischer Innenminister. 101-105, 107, 109, 114, 127, 142, 197, 199
- Ley, Robert (1890-1945), Reichsleiter, Leiter der Deutschen Arbeitsfront. 32-74
- Lichtenberg, Bernhard (*1875, † 3. November 1943), Prälat, Dompropst an der St.-Hedwigs-Kathedrale in Berlin. 37
- Lindemann, Fritz († 22. September 1944), General der Artillerie, Waffengeneral im OKH. 80
- Litt, Theodor (*1880), Professor für Philosophie a. d. Univ. Leipzig. 109
- Lloyd, George A., Lord of Dolobran (1879-1941), 1940 brit. Staatssekretär für die Kolonien. 138
- Lochner, Louis P., amerik. Journalist, Vertreter der Associated Press in Berlin. 145 f., 152, 199, 203
- Loeser, Ewald (*1888), Bürgermeister von Leipzig, dann kaufmännischer Direktor bei den Kruppwerken. 105
- Lord Lothian, brit. Botschafter in Washington. 203
- Louis Ferdinand Prinz v. Preussen (*1907), Dr. phil. 111, 199
- Frhr. v. Lüninck, Ferdinand (*1888, 114. November 1944), Oberpräsident von Westfalen. 98, 105
- Lukaschck, Hans (*1885), 1929-33 Oberpräsident von Schlesien. 122

- Maass, Hermann (*1897, † 20. Oktober 1944), führender Sozialdemokrat, 1924-33 Geschäftsführer des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände. 102
- v. Mackensen, August (1849-1945), Generalfeldmarschall. 188
- Maerker, Paul, Gewerkschaftsführer. 106
- Maley, Alexander B., amerik. Offizier im Marine-Nachrichtendienst. 25, 145, 203 f.
- Mann, Thomas (1875-1956). 184
- Markwitz, Sozialist. 59
- Meinedce, Friedrich (1862-1954), Historiker. 183, 194
- Mertz v. Quirnheim, Albrecht (*1905, † 20. Juli 1944), Oberst i. G., Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamtes. 80 f.
- Mierendorff, Carlo (*1897, † 4. Dezember 1943), Dr. phil., Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft, 1933-37 hr KZ-Haft. 103, 121, 126, 131, 198
- Mischler, Dr., Sozialist. 59
- Graf v. Moltke, Helmuth James (*1907, † 23. Januar 1945), Rechtsanwalt, 1939-44 Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht im OKW. 11, 16, 24, 117, 120-126, 129, 131, 133 ff., 142, 163 f., 172, 174, 179, 200
- Morley, Felix, Herausgeber der Washington Post. 142, 145, 203
- Müller, Heinrich, Gestapo-Beamter. 188
- Müller, Joseph (*1898), Dr. jur., Rechtsanwalt. 98, 139, 198, 204
- Müller, Ludwig (*1883), 1926-33 Wehrkreispfarrer in Königsberg, 1933 Landesbischof von Preussen und Reichsbischof. 48
- Müller, Otto († 12. Oktober 1944), Prälat, Verbandspräsident der kathol. Arbeiterverbände Deutschlands. 102
- Müller, Wolfgang, Oberst, Kommandeur d. Infanterieschule Döberitz. 194
- Mumm v. Schwarzenstein, Herbert Alfred (*1898, † 20. April 1945), Dr. jur., Legationsrat im Ausw. Amt. 58
- Nebe, Arthur († 3. März 1945), SS-Gruppenführer, Chef des Reichskriminalamts. 183, 188
- Fhrh. v. Neurath, Konstantin (1873-1956), 1932-38 Reichsaussenminister. 63
- Niekisch, Ernst (*1889), Begründer der Altsozialistischen Partei, seit 1937 in Haft. 57, 188
- Niemöller, Martin (*1892), evang. Pfarrer in Berlin-Dahlem, 1937-45 in KZ-Haft. 47, 199
- v. Nostitz, Gottfried, Legationsrat, seit 1941 am Konsulat in Genf. 60
- Olbricht, Friedrich (*1888, † 20. Juli 1944, General der Infanterie, 1938-40 Divisionskommandeur, dann Chef des Allgemeinen Heeresamtes im OKH. 78-81, 84 f., 95, 101, 104, 193, 195
- Osborne, brit. Gesandte, a. Vatikan. 139
- Oster, Ilans (*1888, † 9. April 1945), Generalmajor, seit 1933 in der Abteilung Abwehr. 85, 90 f., 123, 148, 195, 202
- v. Oven, Margarete (*1904). 84
- v. Papen, Franz (* 1879), 1932 Reichskanzler, 1933/34 Vizekanzler, 1934-38 Botschafter in Wien, 1938-44 in Ankara. 44, 55 f., 62, 72
- Pechel, Rudolf (*1882), Herausgeber der Deutschen Rundschau. 25, 43, 49, 56, 59, 69, 101, 113, 138, 153, 194 f., 197
- Perels, Friedrich Justus (*1910, † 22723. April 1945), Rechtsberater der Bekennenden Kirche und des Pfarrernotbunds. 98
- Peters, Hans (*1896), Staatsrechtslehrer an der Univ. Breslau. 122, 200
- Picard, Max (*1888), Arzt und Schriftsteller. 37
- Planck, Erwin (*1893, † 27. Januar 1944 / 1931-33 Staatssekretär der Reichskanzlei, später Direktor von Otto Wolff (Eisengrosshandel). 98, 101, 140, 166
- Poelchau, Harald, evang. Gefängnisgeistlicher in Tegel. 15, 122, 179
- Popitz, Johannes (*1884, † 2. Februar 1945) 1933-44 preuss. Finanzminister. 98 ff., 105, 109 f., 117, 131, 140, 178, 193, 197 ff.
- Graf v. Preysing-Lichtenegg-Moos, Konrad (1880-1950), Bischof von Berlin. 49, 94
- v. Puttkammer, Jesco (1902-1947), Besitzer von Nippoglense (Kr. Stolp). 97
- Raeder, Erich (*1876), 1928-35 Chef der Marineleitung, 1935-43 Oberbefehlshaber der Marine, Grossadmiral. 63
- vom Rath, Ernst (t 1938), Gesandtschaftsrat. 36
- v. Reichenau, Walter (1884-1942), Generalfeldmarschall. 71, 74, 192, 198
- Reichwein, Adolf (*1898, † 20. Oktober 1944), Professor an der Pädagogischen Akademie in Halle, nach 1932 Dorfschullehrer. 103, 121, 135
- Reusch, Hermann (*1896), Bergwerksdirektor. 59
- v. Ribbentrop, Joachim (1893-1946), 1936-38 Botschafter in London,

- 1938-45 Reichsaussenminister. 61, 69, 162, 191
- Riezler, Kurt (1882-1955), Dr. phil., Gesandter a. D., Professor an der New School for Social Research New York. 183, 203
- Ritter, Gerhard (*1888), Professor für Geschichte an der Univ. Freiburg.
- Roeder, Manfred, Generalrichter. 17, 79
- Röhm, Ernst (1887-1934), Stabschef der SA, Reichsminister. 55, 75, 188
- Roemer, Joseph («1892, + 25. September 1944), ehern. Freikorpsführer, Dr. jur. 57
- Frhr. v. Roenne, Alexis (*1903, † 12. Oktober 1944), Oberst i. G., Chef der Abt. Fremde Heere West. 80
- Röpke, Wilhelm (*1899), Nationalökonom (Genf). 41
- Rösch, Augustinus, S. J., ehern. Provinzial. 122
- Rommel, Erwin (*1891, führer 14. Oktober 1944), Generalfeldmarschall. 77, 81, 194
- Roosevelt, Franklin D. (1882-1945), 1933-45 Präsident der USA. 145 f., 158 f.
- Rosenberg, Alfred (1893-1946), 1933-45 Reichsleiter und Beauftragter für die weltanschauliche Schulung der NSDAP. 39, 61
- v. Rundstedt, Gert (1875-1953), Generalfeldmarschall. 193
- Rupprecht Kronprinz v. Bayern (1869-1955). 111
- Sack, Karl, Ministerialdirektor und Chefriechter des Heeres. 92
- Saefkow, Anton, Kraftfahrer in Berlin, Mitglied des Zentralkomitees der KPD. 59
- Sarre, Marie-Louise. 99, 197
- Sas, J. G., niederländ. Oberst, Militärattaché in Berlin. 90, 195
- Schacht, Hjalmar (*1877), 1924-29 u. 1933-39 Reichsbankpräsident, 1933-37 Reichswirtschaftsminister. 62, 99 f., 140, 183, 189 f., 197
- Schellenberg, Walter, SS-Brigadeführer im Reichssicherheitshauptamt. 100
- v. Schlabrendorff, Fabian (*1907), Rechtsanwalt, Oberleutnant d. Res., Ordonnanzoffizier im Stabe der Heeresgruppe Mitte. 32, 57, 59, 69, 77, 81, 85 f., 88, 90 f., 138, 196
- v. Schleicher, Kurt (*1882, † 30. Juni 1934), General der Infanterie, 1932/33 Reichswehrminister u. Reichskanzler. 56, 72, 101, 188, 192
- Schleicher, Rüdiger (*1895, † 22./23. April 1945), Dr. jur., Ministerialrat im Reichsluftfahrtministerium. 91,
- Schmidt, Paul (*1899), Chefdolmetscher im Ausw. Amt. 60
- Schmitt, Hermann Joseph (*1896), Studentenseelsorger, führend in der kath. Arbeiterbildung. 102, 198
- Schneider, Paul, evang. Pfarrer. 185
- Schneider, Reinhold (*1903). 30
- Schneppenhorst, Ernst (*1881, † 23. April 1945), Gewerkschaftsführer. 101
- Schönfeld, Hans, evang. Pfarrer. 107, 146-150, 204
- Scholl, Hans (*1918, † 22. Februar 1943) Student der Medizin. 16
- Scholl, Sophie (*1921, † 22. Februar 1943, Studentin der Biologie u. Philosophie. 16
- Graf v. der Schulenburg, Friedrich Werner (*1875, † 10. November 1943, 1934-41 Botschafter in Moskau. 97, 104, 122, 161, 205
- Graf v. der Schulenburg, Fritz-Dietlof (*1902, Sdiulcnburg 10. August 1944), Regierungspräsident, Oberleutnant d. Res. 81, 122 f., 131, 136
- Schulze-Boysen, Harro (*1909, † 22. Dezember 1942), Referent im Abwehrdienst des Reichsluftfahrtministeriums, Oberleutnant. 17, 59
- v. S(chulze)-Gacvernitz, Gero (*1901). 156, 160
- Schumacher, Kurt (1895-1952), führender Sozialdemokrat. 103
- Schwamb, Ludwig (*1890, † 23. Januar 1943, führender Sozialdemokrat, bis 1933 Ministerialdirektor im Hessischen Innenministerium. 103
- Graf v. Schwerin v. Schwanefeld, Ulrich Wilhelm (*1902, † 8. September 1944), Gutsbesitzer in Mecklenburg und Westpreussen, Ordonnanzoffizier bei Feldmarschall v. Witzleben. 92, 123, 206
- v. Selzam, Eduard, 1937-39 Gesandtschaftsrat an der Botschaft in London. 60
- Shirer, William L. (*1904), amerik. Korrespondent. 58, 145, 184
- Siegfried, Herbert, Legationsrat im Ausw. Amt. 60
- Simons, Hans, Professor an der New School for Social Research New York. 203
- Solf, Johanna, geb. Dotti (Witwe des Botschafters). 37
- Speidel, Hans («1897), Generalleutnant, Chef des Generalstabs des Militärbefehlshabers von Frankreich, dann der Heeresgruppe B. 81
- Stalin, Joseph (1879-1953). 136, 155 f., 161 f., 196
- Stallforth, amerik. Geschäftsmann. 205
- Graf Schenk v. Stauffenberg, Berthold (*1905, † 10. August 1944), Dr. jur., Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Völkerrecht, Berater in

- Fragen des Völkerrechts im Oberkommando der Marine. 80
- Graf Schenk v. Stauffenberg, Claus (*1907, † 20. Juli 1944), Oberst i. G., seit 1938 im Generalstab, 1943 Generalstabsoffizier einer Panzerdivision in Afrika, seit 1. 7. 1944 Chef des Generalstabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres. 12, 79, 81, 84, 86, 104, 120, 123, 132, 134 ff., 161 f., 164 f., 192, 201, 206 f.
- Steltzer, Theodor (*1885), 1920-33 Landrat des Kr. Rendsburg (Schleswig-Holstein), danach ökonomische Arbeit. 61, 103, 105, 122, 126, 198, 200
- Stieff, Helmuth (*1901, † 8. August 1944), Generalmajor, 1942-44 Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres. 74, 79 f., 86, 192
- Strünck, Theodor (*1895, † 10. Oktober 1944), Dr. jur., Rechtsanwalt, Versicherungsdirektor. 92, 156
- v. Stülpnagel, Karl Heinrid (*1886, † 30. August 1944), General der Infanterie, 1940 Vorsitzender der Waffentillstandskommission, 1941 Oberbefehlshaber der 17. Armee, 1942-44 Militärbefehlshaber in Frankreich. 81, 190, 194
- v. Thadden, Elisabeth (*1890, † 8. September 1944), Gründerin und Leiterin des Landerziehungsheims Wieblingen für Mädchen, 1943 Helferin in Soldatenheimen. 37, 184
- Thomas, Georg, General d. Infanterie, Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes. 87
- Tillich, Paul («1886), evang. Theologe und Philosoph. 47
- v. Tresckow, Erika, geb. v. Falkenhayn (*1904 † 1884
- v. Tresckow, Henning (*1901, † 21. Juli 1944), Generalmajor, 1939 Ia einer Infanteriedivision, 1941-43 in Oberkommando der Heeresgruppe Mitte, 1944 Chef des Generalstabes der 1. Armee. 81, 86, 88, 100, 125, 133, 166
- Treviranus, Gottfried Reinhold (*1891), 1930-32 Reichsminister. 56
- v. Trotha, Carl Dietrich (1907-1952), Dr. rer. pol. 120
- v. Trott zu Solz, Adam (* 1909, † 26. August 1944), seit 1939 Legationsrat im Ausw. Amt. 34, 42, 69, 104, 111, 122, 138, 141-145, 150 ff., 156, 160, 162 ff., 173, 191, 201-207
- v. Twardowski, S., Vortragender Legationsrat in der Kulturpolitischen Abteilung des Ausw. Amts. 60
- Ulrich, Robert A., Beamter im Ausw. Amt. 60
- Vansittart, Sir Robert (1881-1957), 1930-37 ständiger Unterstaatssekretär im Foreign Office, 1937-41 Hauptberater des brit. Ausenministers. 24, 30, 66, 70, 138, 190, 202, 204
- Velhagen, Ad., Beamter im Ausw. Amt. 60
- Vermeiren, Isa. 175
- Waetjen, Eduard, Rechtsanwalt. 156, 197
- Wagner, Adolf (*1890), Gauleiter von München-Oberbayern. 16
- Wagner, Eduard († 23. Juli 1944), General der Artillerie, Generalquartiermeister im Generalstab des Heeres. 80 f.
- Wallenberg, Jakob, schwed. Bankier, 141, 153, 202
- Weber, Alfred (*1868), Soziologe. 107
- Fhr. v. Weizsäcker, Ernst (1882-1951), 1938-43 Staatssekretär des Ausw. Amtes, 1943-45 Botschafter am Vatikan. 34, 66 f., 69, 89, 139, 142, 152, 190 f, 196
- Wellcs, Sumner (* 1892), 1937-43 Unterstaatssekretär im amerik. Ausenministerium. 140, 203
- Wels, Otto (1873-1939), seit 1913 Mitglied des Vorstands der SPD, 1931-33 Vorsitzender der SPD. 51
- Wenzel-Teutschental, Karl († 20. Dezember 1944), Gutsbesitzer. 97
- Wiechert, Ernst (1887-1950). 43, 49
- Wilhelm Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preussen (1882-1951). 111, 199
- Wilson, Sir Horace John (*1882), Berater der brit. Regierung für Industriefragen, 1939-42 Schatzsekretär. 66
- Wirmer, Joseph (*1901, † 8. September 1944), Rechtsanwalt. 98, 105
- Wirth, Joseph (1879-1956), 1921/22 Reichskanzler, 1933-48 in der Schweiz. 139, 146, 202
- v. Witzleben, Erwin (*1881, † 9. August 1944), Generalfeldmarschall, 1939/40 Oberbefehlshaber der 1. Armee, bis März 1941 der Heeresgruppe D, bis Februar 1942 Oberbefehlshaber West. 64 f., 80, 84, 123, 154, 190, 194 f.
- Wolf, Eric («1902), Professor für Rechts- und Staatsphilosophie an der Univ. Freiburg. 109
- Wurm, Theophil (1868-1953), evang. Landesbischof von Württemberg. 94
- Graf Yorck v. Wartenburg, Peter (*1904, † 8. August 1944), Dr. jur., Oberregierungsrat. 80, 120, 123, 125, 134
- v. Zitzewitz, Friedrich K. (*1888), Besitzer von Muttrin. 97
- Zuckmayer, Carl (*1896). 83

STICHWORTREGISTER

(Sachhinweise zur Ergänzung des Personenregisters und des Inhalts Verzeichnisses)

- «Abwehr» (Nachrichten- und Spionageabwehr-Abteilung im Oberkommando der Wehrmacht). 21, 64 ff., 73, 85 f., 88 ff., 92, 102 f., 148, 152
- Atlantic Charter. 155, 158
- Attentate und Attentatsversuche. 58, 85 f., 92, 135, 165 f., 170, 195
- Auswärtiges Amt. 60 f., 66 f., 69, 80, 94, 122, 181, 190
- Beamtentum und Widerstand. 34 f., 60 ff., 189
- Bekennende Kirche. 45 ff., 50, 73, 98, 109, 122, 145, 147
- Bischofskonferenz. 45 f.
- Department of State (USA). 24, 149, 152, 154, 160, 203
- Deutsche Christen. 45 f., 187
- Deutsche Freiheitspartei. 59
- Deutsche Rundschau. 40, 42 f., 59
- Dolchstosslegende (Sorge vor). 82, 88, 194
- Edelweiss. 18, 179
- Eid auf Hitler. 75, 77, 185
- Entnazifizierung. 115 f., 127 f.
- Ernste Bibelforscher. 44, 185
- Erziehungsfragen. 115, 126
- Europa-Gedanke. 56, 68, 124, 136, 141, 144, 148-153- 173 f., 176
- Exilgruppen. 53, 187
- Foreign Office (Grossbritannien). 24, 140, 149 f., 152 ff., 160
- Frankfurter Zeitung. 40, 42
- Fritsch-Krise. 73
- Generationenfrage. 11, 105, 117, 130 f., 133 f., 171, 201
- Gewaltlosigkeit. 124 f., 133 f.
- Gewerkschaften. 24, 52, 54, 101 ff., 106 f., 109, 115, 119, 127, 129, 145, 198 f.
- Hitler-Stalin-Bündnis. 17, 52, 150, 188
- Innere Emigration. 19, 32 f., 74 f., 188
- Judenpogrome. 36 f., 80, 115, 183 f.
- Jugendbewegung. 120, 131, 173
- Kirchenkampf. 45-50
- Kommunisten. 51 fr., 135, 162, 187, 201, 206
- Konkordat von 1933. 44
- Konzentrationslager. 18, 21-23, 46, 50, 84, 180 f.
- Kreisauer Kreis. 12, 49, 61 f., 80, 99, 103, 109, 111, 118-136, 147 f., 152, 163, 176, 200 f.
- Landesverrat. 10 f., 17, 21, 88, 90 f., 152, 195 f., 202
- Monarchische Frage. 110 f., 203 ff.
- Morgenthau-Plan. 24, 158
- Nationaler Bolschewismus. 136, 143
- Nationalkomitee Freies Deutschland. 65, 156, 202, 206
- Neukonservative Gruppen. 55 f., 105, 131, 171, 173
- Ostorientierung od. Westorientierung 135 f., 160, 163, 202
- Preussentum, preussische Reformzeit. 70 ff., 76, 78, 112, 170, 173
- Protestantismus. 44 ff.
- Rassengesetze. 73, 192
- Rassenideologie. 35 r., 45 f., 115
- Realpolitik. 16, 174 f.
- Remer-Prozess. 90, 185, 195
- Restaurative Tendenzen. 117 f., 132, 171 f.
- «Röhm-Putsch» 1934. 55, 58, 188
- Rote Kapelle. 17, 59, 71, 179
- Sabotage. 83, 194
- Solfkreis. 37, 184
- Sozialisten. 52 f., 59, 74, 92, 103 f., 121, 126 f., 145, 172 f., 186 f.
- Staatsstreichpläne. 64, 83 ff., 190
- Territoriale Fragen. 124, 143 f., 151, 204
- Tschechenkrise. 29, 63-70, 73, 80, 88, 137
- Widerstandsrecht. 44 f., 50, 133, 165, 169, 185, 195.

AN DIE DEUTSCHEN
MÜTTER!



Christliche und jüdische Helden haben gemeinsam gekämpft und ruhen gemeinsam in fremder Erde.

12000 Juden fielen im Kampf!

Blindwütiger Parteihaß macht vor den Gräbern der Toten nicht Halt.

Deutsche Frauen,

duldet nicht, daß die jüdische Mutter in ihrem Schmerz verhöhnt wird.

Reichsbund jüdischer Frontsoldaten E. V.